

Nr.
8
August
1988

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon †
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1988
35. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl †
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gernhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Postfach 20 13 52
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 23 80 83
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 86,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Irving Fetscher
Ulrich Gernhardt
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 15
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Vor 20 Jahren zerschlugen die Panzer der Sowjetunion und vier anderer Staaten des Warschauer Vertrags eine moralische Bewegung, die bis heute die Phantasien der undogmatischen Linken in der ganzen Welt wachhält: Alexander Dubčeks „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Im Heft 8/88 der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ versuchen wir, die pompöse Erzählung einer 20 Jahre alten Heldengeschichte zu vermeiden und haben deshalb Autoren ganz unterschiedlicher Provenienz gebeten, den Prager Frühling zum Anlaß ihres Nachdenkens zu machen. Das Gemeinsame der Beiträge ist der historische Denkanatz; daß mißlungene Experiment der Transformation einer realsozialistischen Gesellschaft in eine demokratisch-sozialistische wird nicht isoliert genommen, sondern als Stück der vielfältigen, bitteren und auch blutigen Geschichte Mitteleuropas in den letzten zwei oder drei Jahrhunderten. Die Erinnerung an die Ereignisse in Prag im Jahre 1968 sind uns nicht Gelegenheit zu triumphierender Rechthaberei, sondern zu einer eher bitteren Bilanz. An der Geschichte Böhmens kann man studieren, wie der Nationalismus (der tschechische wie der deutsche, der slowakische wie der ungarische usw.) die Mitte und den Osten Europas zerstört hat. Wenn wir wirklich das „Haus Europa“ erhalten oder neu errichten wollen, müssen wir viele alte Geschichten neu lernen; unter anderem auch die des Prager Frühlings.

*

Der Rückblick auf die Tschechoslowakei des Jahres 1948 und 1968 sollte allerdings die Analyse der heutigen Situation in der Tschechoslowakei nicht verdrängen. Über die CSSR ist der Westen miserabel informiert; was sowohl am Westen als auch an der CSSR liegen dürfte. Deshalb wird diese Zeitschrift in der September-Ausgabe einen Original-Beitrag von Jan Foitíc, dem für ideologische Fragen zuständigen Mitglied des Politbüros der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, drucken. Kein Zweifel: auch in die tschechoslowakische Politik ist in den letzten drei Jahren Bewegung gekommen. Der Westen sollte diese Bewegung erst einmal zur Kenntnis nehmen, bevor er sie begrüßt oder verwirft.

*

Ein Europäer, der schon 1946 Diskussionen vorwegnahm, die heute – bei der Entwicklung des Binnenmarkts in der Europäischen Gemeinschaft ebenso wie bei den Ideen Michail Gorbatschows vom „Haus Europa“ – virulent werden, ist Walter Dirks, einer der Herausgeber dieser Zeitschrift. Von ihm stammt der berühmte Satz: „Das Abendland wird sozialistisch sein“; und die Pointe an diesem Satz ist es, daß er von einem gläubigen Katholiken stammt. Heinz Robert Schlette analysiert Dirks – im „großen Essay“ dieses Heftes – als „sozialistischen Querdenker“; einen der wenigen, den der politische Katholizismus der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 40 Jahren hervorgebracht hat. Schlettes Essay ist gleichzeitig die Würdigung des ersten erschienenen Bandes der Gesammelten Werke von Walter Dirks.

*

Im August dieses Jahres wird in Frankfurt Max Diamant 80 Jahre alt. Auch ein wahrhaft europäisches Leben: Der SAP-Mann Diamant wurde als Emigrant durch halb Europa getrieben, bis er schließlich am Ende des 2. Weltkrieges in Mexiko landete. Manfred Scharrer wird über dieses Leben im September-Heft berichten. In diesem August-Heft gratulieren wir Max Diamant nur mit einem Satz: Wenn die IGM heute in vielen Städten der Bundesrepublik eine beispielgebende Ausländerpolitik betreibt, so ist das auf Max Diamant zurückzuführen; wie könnte dieses Land aussehen, wenn seine Führungsschichten mehr solcher jüdischen Emigranten wie Max Diamant zurückgeholt und für den Aufbau der Republik eingesetzt hätten. P. Gl.

*

Bereits in 4/88 ist uns ein Mißgeschick unterlaufen, das der Korrektur bedarf: Im Artikel von Franz Steinkühler „Ersatzarbeitsplätze in Krisenregionen“ war auf der Seite 313 der Satz gedruckt worden, neue Wege zur Vollbeschäftigung seien bisher zuallererst an fehlender Fantasie der Arbeitnehmer gescheitert. Das zuallererst hätte natürlich ein zuallerletzt sein müssen. Red.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
692	Hilde Rubinstein	Die matteische Mary
		Thema: Prag 1988. Rückblicke auf einen Frühling
694	Gespräch mit Zdenek Mlynar	Achterjahre
708	Libuše Moníková	Und die Kirschfeste feiern, wie sie fallen. Über die Annexion Europas an Böhmen anlässlich des 50. Jahrestages des Münchener Abkommens
712	Jutta Tiedtke	„Prager Frühling“ und demokratischer Sozialismus
718	Karl Markus Michel	Landkarte des Vergessenen. Mitteleuropa aus westdeutscher Sicht
726	Heinz Robert Schlette	Walter Dirks als sozialistischer Querdenker
739	Hans Peter Jäger	Akademischer Prozentpunkt hinter dem Komma. Offener Brief an Hermann Glaser, Kulturdezernent der Stadt Nürnberg
741	Theo Rasehorn	Juristen als SPD-Politiker
748	Reinhard Hildebrand	Das Jahr voller Illusionen, Mißverständnisse und Ernüchterungen. Ein Rückblick auf die doppelten 750-Jahr-Fiern in Berlin
751	Klaus Bloemer	Über Stalins Schatten springen
753	Thomas Darimont/ Rolf Praml	Chemiepolitik nach Sandoz
757	Michael Müller	Das Prinzip Gestaltung. Die chemiepolitische Konzeption der SPD
762	Helmut Heinze	Von der ökologischen Debatte zur Naturfrömmigkeit. Tendenzen der literarischen Naturdiskussion der 80er Jahre
767	Christel Möller/ Wolfgang Jüttner	Aktuelle und strukturelle Probleme der Umweltkontrolle. Das Beispiel Niedersachsen
773	Jochen Graw	Dschungel Chemikalienrecht
778		Kritik

Titelbild: 1. Mai-Demonstration in Prag 1988; von links: der Stellvertretende Ministerpräsident Husak, Staatspräsident Svoboda, KP-Chef Dubček, der Vorsitzende der Nationalen Front, Křiegl, und das Mitglied des Präsidiums der tschechoslowakischen KP, Piller; Foto dpa

Hilde Rubinstein Die maltesische Mary

Hilde Rubinstein, Jahrgang 1904, lebt als freie Schriftstellerin in Berlin. Am 19. November 1933 wurde sie in Berlin von der GESTAPO verhaftet als Mitglied einer Straßenzelle der KPD, der sie seit 1930 angehörte. Nach zehn Monaten Untersuchung in Einzelhaft wurde sie wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu eineinhalb Jahren Gefängnis, bei Anrechnung der Untersuchungshaft, verurteilt. Die Untersuchungshaft spielte sich im Gefängnis Moabit ab, die Strafhaft im Frauengefängnis Barnimstraße und dem kleinen Gerichtsgefängnis Neukölln. Entlassung Mai 1935, Emigration nach Schweden September 1935.

Die Flaschen der Getränke-Bar hängen mit den Halsen nach unten – lockt das zum Einschenken? Über der Bar steht auf breitem Flitterband „Merry Christmas“.

Wo bin ich? Könnte wo immer sein. Der Merkantilismus macht die maßgebende Internationale des Westens aus. Jetzt bin ich in Sliema auf Malta. Insel einer Inselgruppe, 314.200 Einwohner. Chef: die britische Königin. Vertreter: Generalgouverneur. Unabhängigkeit: 1964. Mischvolk aus Arabern, Sizilianern, Franzosen, Engländern. Umgangssprache: maltesisch, eine arabische Mundart.

Es gibt die Malta-Eidechse – sie möchte ich finden! Ich finde vielfältig: die Madonna Maria, und weil englisch die offizielle Sprache ist, heißt sie: Mary. Hier ist sie nicht nur „Gottesmutter“, sie hat ihren eigenen Pondus, sitzt neben Türklingeln und Türklinken als kleines rundes Relief, farbig, niedlich. In der nahen Kirche ist die Mary überlebensgroß und steht in einer Vitrine, den Arm voll Rosen. Mit der anderen Hand hält sie ein Kruzifix als Schmuckstück.

Ist man wegen der „Queen“ auf weibliche Oberhäupter eingestellt? Kecke Nonnen fahren Lastwagen durch die Stadt, Mönche sehe ich keine. Aber der Katholizismus hat der „Jungfrau Maria“ ein Piedestal verschafft. Für Katholiken ist es offensichtlich verdienstvoll, trotz Gebären eines Kindes Jungfrau geblieben zu sein, und also verbindet man die Mutterschaft mit der Jungfernschaft.

Jedenfalls sitzt die Madonna Mary in Wohnungsfenstern, Ladenfenstern, Amtsfenstern, prachtvoll oder dürftig angetan, fraulich oder oberhoheitlich

wirkend. Sie schenkt ihre Persönlichkeit der Umwelt: dem Schlachter, dem Friseur, den Straßen – alle dürfen sich ihren Namen zulegen. Auf Dächern posiert sie stramm-königlich, von Engeln umknet.

Alles hat Name in Sliema, auch die einzelnen Häuser: Pihiti, Miradero, Mignonne, Moorland, Casa Said ... Man ist ohnehin heute gezwungen, Ortschaften zu lesen: Drink Pepsi, Wella Studio, Unisex-Hairstressing, Milde Sorte, Napa Souvenir, Army & Navy, Lotto Office und ... und ... Auf einem Ausflug sah man auch auf dem Dorf wasserköpfige Puppen in Krippen und daneben lebende Rinder Tage und Nächte festgebunden. Ich dachte: Wenn Maria und Jesus und Joseph künstlich gemacht worden sind, hätte man doch auch die Tiere fabrizieren können!

Ich halte mich ans Meer. Gelbe Landzungen strecken sich ins Wasser. Der Strand ist zerrissen, nur Rand, kein Strand. Vögel vollführen ihren Reigen in der Luft, auch die Gewässer spielen: die vom Meer kommenden stoßen sich mit den vom Land kommenden, und es bilden sich Schaum-Kanonen. Auf einer Landzunge, wo Gebüsch und Gras wächst, haben sich getigerte Katzen niedergelassen, eine große Sippe. Sie ernähren sich von Abfällen, die dort ausgestreut liegen.

Auf der Landseite des Meeres läuft breit und gepflegt die Auto-Chaussee, die Stadtgassen sind von parkenden Autos verengt. Fußgänger werden in absehbarer Zeit Absurdisten sein.

„Holy face of Jesus protect me“ ist im Hinterfenster eines Kraftwagens zu lesen, und das face daneben ist: Puppe mit Bart. Niemals hat der Kämpfer Jesus von Nazareth ausgesehen wie die plumpen Klischees allüberall! Ich merke: In vielen Malta-Autos hängen gedruckte Mitteilungen in den Scheiben oder sind dort festgeklebt. „May the Saved Heart of Jesus be praised, loved, adored, glorified throughout the whole world now and forever.“ Oftmals wird versichert, daß Jesus Christus diesen Wagen in seinen Schutz genommen hat.

Das Gewölk über dem Meer geht von Perlmutter über sanftes Grau zum Himmelsblau. Stattdoch steht die Mary auf einem Gebäude, in ihre Rockfalten schmiegt sich ihr Sohn als etwa Fünfjähriger. In diesem Alter sieht man Jesus selten.

Ich besuche die Kirche weit drüben, wo das Ufer eine Biegung macht. Es sind viele Menschen da. Kinder wollen vom Priester gesegnet werden. Wenn er die Gesten getan hat, trippeln sie vergnügt weiter. Die Beichtgehäuse sind besetzt von Frauen. Sollen Männer nicht beichten? Was wohl die Frauen den

Beichtvätern gestehen? Daß sie ihrem Mann untreu waren? Kaum. Eher, daß sie nicht gefügig genug waren oder ungeschickt. Vielleicht wollen sie nur mit einem weisen Mann plaudern?

Nein, ich habe keine Vorstellung von den Gewissensbissen maltesischer Frauen. Ich setze mich in eine Bankreihe, wo Frau neben Frau laut betet. Oder ist es eine Art Singen? Wenn sie aufstehen, stehe ich auch auf. Wenn sie sich bekreuzigen, bekreuzige ich mich nicht. Ich höre oft „molla“, aber das heißt wohl „Madonna“? Ich zeichne den Priester, der vorn, vor der Menge sitzt, neben ihm ein Chorknabe. Sie haben wohl Pause. In einem Glasschrank steht stattlich die Mary; an der Wand herab hängt die abgezehrte Gestalt des gekreuzigten Jesus von Nazareth. Ein Kirchenangestellter macht sich an seinen Füßen zu schaffen. Ehe er weggeht, knickt er.

Mir fällt schrecklich ein: Ob man in Auschwitz auch gekreuzigt hat...? Nein. Denn da hätte man den Opfern eine Gloriole verliehen. Aber ich weiß nicht... Hier essen sie sein Fleisch und trinken sie sein Blut, wenngleich nur symbolisch. Ludwig Feuerbach: „Vergiß nicht, daß der Wein das Blut der Pflanze ist und das Mehl das Fleisch der Pflanze, welches dem Wohle deiner Existenz geopfert wird. Vergiß also nicht den Dank, den du der natürlichen Qualität des Brotes und des Weines schuldest.“

Am Strand hat sich am Fuß eines Palmenstammes ein kleines Becken geformt. Regenwasser hat sich hierin gesammelt. Ich muß an Weihwasserbecken denken. Ludwig Feuerbach: „Das Wasser ist das einfachste Gnaden- oder Arzneimittel der Seele wie des Leibes.“

Ein Baum auf einer Landzunge wirkt invalidisiert. Halb steht er, halb liegt er, er kriecht gleichsam auf der Erde entlang und blüht dennoch grün. Kinder tummeln sich in dem Märchenhaften.

Im Hotel-Foyer glitzert die Touristen-Tanne. Es liegen Zeitschriften aus. Ich lese, daß ein US-Astronaut sagte: „Im Weltraum liegt eine wirtschaftliche Zukunft. Sie muß benutzt werden.“ Deswegen braucht sein Staat den Weltraum? Vorher doch wohl als Bunker für die höchsten Herrschaften, damit sie beäugen können, was sich da unten zuträgt. Auch ist man dort oben geschützt. Und wenn das erledigt ist, fliegt man wieder erdwärts...

In einem Hotel-Entree der Hauptstraße steht ein älteres Ehepaar, um Passanten zu einer baptistischen Predigt einzuladen. Sie reichen Zettel, auf denen steht: „I am the way, the truth and the life, new birth in your heart and soul. Have you born again?“ Ich sage ihnen: Ja, an jedem Sonnen-Tag werde ich wiedergeboren!

Ich will zu den getigerten Katzen am Meer, aber es hat angefangen zu regnen. Ich suche mich zum nächsten Café; dort feiert eine Gesellschaft ein Fest mit bunten Papierkrönchen. „Speedy“ steht an einem Haus, das nur Vorderfront ist, durch dessen Fenster sieht man die ziehenden Wolken. Im Haus namens „Galaxy“ ist ein „vacation club“. Heiligenbilder hängen im Flur und ein Papst-Porträt. Jugendliche streichen Bretter an, im Hintergrund ist eine kleine Bühne aufgebaut. Und hier sehe ich die weiße Taube auf blauem Grund!

Dann komme ich zu einem Haus, an dem steht, daß man die Partei „P.N.“ wählen soll, und der Parteiführer ist abgebildet. An der Pforte steht eine dicke Frau und ein paar Männer. Ich frage, welche Richtung diese Partei hat? Die Frau hebt ihren rechten Arm hoch und gremelt. Ich gehe weiter.

Einmal will ich einen anderen Ort auf Malta sehen und fahre mit einem Autobus in das mittelalterliche Mdina, wo die Autos vor dem Tor bleiben müssen. Es ist still und museal schön. Die Stadt ein Museumsstück. In einem kleinen Laden, in dem Ansichtskarten und Kleider verkauft werden, sehe ich im Hintergrund, wo ein Garten ist, eine Skulptur, die ich näher betrachten möchte. Ich darf es.

Ich erblicke eine Mary mit ihrem Baby zärtlich auf dem Arm. Was...? eine nackte Madonna...? die erste meines Lebens! Ist man in Mdina so frei, so kühn? Ich zeichne die schönen beiden Körper, die Mutter, das Kind – und bin herrlich erfrischt von so viel maltesischer Frömmigkeit. Ich möchte die Ladenbesitzer fragen, woher sie eine solche Madonna haben. Die Frau sieht unwillig aus. Der Mann erklärt freundlich, das sei nicht die Heilige Mary mit dem Jesuskind, sondern die Tochter des Pharao, die baden wollte, den kleinen Moses im Wasser fand und ihn rettete.

Thema: Prag 1968. Rückblicke auf einen Frühling

Achterjahre

Ein Gespräch mit Zdenek Mlynar

Dr. Zdenek Mlynar, Jahrgang 1930, tschechischer Politikwissenschaftler, war 1968 ZK-Sekretär der KPC und wurde 1977 gezwungen, sein Land zu verlassen. Er emigrierte nach Österreich, arbeitet heute am Österreichischen Institut für Internationale Politik und ist Dozent für Politikwissenschaften an der Universität Innsbruck. Veröffentlichungen: neben zahlreichen Studien und Artikeln zur Problematik des Sowjetsystems u. a. „Nachfrost“ (Memoiren aus dem Jahre 1968), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1978, 2. Auflage Athenäum-Verlag, Frankfurt 1988; „Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock“, Bund-Verlag, Köln 1983.

Peter Glotz: Wir sind, was Ihr Land betrifft, in einem sogenannten Achterjahr, die Stationen sind 1918, 1938, 1948, 1968. Thomáš Masaryk war ein bedeutender Mann, und die damalige erste Republik war sicherlich, wenn man sie mit anderen Republiken im europäischen Raum vergleicht, ein demokratischer Staat, ein Staat, der die Menschenrechte geachtet hat. Aber die Volksgruppenpolitik, die insbesondere gegenüber den Deutschen betrieben worden ist, war problematisch. Es gab Extremisten auf beiden Seiten, die sich gegenseitig hochgeschaukelt haben. Wie beurteilen Sie die Politik gegenüber den Deutschen und überhaupt die Nationalitätenpolitik dieses kleinen Vielvölkerstaates Masaryks und Beněš' in der damaligen ersten Republik?

Zdenek Mlynar: Es ging sicher nicht nur um die Deutschen, es ging auch um die Beziehung zwischen den Tschechen und Slowaken und dann um die nationalen Minderheiten, auch die polnische, die ungarische usw. Masaryk selbst hat einmal gesagt: Entweder bekommt diese Republik 50 Jahre Zeit – dann wird sich das alles stabilisieren und man kann die Probleme lösen, es wird ein lebensfähiger Nationalstaat draus, oder es wird gefährlich. Die Republik hat nicht 50 Jahre bekommen, sondern nur 20. Und was also die Nationalitätenfrage betrifft – es war so, daß 1918 – im Einklang mit der Wilson-Doktrin ein Nationalstaat entstand, aber die Tschechen waren

eigentlich keine überwiegende nationale Mehrheit, also mußte man die Slowaken dazuzählen, um den Begriff der tschechoslowakischen Nation zusammenzubringen. Das war wahrscheinlich der erste Fehler des neuen Staates. Was die deutsche Bevölkerung betrifft: Persönlich bin ich der Meinung, daß ohne Hitler in Deutschland, also ohne Nazi-Bewegung in Deutschland man sich hätte vorstellen können, daß die deutsche Minderheit in Böhmen mit der Zeit in dem Staat hätte leben können. Der tschechische Nationalismus wäre, wenn der Staat der ersten Republik lebensfähig gewesen wäre, in Grenzen gehalten worden. Aber es waren viele Faktoren, die da zusammen kamen: Der Widerspruch zwischen Tschechen und Slowaken, der Einfluß der Nazi-Propaganda auf die Sudetendeutschen und dann dazu auch noch die ganze internationale Lage, in der 1938 die Tschechoslowakei von den westlichen Mächten Hitler geopfert wurde: Das führte dann doch zu einer unlösbaren Situation.

Peter Glotz: Wie bewerten Sie heute im nachhinein die Idee, die Beněš ja schon Anfang der 40er Jahre hatte und dann auch langsam Schritt für Schritt durchsetzte, die Deutschen umzusiedeln? Es gibt darüber offensichtlich auch Streit innerhalb der tschechischen Historiker sowohl der Emigration als auch in der Tschechoslowakei selbst.

Zdenek Mlynar: Ich glaube, man muß das sehen wie eine Maßnahme, die noch zum Krieg gehörte. Sicher war das aus der Sicht der Nachkriegsentwicklung der Tschechoslowakei als Staat auf einer Seite eine Erleichterung, eine Befreiung der Lage: Es gab kein deutsches Problem mehr. Aber auf der anderen Seite war das doch ein Gewaltakt gegen ungefähr ein Viertel der Staatsbürger, die aus dem Staat rausgeworfen worden sind und der bürgerlichen Rechte beraubt wurden. Das hatte natürlich gewisse Folgen für das Bewußtsein des Volkes in der Nachkriegsentwicklung, es wurde leichter, große Bevölkerungsgruppen ohne Rücksicht auf ihre Bürgerrechte zu behandeln.

Peter Glotz: Es hat auch die Tschechoslowakei sehr stark an die Sowjetunion gebunden...

Zdenek Mlynar: ... und hat uns an die Sowjetunion gebunden. Obwohl ich glaube, so stark war das auch nicht. Es war nicht so ausgeprägt wie in Polen. Wir haben doch kein Territorium erobert, das vor dem Krieg zu Deutschland gehörte. Es ging um innenpolitische Auseinandersetzungen.



Peter Glotz: Über das Jahr 1938 muß man heutzutage kein Wort mehr verlieren. Die verbrecherischen Absichten Hitlers sind eindeutig. Wenn man die Jahre 1945 bis 1948 zu reflektieren versucht – die Popularität der Kommunistischen Partei war damals groß. Die Wahlen 1946 waren relativ freie Wahlen, 1946 hat die Kommunistische Partei 38 % der Wähler hinter sich gehabt. Das ist eine ganz andere Situation gewesen als in einer Reihe von anderen Ländern, beispielsweise in der DDR. Wo waren Sie und was waren Sie 1948, als Gottwald die Macht übernahm?

Zdenek Mlynar: Da war ich schon zwei Jahre Parteimitglied und Jugendfunktionär und habe gejubelt auf der Straße und habe geglaubt, das sei ein neuer Anfang des Weges zu unserem kommunistischen Ziel. Na ja, aber was wichtig ist, das haben Sie schon erwähnt, daß in der Tschechoslowakei schon vor dem Jahre 1948 eigentlich eine sehr starke Kommunistische Partei existierte, die zusammen mit den Sozialdemokraten eine stabile absolute Mehrheit im

Zdenek Mlynar (l) im Gespräch mit Peter Glotz

Foto: Votava, Wien

Staate hatte. Meiner Meinung existierten in der Tschechoslowakei die Bedingungen für einen wirklich spezifischen Weg zum Sozialismus. Diese Volksdemokratie von 1945 bis 1948 war keine Einparteiendiktatur, aber es war schon ein sozialistischer Staat, sogar ökonomisch. Über 50 % des Bruttosozialprodukts produzierte schon verstaatlichte Wirtschaft, der kapitalistische Sektor dagegen nur weniger als 25 %. Die Bourgeoisie als Klasse hatte keine Hegemonie, aber es war dabei doch eine parlamentarische Demokratie, wenn auch mit gewissen begrenzten Zügen, z. B. was die Anzahl der Parteien, die zugelassen worden sind, betrifft usw. Den Februar 1948, den ich damals auf der Straße so begrüßt habe, den sehe ich heute als Anfang der gewaltsamen Sowjetisierung oder der Stalinisierung der Tschechoslowakei. Das war gerade ein Schritt, der uns auf

den Weg der Kopierung des sowjetischen Systems führte.

Peter Glotz: ... schon unter Gottwald, nicht erst unter Novotny ...

Zdenek Mlynar: Schon unter Gottwald, ja. Das kam 1948, also unter dieser alten Komintern-Führung von Gottwald. Auch Slansky, der später hingerichtet wurde, gehörte 1948 sicher zu denen, die die Tschechoslowakei auf diesen Weg geführt haben.

Peter Glotz: Sie hatten 1948 begrüßt als junger Mann. Gab es aus der damaligen Sicht irgend eine Debatte oder irgend einen Zweifel an der Art, wie die Sozialdemokraten damals behandelt wurden?

Zdenek Mlynar: Bei uns Jungkommunisten eigentlich kaum. Wir haben aber gewußt, daß das eine Niederlage vor allem der Sozialdemokratischen Partei bedeutet, diese sogenannte Einigung. Wir wußten auch, daß sie nicht freiwillig mitmachten. Aber wir haben schon eine sektiererische Mentalität gehabt, das muß ich zugeben. Wenn ich mich an die Versammlung vom Frühjahr 1948 erinnere, wo der damalige Vorsitzende der Sozialdemokraten, Fierlinger, gesagt hat: Es werde nie dazu kommen, daß sich unsere Partei mit den Kommunisten einigen wird, da haben wir schon gelacht, weil wir wußten, daß es eigentlich in eine andere Richtung gehen wird. Das wollten wir also, wir haben auch die sektiererische Politik unterstützt, das darf nicht verschönert werden. Aber später dann, in den offenen Gesprächen während des Prager Frühlings, sagte einer, der zu den Altkommunisten gehörte, zu mir: Ja, weißt Du, was der Grund dafür war, daß wir still gemacht wurden? Es gab einen Grund: Daß wir die politische Opposition der nicht-kommunistischen Parteien unterdrückt haben.

Peter Glotz: Wann kam denn die Bewegung, die dann 1968 kulminierte, in Gang? 1964, bei Auseinandersetzungen zwischen Novotny und Dubček? Wann war der Punkt, wo man merkte, daß das alte Novotny-Regime so nicht mehr weiterleben konnte und auch in der Partei Bewegungen entstanden, die auf eine starke Liberalisierung hin oder jedenfalls auf einen lebenskräftigeren Kommunismus drängten?

Zdenek Mlynar: Für die Tschechoslowakei ganz spezifisch ist die Tatsache, daß bei uns im Jahre 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU eigentlich keine massenhafte Unzufriedenheit ausgebrochen ist. Da ist es der Parteiführung gelungen, alles unter der Decke zu halten. Aber das führte dazu, daß sich innerhalb der Kommunistischen Partei und innerhalb der offiziellen Strukturen die antistalinistischen

Kräfte organisierten. 12 Jahre lang konnten sie arbeiten, ohne Aufmerksamkeit zu erregen, haben sie sich entwickelt. In gewissem Sinne muß man die Vorgeschichte des Prager Frühlings schon im Jahre 1956 suchen, als die innerparteiliche Kritik zwar unterdrückt wurde, aber nicht in dem Sinne, daß die Träger der Kritik aus der Partei ausgeschlossen wurden. Sie blieben weiter sogar innerhalb des Apparates, und das entwickelte sich 12 Jahre lang. Den Punkt, den Sie suchen, den würde ich im Jahre 1963 sehen. Das Jahr 1963, das war das Jahr, in dem sich gezeigt hat, daß die Wirtschaft in eine Krise kommt. Die Wirtschaftsreform aus dem Jahre 1958 funktionierte nicht, und im Jahre 1963 mußte man den ganzen Fünf-Jahresplan zurückziehen, korrigieren und zugeben, daß es wirtschaftliche Mißerfolge gibt. Auf diese Krise reagierte damals Novotny zum ersten Mal nicht mit Gewalt, sondern mit einer Bereitschaft, die Reformpolitik, die Chruschtschow-Politik auch in der Tschechoslowakei durchzusetzen. Also hat er dann 1963 die alten Stalinisten aus dem Politbüro entfernt. Die Leute, die für die Schauprozesse verantwortlich waren, sind also weggeschoben worden, und es sind einfach neue gekommen, Josef Lenart z. B., der damals Premierminister wurde, und Martin Vaculik, nicht der Schriftsteller, sondern der damalige Prager Sekretär und Kandidat des Politbüros. Diese neuen Leute, die nicht mehr verwickelt waren in die Schauprozesse und die Repressionen der 50er Jahre, mit denen hat der neue Kurs angefangen, und zwar in dem Sinne, daß die Parteiführung zugelassen hatte, daß ein Reformausweg gesucht wird. Man hatte zugelassen, daß in der Akademie der Wissenschaften verschiedene Forschungsteams entstehen, die sich mit der Wirtschaftsreform beschäftigten, etwa das von Ota Šik, oder mit dem politischen System, später ab 1966 unter meiner Führung, oder mit dem Erforschen der Bedingungen und sozialen Folgen der wissenschaftlich-technologischen Revolution unter der Führung von Richta. Auch eine Liberalisierung des Kulturlebens hat stattgefunden; die Blüte des tschechoslowakischen neuen Films kommt nach 1963. Und es kommt auch zu den Rehabilitierungen der wichtigsten Opfer der Schauprozesse; endlich wurde zugegeben, daß diese Opfer unschuldig waren. Da wurde eine Kommission eingesetzt, die eine Revision des Prozesses von Slansky durchführen sollte. Das konnte aber bis 1968 nie konsequent durchgeführt werden. 1963 hat Novotny damit angefangen, und das bedeutete, daß sich die reformorientierten Kräfte weiter entwickelten, stärker wurden und langsam innerhalb der Par-

teistruktur eine gewisse Hegemonie bekamen. Das waren die jüngeren, also die von meiner Generation, oder etwas älter; ich war der Jüngste, ich war im Jahre 1968 38 Jahre alt, die meisten waren über 40 Jahre. Und wir waren auch eine Generation, die in anderen Ländern keine Analogie hatte, denn wir sind der Kommunistischen Partei beigetreten vor dem Februar 1948, und wir haben noch die Erfahrung gemacht, daß die Kommunisten auch ohne sowjetische Panzer mit demokratischen Methoden an die Macht kommen können. Wir waren nie der Überzeugung, daß wir – wenn es zu einer Demokratisierung kommt – in Gefahr geraten und das Volk wird uns an die Laternen hängen und die sowjetische Armee wird uns schützen müssen. Aber das war auch negativ, weil das war ein trügerisches Bewußtsein. In der Tat waren wir auf andere Weise abhängiger von Moskau als wir selbst gedacht hatten.

Peter Glotz: Wir sind jetzt im Jahre 1968 und bei der Bewältigung dieses Jahres. Ich will ein paar Sätze zitieren von Eduard Goldstücker, der gesagt hat: „Dieser Übergang von der notwendigen revolutionären Diktatur zu einem System verbrieft Garantien der demokratischen Rechte ist bis jetzt noch an keiner Stelle gelungen. In der Vergangenheit ist jede Revolution an diesem Problem gescheitert. Wir unternehmen jetzt zum ersten Mal in der Geschichte den Versuch, diesen komplizierten Prozeß bis zum Ende durchzuführen.“ Und er hat dabei hinzugefügt: „Wir haben, glaube ich, Grund zu der Hoffnung, daß wir Erfolg haben werden.“ Das war natürlich, bevor es gescheitert ist. Wir sind hier bei dem Grundsatzproblem einer Transformation bestimmter Staatsformen, in diesem Fall der Transformation einer Einparteienherrschaft in eine Gußform der Gesellschaft mit stärkeren Garantien der demokratischen Rechte. Die Dogmatiker würden sagen: In dem Moment, in dem ich locker lasse, so wie Novotny ab 1963, gefährde ich Hegemonie-Positionen; das ist ja im Grunde die Politik noch eines Teils der jetzigen Führung in Prag. Wie sehen Sie dieses Problem der Transformation? Würden Sie heute noch sagen: Wenn wir es besser gemacht hätten, wenn wir den politischen Prozeß stärker in der Hand behalten hätten, hätte dieser Prozeß gelingen können? Oder würden Sie heute sagen: Man kann einen so konstruierten Einparteienstaat nicht in einen Staat mit stärker garantierten Menschenrechten und stärker durchgeführter Demokratie umwandeln?

Zdenek Mlynar: Weder das eine noch das andere. Ich bin nicht der Meinung, daß es unser Fehler war, daß wir das nicht stärker in der Hand behalten ha-



Klement Gottwald

Foto: AdsD

ben. Es geht doch darum: Wenn es um eine Demokratisierung geht, in einer Gesellschaft nach 20 Jahren einer stalinistischen Diktatur, da muß man dann einen Druck von unten zulassen, sonst ist überhaupt nichts überzeugend und nichts wäre ernst gemeint. Man darf nicht Angst haben, daß dieser Druck gleich dazu führt, daß wir die Macht verlieren. Es klingt anekdotisch, aber als wir im Kreml waren nach dem Einmarsch von 1968, da ist der Breschnew gekommen und hat Dubček eine Zeitung gezeigt aus der Zeit direkt vor der Intervention und da war eine Karikatur und da stand vor einem kleinen Häuschen der Dubček und neben ihm stand ein riesengroßer Breschnew mit einem Kübel voll Wasser und hat es auf das Häuschen gegossen und Dubček rief: „Es brennt doch gar nicht.“ Da war Breschnew ganz empört und sagte: „Was soll das?“ Und Dubček sagte: „Ich habe das doch nicht gezeichnet.“ Und Breschnew meinte: „Na ja, das bedeutet nichts, wenn so etwas gegen Deinen Willen und ohne Dein Wissen erscheinen kann, dann hast Du keine Macht mehr.“ Also bei diesem Verständnis von Machtausübung war die Macht natürlich verloren gegangen. Aber das

ist doch eine ganz absurde Art, so die Machtfrage zu interpretieren. In der Tat glaube ich, unser Fehler war eher, daß wir es versäumten, gewisse Demokratisierungsmaßnahmen rasch genug und in eigener Initiative durchzuführen, daß wir gewartet haben, daß wir z. B. den Parteitag ...

Peter Glotz: Der Parteitag wurde zuerst auf den September festgelegt.

Zdenek Mlynar: Er hätte eigentlich im Mai stattfinden sollen, er hätte das Aktionsprogramm als eine Linie des Parteitages verabschieden können, aber man hat den Parteitag damals abgelehnt und auf den September geschoben. Warum? Weil die Radikalen daran glaubten, es sei besser, das zu verschieben, dann würden wir stärker sein, mehr Positionen haben.

Peter Glotz: ... die Radikalen ...

Zdenek Mlynar: Ich würde interpretieren: Die radikale Parteintelligenz. Die Konservativen im Apparat auf der anderen Seite glaubten: Je später, desto besser – weil: Dazwischen wird schon was passieren. In Moskau waren sie auch dagegen, daß der Parteitag so bald stattfindet, weil sie hatten das noch nicht unter ihre Kontrolle gebracht. Wenn das alles schon im Frühjahr stattgefunden hätte, glaube ich, wäre die Lage besser gewesen. Im Mai hätten die Sowjets sicher nicht militärisch interveniert – und die Parteiführung wäre doch schon einiger gewesen und hätte auch mehr Autorität gehabt als das alte ZK. Das hatte eben keine Autorität mehr, weil alle wußten: Die sind da nur bis zum September. Das galt auch für andere Organe, für die Staatsorgane usw. Zum Vergleich mit Gorbatschow: Jetzt gibt es dort auch Vorschläge von der Seite der Parteintelligenzija, die Parteikonferenz zu verschieben, weil die Reformen dann stärker wären. Ich glaube, er wird das nicht tun. Auch eine Verschiebung des Parteitags hat er nicht akzeptiert, obwohl er bei diesem Parteitag im Februar 1986 noch relativ schwach war. Er hat seinen Parteitag gemacht, hat eine neue Führung etabliert, und das war richtig. Wir haben das versäumt. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß ich persönlich dafür war, gewisse Bremsmechanismen, z. B. das Recht des Staates, in die Pressefreiheit einzugreifen, beizubehalten. Ich war gegen die absolute Auflösung der Zensur, weil ich dachte: Ja, das Problem muß zwar nach Recht und Gesetz geregelt werden, aber es muß die Möglichkeit existieren, durch Gerichtsbeschluß die Verbreitung von gewissen Informationen zu verbieten, wenn es z. B. den außenpolitischen Interessen des Staates schadet. Das Schlimmste war meiner Meinung nach diese Führungspassivität und

Bohumir Šmeral

„Im letzten Jahrzehnt der Donau-Monarchie war die internationale österreichische Sozialdemokratie an dem deutsch-tschechischen Gegensatz zerbrochen. Die Initiative zur ethnischen Aufspaltung war von der tschechischen Sozialdemokratie ausgegangen. Das heißt aber nicht, daß es nicht auch tschechische Sozialisten gegeben hat, die im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Partei am internationalen Standpunkt festhielten. Es war dies die Gruppe um Bohumir Šmeral. Šmeral, der nach dem 1. Weltkrieg der Führer der KPTsch und der große alte Mann des tschechoslowakischen Sozialismus wurde – ein auch von den anderen Parteien als Persönlichkeit geschätzter Politiker von staatsmännischem Rang –, hatte 1913 zur Frage der Zerschlagung Österreichs gegen den Strom der tschechischen Meinung folgendes nahezu prophetische Wort gesprochen:

„(Die böhmischen Länder) zur Gänze zu okkupieren, würde Rußland Deutschland nicht gestatten und auch umgekehrt; wenn diese Länder ganz okkupiert wären, könnte übrigens kaum einer dieser Staaten sie assimilieren und verdauen ... So ist im Augenblick katastrophaler Umwälzungen die Erreichung des ‚Staatsrechts‘ nicht ausgeschlossen. Für die Tschechen als Nation und als Land wäre aber diese Möglichkeit die schlimmste. Wir wären nur vorübergehend selbständig, wie heutzutage Albanien, um als Beute für den Sieg in der Zukunft, als Kriegsschauplatz für das künftige Ringen rivalisierender Kräfte aufgespart zu bleiben. Wenn Österreich-Ungarn nicht bewahrt werden könnte, entstünde in Europa ein neuer 30jähriger Krieg, und wiederum, wie vor dem Westfälischen Frieden, wäre Böhmen das Zentrum des Leidens.“

(Protokoll des 11. Ordentlichen Parteitags der tschechoslowakischen Arbeiterpartei vom 7. bis 9. Dezember 1913)

Šmeral war nach 1918 kurze Zeit einer der meistgehaßten Tschechen im eigenen Volk. Seine überragenden politischen Fähigkeiten machten ihn aber in wenigen Monaten zum Führer der „Marxistischen Linken“, aus der die KPTsch hervorging.“

Aus: Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen, Opladen 1986.*

auch die Tendenz, uns selbst international zu isolieren. Wir, die Dubček-Führung, haben geglaubt: Wenn wir die Sowjetunion außenpolitisch nicht reizen oder provozieren, dann könnte es sein, daß die sowjetische Führung die tschechoslowakische Reform als innerparteiliche, innerstaatliche Angelegenheit duldet. Aber wir haben uns dabei selbst isoliert. Man hätte z. B. im Zusammenhang mit einem Parteitag im Mai eine Konferenz der Eurokommunisten arrangieren können. Es wäre viel schwieriger gewesen, danach eine militärische Intervention durchzuführen, wenn da auch die Jugoslawen, die französische, italienische KP usw. desavouiert worden wären. Das hätte alles gemacht werden können. In diesem Sinne, glaube ich, haben wir viele Fehler gemacht. Was nicht bedeutet, daß ich die verlogene Kritik akzeptiere, daß es eine Konterrevolution war, oder daß der Sozialismus in Gefahr war. Überhaupt nicht. Wenn damals der Sozialismus in Gefahr war, dann müßte er heute in der Sowjetunion schon längst in Gefahr sein.

Peter Glotz: Sie sind also davon überzeugt, daß Dubček als Person weiter die führende Rolle der



Bohumír Šmeral

Foto: Keystone

Kommunistischen Partei anstrebe? Daß er zwar im System etwas verändern, im Grunde aber das System beibehalten wollte? Daß also die ganzen Vorwürfe der jetzigen Prager Führung gegen Dubček falsch sind?

Zdeněk Mlynar: Diese Leute sind doch gar nicht an der Wahrheit interessiert, und auch nicht daran, ob Dubček das System beibehalten wollte oder nicht. In jedem Falle war Dubček einer, der seine Reform mit einer führenden Rolle der Kommunistischen Partei geplant hatte. Das ist sicher. Aber er hat die „führende Rolle“ nicht auf administrative Weise begriffen. Das war richtig. Der Dubček, wenn wir über ihn sprechen, ist sicher ein ehrlicher Mensch. Er war ein charismatischer Politiker, würde ich sagen. Aber er hatte einen sehr engen Handlungsspielraum und mußte unter so komplizierten Umständen arbeiten, daß er nicht immer der Geeignteste war, unter diesen Bedingungen die Reformpolitik durchzuführen.

Peter Glotz: Wieso gab es denn keine Alternative zu Dubček, als Novotný überfällig war?

Zdeněk Mlynar: Die Krise im ZK ist sozusagen spontan gekommen. Der Widerspruch zwischen Dubček und Novotný konzentrierte sich eigentlich auf die Nationalitätenfrage. Nicht nur, Dubček hatte auch die autoritären Methoden der Parteiführung unter Novotný kritisiert. Aber im Grunde genommen ging es um den Widerspruch slowakischer Funktionäre gegen den Novotný-Kreis. Eine tiefe Revolution wurde nicht im voraus geplant. Wir, die kommunistischen Intellektuellen in den verschiedenen Forschungsinstituten, haben damit gerechnet, daß unsere Arbeiten ungefähr bis zum Jahre 1970 fertig sein sollten, daß sie vor einem Parteitag von 1970 vorgelegt werden sollten und daß eine Plattform entstände, die der Parteitag behandeln würde. Wir hatten uns überlegt, daß Novotný vor dem Parteitag weggeschoben werden müßte. Aber daß es schon im Januar 1968 geschieht, auf diese spontane Weise und wegen der Konflikte um die Nationalitätenfrage – darauf waren wir nicht vorbereitet.

Peter Glotz: Ich zitiere einen englischen Biographen Dubčeks, William Shawcross, der sehr kritisch über die Behandlung des „Manifestes der 2000 Worte“ von Vaculík schreibt. Er sagt: „Es war ein Mißgriff, dieses Manifest. Die Unterzeichner erklärten, wir wollen keine Anarchie und einen allgemeinen Zustand der Unsicherheit hervorrufen, aber unter den Parteifunktionären entstand gerade das, was sie vermeiden wollten: nämlich Unsicherheit. Das Manifest behauptete, man lehne gesetzwidrige, unanständige oder brutale Methoden ab. Aber es rief zu

Streiks und Boykottmaßnahmen auf, um die Regierung zur Ausschaltung aller Novotny-Anhänger unter Druck zu setzen. Es bot Dubček vollen Beistand an, aber nur solange die Regierung unseren Forderungen entgegenkommt.“ Die These von Shawcross ist also: An der Behandlung dieses Manifestes zeige sich die Unentschiedenheit und Führungsunfähigkeit Dubčeks, er habe gar nicht gewußt, daß dieses Manifest entstünde. Er habe eine Fernsehansprache vorbereitet. Als er dann von Breschnew angerufen wurde, hat er das Dokument sich kommen lassen müssen. Dann wollte er in eine Fernsehansprache noch etwas einfügen. Er fragte Jiří Pelikan: Geht das noch? Pelikan sagte: Aus technischen Gründen: nein. Dann läuft die Fernsehansprache ohne eine Kritik Dubčeks. Breschnew ist empört. Nehmen wir mal dies als ein Beispiel: Die These des Engländers Shawcross, der sicher nicht auf der Seite der Konservativen innerhalb der Kommunistischen Partei steht, ist: Es zeigt die Unfähigkeit, die zu geringe Fähigkeit der Führung und insbesondere Dubčeks, eine komplizierte Machtsituation zu beherrschen.

Zdenek Mlynar: Das Manifest der 2000 Worte, das war sicher ein Versuch, Druck von unten für eine radikalere Reformentwicklung auszuüben. Das, was aus meiner Sicht auch politisch gefährlich war, war der Zeitpunkt. Das Manifest wurde veröffentlicht am Vorabend der Parteikonferenzen, die die Dele-

gierten zu dem außerordentlichen Parteitag wählen sollten. Da wurde plötzlich statt des Aktionsprogramms eine andere Plattform präsentiert. Statt des Aktionsprogramms wurde über das Manifest der 2000 Worte diskutiert. Deshalb hätte man sich meiner Meinung nach energischer und einheitlicher dagegen wehren müssen. Schuld war nicht nur Dubček, da waren andere auch dabei, die schon unter dem Druck ihrer eigenen Popularität handelten. Es war nicht populär, sich gegen diese radikalen Gruppierungen öffentlich zu stellen. Aber zu dieser Zeit war es sowieso schon zu spät, weil die Fähigkeit, über das Tempo der Entwicklung zu entscheiden, es selber zu bestimmen, verspielt war. Irgendwo im Februar, im März hätten wir zeigen müssen, was wir wollten und entsprechende Änderungen praktisch verwirklichen. Dann hätte es überhaupt nicht dazu kommen müssen, daß dieser Druck von unten in solchen Formen sich ausbreitete.

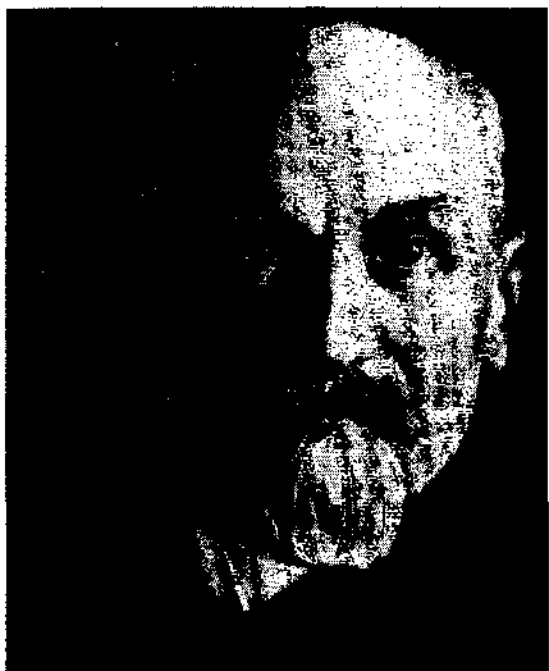
Peter Glotz: Werfen wir einen letzten Blick auf Dubček. „Zycie Warszawy“, ein polnisches Regierungsblatt, hat 1968 geschrieben, Dubček sei ein „gefühlsbetonter Führer, der sich leicht von Stimmungen verführen läßt, kein starker, kühl rechnender Politiker. Er vertraute den Menschen zu sehr; oft bis zur Naivität, deshalb wurde er oft von Ereignissen überrascht. Er fühlte sich der Sache des Sozialismus verpflichtet, und allzulange glaubte er, daß alle Leute

Verlorene Geschichte

Über die „verlorene Geschichte“ Böhmens gibt es zwei wunderschöne Bücher. Das eine ist Jürgen Serkes „Böhmische Dörfer – Wanderungen durch eine verlassene literarische Landschaft“ (Wien/Hamburg 1986). Der Journalist Serke (früher bei UPI und dem „Stern“) berichtete 1967/68 aus Prag. Der prächtige und mit vielen sprechenden Fotos ausgestattete Band des Paul Zsolnay-Verlags stellt das Werk und das Schicksal der deutsch-böhmischen Literatur dar; von Max Brod bis Johannes Urzidil, von Leo Perutz bis zu F. C. Weiskopf und Louis Fühnberg. Die These des ebenso aggressiven wie melancholischen Autors heißt: Europa starb in Prag. Vom Münchner Abkommen führe ein gerader Weg zu folgenden „Ergebnissen“: „Deutschland geteilt, die Welt geteilt.“ Die „böhmischen Dörfer“ nehmen zu. Der Begriff Deutschland, der Begriff Eu-

ropa, der Begriff Abendland – alles inzwischen „böhmische Dörfer“.

Bei diesem „Ergebnis“ knüpfen drei tschechische Autoren an, die unter dem Pseudonym František Jedermann einen Band von Bildern und Texten über das sogenannte „Grenzland“, die ehemals deutsch-bewohnten Gebiete, zusammengestellt haben (Bund-Verlag, Köln 1985). Ein anonymen Fotograf hat dieses „Grenzland“ fotografiert: Von Brůx bis Leitmeritz, von der Kirche in Schlaggenweld bis zum Marktplatz in Bischofteinitz. Das Fazit nicht viel anders als bei Serke: „Ich gehe durch das heutige Grenzland und sehe und weiß, es hätte zur Abschiebung der Deutschen nicht kommen sollen. Dann aber hätte auch der 2. Weltkrieg nicht sein dürfen, und auch der erste nicht. Ich drehe das Rad der Ursachen und Folgen, eine Katastrophe nach der anderen, das ist die jüngste Geschichte des Erdteils, der sich Europa nennt. Entstanden aus der Katastrophe, wird er vielleicht auch in ihr enden.“



Thomáš Masaryk

Foto: AdSD

seiner Umgebung ebenso dachten. Man soll seine moralische Größe anerkennen, aber muß gewisse Vorbehalte hinsichtlich seines politischen Scharfblicks und seiner Fähigkeit hegen, Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt zu treffen. "Ist das ein richtiges Urteil?

Zdenek Mlynar: Es ist sehr einseitig. An Dubček war das Wertvollste, daß er an die Leute geglaubt hat. Ihm vorzuwerfen, er habe zu viel an die Menschen geglaubt, ist vordergründig. Ohne diesen Glauben hätte er nie den Reformprozeß eröffnet und in Gang bringen können, wie er das in der Tat geschafft hat. Und es muß doch nicht immer die führende Figur allein imstande sein, eine kühle Analyse der Lage zu unternehmen. Es genügt manchmal, wenn er Leute um sich hat, die das können – und wenn er dann den richtigen Moment erkennt, in dem es wichtig wird, ganz kühl zu handeln. Ich würde eher sagen, es war seine Stärke, daß er an die Menschen glaubte. Durch diese seine Eigenschaft hat er die Menschen für die Partei begeistert, die Leute haben gespürt: Da ist einer, der uns braucht – und deshalb haben sie ihm vertraut. Ohne dieses gegenseitige Vertrauen wäre es unmöglich gewesen, die Reformentwicklung überhaupt zu realisieren. Seine Stärke war, daß er den

Druck von unten mit der Reform von oben eigentlich als eine Einheit begriff. Damit erreichte er, daß es keine bloße Eruption von Unzufriedenheit wurde. Wir haben z. B. im Aktionsprogramm der Gewerkschaften das Streikrecht verankert. Aber es gab keinen einzigen Streik damals, obwohl das Recht dazu da war. Es gab auch das Recht auf Demonstrationen, aber es gab keinen Versuch, gegen die Parteiführung eine Demonstration der Unzufriedenheit durchzuführen. Das Vertrauen zwischen Dubček und dem Volke war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß der ganze Prozeß sozusagen ruhig und konstruktiv abgelaufen ist. Deshalb würde ich die Kennzeichnung von „Zycie Warszawy“ nicht als fair bezeichnen. Eher schon war seine Unentschiedenheit in Krisensituationen problematisch. Dubček wollte seine Gegner noch dann überzeugen, wenn es nicht mehr um Überzeugung ging. Man sollte entweder handeln, also die Gegner schlagen, oder einen Schritt zurückmachen. Aber nicht nur warten und warten und hoffen...

Peter Glotz: Er hatte ja auch Gegner wie Bilak und Švestka in wichtige Positionen gebracht.

Zdenek Mlynar: Na ja, mit Bilak war er persönlich befreundet. Oder Jakes hat er in seine damalige Position gebracht, weil er mit ihm in einem Zimmer an der Parteihochschule in Moskau lebte. Das schon. Aber ich glaube, man kann nicht sagen, daß sich Dubček diese Parteiführung frei wählen konnte. Nur ein Teil der Parteiführung wurde ausgeschlossen und durch einen anderen Teil ersetzt. Das ZK blieb das gleiche. Also, das war gerade der Fehler, daß er seine Führung nicht mit einem außerordentlichen Parteitag neu bestellen ließ, sondern auf diese halbkompromißhafte Lösung sich verlassen wollte.

Peter Glotz: Ich will noch einmal auf das systematische Problem Transformation zurückkommen. Es gibt die berühmte Kritik von Enrico Berlinguer an der Strategie Salvador Allendes in Chile. Berlinguer hat für sein Land die Konsequenz der Konzentration der Kräfte, eines historischen Kompromisses gezogen, weil er sagte, eine Machtübernahme durch eine kommunistische Partei in einem westlichen Land, wenn sie sich nicht auf ganz breite Koalitionen stützen kann, führe letztlich zu einem Prozeß, den man nicht in der Hand behalten könne, zu populistischen Mittelstandsaufständen und letztlich zum Faschismus. Könnte man umgekehrt genau die gleiche Frage, die Berlinguer an Allende gestellt hat, jetzt bei der Transformation einer sozialistischen Gesellschaft an Dubček stellen? Wie sehen Sie dieses grundsätzliche Transformationsproblem heute?



Foto: Votava, Wien

War die Möglichkeit einer Transformation der ČSSR in eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft realistisch und wie weit konnte man im Kontext des Warschauer Vertrages bei der Breschnew-Sowjetunion in einer Veränderung der inneren Struktur der Tschechoslowakei gehen?

Zdeněk Mlýnar: Wenn ich bei der letzten Frage beginne: Das ist sicher, wir haben die Lage in der Sowjetunion falsch verstanden. Nach dem Sturz Chruschtschows haben wir immer noch gedacht, da ist derselbe politische Hintergrund, die gleiche Grundlage geblieben. Das war nicht der Fall. Breschnew wollte eigentlich alle Reformversuche stoppen und die Stabilisierung, die sich dann später als Stagnation entlarvte, einführen. Wahrscheinlich bestand also keine Möglichkeit, so weitgehende Systemänderungen durchzuführen, ohne in einen Konflikt nicht nur mit der Sowjetunion, sondern auch mit Gomulka in Polen und mit Ulbricht in Deutschland zu geraten. Das haben wir nicht einkalkuliert.

Das muß man schon zugeben, aus dieser Sicht gesehen konnten wir wahrscheinlich nicht viel mehr erreichen auf dem Weg einer Reformentwicklung, als Kadar in Ungarn zur gleichen Zeit 1968 erreicht hatte. Das war aber für uns zu wenig. Nicht nur für uns Reformkommunisten, sondern auch für das Volk, weil die Lage der ČSSR anders war. Es existierte diese trügerische Sicherheit: Wir können das doch, bei uns ist das möglich, bei den Russen wahrscheinlich nicht, aber bei uns doch. Und haben wir nicht begriffen, wie tief wir in der Blockdisziplin drinsteckten mit allen Abhängigkeiten. Ja, soweit Politik auch die Kunst des Möglichen ist, haben wir wahrscheinlich Unmögliches gewollt. Aber sonst, was die Möglichkeit der Transformation angeht, war das aus innenpolitischer Sicht in einem Land mit den damaligen Bedingungen der Tschechoslowakei doch politisch realisierbar. Gerade weil hier die Erfahrungen aus der Zeit noch vor dem Jahre 1948 im Spiel waren. Heute ist es nicht mehr so. Es ist nach

zwanzig Jahren „Normalisierung“ eine andere Gesellschaft geworden. Diese Gesellschaft glaubt nicht mehr an die Fähigkeit der Partei zur Reform. Und das demokratische Potential innerhalb der Kommunistischen Partei existiert auch nicht mehr in dem Maße wie damals. 1968 existierte bei uns zum Unterschied von allen anderen Ländern ein riesiges demokratisches Potential in jener Generation, die noch die demokratische Entwicklung erlebt hatte. Das hat sich dann auch manifestiert während der Säuberung 1970, wo man ein Drittel der Parteimitglieder ausschließen mußte, um die demokratischen Potentiale wirklich zu zerstören.

Peter Glotz: Wie groß, glauben Sie, war damals die Zahl der Menschen, die eigentlich nicht in Ihrem Sinne einen liberalisierten Kommunismus wollten, sondern die wirklich gegen den Kommunismus waren und eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster oder einen moderaten Kapitalismus anstrebten?

Zdenek Mlynar: Aber das hat man erforscht, wir haben Umfragen gemacht. Nur 16 % haben der KP Mißtrauen ausgesprochen.

Peter Glotz: Es hatten sich Anfänge einer sozialdemokratischen Partei gebildet . . .

Zdenek Mlynar: Praktisch bedeutete das eine Wiederbelebung oder eine Neugründung der Sozialdemokratie, auch eine Möglichkeit, die bestehenden Parteien, die Sozialistische Partei und dann die Volkspartei zu revitalisieren. Da wurde in den Umfragen die Frage gestellt, ob es Parteien geben sollte, die unabhängig wären von der Kommunistischen Partei. Da waren 80 % der Bevölkerung dafür, im Juli, als also die Diskussion über ein Mehrparteiensystem schon im Gange war. 67 % der KPČ-Mitglieder waren auch dafür. Das ist das, was ich als demokratisches Potential bezeichne. 67 %, also eine Zweidrittel-Mehrheit der Kommunisten waren der Meinung, man sollte eigentlich eine von ihnen unabhängige Partei zulassen. Dann gab es auch die Frage: Sollten am Sonntag Wahlen stattfinden und eine neue Partei wäre schon da, wen würden Sie wählen? Da hat sich herausgestellt, daß unter solchen Bedingungen eine neue Partei ungefähr um 11 % der Wählerstimmen und die Kommunistische Partei um 40 % bekommen hätte. Diese politische Lage mußte eine vorsichtige Übergangsperiode möglich machen. Wir hätten die Mehrheit behalten, lange. Wir wollten allerdings die Kommunistische Partei unter die Kontrolle der Gesellschaft stellen – mit den Mitteln der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit, der Organisationsfreiheit von verschiedenen Interessengrup-



Edward Boneš

Foto: AdsD

pen und Interessenvertretungen, der Versammlungsfreiheit. Was wir gefürchtet haben, war, daß man ein politisches System mit einer außerordentlichen Konzentration der Macht, wo ein fast absolutistisches Machtzentrum existierte, in einem Wahlkampf mit einer neuen Partei, die nicht belastet ist von der Vergangenheit der Diktatur, nicht zu demokratischer Entwicklung, sondern zum Zusammenbruch bringen könnte. Das hätte politischer Selbstmord sein können. Aber nach der Reform, wenn schon ein neues System funktionierte, das sich auf die im Aktionsprogramm vorgeschlagene Demokratisierung und auf eine reformierte Wirtschaft mit Arbeiterselbstverwaltung stützte, in so einem System hätte man sich langfristig auch die Existenz von unabhängigen Parteien vorstellen können. Es gab allerdings keine Diskussion über dieses Thema im Parteivorstand. Aber in den Kreisen, die sich mit den Programmvorstellungen beschäftigt haben, auch in der politischen Kommission, die den Parteitag vor-

bereitet hatte, wurde darüber spekuliert. Wir dachten an eine Übergangsperiode von etwa zehn Jahren. Peter Glotz: Welche Rolle haben denn in diesem schwierigen Prozeß westliche Sender wie „Free Europe“ oder „Voice of America“ und westliche Geheimdienste gespielt? Die jetzige Führung stellt das ja groß heraus.

Zdenek Mlynar: Das ist alles lächerlich. Während des Prager Frühlings selbst hat niemand diese Stationen hören müssen, um zu erfahren, was geschieht. Die Leute hörten unsere eigenen Sendungen des Fernsehens, des Radios und lasen die eigenen Zeitschriften. Sogar einige Emigrantengruppen aus dem Jahre 1948 haben im Grunde genommen den Reformprozeß unterstützt. Daß der Prozeß von außen gesteuert und langsam vorbereitet wurde, das sind alles Märchenerzählungen von Leuten, die Geschichte als eine von Geheimdiensten gesteuerte Angelegenheit verstehen. Ich möchte die Rolle der Geheimdienste weiß Gott nicht verkleinern, die ist groß genug, diese Rolle, aber doch nicht so groß, daß wir solche Prozesse damit erklären können.

Peter Glotz: Springen wir auf die jetzige Situation. Nun hat zwanzig Jahre eine fast unveränderte Führung unter Gustav Husak die Tschechoslowakei geführt. Vor kurzem ist ein neuer Generalsekretär berufen worden, auf der letzten ZK-Tagung hat man erstmals wenigstens drei jüngere Leute in das Sekretariat der Partei genommen. Wie groß sind die Chancen von Milos Jakeš, die Situation zu verändern, und wie beurteilen Sie die Situation einer tschechoslowakischen Führung, der der Schock von 1968 noch in den Knochen sitzt und die auf der anderen Seite nach Moskau schaut und beobachtet, was Gorbatschow tut und wie Perestrojka und Glasnost auf ihr eigenes Land wirken?

Zdenek Mlynar: Meiner Meinung nach ist es in der Tschechoslowakei noch nicht dazu gekommen, was ich für die erste Voraussetzung einer tschechoslowakischen Perestrojka halte, und zwar zu einem Führungswechsel. Jakeš, das ist kein tschechischer Gorbatschow. Ich würde zwar sagen, der tschechoslowakische Breschnew ist schon weg, aber Jakeš ist eine Zwischenfigur. Er ist einer, der tief drinsteckt in der Geschichte der militärischen Intervention des Jahres 1968. Ich sehe den Ausweg nur, wenn Leute die Politik entscheidend beeinflussen in der Tschechoslowakei, die nicht mehr in diese Angelegenheit verwickelt sind. Es geht nicht darum, daß Dubček heute zurückkommen könnte. Es geht darum, daß der Zustand beendet wird, in dem diejenigen, die zu den Reformern gehörten, beschimpft, unterdrückt und

aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden, während der andere Teil, der damals sich im Dienste der Intervention an die Macht gesetzt hatte, bleibt. Da müssen auch die entfernt werden von den entscheidenden Posten, sonst gibt es keinen Ausweg. Das muß nicht für jede einzelne Person gelten, aber für ganze Garnituren gilt es. Solange es nicht dazu kommt, daß Leute die Politik in der Tschechoslowakei bestimmen, die nicht mehr in die Unterdrückung der reformistischen Politik 1968 verwickelt waren, solange kann man nicht mit einem Vertrauen von unten rechnen. Und für eine Reformpolitik braucht man ein Minimum an Vertrauen „von unten“, aus der Gesellschaft. Möglicherweise ist natürlich auch die sowjetische Führung daran interessiert, in diesem Land Ruhe zu haben. Aber man vergißt dabei, daß durch die Weiterentwicklung des Breschnewismus in der Tschechoslowakei die Gorbatschowsche Reformpolitik beim tschechoslowakischen Volk unumgänglich diskreditiert wird – und das ist negativ. Man hat in Moskau sicher Angst, daß sich so etwas wiederholen könnte, wie unter Chruschtschow nach dem XX. Parteitag, die damaligen „polnischen und ungarischen Ereignisse“, daß also ein Impuls aus Moskau kommt in die kleineren europäischen Länder und dort zu radikalen Entwicklungen führt, die außer Kontrolle kommen. Man vergißt dabei jedoch, daß die Gefahr für Gorbatschows Reformen diesmal eine andere sein könnte – die andauernde Stagnation und Reformunfähigkeit der Parteiführungen in einigen Ländern. Das gilt gerade für die Tschechoslowakei, wo ich keine Eruption erwarte, weil es keine Krisenlage in dem Sinne gibt, daß die Unzufriedenheit der Massen mit der in Polen oder in Rumänien vergleichbar wäre...

Peter Glotz: Welche Rolle kann die Charta spielen?

Zdenek Mlynar: Die Charta ist eine Bürgerrechtsbewegung, die moralische Autorität im Volk besitzt, jedoch keine programmatische Opposition und keine machtpolitische Alternative darstellt. Sie kann und will auch nicht eine Massenbewegung ersetzen oder hervorrufen. Die materielle Lage der Bevölkerung ist überhaupt nicht schlimm, es ist keine Not da, und die Leute werden nicht riskieren, das, was sie haben, also ein verhältnismäßig gutes Lebensniveau und eine gewisse Gewohnheit, in diesem System schon zwanzig Jahre zu leben, zu verlieren und nicht zu wissen, was danach kommt. Die werden weiter abwarten, also die Passivität wird sich weiter verbreiten...

Peter Glotz: Veränderungen müßten aus der Partei selbst kommen?

Zdenek Mlynar: Wenn es nicht dazu kommt, daß innerhalb der Partei und innerhalb der offiziellen Machtstruktur eine Führungsgarnitur entsteht, die reformfähig wird, dann kann ich mir eine Reformentwicklung in der Tschechoslowakei kaum vorstellen. Es wird aber so kommen, meiner Meinung nach: Wenn der Reformprozeß in der Sowjetunion weitergeht, also Gorbatschow sich durchsetzt, wird langsam auch in der Tschechoslowakei ein Widerspruch zum Ausdruck kommen, den sich die Jakeš-Führung selbst erzeugt hat, als sie die Gorbatschowsche Re-



Foto: Vouava, Wien

formpolitik für ihre eigene erklärt hatte. Das bedeutet, daß man auch die Resultate der tschechoslowakischen Politik mit den Kriterien der sowjetischen „Perestrojka“ und „Glasnost“ messen muß. Es ist jedoch schon heute sichtbar und in der Zukunft wird das immer klarer werden, daß ohne qualitative Änderung der politischen Atmosphäre, ohne Überwindung des Mißtrauens von unten und des Abwartens der Machtelite selbst, weder das intensive Wirtschaftswachstum noch politische und kulturelle Erneuerung zu erwarten sind. Das wird Konflikte auch

innerhalb der Führung verschärfen. Um eine noch tiefere Krise zu vermeiden, wird es letztlich zum notwendigen Führungswechsel kommen müssen. Aber es wird keine Wiederholung des Prager Frühlings geben – sowohl die Partei als auch die Gesellschaft sind anders geworden. Meiner Meinung nach gehört übrigens zu einer Reformentwicklung in der Tschechoslowakei auch eine offene Debatte über die zwanzig Jahre alte Geschichte des Jahres 1968. Es ist heute schon Geschichte. Aber solange man versucht, das unter den Teppich zu kehren, solange ist es ein Gespenst. Es muß offen darüber diskutiert werden, was das eigentlich war, was damals richtig war, wo die Fehler waren, wo aber auch die notwendigen positiven Seiten der Entwicklung lagen, wo Ähnlichkeit mit dem heutigen Reformprozeß besteht. Und das geschieht nicht, man wiederholt nur immer die alten zweckmäßigen Lügen aus dem Jahre 1968, über Konterrevolution, über antisozialistische Ziele der Dubček-Partei-Führung und über die Revisionisten, und man behauptet, der Prager Frühling habe mit dem, was heute in der Sowjetunion geschieht, überhaupt nichts zu tun. Das ist doch für das ganze Volk lächerlich. Die Leute haben ihre eigenen Köpfe und wissen, was ähnlich ist oder nicht. Also damit muß man aufhören. Und da ist noch eine offene Frage, die nicht die tschechische Führung betrifft, sondern die sowjetische, das ist die Frage der militärischen Intervention selbst. Das war keine tschechoslowakische Angelegenheit, und da muß die sowjetische Führung noch einmal dazu kommen, dieses unangenehme Erbe der Breschnew-Zeit kritisch zu diskutieren. Man muß eine klare Stellungnahme dazu abgeben: entweder – oder. Wenn die sowjetische Führung hier Farbe bekennt, dann kann sie helfen, auch die Stagnation in der Tschechoslowakei zu überwinden.

Peter Glotz: Meine Diagnose ist: Die jetzige Führung liegt in der Abrüstungsfrage voll auf der Linie Gorbatschows. Sie will gerne die ökonomischen Reformen durchführen, aber sie möchte im Grunde Glasnost vermeiden, sie möchte den kulturpolitischen Reformprozeß eingrenzen. Meine Behauptung ist nun, je mehr man Wirtschaftsreformen will, desto mehr muß man auch politische Reformen durchführen. Isolierte wirtschaftliche Reformen ohne politische Reformen, das wird nicht gelingen. Teilen Sie diese Auffassung?

Zdenek Mlynar: Ja. Was die außenpolitische Problematik betrifft, bin ich jedoch der Meinung, daß keine Spur vom „neuen politischen Denken“ ohne Gorbatschow in Prag entstanden wäre. Ja, und sonst:

Wirtschaftsreform ohne politische Reformen, das ist unmöglich. Die Ähnlichkeiten, die ich sehe, wenn ich den Prager Frühling mit der Gorbatschow-Reform vergleiche, liegen gerade darin, daß diese Tatsache 1968 von uns und heute von der sowjetischen Führung anerkannt wurde. Und auch darin, daß die politische Reform eine Demokratisierung bedeuten muß, daß sich die Partei unter gewisse Kontrollen der Gesellschaft stellen muß. Und dann besteht eine Ähnlichkeit auch in dem Ziel, den sozialistischen Staat als einen Rechtsstaat weiterzuentwickeln. Das sagt Gorbatschow heute schon ganz klar, und das haben wir 1968 auch so formuliert.

Peter Glotz: Wir haben mit der Geschichte Ihres Landes angefangen, lassen Sie uns mit der Geschichte Ihres Landes aufhören. Wenn ich es richtig sehe, gibt es vier politische Figuren, die die neuere Geschichte der Tschechoslowakei in diesem Jahrhundert stark beeinflußt haben, Masaryk, Beneš, Gottwald und Dubček. Teilen Sie diese Auffassung und was halten Sie von diesen vier historischen Figuren?

Zdenek Mlynar: Man könnte sagen, daß diese vier die wichtigsten sind, die die Entwicklung beeinflußt haben. Masaryk ist heute schon eine legendäre Figur. Sein Verdienst besteht darin, daß er aus dem neuen nationalen Staat eine Demokratie westlicher Prägung gemacht hatte. Beneš ist ein Pechvogel der Geschichte. 1938 und 1948 war es sehr schwierig, die Linie von Masaryk weiterzugehen. Er wollte zwar nicht kapitulieren, aber in der Tat hat er kapituliert. Peter Glotz: Wäre ein Kampf, also eine Mobilisierung der Armee 1938 abenteuerlich gewesen? Die Kommunisten waren ja der Auffassung, daß militärischer Widerstand Sinn gemacht hätte.

Zdenek Mlynar: Das ist eine der hypothetischen Fragen, die die Tschechen unter sich immer wieder stellen. Nach den hussitischen Kriegen haben wir eigentlich nie gekämpft. Die Kapitulation hatte schwerwiegende Folgen; nicht nur während der Okkupation, sondern auch nachher. Gerade diese Kapitulation hat man damit gerechtfertigt, daß wir vom Westen verraten worden sind. Die parlamentarische Demokratie war zu schwach, die mußte kapitulieren. Das führte dazu, daß nach dem Jahre 1945 zuerst die prosovetische und eher antiwestliche Orientierung eine massenhafte Basis hatte. Die Kapitulation hat immer bittere Folgen, aber ich bin sicher der letzte, der hier verurteilen darf. Ich habe im Jahre 1968 zu denen gehört, die wieder eine Kapitulation unterschrieben haben. Und was das Jahr 1968 betrifft, bin ich der Meinung, ein Blutvergießen hätte nichts Positives gebracht.

Weiter zu Gottwald. Gottwald war die führende Figur der vierziger und fünfziger Jahre, weil gerade er der kommunistische Führer war, der die Stalinisierung durchgesetzt hatte. Sonst war Šmeral viel bedeutender als Gottwald. Gottwald war der, der nach dem Kriege die Kommunisten nicht nur an die Macht gebracht, sondern der auch das stalinistische Modell in der Tschechoslowakei durchgesetzt hat. Und der letzte in der Reihe, Dubček, kann auch nicht nur als Opfer gesehen werden. Dubček ist auch ein politischer Versager, aber sein Verdienst besteht darin, daß er eine Brücke zwischen der demokratischen Tradition und dem heutigen Tag gebaut hat. Er versuchte, erneut an die demokratische politische Kultur zu appellieren, auf die einmal auch Masaryk sich verlassen hatte. Es ist schlimm für mein Land, daß er damit gescheitert ist.

Kleine Bibliographie des Prager Frühlings

Heinz Brahm, Der Krenl und die CSSR 1968-1969, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970

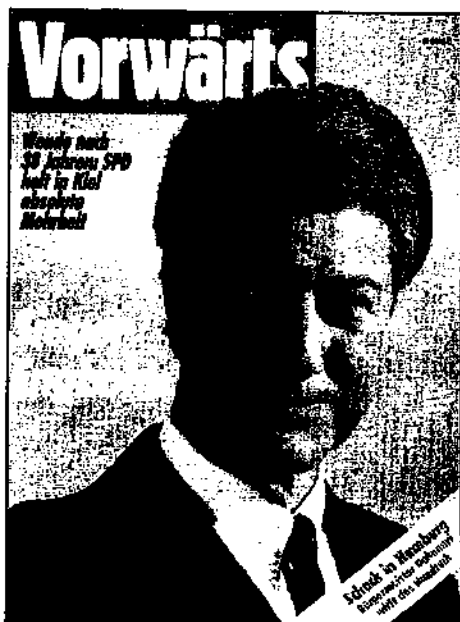
Vladimir Horský, Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart/München 1975

Jiří Pelikán (Hg.), Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitags der KPTsch am 22. August 1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1969

William Shawcross, Dubček. Der Mann, der die Freiheit wollte, München 1970

Michael Stepanek-Stemmer, Der wahre Dubček. Woran der Prager Frühling scheiterte, Köln 1978

Vorwärts-Information



Ja, ich bestelle den Vorwärts

zum monatlichen Bezugspreis von DM 9,— (für Schüler/Studenten gegen Vorlage der Studienbescheinigung monatl. DM 6,30). Diese Bestellung gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich automatisch, wenn ich nicht 6 Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums schriftlich kündige.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen diese Bestellung beim Vorwärts Verlag zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

Ich zahle:

- ☐ bargeldlos *
- ☐ gegen Rechnung
- ☐ vierteljährlich DM 27,—
- ☐ halbjährlich DM 54,—

* Konto-Nr. und Geldinstitut
bitte angeben

Libuše Moníková Und die Kirschfeste feiern, wie sie fallen Über die Annexion Europas an Böhmen anlässlich des 50. Jahrestages des Münchner Abkommens

Dr. Libuše Moníková, geb. 1945 in Prag, seit 1971 in der BRD; Lehraufträge an der Gh Kassel und der Universität Bremen, seit 1981 freie Schriftstellerin. Für ihren letzten Roman „Die Fassade“, Hanser 1987, erhielt sie den Alfred-Döblin-Preis; seit August 1988 Stadtschreiberin von Graz.

Der hier veröffentlichte Text ist ein Beitrag für den Schriftstellerkongress „Ein Traum von Europa“ vom 25.-29. Mai in Berlin und wird im „Literaturmagazin“ bei Rowohlt zur Buchmesse erschienen.

Bei meinem täglichen Blick auf die Karte verschiebe ich die Grenzen von Böhmen des öfteren, mal nach der historischen Vorlage von Großmähren, mal nach Shakespeare, der wußte: Böhmen liegt am Meer. Es wäre allemal sinnvoll, die Vorschläge der Dichter zu bedenken, statt die Teilung der Welt Politikern zu überlassen, die nicht lesen.

Arno Schmidt hat in seiner historischen Revue „Massenbach“ die Vision eines Europa entworfen, das, geeinigt durch Napoleon, eine demokratische Verfassung auf der Grundlage von Einheit, Gleichheit, Brüderlichkeit militärisch aufgeprägt bekommen hätte; der preußische Oberst Massenbach träumt dieses Europa am Vorabend der Allianz europäischer Staaten gegen Napoleon, mit Rußland und England an der Spitze.

Im „Vorspiel“ zu seiner Revue läßt Schmidt eine seiner Figuren die Einsicht äußern: „England gehört ja gar nicht zu Europa.“

Als 1938 der britische Premierminister Chamberlain im Zuge seiner Appeasement-Politik ein Drittel der Tschechoslowakei an Hitler „abgetreten“ hatte, erklärte er im britischen Rundfunk: „Wie schrecklich, phantastisch, unglaublich ist es anzunehmen, daß wir hier Schützengräben graben und Gasmasken anprobieren sollen wegen des Streits in einem weit

entfernten Land unter einem Volk, von dem wir nichts wissen.“ (Rede vom 27. 9. 38)

Bei der Informierung der tschechoslowakischen Vertreter in München, die stundenlang auf das Ergebnis der Verhandlungen im Vorraum warten durften, gähnte er infolge der fortgeschrittenen Stunde unverhohlen.

England werde ich nicht in mein Böhmen aufnehmen.

Und Frankreich?

Auf die Frage der tschechoslowakischen Delegation, bis wann eine Antwort ihrer Regierung erwartet werde, erklärte die französische Seite in München, eine Antwort werde nicht erwartet, die Großmächte hielten ihre Beschlüsse über die Abtretung der geforderten Gebiete seitens der ČSR an Hitler für angenommen.

Frankreich hatte kein so leichtes Spiel in der „Krise“ wie Großbritannien, es war durch einen (zweifachen) Vertrag mit der ČSR (von 1923 und 1925) verpflichtet, seinem Verbündeten beizustehen. Da es an einem Krieg „wegen der böhmischen Deutschen“ genausowenig interessiert war wie England, ließ es die Regierung in Prag wissen, die Verantwortung für den Kriegsausbruch würde auf sie fallen, wenn sie den Forderungen Hitlers nicht nachgäbe; damit war der Vertrag mit der Tschechoslowakei gebrochen.

Daladiers Befürchtungen, die Franzosen würden ihn wegen des Verrats steinigen, haben sich nicht bewahrheitet; die Pariser haben ihm einen begeisterten Empfang bereitet, und er wurde wie Chamberlain, der aus München zugleich einen Friedenspakt mit Hitler nach London brachte, als Friedensstifter gefeiert. Der Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland folgte ein paar Monate später, im Dezember '38. (Der vielkritisierte Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin wurde erst am 23. August '39 geschlossen.)

Frankreich gehört also auch nicht zu meinem Böhmen? Wegen ihrer Revolution werde ich es mir noch überlegen.

Polen?

Unbedingt, sowieso, ja. – Jeszcze Polska niezginęła! Ein tapferes Volk. Westslawen wie wir, reingelegt von den Russen mehrmals, okkupiert von den Deutschen, geradezu prädestiniert für ein Bündnis mit Böhmen.

Auch mit Mähren? Beim näheren Studium der Quellen erfahre ich erst jetzt – in der Schule blieb es uns erspart, wie vieles aus der eigenen Geschichte – daß es Polen war, das der ČSR in den Rücken fiel, als

sie trotz des Verrats Frankreichs 1938 mobilisierte, um sich Hitlers Forderungen zu widersetzen. Wenn Deutschland tschechische Grenzgebiete ans III. Reich anschließen wollte wegen der deutschsprachigen Bevölkerung, hatte auch Polen Ansprüche; das Gebiet um Těšín in Nordmähren sollte unverzüglich an Polen abgetreten werden. Und da sich auch Ungarn sogleich besann, daß im ganzen Süden der Slowakei eigentlich ungarisch gesprochen wird, war die Tschechoslowakei eingekesselt zwischen drei Nachbarn, die sich in bezug auf ihre Grenzen einig waren. Daß Deutschland die territorialen Ansprüche des faschistischen Ungarns unterstützte, war kein Wunder. Daß Polen sich in Hitlers Schatten auf Kosten der ČSR bereichern wollte und die Gunst der Stunde nutzte, trotz der bereits durchschlagenden Spannungen mit Deutschland wegen Danzig und des „Korridors“, gehört zu den bitteren Momenten in der Geschichte zweier Länder, die viel Gemeinsames haben. Polens Ultimatum trug wie der Verrat Frankreichs und Englands dazu bei, daß Hitler ohne Widerstand seine territoriale und wirtschaftliche Lage in Mitteleuropa in dem Maße festigen konnte, daß Deutschland ein Jahr später, bereichert um die gesamte Wirtschaft und das strategische Potential der Tschechoslowakei, seinen so lange angedrohten Krieg endlich anfangen konnte; Polen wurde das erste Opfer.

Bekannte Daten. Zumindest hoffe ich es. (Vor kurzem fragte ich eine junge Französin, was sie vom Münchner Abkommen weiß. Sie wußte nichts, hatte nie davon gehört; promovierte Germanistin. Warum ich lieber hier als in Frankreich oder England lebe; vielleicht, weil sich die Deutschen im allgemeinen mehr mit ihrer verlorenen Geschichte auseinandersetzen.)

Polen kommt trotzdem in Frage; ich will in meinem Böhmen-Europa nicht allein bleiben.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Sowjetunion, obwohl ihrerseits an Frankreich gebunden, sich an ihr Abkommen mit der ČSR weiterhin halten wollte und militärische Hilfe anbot; es scheiterte am Zögern der bürgerlichen tschechoslowakischen Regierung und an außenpolitischen Schwierigkeiten – Polen und Rumänien hätten ihre Zustimmung zum Durchzug sowjetischer Truppen geben müssen. (Die Annexion der Karpatenukraine durch die UdSSR nach dem Krieg wurde u. a. mit einem Hinweis auf 1938 gerechtfertigt; die kommunistischen Politiker in der ČS. Regierung sprachen vom „Glück, eine direkte Grenze mit der Sowjetunion zu haben“.)

Welche Interessen auch im Spiel sein mochten,

die Sowjetunion war das einzige Land, das zu diesem Zeitpunkt Hitlers Aggression gemeinsam mit der Tschechoslowakei Widerstand leisten wollte.

– Sie hätten '68 nie kommen dürfen. Wenn sie jemals erlöst werden, verdanken sie es ihrer Literatur.

– Die Geschichte Europas ist eine Abfolge von Ungerechtigkeiten, Aggressionen, gegenseitiger Schuldzuweisung für Überfälle, Ausbeutung, Verrat, Unterdrückung.

Im Zuge des hitlerischen Überfalls auf Polen besetzte die Sowjetunion ihrerseits polnische Ostgebiete, einen Teil Rumäniens, Finnlands, und annektierte Litauen, Lettland und Estland, fünf Jahre vor Jalta.

Wenn ich über Europa schreibe, beschreibe ich meine Ressentiments und ahne die der anderen.

England also nicht, und Frankreich hat sich auch nicht bewährt. Nicht in diesem Jahrhundert, wo sie '38 in München zum letzten Mal eine autonome Entscheidung über sich und über Europa hatten, noch ohne Anweisungen und Interessen der Hegemonialmächte. Die Weichen für die Konferenz auf der Krim im Februar 1945 waren durch die Preisgabe eines mitteleuropäischen Landes, „das weit weg liegt und von dem wir nichts wissen“ '38 gestellt. Vor Jalta war München. Zurück zur Literatur.

Die Utopie eines vereinigten Europas unter Napoleon, wie der Obrist Massenbach sie sah, hat sich nicht erfüllt, wäre auch nicht unproblematisch gewesen.

Weitere Entwürfe Arno Schmidts weisen in die Zukunft. Das Reservat Tellingstedt in „Die Schule der Atheisten“ atmet endzeitliche Geborgenheit aus: ein schmaler Streifen an der Eider als ein letzter bewohnter Winkel im verstrahlten Europa, ausgehalten von den USA, wo das Matriarchat gilt. Die andere Hälfte der Welt haben die Chinesen übernommen, patriarchalisch. Der großzügige Mäzen muß immer von neuem von dem kulturellen Nutzen des Reservats überzeugt werden. Mitten im 21. Jahrhundert säumen dementsprechend seltsame Relikte wie der „blinde Harfner“ den Weg, und Jugend in nicht nachprüfbarer Trachten jubelt den US-Touristinnen zu – lauter Riesinnen, die öffentlich urinieren und sich vom mitgebrachten parfümierten Männchen beschlafen lassen, mit einem frustrierten Blick nach den hinterwäldlerischen Europäern, ob sich in der zurückgebliebenen Rasse nicht doch etwas Potenteres fände. Ein Knecht bewährt sich und trägt so zur Rechtfertigung des Reservats bei – Europa auf den Nenner gebracht.

Ein vergnügtes Leben und eine bittere Idylle, wie sie Schmidt auch im Hominidenstreifen der „Gelehrtenrepublik“ (und anderswo) entwirft: Europa hat aufgehört zu existieren, die Welt ist eingeteilt, die Großmächte bewachen einander mißtrauisch an den Randzonen ihrer Interessenssphären, ein fortwirkendes Jalta im Jahre 2014.

Shakespeare verlegte Böhmen ans Meer, das ist der ältere Entwurf, und ich träume über der Karte und verschiebe die Grenzen. Soll Schweden dazu gehören? Dann gleich ganz Skandinavien. Und weiter? Polen, sicher. Und Jugoslawien im Süden. Österreich nehmen wir auch, schon wegen der Landschaft. (Der provinzielle Antisemitismus wird noch ein Problem sein.) Und Italien, natürlich, in seiner unvereinigen Gestalt, als es in der Vielfalt seiner Stadtrepubliken die höchste Kultur hervorgebracht hat.

Dann würde Böhmen gleich an zwei Meere grenzen. – Liegt Böhmen noch am Meer, glaub ich den Meeren wieder...

Und in diesem Korridor der Freiheit, der Ungebundenheit herrscht Vielsprachigkeit. Ursprünglich dachte ich ans Tschechische als Erste Sprache, aber ich lasse ihnen Zeit, Tschechisch hat sieben Fälle, für die Restlichen, an einfachere Grammatiken gewöhnten, zu schwierig.

Die Ungarn könnten es schneller lernen, aber die nehmen wir wahrscheinlich nicht, sie haben schon in der k.u.k. Monarchie gegen die Tschechen Politik gemacht, nicht erst unter Hitler. (Dabei kenne ich keinen unsympathischen Ungarn. – Noch einmal überprüfen!)

Bedenklich, daß das industriell am weitesten entwickelte Land in dem zurückgebliebenen k.u.k. Staatsgebilde nicht einmal im Namen vorkommt: die Tschechen machen sich bei mir verdächtig, dauerhaft Nieten zu sein.

Dabei haben sie auch einmal gekämpft. Und es wieder gelassen. Die Kirschfeste in Sachsen und Thüringen gehen jeweils auf die Verschonung der Städte durch die Hussiten zurück. Es wird erzählt, daß ein paar Kinder mit Kirschzweigen vor dem Stadttor sie bewegen konnten, abzuziehen.

Und die tschechischen Legionäre in Rußland, nachdem sie die transsibirische Eisenbahn erobert hatten, setzten sich in den ersten Zug, um nach Hause zu fahren. Vielleicht war es auch erst der zweite.

1938 wollten sie aber kämpfen; die Demobilisierung war ein schlimmerer Schlag als die Einsicht, daß es in den Krieg geht. Ich werde notgedrungen persönlich.

Die tschechoslowakischen Flieger, die mit den polnischen die Luftbrücke für die Alliierten hielten, wurden zu Dutzenden über dem Kanal abgeschossen. England wird bis zum letzten Polen und Tschechoslowaken kämpfen, hieß es.

Von den Fallschirmspringern, die in Schottland unter härtesten Bedingungen für den Widerstand zu Hause vorbereitet wurden, überlebten die meisten nicht länger als ein paar Tage nach der Landung. Der einheimische Widerstand war zersplittert und weitgehend zerschlagen (die Regierung in London machte sich falsche Vorstellungen), und die meisten Kontaktadressen versagten: die Leute waren verhaftet, tot, zu Kollaborateuren geworden. Es wurde winterabends geflogen, damit die Maschinen unbeobachtet zurückkehren konnten, und die englischen Piloten hatten nur ungenaue Vorstellungen über das Gebiet, das Navigieren war schwierig. Die Fallschirmspringer wurden meist weit von den vereinbarten Orten abgesetzt, nicht selten jenseits der Grenze. In Ungarn ging's dann schnell, in Polen konnten sie sich unter günstigen Umständen den Partisanen anschließen.

Daß es trotzdem zu mehreren koordinierten Aktionen kam, war Sache des Glücks und des Zufalls. Wie anständig gerade der Bauer war, der den Absprung beobachtet hatte, wie weit fort die nächste Gestapo. Er konnte es natürlich auch auf der nächsten tschechischen Polizeistation melden.

Da ich für Samurais viel übrig habe, imponiert mir das Attentat auf Heydrich, trotz Lidice und Ležáky.

Nach dem kommunistischen Umsturz '48 wurden die Überlebenden inhaftiert; es kam zu Hinrichtungen. Als es einer Gruppe der ehemaligen Fallschirmspringer gelungen war, aus dem Gefängnis auszubrechen, wurden sie mit Hunden gejagt, umzingelt und erschossen. Die anderen Häftlinge sollten im Kreise um ihre Leichen gehen und auf sie spucken.

Massenhinrichtungen können bekanntlich das Ausmaß des individuellen Leids und der Schmach in der Vorstellung der Überlebenden nicht steigern; mit wachsenden Zahlen ermüdet das Mitgefühl und wird entschärft. Mir genügen im Augenblick diese drei einsamen Parachutisten.

Es liegt im Wesen der Politik, zu versagen, Verrat an Verbündeten zu üben, und von der Geschichte verurteilt zu werden (mit Chamberlains Desaster gewann Churchill die nächste Wahl). Wo waren aber die europäischen Intellektuellen damals? Die französischen, englischen, italienischen Schriftsteller,

die Stimmen der deutschen Kollegen, die ihr erstes Asyl vor Hitler in der Tschechoslowakei gefunden hatten?

Es ist mir bewußt, daß jetzt jeder Teilnehmer der Tagung aufspringen und seine Beispiele anbringen könnte, ich weiß, daß ich die Spielregeln verletze.

Nationalismus ist auch unter den Tschechen nicht sehr populär. Ich kann mir außerdem vorstellen, daß nicht jeder in meinem Böhmen leben möchte.

Europa ist ein Konglomerat aus Empfindungen, Verletzungen und überlieferten Klischees über die anderen. Die Sprache konserviert die Vorurteile:

„Böhmische Dörfer“ gibt es nur in Deutschland; ebenfalls „polnische Wirtschaft“. (Dafür behalten die Deutschen auch ihre „deutsche Markenbutter“ und zur Strafe noch holländisches Gemüse.)

Die Syphilis haben sich alle gegenseitig in die Schuhe geschoben, bis sie sich ausnahmsweise geeinigt hatten, auf Frankreich, das es prompt England zuspelte; womit es angesichts dessen ungehemmter Kolonialpolitik nicht einmal unrecht hatte, obwohl auch die Spanier und Portugiesen in Frage kamen – aber an die Indianer dachte damals keiner. Europa war der Nabel der Welt, im Guten und im Bösen.

Die Tschechen haben „spanische Dörfer“ und „türkische Wirtschaft“, es ist auch nicht besser, allenfalls dadurch entschuldbar, daß die inkriminierten Länder ferner liegen und keine Nachbarn sind. Die Engländer sind fein heraus – „it's all greek to me“, versichern sie scheinheilig, die Antike haben wir alle hinter uns (wie es die Griechen empfinden, weiß ich nicht); sie können nach München mit Chamberlain ruhig zugeben, „it's all czech to me“.

Andererseits gründet mein europäischer Traum auf dem produktiven Irrtum Shakespeares über die Lage Böhmens. Es bleibt also auch England dieser wirren, katastrophalen Vielfalt von Europa, meinem Böhmen, verhaftet. Dichterische Entwürfe erweisen sich auf die Dauer als die zäheren „Haupt- und Staatsaktionen“.

Gegen die Interessensaggressionen der Machtblöcke und die Beteiligungssucht klein gewordener Mächte bedarf es radikalerer Waffen als Kirschwasser: Bücher sind der wichtigste Bestand eines solchen Arsenal. Sie müssen über die politischen Praktiken der Angsteinbleuung aufklären und gegen das allgemein entfesselte, ungehemmte Sicherheitsbedürfnis ein Maß des realen und wünschbaren Lebensrisikos setzen, als konkret besetzbare Utopien.

Dann können noch viele Kirschköpfe gefeiert werden, mit den verschonten Aggressoren.

Zur Vorgeschichte der Studentenrevolte



Tilman Richter
SDS und SPD

Parteilichkeit jenseits der Partei.
426 Seiten, Kartoniert DM 56,-

Der SDS war eine studentische Avantgarde, die gegen den sich ausbreitenden Konformismus in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre opponierte. Im Gegensatz zu den grünen und alternativen Protestbewegungen heute war der SDS mehrheitlich jedoch nie basisdemokratisch, sondern eher libertär-sozialistisch gesinnt und intellektuell elitär. Diese Studie, verfaßt von einem langjährigen Mitglied des SDS, beschäftigt sich vor allem mit der intellektuellen und politischen Sozialisation der drei ersten SDS-Generationen und der überregionalen Verbandspolitik bis hin zum Unvereinbarkeitsbeschluß des SPD-Parteiorgans im Herbst 1961.



WESTDEUTSCHER
VERLAG

Jutta Tiedtke

„Prager Frühling“ und demokratischer Sozialismus

Dr. Jutta Tiedtke, Jahrgang 1946, ist außenpolitische Referentin mit dem Spezialgebiet Ostpolitik bei der SPD-Bundestagsfraktion, vorher war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und an der Universität Frankfurt.

Die einhellige und kompromißlose Verurteilung der Zerschlagung des „Prager Frühlings“ durch die deutsche Sozialdemokratie ist bekannt. Die Empörung über die brutale militärische Intervention und die nachfolgende Wiederherstellung einer von der Mehrheit des Volkes in dieser Form abgelehnten gesellschaftlichen Ordnung ist bis heute ungebrochen. Trotzdem ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ideen und Vorstellungen dieses bislang bedeutendsten Reformversuches in den Ländern des realen Sozialismus zu kurz gekommen.

Die gegenwärtigen tiefgreifenden Veränderungen in den sozialistischen Staaten fordern dazu heraus, die Frage nach der Bedeutung des „Prager Frühlings“ nicht nur für Westeuropa, sondern auch für die Reform- und Modernisierungsprozesse in Osteuropa neu zu stellen. Es geht dabei vor allem darum, die Reformmöglichkeiten der real-sozialistischen Gesellschaften auszuloten.

Vorab sei daran erinnert, daß die Idee des Sozialismus in ihrer ursprünglichen Form nicht des Beiwortes „demokratisch“ bedurfte. Sozialismus war kein Gegenwort zu Demokratie, sondern er war seinem zutiefst humanistischen Wesen nach gleichbedeutend mit der Verwirklichung der Demokratie. Erst die stalinistische Politik, die zum Teil schon im Leninismus angelegt war, hat jenen Bindestrich-Dogmatismus des Marxismus-Leninismus hervorgebracht, der sich „realer Sozialismus“ nennt. Um sich davon abzusetzen, wurde der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ geprägt.

I.

Die real-sozialistischen Gesellschaften nach 1945 brachten immer wieder Reformansätze hervor. Diese traten als Opposition von unten oder als Re-

formversuche von oben auf. M. E. handelte es sich dabei weder um zufällige noch vorwiegend von außen herbeigeführte Prozesse. Sie hatten vielmehr ihre tieferen Ursachen – wie auch immer die Anlässe und die Ausgestaltung waren – in der hierarchisch-autoritären Struktur der real-sozialistischen Gesellschaften mit ihrer bürokratischen Herrschaft.

Beginnen wir mit dem Postulat der Überführung der Produktionsmittel in „Gemeineigentum“ als Fundament und Garant von Demokratie und Sozialismus, wie es im SPD/SED-Papier heißt. In diesem Papier stellt die SED-Seite fest: „Für Marxisten-Leninisten ist Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und der damit verbundenen Macht geprägt. Daher ist für sie die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte. Wir verstehen Demokratie vor allem als die reale Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber.“¹

Es war und ist eine fundamentale Fehleinschätzung, daß die Änderung der Eigentumsverhältnisse quasi automatisch die Vorbedingungen für die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie schafft. Diese Fehleinschätzung ist schon bei Lenin angelegt, genauer gesagt im Leninschen Demokratieverständnis.

Tatsache ist, daß in den real-sozialistischen Ländern zwar eine *Verstaatlichung* stattgefunden hat, nicht jedoch eine *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel. Dieser wesentliche Unterschied wird dadurch verschleiert, daß Begriffe wie Gemeineigentum, Gesellschaftseigentum und Staatseigentum synonym gebraucht werden.² Nur eine vergesellschaftete Produktionsweise, also gesellschaftliche Entscheidungskompetenz und gesellschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ermöglichen die als gegeben behauptete „reale Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber“. In den real-sozialistischen Ländern verfügt jedoch die herrschende Bürokratie über die Produktion und entscheidet über deren Verteilung und Verwendung. Die Werktätigen sind von Planungs- und Entscheidungsprozessen, von der Gestaltung der Produktionsverhältnisse und der Verwendung der Produktionsergebnisse weitgehend ausgeschlossen. Eine demokratische Kontrolle ist unter den beste-

henden Bedingungen nicht möglich. Die enorme Ausweitung der Bürokratie und ihre Durchdringung des gesamten gesellschaftlichen Lebens hängen ursächlich mit der Verstaatlichung und der zentralen planwirtschaftlichen Verwaltung der Produktionsmittel und der Produktion zusammen. Man könnte sogar die These aufstellen, daß bereits die Verstaatlichung die Voraussetzung für die Existenz dieser Bürokratie geschaffen hat.

Die Herrschaft der Bürokratie, in den real-sozialistischen Ländern euphemistisch mit „Macht der Arbeiterklasse“ umschrieben, wurde durch das Prinzip des *demokratischen Zentralismus* begünstigt und legitimiert.³ Dieses grundlegende Organisationsprinzip für Partei- und Staatsapparat, gesellschaftliche Organisationen und die Wirtschaft ist ein wesentliches Hindernis für die Entfaltung eines *demokratischen Sozialismus*.

Entstanden unter den Bedingungen des Kampfes um die Macht in einem rückständigen Land, das kaum demokratische Erfahrungen hatte sammeln können, sollte der demokratische Zentralismus ursprünglich die Grundlage für umfassende Rechte und Freiheiten werden, die der bürgerlichen Demokratie und ihrem Parlamentarismus bei weitem überlegen sein würden. Nach Lenin war das Volk aber noch nicht reif genug für die Gewährung und Ausübung derart umfassender demokratischer Rechte.⁴ Ein Vertretungssystem in Form der proletarischen Diktatur und der Kommunistischen Partei als führende Kraft der Gesellschaft sollte für das Volk agieren, bis die Voraussetzungen für die politische Reife der Massen geschaffen waren. Dieses Provisorium, ebenso wie das als zeitweilige Zwangsmaßnahme gedachte Parteien- und Fraktionsverbot, wurde dann jedoch zum Dogma erhoben, das der herrschenden Bürokratie in den real-sozialistischen Ländern bis heute als unverzichtbar gilt.

In der Praxis hatten Verstaatlichung, demokratischer Zentralismus und die darin verankerte führende Rolle der Kommunistischen Partei ein politisches System entstehen lassen, in dem sich die gesamte Macht in den Händen einiger weniger konzentrierte, die keinerlei Kontrolle unterworfen waren. Diese hierarchisch-autoritäre Systemkonstruktion gewährleistete die Befehlsgebung von oben nach unten und schloß die Masse der Bevölkerung von den Planungs- und Entscheidungsprozessen der Bürokratie aus. Gesellschaftliche Interessen konnten sich nicht artikulieren, abweichende Meinungen wurden unterdrückt.

Im rechtlichen Bereich sollte durch die Proklama-

tion der Gewalteneinheit die Volkssouveränität unmittelbar zum Ausdruck kommen, als dies unter Bedingungen der bürgerlichen Gewaltenteilung möglich ist. Die institutionelle Verkörperung der Gewalteneinheit waren die Volksvertretungen (Sowjets).⁵ Verfassungsrechtlich war die Wählbarkeit aller Staatsorgane von unten nach oben garantiert. Gleichzeitig fixierte der demokratische Zentralismus jedoch auch die Verbindlichkeit von Beschlüssen der übergeordneten Organe für die nachgeordneten, d. h., auch die Volksvertretung war dem Führungsmonopol der Partei unterworfen. In der Praxis reduzierte sich damit deren Tätigkeit auf rein akklamatorische Funktionen, und das Wahlsystem verkam zu einer Farce: Die Aufstellung der Kandidaten, die meist nicht einmal eine personelle Alternative zuließ, wie auch die Wahlergebnisse bedurften der Bestätigung von oben. Für Führungsorgane ersetzte man das Wahlprinzip kurzerhand durch Kooptation. Der demokratische Zentralismus mit seiner Gewaltenkonzentration begünstigte dementsprechend Willkürherrschaft, die Verletzung von Grund- und Menschenrechten und erzeugte eine Atmosphäre der Rechtsunsicherheit, des Mißtrauens und der Angst.

Die zentrale Planwirtschaft tendierte zu einer rigiden Befehlswirtschaft ohne gesellschaftliche Partizipation und Kontrollmöglichkeiten durch die Produzenten. Rationalitäts- und Effizienzkriterien wurden vielfach den bürokratischen Bedürfnissen, die aus zentraler Planung und Planerfüllungszwängen resultierten, unterworfen und dementsprechend mißachtet. Da die Interessen der Verbraucher in diesem System keine wirkungsvolle Vertretung fanden, konnte eine Orientierung an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des „Marktes“ nur mangelhaft erfolgen. Die Auswirkungen sind heute allgemein bekannt:

1. Die mangelnde Transparenz der Planungs- und Entscheidungsprozesse, die Ausschaltung von Öffentlichkeit und demokratischer Kontrolle führt zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft.
2. Das Fehlen von Mitbestimmung bewirkt die Lähmung des gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftspolitischen Aktivität. Die Gesellschaft reagiert gegenüber dem Herrschaftsanspruch der Bürokratie mit Verweigerung, die gerade auch Leistungsverweigerung einschließt.
3. Das System zeichnet sich durch mangelnde Lernfähigkeit aus. Es kann auf innere und äußere Anforderungen nicht mehr angemessen reagieren.
4. Die ökonomische Effizienz nimmt um so mehr

ab, je komplexer die Produktionsprozesse verlaufen. Ab einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte gerät dieses System aufgrund seiner autoritären Strukturen ökonomisch, gesellschaftlich und politisch in tiefe Stagnation: Es kommt zu krisenhaften Entwicklungen, die die bürokratische Herrschaft selbst gefährden.

Die Krise, die sich am spürbarsten zunächst ökonomisch auswirkt, kann zu Massenprotesten und Reformforderungen von unten führen. Für die politisch weitgehend entmündigte Bevölkerung in den realsozialistischen Ländern ist die Toleranzschwelle dann erreicht, wenn zur politischen Deprivation die wirtschaftliche Misere hinzukommt. Die „hausgemachte“ Systembedrohung zwingt die Partei zum Handeln. Sie reagiert in der Regel mit technokratischen Reformen, die sich meist zunächst auf den ökonomischen Bereich beschränken – und/oder Repression. Ich nenne hier die Jahreszahlen 1953 (DDR) und 1956 (Polen/Ungarn). Die Wirtschaftsreformen, wie sie in den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion in den 50er und 60er Jahren eingeleitet wurden, waren auf organisatorische Verbesserungen von Planung und Leitung und Dezentralisierungsversuche begrenzt.⁶

Wenn die *wirtschaftlichen Befriedungsstrategien* fehlschlagen, weiten sich die Forderungen *politisch* aus. Jetzt berühren sie die Substanz des Systems. Es kann aus Gründen der Systemsicherung zu einer qualitativen Ausweitung der Reformmaßnahmen kommen. Ein Beispiel dafür ist Polen 1956. Hier waren die ökonomischen Reformen von Ansätzen gesellschaftspolitischer Veränderungen begleitet. Der damals proklamierte „polnische Weg zum Sozialismus“, dem der Garaus gemacht wurde, bevor sich die Demokratisierungstendenzen wirklich durchsetzen konnten, ist gewissermaßen ein Vorläufer des „Prager Frühlings“.⁷

Die *qualitative Ausweitung* der Reformversuche, d. h. die Verbindung von ökonomischen und tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Veränderungen, ist natürlich exemplarisch am „Prager Frühling“ zu erkennen, aber auch die Reformversuche Gorbatschows zeigen solch neue Elemente. Das Ausmaß ihrer Entfaltung im Reformprozeß bleibt jedoch jeweils in der bürokratischen Herrschaft umstritten: Wie weit muß man gehen, um die Krise zu überwinden? Welche Grenzen muß man setzen, damit die Reformversuche die Durchsetzung der Herrschaft nicht grundsätzlich gefährden, aber auch, damit sie nicht am Widerstand der Bürokraten scheitern?

Die wichtigsten Elemente der erweiterten, also nicht nur technokratischen Reformversuche sind:

- ▷ Verstärkung der Rechtsstaatlichkeit und Erweiterung des individuellen wie kollektiven Freiheitsspielraumes;
- ▷ erhöhte Transparenz der Planungs- und Entscheidungsprozesse und größere Mitbestimmung der Produzenten. Dies erfordert nicht nur veränderte Betriebsverfassungen, sondern auch die Möglichkeit zu offener Diskussion der Probleme und die Notwendigkeit zum Informationszugang. „Glasnost“ ist die gegenwärtige Formel für dieses Element.
- ▷ Flexiblere Ausrichtung der Produktion am Bedarf. Das bedeutet den Versuch eines flexibleren Managements in Produktion und Distribution und hat Dezentralisierung sowie Berücksichtigung von Marktnachfrage zur Voraussetzung.
- ▷ Modernisierung der bürokratischen Apparate und Beschneidung von Privilegien der Bürokratie.

Die Einführung dieser Elemente zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsolidierung dient aber auch der Mobilisierung der Bevölkerung zur Unterstützung der Reformen *von unten*, um sie gegen den Widerstand großer Teile der Bürokratie durchsetzen zu können. Eine derartige Mobilisierung kann aber eine Eigendynamik entfalten, die den Reformprozeß für die Herrschenden zu einem bedrohlichen Wagnis macht. Die Kontrolle der Reformdynamik wird aus dem Blickwinkel bürokratischer Herrschaft zu einer zentralen Voraussetzung für die Weiterführung der Reform. Dort, wo der Reformprozeß der Kontrolle zu entgleiten droht, wird bürokratische Reaktion und Repression in den Vordergrund treten. Es ist deshalb immer damit zu rechnen, daß eine phasenweise Verschiebung von Demokratisierungs- und Repressionsperioden solche Steuerungsversuche kennzeichnen wird.

Auf einer allgemeinen Ebene lassen sich folgende Schlußfolgerungen für die Reformmöglichkeiten real-sozialistischer Gesellschaften formulieren: Real-sozialistischen Systemen ist ein Reformzwang immanent, der Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse einschließen und zur Stärkung von Bürger- und Menschenrechten führen kann. Solche emanzipativen Möglichkeiten sind vorhanden, bleiben aber stets umkämpft, müssen also immer wieder durchgesetzt und abgesichert werden. Ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einem *demokratischen Sozialismus* ist zweifellos das Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ in der bisher praktizierten Form.

II.

Die tschechoslowakische Antwort auf die allgemeine tiefe historische Krise der bürokratischen Gesellschaft war das Konzept einer „pluralistischen sozialistischen Demokratie“, das die Teilung der Macht und demokratische Kontrolle, die Partizipation am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen vorsah. Im ökonomischen Bereich wurde durch die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und die Einführung von Marktelementen eine Wirtschaftsreform eingeleitet, die ihre Durchschlagkraft aus der Parallelität von politischen und gesellschaftlichen Reformen beziehen sollte.

Voraussetzung für diese „Revolution von oben“ waren die Durchbrechung der Trennung zwischen Partei und Gesellschaft, die Gewährung politischer Rechte und Freiheiten für alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die Schaffung von Selbstverwaltungsorganen und Arbeiterräten. Schon die Versuche ihrer Verwirklichung führten zu einer enormen gesellschaftlichen Mobilisierung und einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung. Es gelang in der Tat, die Reform „von oben“ mit dem Druck „von unten“ zu verbinden und damit einen bislang nicht gekannten breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Im wirtschaftlichen Bereich waren weder die osteuropäischen noch die sowjetischen Reformverfahren wegen der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auf die ČSSR übertragbar, zumal sich die Prager Reformer dem Experiment einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ verschrieben hatten. Die strukturellen Veränderungen der Wirtschaftsorganisation konnten gar nicht voll ausgeführt werden. Es muß daher offen bleiben, inwieweit die Einführung von quasi-Marktbeziehungen und die Beschränkung von Zentralplanung auf demokratisch erstellte und kontrollierte Rahmenvorgaben tatsächlich das Spannungsverhältnis von Plan und Markt hätten lösen können.

In zentralen Fragen waren die Prager Reformer aufgrund der real existierenden Machtverhältnisse in einem prinzipiellen Dilemma. Trotz der Proklamation einer pluralistischen sozialistischen Demokratie und einer sozialistischen Marktwirtschaft versuchte man am Postulat der „führenden Rolle“ der Kommunistischen Partei und dem demokratischen Zentralismus festzuhalten. Alles andere hätte – noch rascher als es dann tatsächlich eintrat – zu einer Intervention von außen geführt. Aber in der Realität ist es gerade dieses Organisationsprinzip und die Stellung der führenden Partei in diesem Modell des

Sozialismus, die die Mitarbeit motivierter Bürger – die dringend für einen Erfolg notwendig wäre – verhindert.

Die Fragen lauten: Kann eine *einzige* herrschende Partei „Demokratie“ auf Dauer gewährleisten? Wie ist die Machtzusammenballung und der Machtmißbrauch unter Bedingungen der Verstaatlichung der Produktionsmittel wirksam zu verhindern?

Die Prager Reformer mußten sich bei ihrer Suche nach den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Gesellschaften diesen Fragen stellen. Im Memorandum des XIV. Außerordentlichen Parteitag der KPČ mit dem bezeichnenden Titel „Vor der Entscheidung. Über das neue tschechoslowakische Modell des Sozialismus“ vom Juni 1968⁸ wird deutlich, daß es um die Rückbesinnung auf die ursprünglichen demokratischen und humanistischen Vorstellungen des Marxismus ging, um eine schrittweise Überwindung des traditionellen Konzeptes des demokratischen Zentralismus. Der demokratische Sozialismus könne nicht die „nackte Verneinung“ der bourgeoisen Demokratie sein, heißt es dort. Vielmehr müßten die demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen und weiterentwickelt werden. D. h., gefordert wird nicht ein gleiches, sondern ein größeres Maß an Freiheit und allgemeinen Bürgerrechten. Die Demokratievorstellungen gingen in Richtung der ursprünglichen Idee einer Räte Demokratie, also einer „unmittelbaren und wirklich repräsentativen Demokratie“. Auch dem Problem der Kontrolle der Macht und den möglichen Formen von Pluralismus wich man nicht aus. Abgesehen von der Legitimierung fraktionsähnlicher Gruppen innerhalb der KPČ wurden Konzepte einer pluralistischen Interessenvertretung durch gesellschaftliche Organisationen entwickelt, die demokratische Kontrolle gewährleisten sollten.

Bis zur Zulassung oppositioneller, in freien Wahlen miteinander um die Macht wetteifernder Parteien vermochte man damals in Prag offiziell allerdings nicht zu gehen. Dafür gab es gute Gründe: Z. Mlynar sprach in diesem Zusammenhang von „politischem Selbstmord“, ⁹ hätte man derartige Forderungen in Erwägung gezogen. Mlynar meint damit keineswegs, daß eine offene Infragestellung des Einparteien-Systems für die KPČ „Selbstmord“ bedeutet hätte. Aber aus Gründen der Einbindung in das östliche Paktsystem war so etwas vorerst unmöglich. Intern war freilich auch das Thema „Opposition“ kein Tabu. So forderten z. B. V. Havel, R. Selucki und andere „die Zulassung anderer politischer Par-

teien zur wirklichen Macht und freien Wahlen“,¹⁰ und es gab auch erste Organisationsansätze einer wiederbelebten sozialdemokratischen Partei.

Die für die real-sozialistischen Gesellschaften einzigartige Situation der KPČ bestand damals gerade darin, daß sie die Konkurrenz mit anderen Parteien kaum zu fürchten brauchte. Im Gegensatz zu den kommunistischen Parteien in anderen sozialistischen Ländern hatte die KPČ positive Erfahrungen mit demokratischen Spielregeln sammeln können. Sozialistische Ideen waren in der Tschechoslowakei nicht wie in den anderen osteuropäischen Staaten aufgetroyt worden; die KPČ hatte noch 1946 in freien Wahlen 38 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen können und war damals die porportional stärkste kommunistische Partei in Europa.¹¹

Während des „Prager Frühlings“ übte sie ihre Rolle als führende Kraft nicht gegen den Willen der Gesellschaft aus, sondern konnte sich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen. Die exemplarische Bedeutung des „Prager Frühlings“ besteht in dem Versuch, den Beweis dafür zu liefern, daß Reformen in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus in real-sozialistischen Gesellschaften prinzipiell möglich sind. Die Tragik liegt darin, daß der „Prager Frühling“ weder die Zeit noch die Möglichkeit hatte, das Experiment einer sozialistischen Demokratie über ein Anfangsstadium hinauszubringen. Offen bleiben muß also die Frage, ob und inwieweit sich die demokratische Kontrolle auf Dauer als funktionsfähig erwiesen hätte; welche Formen von Pluralismus sich letztendlich durchgesetzt hätten und wie sich das Verhältnis von Plan und Markt in der verstaatlichten Wirtschaft gestaltet hätten.

Nach dem Einmarsch erklärten die Interventen, die Entwicklung in der ČSSR sei kein nationales, sondern ein internationales Problem. In diesem Punkt sollten sie in der Tat recht behalten. Die Ideen des „Prager Frühlings“ ließen sich nicht mit Panzern niederwalzen. Der „Prager Frühling“ wirkte weit in östliche wie westliche Gesellschaften hinein und veränderte das Denken vieler Menschen.

In den kommunistischen Parteien Westeuropas kam es zu einem breiten Differenzierungsprozeß mit der Folge, daß sich die Eurokommunisten vom Prinzip des demokratischen Zentralismus lossagten und sich zu einem Pluralismus bekannten, der den demokratischen Wechsel der Mehrheiten einschließt.¹²

In Osteuropa bereitete der „Prager Frühling“ den Boden für Reformvorstellungen, wie sie sich bei-

spielsweise 1980/81 in Polen artikulierten. Mit 20jähriger Verzögerung hat die Erkenntnis der Unausweichlichkeit eines weitreichenden Erneuerungsprozesses nun auch die Sowjetunion erreicht.

In den Medien wird häufig eine Verbindungslinie zwischen dem „Prager Frühling“ und den derzeitigen Entwicklungen in der Sowjetunion gezogen. Dies mag im Prinzip zutreffend sein. Es darf aber nicht dazu führen, die gewichtigen Unterschiede in den konkreten Situationen zu übersehen: hier ein kleiner Staat an der Peripherie des Ostblocks, dort die Vormacht des Blocks; hier eine relativ lange Entwicklungsphase als bürgerliche Gesellschaft mit demokratischen Traditionen, dort eine autoritäre historische Entwicklung ohne diese Traditionen und die entsprechenden Bewußtseins-Strukturen; eine damals noch embryonale Entspannung zwischen Ost und West, heute eine fast 20jährige Erfahrung mit Entspannungs- und Kooperationspolitik. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen haben offenbar erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Reformprozesses in der UdSSR.

So spektakulär die Reformansätze Gorbatschows für sowjetische Verhältnisse erscheinen mögen, so sind sie doch vorerst weitaus moderater, sprich „systemkonformer“ als die Reformvorstellungen des „Prager Frühlings“. Dennoch handelt es sich auch in der Sowjetunion nicht um rein technokratische Maßnahmen. Die Aussage „wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“ zeigt, daß Gorbatschow das Grundproblem, das auch die Intentionen des Prager Reformansatzes kennzeichnete, erkannt hat.

Im Vergleich zum „Prager Frühling“ stoßen die derzeitigen sowjetischen Reformbemühungen allerdings auch auf weitaus größere innere Schwierigkeiten. Der verkrustete sowjetische Bürokratieapparat dürfte zu einer Selbstreinigung, wie sie damals der KPČ nahezu gelungen war, nicht so leicht in der Lage sein. Die derzeitigen Wirtschaftsprobleme sind in der Sowjetunion anders gelagert und akuter als vor 20 Jahren in der ČSSR. Hinzu kommt: die historisch bedingte Entpolitisierung und Apathisierung der Sowjetgesellschaft läßt vorerst nicht den notwendigen Druck „von unten“ entstehen, ohne den die Reformen „von oben“ ins Leere laufen können.

So sehr die Reformkräfte von oben den Druck von unten benötigen, um Reformen auch gegen den Widerstand großer Teile der Bürokratie durchzusetzen, so sehr müssen sie demokratische Bewegungen von unten fürchten, die ihrer Kontrolle entgleiten könnten. Die Kontrolle des Reformprozesses in der

Sowjetunion dürfte in der Tat ein zentrales Problem Gorbatschows werden.

Die Zurückhaltung, mit der beispielsweise in der ČSSR die sowjetischen Reformbemühungen aufgenommen werden, dürfte eben in der Erfahrung begründet sein, wie schwer es ist, demokratische Prozesse zu kontrollieren. Für die Herrschenden in der ČSSR und anderswo wirkt der „Prager Frühling“ immer noch traumatisch fort. Pikanterweise scheut man sich in der Sowjetunion nicht, Parallelen zwischen dem „Prager Frühling“ und der sowjetischen „Perestrojka“ zu ziehen. Dort wurde Gorbatschow kürzlich mit Dubček verglichen und erklärt, der entscheidende Unterschied zu Gorbatschow läge darin, daß Dubček der Reformprozeß aus der Hand gegliiten sei. Gorbatschow drohe dieses Schicksal nicht, da er den Erneuerungsprozeß in allen Einzelheiten unter Kontrolle habe.¹³

Inwieweit Gorbatschow „alles unter Kontrolle“ hat, sei dahingestellt. Die jüngsten Nationalitätenkonflikte im Kaukasus sprechen eine andere Sprache. Unübersehbar ist, daß die Reform in der Sowjetunion eine riskante Periode gesellschaftlichen Experimentierens ist, in der versucht wird, eine Balance zwischen der für das System notwendigen Demokratisierung und der Sicherung der Interessen der Bürokratie herzustellen. Dabei sind alle Störungen von außen schädlich.

Aufgrund der Instabilität und Verletzlichkeit während des „Häutungsvorganges“ müssen in der Reformphase der Blockvormacht nicht nur die Risiken von außen gering gehalten werden, was die Sowjetunion zu einer betonten Politik der Entspannung veranlaßt; es müssen auch alle potentiellen Verunsicherungen aus unkontrollierten Reformprozessen im eigenen Block vermieden werden. Deshalb kommt Moskau, so ist anzunehmen, die Zurückhaltung, mit der in Prag wie in Ost-Berlin die sowjetische Reformpolitik aufgenommen wird, nicht ungelegen. Die Sowjetunion, die derzeit „Ruhe und Ordnung“ in den exponierten ostmitteleuropäischen Staaten benötigt, dürfte augenblicklich mit nur „wohl dosierten“ Reformen in Ländern wie der ČSSR und der DDR durchaus einverstanden sein. Oder, wie der Chefredakteur von „Moscow News“ es kürzlich formulierte: „Nicht alles, was die Sowjetunion bewerkstelligen möchte, ist parallel für andere Länder, etwa die DDR, geeignet.“¹⁴

III.

Das tschechoslowakische Experiment hat gezeigt, daß innerhalb des Systems durchaus demokratische

Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Reformkräfte „von oben“ wollen und müssen zwar das System modernisieren, um damit letztlich die bürokratische Herrschaft zu sichern, aber sie können dies effektiv nur dadurch erreichen, indem sie Demokratisierung und Liberalisierung im Sinne der Gewährung von individuellen Bürgerrechten und Freiheiten konzedieren. Dies läuft aber dem Herrschaftsprinzip der Bürokratie zuwider. Der in dieser Grundsituation enthaltene Widerspruch ist nicht aufhebbar. Er ist daher der zentrale Motor für den konfliktreichen Prozeß der möglichen Entfaltung eines demokratischen Sozialismus in den real-sozialistischen Gesellschaften.

Die Reformbemühungen in diesen Ländern müssen im Westen durch ein konsequentes Eintreten für Entspannung, Abrüstung und Kooperation unterstützt und gefördert werden. Denn Demokratisierungsprozesse dort verbessern auch die Chancen für ein friedliches Zusammenrücken und Zusammenleben in Europa und für eine Politik hier, die auf einen demokratischen Sozialismus abzielt.

Anmerkungen

- 1 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit in: Das SPD/SED-Papier, hrsg. von W. Brinkel und J. Rodejohann, Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Freiburg i. Br. 1988, S. 15
- 2 Vgl. E. Jahn, Bürokratischer Sozialismus: Chancen einer Demokratisierung? Frankfurt/Main 1982, S. 51
- 3 Näheres dazu bei H. Timmermann, Demokratischer Zentralismus heute, in: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1984/85
- 4 Ausführlich dazu: Jahn, a. a. O. (Anm. 2), S. 82 ff.
- 5 Zum folgenden vgl. Staatsrecht der UdSSR, Berlin (Ost) 1982
- 6 Vgl. dazu z. B. K. Kaplan: Die Überwindung der Regimekrise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn, in: Forschungsprojekt „Krisen in den Systemen sowjetischen Typs“, geleitet von Z. Mlynar, Studie Nr. 11, Köln 1986
- 7 Vgl. ebenda, S. 56 ff.
- 8 Das Dokument ist übersetzt und abgedruckt in: H. Dahm, Das tschechoslowakische Modell des Sozialismus. Ursachen, Ziele, Folgen. Dokumentenanhang in: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1970/74.
- 9 Z. Mlynar, „Prager Frühling“ 1968 und die gegenwärtige Krise politischer Systeme sowjetischen Typs, in: Z. Mlynar (Hrsg.), Der Prager Frühling. Ein wissenschaftliches Symposium, Köln 1983, S. 30
- 10 Zitiert bei Dahm, a. a. O. (Anm. 8), S. 21
- 11 Vgl. Z. Mlynar, Als in Prag der Frühling blühte, in: Sozialismus 1988/2, S. 40
- 12 Näheres dazu bei B. Schoch, Die internationale Politik der italienischen Kommunisten, Frankfurt/New York 1988, insbes. S. 221 ff.
- 13 Chefredakteur von „Ogonjok“, zit. nach A. P., 14. 1. 1988
- 14 Jakowlew in: Bonner Generalanzeiger, 6. 2. 1988

Karl Markus Michel

Landkarte des Vergessens

Mitteleuropa aus westdeutscher Sicht

Karl Markus Michel, Jahrgang 1929, ist freier Schriftsteller. Bei der hier veröffentlichten Arbeit handelt es sich um einen Vortrag, den der Autor 1986 in Wien gehalten hat.

Auf alten Landkarten, besonders von Afrika und Asien, finden sich oft weiße Flecken: kein Berg, kein Fluß, kein See ist dort eingezeichnet, erst recht keine menschliche Siedlung; wenn da etwas zu lesen steht, dann nur die Worte „Hic sunt leones“. Das will sagen: Vorsicht, wilde Tiere! Das Unbekannte ist das Unheimliche, das Unerforschte der Ort der Ungeheuer.

Ich habe drei Jahrzehnte lang im Angesicht solch weißer Flecken gelebt, aber sie lagen in Mitteleuropa, und weiter nach Osten zu konnte gar nicht mehr von einer Landkarte die Rede sein, da gab es nur noch eine Landmasse, die sich bedrohlich weit erstreckte. Genauer gesagt: ich lebte nicht *im Angesicht* jener weißer Flecken, wo nur Löwen hausten, sondern *mit dem Rücken* zu ihnen. Ich und meinesgleichen, also jene Westdeutschen, die bei Kriegsende noch Knaben oder Mädchen waren (und das gilt sicher auch, oder noch mehr, für alle, die erst nach dem Krieg geboren wurden): Wir blickten nach Westen, wo die Landkarte voller verlockender Reiseziele war; blickten auch nach Süden und Norden und reisten später, wenigstens im Geist, um den ganzen Globus herum, in die Guerilla-Gebiete von Lateinamerika, über die Vietkong-Pfade von Indochina zu den Landkommunen in China, dann über tibetanische Klöster und indische Ashrams wieder zurück, in die Abgründe unseres Selbst, die viele für den Urgrund der Welt hielten – sofern nur bei solchen Reisen der unheimliche „Block“ ausgespart blieb, von dem uns, dicht hinter unserem Rücken, jener „Zaun zur Wildnis“ trennte, den in alten Märchen und Sagen allein die Hexen überwinden. Die Hexen, das stand in den Jahrzehnten nach dem Krieg für uns fest, waren in diesem Fall Agenten, Spione, Unterwanderer: totalitäre Succubi, die unserer demokratischen Unschuld auflauerten. Wir waren auf der Hut.

Als wir später dann, in den sechziger Jahren, begriffen (sofern wir es begreifen mochten), daß wir tatsächlich in Märchen und Sagen gelebt hatten, in denen des Kalten Krieges, und in den siebziger Jahren uns sogar trauten, „ostpolitisch“ über den Zaun zu spähen, änderte das wenig an unserem Bild dieser Länder. Reiseberichte, die nun häufiger in der Presse standen, lasen sich etwa so spannend wie Aufzeichnungen von Antarktis-Expeditionen; und so erwardend. Wir erfuhren daraus, daß dort auch Menschen lebten, immerhin; aber ob sich das lohnte? Wir erfuhren außerdem, daß es gewisse Unterschiede gebe von Land zu Land; aber ob das viel änderte? Das waren gewissermaßen Nuancen des Weiß von Fleck zu Fleck. Farbe erschien da nur für kurze, dramatische Augenblicke. Wir erlebten sie wie durch Teichoskopie, voller Erregung und Unverständnis: 1956 Ungarn, 1968 Tschechoslowakei, 1980 Polen – ein Zwölfjahre-Takt, der uns vorausahnen ließ, wann wir das nächstmal über die Mauer blicken werden (1992 – vielleicht nach Rumänien?). Was zurückblieb von diesen Ereignissen, waren für uns Mauerschauer nur ein paar verblässende Spuren, Flecken auf weißem Grund – war das mal Blut? Kein Wunder: *ubi leones*.

Schluß mit den Metaphern, zur Sache! Aber wie wäre diese Sache zu beschreiben, wenn nicht durch die Blume? Es geht um etwas, das es eigentlich nicht gibt: Kollektivbewußtsein, oder besser: kollektives Nicht-Wissen, kollektives Verdrängen und Vergessen. Das sind imaginäre Größen, die aber politische Wirkung zeitigen, weshalb man sie politisch zu bestimmen pflegt. Wenn man aber sieht, was nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland von Politikern, Journalisten, Schriftstellern zu dem Thema Mitteleuropa gesagt wurde, könnte auch ein anderes Ergebnis herauspringen als das eines kollektiven Blackout. In der Tat wurde ein solches Ergebnis immer mal wieder von ausländischen Beobachtern angesagt, meistens in warnender Absicht. Aber die neue Ostorientierung der Westdeutschen blieb aus, trotz der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung, ganz zu schweigen von der Ost-Folklore der sogenannten Heimatvertriebenenverbände, die uns anderen peinlich war: je schriller deren Funktionäre einen Verlust beklagten, desto mehr erschien er uns als ein Gewinn. Kurz, was immer getan, gesagt, geschrieben wurde – wir kehrten dem Osten den Rücken, wir blickten nach Westen, gerade auch dann, wenn wir mit unserem Großen Bruder Amerika hadernten. Diese kollektive Orientierung, die sich weitgehend unreflektiert und unkommentiert vollzog,

will ich im folgenden beschreiben, und zwar in drei Aspekten, die drei paradoxe Figuren ergeben.

Erste Figur: die Waschung

Kaum waren nach dem Krieg die Trümmer halbwegs beiseitegeräumt und der größte Hunger gestillt, da zog es uns zur Seife hin. Die fünfziger Jahre standen im Zeichen von Reinigungs-, Putz- und Pflegemitteln aller Art. Wer in Illustrierten jener Zeit blättert, muß zu der Überzeugung kommen, daß die Westdeutschen damals nichts so sehr fürchteten wie Schuppen und Mundgeruch. Das war der Schmutz, der von innen kam. Indem man ihm – das heißt sich selbst – zu Leibe rückte, reinigte man sich von Schuld. Die westdeutsche Entnazifizierung fand bei der Toilette statt. Und gleichwohl vor den Augen der Nachbarn. Statt der Hakenkreuzfahne hängte man jetzt die Wäsche ins Fenster. Die Meinungs- und Marktforscher, die uns bei allen unseren tapsigen Schritten in die Demokratie begleiteten, interessierten sich bis in die sechziger Jahre hinein vor allem für zwei Dinge: wie weit wir uns von autoritären Einstellungen gelöst hatten, und wie oft wir die Unterwäsche wechselten. Jede Verbesserung der anfänglich noch schlechten Noten in beiden Fächern – oder war es nur eines? – wurden in der Presse fröhlich verkündet, wie Sondermeldungen von der politischen Konsumfront. So lernten wir brav um und verloren unseren üblen Geruch. Das Klassenziel war die amerikanische Sauberkeit, die gleichgesetzt wurde mit amerikanischer Unschuld und Modernität.

Was die *Unschuld* betrifft, so mag man an der Tiefenwirkung unserer täglichen Waschungen zweifeln; den meisten ging es ja nur um einen „Persilschein“ für die Entnazifizierung. Aber die *Modernität* haben wir uns tüchtig eingeseift, und zwar gleich in zwei Versionen, die sich feindlich gegenüberstanden: als konformistische und als nonkonformistische Modernität. Die der letzteren Version anhängen, verstanden sich als Avantgarde. Das waren vor allem wir Jüngeren. Wir setzten auf alles, was vom Nationalsozialismus verfehmt und verfolgt worden war, politisch und ästhetisch. Wir fühlten (oder träumten) uns als international, und indem wir beflissen das lernten, was wir die „Weltsprache“ der modernen Kunst, Literatur, Musik nannten, stahlen wir uns aus der deutschen Misere davon. Zugleich aus der deutschen Schuld. Daß die große Mehrheit unserer Landsleute uns nicht folgen mochte, erklärten wir aus ihrer fortdauernden Verstrickung ins völkische Netz. Wir übersahen, daß jene Weltsprache nur in einem relativ kleinen Teil der Welt gespro-

chen wurde, und auch dort nur als „künstliche Sprache“ einer Minderheit. Wir übersahen außerdem, daß unsere Moderne – unsere Utopie – im Grunde schon eine alte Vettel war. Denn wir abstrahierten von allen historischen und regionalen Bedingungen ihrer Entstehung. Was kümmerte uns Wien? Wir hatten ja Freud, Schönberg, Wittgenstein, Musil usw. Wir erlebten Kafka, nicht Prag; wir suchten Joyce im Text, nicht in Triest; und konnte Danzig irgendwo wirklicher sein als in den Romanen von Grass? Orte wie Czernowitz waren uns ohnehin Metaphern, und fast ließe sich sagen, daß uns, da „nach Auschwitz“ kein Gedicht mehr geschrieben werden konnte, wie wir von Adorno wußten, Auschwitz selbst zum Gedicht, zur „Todesfuge“ geworden ist. Wir verdrängten das Schreckliche nicht (wie die anderen), wir ästhetisierten es. In strenger Form. Adorno war schließlich unser ästhetischer Zuchtmeister. Aber irgendetwas mußten wir mißverstanden haben. Denn wir, die ihm nahestanden und nur hinter seinem Rücken Jazz hörten: wie verwirrt waren wir, wenn wir ihn dabei ertappten, daß er am Klavier hingebungsvoll Operettenmelodien spielte oder in weinseliger Stimmung sogar „Lilli Marleen“ zu hören begehrte. Nein, unsere Moderne war rein entsprungen, keimfrei, eine Art hygienische Anstalt, in der sich das ästhetisch Progressive mit dem politisch Progressiven verband zur Illusion einer Avantgarde, die sich als Geisterheer der wirklichen Welt entthob. Wenn wir von dieser illusionären Warte aus etwa den herrschenden Antikommunismus bekämpften, so geschah das nicht aus Sympathie für die Sowjetunion und ihre Satelliten, vielmehr aus Liebe zu einer reinen Idee des Sozialismus, die durch Praxis beschmutzt zu haben wir dem „real existierenden“ Sozialismus gerade vorwarfen. Um jener Idee anhängen und sie propagieren zu können, mußten wir die mittel- und osteuropäische Wirklichkeit förmlich ausblenden.

Nicht ausblenden konnten wir die eigene, die bundesrepublikanische Wirklichkeit. Sie erschien uns als eine finstere Verschwörung von konservativen, klerikalen und kapitalistischen Kräften, die mit bigotter Moral und antikommunistischer Ideologie das braune Erbe weniger bannten als in ihren Diensten stellten. Das war sicherlich nicht ganz falsch gesehen, aber es war nur ein Teil der Wahrheit. Denn gleichzeitig entwickelte sich hier durch die kriegsbedingten Migrationen, die neuen politischen Strukturen und eine starke, vom „Wirtschaftswunder“ getragene soziale Mobilität ein wohlständiger Modernismus, der zum erstenmal in der deutschen Ge-

schichte auf breiter gesellschaftlicher Basis ruhte; auf mittelständischer Basis, persilgestützt. Auch hier ging es um Sauberkeit, um die schon erwähnten Waschungen des Körpers und der Kultur, also um „Saubere Leinwand“ im Kino wie im Bett. Das war eine breite Volksbewegung, gegen uns, die Progressiven. Hilflos versuchten wir dagegen anzugehen, z. B. mit dem Grundgesetz und seinem Kunstvorbehalt, was dazu führte, daß wir jede Pornographie oder Blasphemie gleich zur großen Kunst beförderten. Umsonst: wir waren die „Pinscher“, die „Ratten und Schmeißfliegen“. Und wenn einer von uns auf braune oder gar schwarzbraune Flecken deutete, galt er natürlich als „Nestbeschmutzer“. „Geh doch nach drüben!“ wurde er beschieden, prompt und stereotyp. „Drüben“, das war die „Sowjetzone“ und weiterhin der ganze „Ostblock“, also „Das Reich des Bösen“, wie man seit Adenauer wußte. Dorthin war gleichsam die Schmutzbrühe von den westdeutschen Waschungen geflossen. Aber der Dreck floß zurück: von drüben kamen hordenweise Agenten, ständig wurden wir unterwandert, und selbst im eigenen sauberen Nest wuchs mancherlei Ungeziefer heran, das es zu vertilgen oder zu vertreiben galt. Richtig schrill wurde der Ruf „Geht doch nach drüben!“, als dann Ende der sechziger Jahre ein paar tausend Studenten durch die Straßen liefen. Nicht ihre Parolen, die kaum einer verstand, bezeugten ihre wahre Heimat, sondern ihr Auftreten: ungewaschen und ungezogen. Daß sie damit „drüben“ erst recht Anstoß erregt hätten, tat nichts zur Sache. Die sozialistischen Länder steckten nun einmal im Dreck, das wußte jeder. Dort fehlte es doch an allem, also auch an Seife; drum legten wir ja immer ein Stück ins „Päckchen nach drüben“, das schon, aber ob es viel half? Vielleicht wollten die gar nicht raus aus dem Dreck ... Kurz, die projektive Lokalisierung und Personifizierung des Schmutzes war gegen jede Erfahrung gefeit. Sie war ein Phantasma.

Nachzutragen bliebe nur, daß die westdeutschen Musterschüler der Modernität, die gegenüber dem mitteleuropäischen „Schmutz“ so starke Berührungängste entwickelten, von einem anderen, kaum weniger phantasmagorischen Schmutz fast magisch angezogen wurden: Wenn sie in Scharen über die Mittelmeerländer herfielen, um ihre bleichgeschrubhten Körper zu bräunen, stellten sie mit befriedigtem Abscheu fest, daß diese Länder „doch nicht unsere Kultur“ hätten. Da konnten sie, die D-Mark-Bürger, sich richtig sauber fühlen. Sie fühlten sich bald sauberer als selbst ihr Großer Bruder USA. Deshalb erkühnten sie sich, die letzte aus Amerika

herüberzuschwappende Reinlichkeitsswelle – sie hing wohl irgendwie mit dem schmutzigen Krieg in Vietnam zusammen – in aller Unschuld stranden zu lassen, nämlich die Welle der Intimsprays und ähnlicher Schweinereien. Trotzdem, wir wissen, wo der wahre Schmutz herkommt. Hat nicht gerade erst Tschernobyl gezeigt, daß die russischen Strahlen giftiger sind als alle amerikanischen? Aber die sichersten und saubersten Kernkraftwerke auf der ganzen Welt, die hat natürlich die Bundesrepublik.

Zweite Figur: die Tabuisierung

Wenn man vom Norden der Bundesrepublik, von Kiel, Lübeck und Hamburg nach Süden fährt, über Hannover, Göttingen, Kassel und Marburg nach Frankfurt am Main, dann nach Südosten abbiegt, über Würzburg, Nürnberg, Regensburg nach Passau, ist die Grenze zur DDR bzw. (ab Hof) zur CSSR im Schnitt weniger als 100 Kilometer entfernt, und manchmal ist sie sehr viel näher. Einige dieser Städte liegen schon im sog. Zonenrandgebiet, einem trotz aller Strukturpläne fast verödeten Streifen, den man lieber flieht als aufsucht. Grenzen haben mit Definitionen gemein, daß sie das Fremde ausschließen und dadurch interessant, ja verlockend machen. So hinderte beispielsweise die Grenze zwischen den alten Erbfeinden Deutschland und Frankreich nicht, daß man fasziniert hinüber und herüber blickte, den bösen Nachbarn intim kannte, vielleicht sogar liebte. Bei der deutsch-deutschen Grenze ist das anders. Das liegt nicht allein daran, daß sie Zusammengehöriges trennt (welche Grenze täte das nicht, mehr oder weniger?); oder daß sie oktroyiert worden ist (gibt es denn Landesgrenzen, die von den Betroffenen friedlich ausgehandelt wurden?); oder daß sie einen ideologischen Antagonismus markiert (konfessionelle Grenzen nach dem Prinzip „cuius regio, eius religio“ waren früher keine Seltenheit). Auch daß bei der deutsch-deutschen Grenze diese drei Momente in verschärfter Form zusammentreffen, reicht noch nicht aus, die Fremdheit der Westdeutschen gegenüber ihren „Brüdern und Schwestern“, wie sie beschwörend genannt werden, zu erklären: eine Fremdheit, die sich auf ganz Mitteleuropa überträgt.

Die Erklärung liegt vielleicht darin, daß die Grenze, die völkerrechtlich gar keine sein soll, tatsächlich ein Tabu markiert – das Tabu der Feindschaft. Der Feind, so wurde uns Westdeutschen von den Kalten Kriegern wie von den Sternenkriegern eingeschärft, ist der Russe; in diesem Punkt brauchten wir nicht einmal umzulernen. Aber wir können,



„ Ein Mensch,
noch jung an Lebensjahren,
der kam zu uns, um zu erfahren,
ob seine Zukunft – auch für später –
sich sichern läßt. Zufrieden geht er:
Das Start-Programm ihm jederzeit
jetzt Schutz gewährt und Sicherheit.“

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.



Keine Sorge –
Volksfürsorge
Versicherungen

wir dürfen den Russen nicht beißen, weil wir sonst zuerst unsere Brüder und Schwestern beißen müßten, und all die anderen mitteleuropäischen Völker unter sowjetischer Hegemonie, die ja auch nur Geiseln sind. Kurz, wo wir den Feind sehen sollen, dürfen wir ihn nicht sehen, und das geht nur, indem wir ganz Mitteleuropa aus unserer Wahrnehmung tilgen. Eben jene Gebiete, die das Reich traditionell als seine geopolitische Verfügungsmasse zu betrachten (und zu mißbrauchen) pflegte, sind so zur geopolitischen Tabuzone geworden. Recht bescheiden gibt es sie gar nicht mehr: Mitteleuropa ist für uns von der politischen Landkarte verschwunden; es gibt, infolge der deutschen Teilung und der Blockbindung der beiden Teilstaaten, nur noch Westeuropa und Osteuropa, letzteres angelehnt an die UdSSR, die im Grunde einen Kontinent für sich darstellt. So jedenfalls suggerieren es die Karten, die wir fast täglich im Fernsehen und in der Presse gezeigt bekommen. Übrig blieb uns von Mitteleuropa allein die MEZ.

Das ist das Ergebnis der Adenauer-Politik. Es hat deren angebliche Intention, die Wiedervereinigung, ironisch unterlaufen. Denn mit der Tilgung Mitteleuropas verschwand auch „Mitteldeutschland“: so nämlich sollte, einer Bonner Sprachregelung zufolge, das Land genannt werden, das damals offiziell noch „die sogenannte DDR“ hieß, gemeinhin aber „Zone“; und „Ostdeutschland“, das sollten die „unter fremder Verwaltung stehenden“ – vulgo: die verlorenen – Ostgebiete sein. Das hat sich niemals durchgesetzt und ist längst vergessen. Was sollten wir auch mit einer Mitte anfangen? War sie denn mehr als der schmale Streifen Niemandsland zwischen den Blöcken, der erst südlich von Passau einen Bauch bekam und sich Österreich nannte? Dieses Österreich erlebten wir – auch im politischen Sinn – als Ferienland, ja als Märchenland, vergaßen dabei aber nicht, daß in unserem politischen Alltag schon 100 Kilometer östlich von Hamburg, Frankfurt, Nürnberg der Osten begann, gleich hinter unserem Rücken.

Trotzdem: kann eine Grenze, selbst ein Eiserner Vorhang, innerhalb weniger Jahrzehnte eine nationale Identität auslöschen – in diesem Fall also das Bewußtsein der europäischen Mittellage, das für das Reich, ob heilig-römisch oder unheilig-nationalistisch, ob klein- oder großdeutsch, jahrhundertlang konstitutiv war? Vielleicht ist die Frage nach der nationalen Identität der Deutschen zu hoch gegriffen, weil diese Identität stets brüchig und zumindest nach Osten hin offen war. Aber gerade daß sie nach Osten hin offen war (auch aggressiv offen) und heute,

was Westdeutschland betrifft, schon an der Elbe verriegelt ist, steht hier zur Diskussion. Jenseits der Elbe haben die Deutschen ja einen sozialistischen Ersatz gefunden für die einstige kolonialisatorische Ostorientierung; sie dürfen in die Bruderländer reisen und die Schweserparteien belehren, sie durften sogar schon einmal marschieren, 1968 gegen Prag. Aber nach Westen hin fühlen sie sich amputiert, sie blicken oft voll Sehnsucht über die Grenze. Die Westdeutschen blicken viel weniger über diese Grenze, und schon gar nicht voll Sehnsucht, was nicht nur ökonomische Gründe hat. Welche Gründe hat diese Abstinenz?

Die Bundesrepublik, so vermute ich, gedieh gleichsam durch Inversion, durch die Umkehrung des tausendjährigen deutschen Dranges nach Osten. Sie holte alles zurück. Sie schluckte viele Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen, Umsiedlern – Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche, natürlich auch Mecklenburger, Thüringer, Sachsen usw., dazu viele Ausländer aus Mittel- und Osteuropa, die nach Deutschland verschleppt worden waren, und sog. Auslandsdeutsche, die es „heim“ getrieben hat – aus der Ukraine, aus Polen, aus Rumänien, vor allem aus der DDR, die ja Deutschland *als Ausland* ist. Noch heute wird jeder neue Umsiedlerschub, der bei uns ankommt, wie ein geglückter Beutezug gefeiert – falls es sich nicht um abgeschobene DDR-Dissidenten handelt, die uns langsam auf die Nerven gehen mit ihren strengen Zeigefingeresichtern: Sollen wir vielleicht ganz Mitteleuropa befreien? Wir wollen es doch nur einsammeln!

Die Integration all dieser Umsiedler, dieser Wahl- und Beutegermanen ist zweifellos eine große geschichtliche Leistung. Sie hat die Stämme, die Dialekte, die Konfessionen und Küchen durchmischt, hat zwischen Elbe und Rhein fast ein Mitteleuropa en miniature entstehen lassen, aber ein nivelliertes, ein kulturell indifferentes, ein mit Fleiß geschichts- und heimatloses: das ist das Entscheidende. Das anfangs noch trotzig, doch längst schon entspannte Verleugern der Vergangenheit und Vergessen der Herkunft hat auch sinnlose Heimatansprüche absterben lassen, jedenfalls in der zweiten und dritten Generation. Was immer die Funktionäre der landmannschaftlichen Verbände von sich geben, wenn an Pfingsten der deutsche Geist über sie kommt: die jährlichen Treffen der Schlesier, Siebenbürgen, Ostpreußen, Sudetendeutschen, Buchenländer usw. sind pseudo-folkloristische Veranstaltungen mit Trachten aus dem Quelle-Katalog, und vielleicht gäbe es diesen Pfingstzauber gar nicht mehr ohne das

regelmäßig einsetzende Donnerrollen aus Ostberlin, Warschau, Prag, das einen westdeutschen Revanchismus beschwört, wo nur das kollektive Vergessen gefeiert wird unter längst verblaßten Fähnchen.

Der westdeutsche Einheitstyp, der sich nach dem Krieg herausgebildet und fortgezeugt hat, versteifte sich in den letzten beiden Jahrzehnten nochmals durch die dumpfe Angst vor Überfremdung angesichts der vielen Millionen Gastarbeiter aus südeuropäischen Ländern und der Türkei. (Immerhin liegt eine der größten türkischen Städte mitten in Westberlin.) Hinzu kommen hunderttausende von Asylanen aus noch fernerer Gegenden. Diese zweite große Migrationswelle nach dem Krieg wurde nicht so wie die erste absorbiert; vielen der Immigranten und selbst ihren Nachkommen fehlt es am Willen oder an der Fähigkeit zur blassen Anpassung, und davon ist mancher deutsche Altbürger, auch wenn er kaum länger hier lebt, peinlich berührt. Vielleicht gemahnt es ihn an seine eigene Blässe: seine Geschichtslosigkeit, das Verleugnen seiner kulturellen Herkunft.

Dritte Figur: die Lossagung

Kulturhistoriker hängen oft dem Operettenglauben an, es sei schwieriger, eine Ehe zu schließen als sie zu führen. Kontakte und Verbindungen werden begrüßt, Entfremdungen und Trennungen beklagt. Die Geschichte liefert andere Beispiele. Die Eidgenossen und die Generalstaaten hatten keinen Grund, ihre Trennung vom Reich zu bedauern, und das Reich hat diese Trennung ebenfalls überlebt. Mir ist auch nichts davon bekannt, daß in den letzten hundert Jahren eine nennenswerte Zahl von Österreichern „heim ins Reich“ verlangt hätte, einmal abgesehen von einer siebenjährigen Hingabe, die sich nachträglich leicht als Vergewaltigung hinstellen ließ, notfalls nach dem Muster der Marquise von O. Die letzten Jahrzehnte beweisen, daß, wohl zum erstenmal in einer vielhundertjährigen Geschichte, Austria felix sein kann, gerade weil es nicht geheiratet hat, sondern geschickt geflirtet, nach verschiedenen Seiten.

Mit solchen Beispielen vor Augen könnte man fragen, ob Mitteleuropa, wie immer es zu definieren sei, nicht auch ohne Westdeutschland zu funktionieren vermag. Es steht mir nicht zu, diese Frage zu beantworten. Ich möchte nur auf einen Aspekt hinweisen, der in den neuerlichen Beschwörungen Mitteleuropas ein wenig unterbelichtet bleibt, leider auch in solchen aus Westdeutschland wie Karl Schlögl's

soeben erschienenem Essay „Die Mitte liegt ostwärts“. Ich meine den traditionellen deutschen Hegemonieanspruch in bezug auf Ostmitteleuropa und darüber hinaus. Er mästete sich an deutschem Dünkel. Geringschätzig sprach man von „polnischer Wirtschaft“, von „böhmischen Dörfern“, von „ungarischen Ideen“, von „Balkanstaaten“ usw. Diesen Ländern fehlte es sichtlich am „deutschen Wesen“, man wollte es ihnen angedeihen lassen. Die deutschen Kriegsziele des Ersten Weltkriegs, die sicher nicht die Motivation für seine Anzettelung waren, sondern – ebenso schlimm – erst in seinem Verlauf zur Rechtfertigung des aberwitzigen Blutvergießens formuliert worden sind, betrafen außer Belgien und dem Baltikum vor allem Polen und Galizien, womöglich auch die Ukraine, und kollidierten folglich mit österreichischen Interessen. Man hätte also, um ans Ziel zu gelangen, zuerst das Habsburger-Reich zerschlagen müssen, und das taten ja dann die Siegermächte, als sie Mitteleuropa tranchierten; sie bahnten damit Hitler den Weg in das „Ostland“, das er schon in „Mein Kampf“ in die deutsche Tasche gesteckt hatte. Somit war es gerade die Niederlage im Ersten Weltkrieg, die dem Reich dazu verhalf, seine Kriegsziele doch noch (kurzfristig) zu verwirklichen.

Aber auch seriöse Kreise, solche der Großindustrie, schauten in der Weimarer Zeit begehrlisch nach Osten. Das waren weniger die schwerindustriellen Bankrotteure, die sich in der Harzburger Front um Hitler scharten, d. h. auf Rüstung und Krieg setzten; es waren vielmehr die potenten, aber durch die Weltwirtschaftskrise gelähmten Großunternehmen, die sich deshalb von der Stresemannschen Erfüllungspolitik lossagten und nach neuen, verbotenen Märkten strebten. Ihren Planungsstab hatten sie im „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“, der die Ziele formulierte: imperialistische Großraumwirtschaft, Umschaltung von Übersee auf Binneneuropa; die Länder Mittel- und Osteuropas sollten auf dem Status von Agrarländern gehalten werden, die ihre Überschüsse nach Deutschland liefern und ausschließlich durch deutsches Kapital industrialisiert werden. Und so fort.

Ich glaube nicht, daß in den Schubladen der westdeutschen Wirtschaftsverbände heute vergleichbare Pläne liegen, und wenn, dann sind sie Makulatur. Schon deshalb, weil das Industrieland Bundesrepublik selbst Agrarüberschüsse hat; es ist sogar der größte europäische Agrarexporteur (allerdings dank der Einfuhr von landwirtschaftlichen Rohprodukten, die dann, bis zur Ungenießbarkeit veredelt, wieder ausgeführt werden). Es fällt uns deshalb leicht,

imperialistischen Interessen in Richtung Osten abzuschwören. Auch die Rohstoff-Interessen sind gering, und die politischen Interessen beschränken sich – notgedrungen – auf die Rückführung von Deutschen in die Bundesrepublik. Das könnte für die heutigen ostmitteleuropäischen Länder, ja für den „Traum von Mitteleuropa“ schlechthin, eine große Entlastung sein, wenn nicht die deutsche (und österreichische) Hegemonie durch die sowjetische ersetzt worden wäre.

Aber es gibt da einen Unterschied. Die politische und wirtschaftliche Penetration ist in aller Regel mit einer kulturellen verbunden, die von den Betroffenen oft genug als geistige Kolonialisierung erfahren wird. Sind nun die einstige deutsche und die heutige russische „Kolonialisierung“ Mitteleuropas gleichzusetzen? Ich glaube nicht. Die letztere scheint mir eher der kulturellen Kolonialisierung Westeuropas durch die USA vergleichbar zu sein: Man kann der politischen Übermacht des jeweiligen Großen Bruders gelassen begegnen – mit der Ironie und Arroganz des Abendländers, der nicht erst gestern auf die historische Bühne trat. Demgegenüber war die kulturelle Penetration Mitteleuropas durch Deutschland und Österreich vom 16. bis zum 19. Jahrhundert zwar ihrerseits von Arroganz nicht frei, auch nicht von Borniertheit, aber doch eine innereuropäische Angelegenheit unter fast gleichaltrigen Brüdern, auf der Basis eines schon lange währenden geistigen Austauschs. Vielleicht könnte man sogar vertreten, daß das Humanistenlatein, das in Mitteleuropa länger als etwa in England, Frankreich und Italien nicht nur als Gelehrtensprache, sondern als lingua franca diente, die kulturelle Identität dieser ganzen Region begründet hat. Das Latein wurde später teilweise durch die deutsche Sprache ersetzt, die ja nicht nur eine amtlich auferlegte, sondern auch eine freie kulturelle Funktion hatte, in Konkurrenz zu den nationalen Literatursprachen. Elliptisch gesagt: so sinnlos der Streit um die Nationalität von Kopernikus ist (ein Streit, der eigentlich schon um 1600 entschieden wurde, und zwar mitteleuropäisch), so berechtigt ist doch die Frage, ob Kafka ein deutscher oder ein tschechischer Schriftsteller war. Oder ein jüdischer? Oder alles zugleich? Es ist die Frage nach der konfliktreichen kulturellen Identität Mitteleuropas, in welcher das jüdische Element neben dem lateinischen und dem deutschen die dritte verbindende und durchdringende Kraft war.

Nach der Ausrottung der Juden durch die Deutschen mußten die Deutschen selbst Ostmitteleuropa verlassen. Dieses factum brutum bedarf keiner Er-

läuterung und erlaubt keine Beschönigung. Die vorhin gestellte Frage, ob Mitteleuropa nicht auch ohne Westdeutschland denkbar sei, mußte also richtiger lauten: ohne die Juden und ohne die spannungsreiche jüdisch-deutsche Komplementarität.

*

Westdeutschland hat sich von der mitteleuropäischen Identität losgesagt. Es hat mit seinen politischen und wirtschaftlichen zugleich seine kulturellen Interessen an Mitteleuropa preisgegeben. Es hat damit sich selbst enteignet, seine Vergangenheit abgespalten, und nicht nur die schändliche. Daß diese Preisgabe auch positive Aspekte hat, hoffe ich gezeigt zu haben: die rituellen Waschungen führten immerhin zu einer Art Mitläufer-Demokratie; die Tabuisierung der östlichen Nachbarn unterband den Revanchismus; die Lossagung von der mitteleuropäischen Kultur bedeutete den Verzicht auf Hegemoniebestrebungen. Aber der Preis ist hoch: Geschichts- und Geichtslosigkeit. Kein anderes westeuropäisches Land hat sich so willfährig amerikanisieren lassen wie die Bundesrepublik. Das gilt besonders für die großen Städte, in denen von einer bestimmten Einkommensstufe an die Verkehrssprache bereits englisch ist und unterhalb einer anderen fast nicht mehr deutsch. Ich erinnere mich an eine 1.-Mai-Demonstration vor wenigen Jahren in Frankfurt am Main. Da zogen auch Immigrantengruppen in ihren festlichen Trachten mit, Portugiesen, Anatolier, Kroaten u. a. Am Straßenrand stand ein Italiener mit seinem kleinen Sohn, der ihn auf gut Frankfurterisch fragte: „Papa, wo kommen all die fremden Menschen her?“

Aber ist das nicht schon wieder mitteleuropäisch? Nein, es gibt noch zuviel Neudeutsches in diesem Bild: den Kaugummi in den Mündern, die Cola-Dosen in den Händen, die Turnschuhe an den Füßen, und gleich gegenüber ein McDonalds-Lokal. Und überhaupt: das westdeutsche Interesse an Europa macht noch immer am Eisernen Vorhang halt; es stößt an eine Mauer im Kopf, die auch die Mauer zur eigenen, verdammtten Vergangenheit ist. Wenn diese Mauer einmal aufbrechen würde – was würde zutage treten, wohin der Weg dann führen? Ich weiß es nicht und schließe deshalb mit einem längst stillgelegten Witzwort aus stalinistischen Zeiten, das ich aber vom mitteleuropäischen Kommunismus auf den westdeutschen Modernismus übertragen möchte: „Nichts ist schwerer vorzusagen als die Vergangenheit.“ Das heißt freilich auch: Die Zukunft ist offen.



Walter Dirks kurz nach dem Zweiten Weltkrieg

Foto: Privatbesitz

Heinz Robert Schlette, Jahrgang 1931, ist o. Professor für Philosophie an der Universität Bonn. Veröffentlichungen u. a.: Einführung in das Studium der Religionen, Freiburg 1971; Skeptische Religionsphilosophie, Freiburg 1972; (Hg.) Der moderne Agnostizismus, Düsseldorf 1979; Zum Thema Toleranz, Hannover 1979; (Hg.) Peter Nellen, Reden und Aufsätze, Düsseldorf 1980; Albert Camus: Welt und Revolte, Freiburg/München 1980; (Hg. mit A.-A. Devaux) Simone Weil – Philosophie, Religion, Politik, Frankfurt 1985; (mit Martina Yadel) Albert Camus: L'Homme révolté. Einführung und Register, Essen 1987.

Seit einiger Zeit, ich weiß nicht genau, seit wann, ist das Wort „Querdenker“ in Umlauf. Man meint damit Leute, die gegen die vorherrschende Meinung einer Gruppe, einer Partei, vielleicht sogar einer ganzen „Öffentlichkeit“ selbständig, kritisch und oft ziemlich allein andenkten. Diejenigen, die keine Querdenker sind, sondern sozusagen alltäglichen-pragmatischen Denker, Längsdenker oder überhaupt keine Denker, stehen ihnen zu meist mit Vorbehalten und Mißtrauen, aber auch mit einer gewissen Anerkennung und Bewunderung gegenüber.

Da es im allgemeinen niemanden gibt, der ausschließlich und geradezu professionell Querdenker wäre und Querdenker sich also in je konkreten Situationen und Zusammenhängen erst als Querdenker erweisen, kann ich es riskieren, eine so bekannte und in den letzten Jahren vielfach geehrte Persönlichkeit wie Walter Dirks als Querdenker, ja als sozialistischen Querdenker zu bezeichnen; denn es soll hier von dem berichtet werden, was Walter Dirks in der Unübersichtlichkeit der Jahre 1945–1950 – es gibt nicht nur eine *neue* Unübersichtlichkeit – über den Sozialismus niedergeschrieben hat (vor allem in den „Frankfurter Hefen“) und nun in dem zuerst erschienenen, obwohl vierten Band einer auf acht Bände angelegten Ausgabe seiner „Gesammelten Schriften“ unter dem Titel „Sozialismus oder Restauration“ in ansprechender Form vorgelegt wurde.¹ Ich will damit nicht behaupten, daß Dirks' Qualität als Querdenker sich *nur* auf jene Jahre und *nur* auf die damals erörterte politische Thematik bezieht; wer seine Biographie und die Fülle seiner Arbeiten kennt, wird leicht weitere Beispiele anführen können, nicht zuletzt aus dem katholisch-kirchlichen und theologischen Bereich, dem sich Dirks stets in einem religiös-existentiellen Sinn und gerade deshalb in kritischer Loyalität verbunden wußte. Wir richten jedoch hier unsere Aufmerksamkeit lediglich auf den genannten Band, wobei freilich sogleich hinzugefügt werden muß, daß selbst bei dieser Beschränkung eine Vielfalt von Themen und Problemen anzusprechen ist.

Walter Dirks hat sich unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner in Frankfurt gegen Ende März 1945 an dem notwendigen neuen Anfang aktiv beteiligt. In der Weimarer Zeit hatte sich aus unterschiedlichen Quellen – seiner Herkunft aus einer katholischen Arbeiterfamilie in Dortmund-Hörde, dem Studium der Soziologie, Philosophie und Theologie, der Zugehörigkeit zu der katholischen Jugendbewegung in Gestalt des Bundes „Quickborn“, seiner Verbindung zu dem Frankfurter Soziologen Ernst Michel und dem Theologen Romano Guardini – schon ein linkskatholisches, antifaschistisches Engagement ergeben, das Dirks in die Redaktion der Rhein-Mainischen Volkszeitung führte, einer relativ kleinen, aber stark beachteten und sehr profilierten katholischen Tageszei-



Wilhelm Bloss

Die Französische Revolution

Volksthümliche Darstellung der Ereignisse
und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804

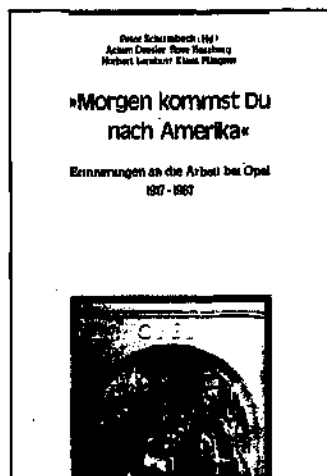
656 Seiten, 68,- DM

Thomas Kurz

„Blutmai“

Sozialdemokraten und Kommunisten im
Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929

180 Seiten, 24,- DM

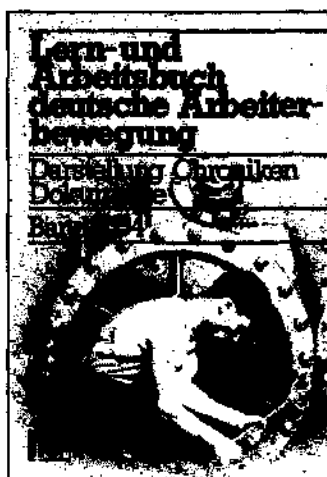


Peter Schirmbeck (Hg.)

„Morgen kommst Du nach Amerika“

Erinnerungen an die Arbeit bei Opel 1917-1987

280 Seiten, 29,80 DM



Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung

Darstellung, Chroniken, Dokumente

4 Bde., 1952 Seiten, 49,80 DM

Verlag Neue Gesellschaft | Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

tung, die sozialistische und pazifistische Positionen vertrat.² Nachdem es dem 1933 zweiunddreißig Jahre alten Dirks unter mannigfachen Schwierigkeiten gelungen war, sich bis 1945 durchzuschlagen, ohne sich um irgendwelcher Vorteile willen den Nazis anzupassen, d. h. ohne korumpiert zu werden, sah er in der ruinösen Situation nach dem Krieg den günstigen Augenblick, den „Kairos“ gekommen, um zusammen mit einigen Gleichgesinnten, vor allem mit Eugen Kogon³, der das KZ Buchenwald überlebt hatte, einem Sozialismus Geltung zu verschaffen, der unter strenger Beachtung der zwölf Jahre entbehrten Rechte und Freiheiten geeignet schien, Deutschland im Kontext Europas eine neue, solide Gestalt zu geben.

Will man diesen Ansatz und diese Intention heute, nach mehr als 40 Jahren, in denen sich das politische, soziale und kulturelle Koordinatensystem mehrfach erheblich verschoben hat, nachvollziehen bzw. verständlich werden lassen, bedarf es sorgfältiger zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Bemühungen. Insbesondere kommt es darauf an, die Situation von 1945/46 in ihrer ganzen Breite in den Blick zu bekommen und so die richtige Perspektive zu gewinnen, die für eine Würdigung des Dirkschen Sozialismus-Konzepts unerlässlich sind, vor allem dann, wenn hinreichend deutlich gemacht werden soll, daß und inwiefern Dirks damals ein sozialistischer Querdenker war.

Aber so weit auszuholen, ist die Aufgabe einer historischen Spezialstudie. Sie hätte indes nicht nur die ökonomisch-soziale und politisch-psychologische Lage in dem von den vier Mächten besetzten Deutschland, das Verhältnis der Siegermächte untereinander, die noch vorhandenen Erinnerungen an Weimar und an die Entstehung des Faschismus (in Europa) und speziell die Geschichte und Differenziertheit alles dessen, was sich unter dem Begriff „Sozialismus“ angesiedelt hatte, zu bedenken, sondern auch – im Blick auf Dirks als gläubigen Katholiken – die politische Tradition des (deutschen) Katholizismus, das innerkirchliche Bewußtsein und Niveau unter einem gestrengen, keineswegs dialogfreudigen Papst wie Pius XII., das noch sehr konfliktreiche und vernachlässigte Verhältnis von Katholiken und Protestanten, die alles in allem ziemlich trostlose, weil antimodernistisch und neuscholastisch fixierte Theologie, allerdings auch die sich da und dort regenden Reformbestrebungen in der sogenannten liturgischen und biblischen Bewegung sowie eben auch in der katholischen Jugendbewegung und manches andere. Natürlich liegen längst zahlreiche, nur noch den Fachleuten überschaubare Untersuchungen vor, die die ganze Unübersichtlichkeit jener Nachkriegssituation mit ihren Grenzen, ihren realisierten oder versäumten Möglichkeiten und Hoffnungen dem heutigen Leser in vieler Hinsicht durchschaubarer machen. Andererseits sage ich wohl nicht zu viel, wenn ich meine, daß Dirks selbst mit nicht wenigen der in diesem Band vereinigten Aufsätze, wenn auch nur sektoral, zum besseren historischen Verständnis dieser Jahre beiträgt.

Namentlich was man hier über das Versagen Weimars (41–47), die fällige „deutsche Selbsterkenntnis“ (76–93), den Sinn des „fragwürdigen“ Schemas „Rechts und links“ (94–115), über die Situation der Bauern (197–201), zur „Wiederherstellung des Frankfurter Goethehauses“ (182–196), über den „Nationalismus der SED“ (250–266), die Gefahr eines „falschen Europa“ (221–242) – hier fällt z. B. der warnende Satz: „Der Neofaschismus wird quasidemokratisch sein“ (230) – nachlesen kann, dürfte zeitgeschichtlich von besonderem Interesse sein. Dies ist auch deswegen hervorzuheben, weil der *Sprache* von Dirks eine erstaunliche Klarheit und Lebendigkeit eignet, die man beileibe nicht bei jedem Autor aus dieser Zeit findet, und weil es deshalb auch für die Jüngeren unter uns keine Sprachbarriere gibt, die sie von der Lektüre zurückhalten könnte. Die Sprache, oder besser: der Stil, die Schreibkunst des Publizisten und Schriftstellers Walter Dirks

verdiente – selbstverständlich bezogen auf das ganze Oeuvre – eine eigene Untersuchung.

Was aber an den Texten des vorliegenden Bandes in erster Linie Beachtung verdient, ist die Dirks leitende Idee von Sozialismus, deretwegen er ein Querdenker war. Gerade wegen der nicht verschwiegenen Kritik am Sozialismus und speziell an der Sozialdemokratie wirken seine Aussagen in vielem immer noch aktuell und herausfordernd, auch wenn Dirks später selbst von der Illusion und der Enttäuschung gesprochen hat, die sich schon recht bald, wohl bereits 1945/46 eingestellt haben (vgl. sein Vorwort, S. 8). Was Dirks als der zu errichtende Sozialismus vor Augen stand, läßt sich meines Erachtens am deutlichsten vier Artikeln unseres Bandes (drei davon 1946, der andere 1947 in den Frankfurter Hefen erschienen) entnehmen: „Die Zweite Republik. Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie“ (40–59), „Das Abendland und der Sozialismus“ (60–75), „Das Wort Sozialismus“ (116–139) sowie „Marxismus in christlicher Sicht“ (140–168). Diese Aufsätze würden sich als Musterkapitel heutiger politischer Bildung vorzüglich eignen.

„Das Abendland und der Sozialismus“

Daß Walter Dirks 1946 im ersten Jahrgang der Frankfurter Hefte einem Aufsatz den Titel zu geben wagt: „Das Abendland und der Sozialismus“, kennzeichnet den weiten Radius seines politischen Denkens. Zwar hatte er schon kurz zuvor, im ersten der Frankfurter Hefte überhaupt, von „Europa“ und dem Sozialismus gesprochen, doch greift er mit dem Wort „Abendland“ einen Begriff auf, der damals vielfach dazu dienen mußte, einen einseitig traditionell orientierten Ansatz zur Erneuerung des zerstörten Landes zu charakterisieren. Dirks ist selbst zu sehr mit der abendländischen Tradition verbunden, als daß er das relative Recht der Rede von der „Wiedergeburt des Abendlandes“ (61) übersehen könnte. Er nennt christliche Autoren wie Reinhold Schneider und Theodor Haecker, aber auch Karl Jaspers und den Innsbrucker Kirchenhistoriker Hugo Rahner zum Beleg für eine mögliche positive Sinngabe dieses Begriffs, der „offenbar einem geistigen Bedürfnis“ entspreche (61 f.). Doch Dirks kennt auch jene „Idee“ des Abendlandes (61) – er sagt nicht „Ideologie“, obwohl das gepaßt hätte –, die eine geschichtliche Verfallstheorie darstellt: „... in einem langen Prozeß der Auflösung oder des Abfalls, als deren Stufen der Nominalismus, die Reformation, der Absolutismus, die Aufklärung, der Nationalstaat, der Liberalismus, der Kapitalismus und Materialismus, Imperialismus und Bolschewismus, schließlich die vollendete Säkularisierung genannt werden, sind wir zur Anarchie und zu der Entmenschung des Menschen gelangt, die sich im Nationalismus nun endlich nackt und gräßlich manifestiert hat; Rettung liegt in der Besinnung auf unser eigentliches Erbe, im Bekenntnis zum Geist des Abendlandes.“ (62) Diese ebenso globale wie simplifizierende Sicht weist Dirks zurück, und er versichert auch, daß die „Frankfurter Hefte“ sie sich *nicht* zu eigen machen werden, sondern sich um ein sorgfältigeres und umfassenderes Verständnis von Abendland bemühen wollen, das die emanzipatorisch-fortschrittliche Linie der europäischen Kultur und Geschichte bewußt in sich aufnimmt.

Damit läßt sich Dirks schon 1946 von einer Überzeugung leiten, die sich in Kirche und Politik bis auf den heutigen Tag noch nicht allgemein herumgesprochen hat: „in echten Existenzkrisen liegt die Lösung nicht in der Bewahrung, sondern in der Wandlung“. (65) Die „tiefe Schwäche und Gefahr der Abendland-Reflexion“, so führt er aus, liege in dem ständigen Blick nach rückwärts. Dies sei die halbe, aber eben nicht die ganze Wahrheit

(vgl. 68). Als geschichtliches Denken hat diese Reflexion „recht gegen die Rationalisten und Idealisten, die von einer absolut gesetzten und abstrakten Vernünftigkeit aus die Welt formen wollen, als wäre sie ein amorpher formbarer Stoff und als wäre der Mensch ihr omnipotenter Herr. Aber ein geschichtliches Denken, das nur das Recht des Gewordenen kennt, ist romantisches Denken; obwohl es geschichtlich sein will, verfehlt es die Geschichte.“ (68) Noch wichtiger aber, weil konkreter gefaßt, ist der zweite Einwand, den Dirks geltend macht; er hält der „abendländischen Besinnung“ vor, sie treibe „reine Geistesgeschichte“. Hier kommt, auch historisch völlig zu recht, Dirks' Theorie der wirklichen Geschichte zum Zuge: „Die abendländische Krise ist zu einem guten Teil die Krise des Bürgertums, ist nicht nur seine Bildungskrise, sondern schlicht und elementar seine ökonomische Krise.“ (70)

Weil also der Blick nicht einseitig in die Vergangenheit gerichtet werden darf und die Geschichte immer schon mehr und anderes ist als bloße Ideengeschichte, lautet die Konsequenz, die Dirks zieht: die „neue Aufgabe ist für das Abendland – der Sozialismus.“ (71) Zum Verständnis dieser zunächst überraschenden und provozierenden Schlußfolgerung, die Dirks seit 1945 immer wieder vorgetragen hat, ist natürlich genauer zu sagen, welcher Sozialismus Dirks hier vorschwebt, doch ich möchte zuvor ein Ereignis aus dem Leben von Dirks erwähnen, das gewissermaßen symbolisch seinen politisch-theoretischen Hintergrund (der ja demnächst anhand jener Bände der Gesammelten Schriften, die sich auf die Jahre 1921–1933 beziehen, über das Biographische hinaus genauer studiert werden kann) sichtbar werden läßt: Dirks hatte eine sozialphilosophische Dissertation über Georg Lukács geschrieben, die sein Bruder 1933 aus Furcht vor einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo verbrannt hat!⁴

Wer also neben der ideen- und geistesgeschichtlichen noch eine andere Sicht der Geschichte kennt, eine Geschichte von unten, eine konkrete, „materielle“ Geschichte, für den bedeutet es keine Paradoxie, die Worte „Abendland“ und „Sozialismus“ so zusammenzurücken, wie Dirks es tut, der sogar gegen Ende dieses Aufsatzes sich nicht scheut zu schreiben: „Das Abendland wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein. Zerfällt Europa in das ‚Abendland‘ und in den ‚Sozialismus‘, so zerfällt es in sich selbst.“ (75) Diesem Satz wird man gewiß den (sprachlich vergleichbaren) Satz Romano Guardinis an die Seite stellen dürfen, der, ebenfalls 1946, formulierte: „Europa wird christlich, oder es wird überhaupt nicht mehr sein.“⁵ Daß diese Sätze sich nicht unbedingt widersprechen müssen, das genau wollte Dirks zeigen und das hat er zur Devise seines Lebens gemacht. Man erinnert sich an das Diktum, Kapitalismus und Sozialismus verhielten sich zueinander wie Feuer und Wasser; nun, für „Abendland“ und „Sozialismus“, für „Christentum“ und „Sozialismus“ gilt das nicht, und es braucht hier nicht entfaltet zu werden, daß dies natürlich nicht eine originäre Idee von Walter Dirks ist, wenngleich hervorgehoben werden muß, daß Dirks eben auch als Katholik diese mögliche Verbindung erkannt und postuliert hat, und zwar 1946!

Die konkrete Form dieser möglichen Einheit beschreibt Dirks in einer Weise, die sich von abendländischer Ideengeschichte erheblich unterscheidet, indem sie seine soziologisch-sozialkritische Sicht zum Ausdruck bringt und er inhaltlich für eine Kombination von Freiheit und Ordnung, Persönlichkeit und Plan plädiert, für das, was er gegenüber der „kapitalistischen Anarchie“ (72) mit einem Begriff aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der Weimarer Zeit die „Wirtschaftsdemokratie“ nennt (49).⁶ Wie ein so konzipiertes Europa des näheren aussehen könnte, beschreibt Dirks in dem folgenden Abschnitt: „Wir wollen abendländisch bleiben? Nun, dann müssen wir diesen äußerst

kleinen Kontinent zunächst einmal im physischen Sinne lebensfähig machen: indem wir alle seine Rohstoffe, Potenzen und Energien zusammenfassen. Europa muß haushalten, es kann sich den Luxus des Gegeneinander-Arbeitens, auch die relativen Vorteile der hemmungslosen freien Konkurrenz nicht mehr gestatten: es muß seine Arbeit planen. Schade um die Wirtschaftsfreiheit, sie war so europäisch, – aber wir können sie uns nicht mehr leisten. Aber die Persönlichkeit, unser bestes Erbe? Nun, man muß den Plan so anlegen, daß er nicht bolschewistisch ist, sondern eben europäisch, und das bedeutet nicht nur, daß er „demokratisch“ in unserem Sinne sein muß, vom Volk in reicher Gliederung getragen, sondern auch, daß so viel Bewegungsfreiheit wie möglich für den einzelnen, für Gruppen, für Unternehmen, für Völker und Länder gelassen oder sogar ausdrücklich neu vergeben wird. Wir haben hier diese Aufgabe bagatellisiert: sie ist natürlich bitter und schwer, gerade weil wir so europäisch verwöhnt und ermüdet, gereizt und verfeindet sind, so zimperlich und arrogant, und so bürgerlich auf eine Freiheit bedacht, die wir doch längst an die Anarchie und den Zwang anonymer Mächte und Tendenzen verloren haben. Was hier gefordert wird, ist nicht der Verzicht auf Freiheit, sondern geradezu die Wiedereinsetzung in ihren hohen Rang“ (71).

Daß solche Sätze von Dirks ganz konkret als Basis für den jetzt, 1946, notwendigen „opfervollen Umbau der modernen Wirtschaft und Gesellschaft“ (74) gemeint sind, geht auch daraus hervor, daß er sich über die Schwierigkeiten der Vermittlung zwischen den überkommenen bürgerlichen Positionen und den Traditionen der Arbeiterbewegung vollauf im klaren ist, eine Problematik, die er gegen Ende dieses Aufsatzes folgendermaßen zusammenfaßt: „Die bürgerliche Gesinnung hat sich hauptsächlich in relativ verschonten Landschaften und Städten aussprechen können, das erschwert die Begegnung; die Zonen- und Länderschranken tun ein übriges. Vorlesungen in Tübingen oder Heidelberg, Klubgespräche in München, schöne Bücher in Wiesbaden und in Freiburg, besinnliche Zeitschriften in Augsburg und Stuttgart, – wird das in einen wirklichen Kontakt kommen mit den Bergarbeitern im Ruhrgebiet, der Steinwüste von Köln, den Nissen-Hütten in Hamburg oder gar den gärenden Großstädten der russischen Zone?“ (74)

In dieser Unübersichtlichkeit der Nachkriegssituation denkt Dirks an einen Sozialismus, der die Vollendung der besten abendländischen Traditionen, der christlichen wie der aufgeklärt-neuzeitlichen, sein soll, also etwas Neues, nicht die bloße Fortsetzung der Parteitraditionen bis Weimar, bis 1933. Wie dieser Sozialismus im einzelnen zu verstehen sei, hat Dirks in zahlreichen Überlegungen immer wieder deutlich zu machen versucht. Inwiefern aber war er dabei ein Querdenker? Sicherlich schon deshalb, weil er die Kombination „Abendland und Sozialismus“ und die darin implizierte Vereinbarkeit von Sozialismus und Christentum (auch in seiner katholischen Form) überhaupt anvisierte.

Aber anderes kommt hinzu, wie sich bereits aus dem erwähnten Aufsatz aus dem April 1946 (also aus dem ersten Heft der FH) mit dem Titel „Die zweite Republik“ ergibt. Dirks geht hier von einer Analyse und Kritik der deutschen Linken in der Weimarer Republik aus. Während der deutsche Faschismus damals eine Koalition, ja „das Bündnis . . . einer Epoche“ (41) gewesen sei, habe die Schwäche der politischen Parteien, die sich auf die Weimarer Verfassung verließen, darin gelegen, daß – jeweils aus den verschiedensten historischen und psychologischen Gründen – eine starke demokratisch-antifaschistische Front aus Arbeitern, liberalen Bürgern und Katholiken nicht zustande gekommen sei (vgl. 44 f.). Was immer hierzu zu sagen wäre, Dirks leitet aus dieser Erfahrung die Notwendigkeit einer „produktiven Utopie“ (46) einer Republik ab, die „sich inhaltlich versteht statt formalistisch, zukunftswillig statt positivistisch“ (47).

Zu ihr gehört für Dirks bereits hier das Konzept eines neuen Europa. „Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaates.“ (48) „Wir steuern die europäische Konföderation an.“ Ja, der Horizont weitet sich noch mehr: „Wir suchen Verbindung und Austausch mit der ganzen Welt, vor allem mit den Vereinigten Staaten, denen wir am meisten Dank schulden, ferner mit unserem mächtigen Nachbarn im Osten. Die europäische Stufe darf dabei jedoch nicht übersprungen werden.“ (48) Aber dieses Europa, „der arme Kontinent“ (49), könne nur „gelten und bestehen“, wenn es „seine Bodenschätze, seine Produktionsmittel und seine Arbeitskraft *planmäßig organisiert*. Das bedeutet“, fügt Dirks hinzu, „das Ende der europäischen Idylle“. (49) Es bedarf also eines „Planes“ – Dirks scheut dieses Wort keineswegs –, der „technisch-organisatorisch“ auf eine „Wirtschaftsdemokratie“ (von Dirks selbst in Anführungszeichen gesetzt) hinziele. (49) Mit anderen Worten: Es geht ihm um einen neuen, freien Sozialismus, nicht nur auf der Ebene des Staates, sondern auch als demokratisch verfaßte Wirtschaft und Gesellschaft, und zwar um einen Sozialismus aus sämtlichen Traditionen Europas, d. h. für ihn insbesondere, daß der „soziale Appell des Christentums, der ja im Namen der Gerechtigkeit die Besinnung auf das Ganze jeweils immer fordert“ (51), in diesen Sozialismus eingebracht werden müsse. Indem er für dieses weite „Bündnis“ eintritt, stellt er sich ausdrücklich gegen Papst Leo XIII. und August Bebel, die beide Sozialismus und Christentum „mit gleicher Schärfe“ für „unvereinbar“ erklärt hatten (52). Hier denkt Dirks offensichtlich quer, jedenfalls aber kam er – wie hätte es anders sein können? – mit dieser „produktiven Utopie“ zu früh, nicht nur, was die SPD betraf; sein Plädoyer für die Einheit von „Arbeitern und Christen“ (eine etwas schiefe Gegenüberstellung, von der man gleichwohl verstehen kann, wie sie gemeint war) konnte auch auf der christlichen Seite kein weites Echo finden, zeichnete sich doch schon ab, daß die christliche Verpflichtung zu Liebe und Gerechtigkeit politisch-parteilich, also auch in bezug auf die Bestimmung des ökonomischen und sozialen Weges, nicht zu einer einzigen politischen Festlegung führen konnte und führen würde. Deshalb konnte der Versuch von Dirks und seinen Freunden, ihre Idee eines „europäischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ (57) auf dem Umweg über die neugegründete CDU zu verwirklichen,⁷ nicht gelingen (vgl. 279 u. 337).

Zum genaueren Verständnis dieses Gedankens muß man wissen, daß es für Dirks eine schwere Enttäuschung war, daß er bei einer Zusammenkunft am 29. Mai 1945 in Frankfurt, also nur drei Wochen nach der „Kapitulation“, die Erfahrung machen mußte, daß SPD und KPD für ein derartiges Bündnis, für diesen neuen Sozialismus also, nicht zu gewinnen sein würden, da sie ihre überkommenen Parteitraditionen wieder aufnehmen und fortsetzen wollten. So stellt Dirks am Ende des erwähnten Aufsatzes vom April 1946 die selbstkritische Frage: „Wird es denn überhaupt gehen?“⁸, und schon bald darauf zeigt ihm die weitere Entwicklung, daß es so, wie er den neuen Sozialismus entworfen hatte, in der Tat nicht ging; er richtet sich zunächst auf die Notwendigkeit von Kompromissen ein (vgl. 40 sowie 206), bis er 1950 dann den Artikel „Der restaurative Charakter der Epoche“ schreibt (326–348), der nur festhält, was inzwischen geworden ist und welche Möglichkeiten und Hoffnungen nach dem Urteil von Dirks versäumt wurden.

Dirks selbst hat rückblickend vom Scheitern und von Illusion gesprochen und sich damit als sein eigener, scharfer Kritiker erwiesen, als ein zu scharfer, wie mir scheint, denn was sich geschichtlich durchgesetzt hat, was „Erfolg“ hatte, ist damit noch längst nicht politisch oder gar theoretisch gerechtfertigt. Nur eine primitive Geschichtsphilosophie aus der Siegerperspektive könnte dies behaupten.⁹ Für Dirks scheint jenes Treffen im

Mai 1945 ein persönliches Schlüsselerelebnis gewesen oder geworden zu sein, weshalb es sich lohnt, darauf noch einmal zurückzukommen.

Auf lokaler Ebene hatten sich Gegner des Faschismus aus verschiedensten Lagern getroffen, und Dirks hatte ein aus zwölf Thesen bestehendes Papier vorgelegt, das auf eine „Sozialistische Einheitspartei“ (welche Ironie der Sprachel!) abzielte. Man darf dieses Papier nicht überbewerten, es ist ein Dokument, das eher die aufrichtigen Intentionen des Christen und Sozialisten Walter Dirks zum Ausdruck bringt als den politischen Willen einer bestimmten Gruppe oder gar Partei. Da aber Dirks sich sehr viel später noch einmal zu dieser Sitzung im Mai 1945 geäußert hat, und zwar in der vielbeachteten Rede, die er am 8. Mai 1985 in Baden-Baden gehalten hat, mag es doch ein Vorteil sein, daß diese Thesen in den vorliegenden Band aufgenommen wurden (33–36).¹⁰ Nach 40 Jahren also formuliert Dirks einen Rückblick, aus dem hier wenigstens einige Sätze angeführt werden sollen, die ihn als damaligen sozialistischen Querdenker zeigen, sogleich aber die Komplexität von Bedingtheit und Möglichkeit, Freiheit und Begrenztheit (vgl. 82 f.) politischen Handelns an einem Musterbeispiel sichtbar werden lassen:

„Ich habe diesen 29. Mai 1945 als den Tag der ersten großen Enttäuschung in Erinnerung: Die Kommunisten sahen uns Christen offenbar als nützliche Idioten an, aber auch die Sozialdemokraten, die für sie vor 1933 Sozialfaschisten gewesen waren. Sie erachteten sie keiner strategischen Diskussion, etwa über den Weg zum Sozialismus, für würdig und sie verbargen ihnen ihr eigenes strategisches Konzept; sie versuchten uns auf periphere antifaschistische Aktivitäten abzulenken, etwa auf die Enteignung der Wohnungen der Parteigenossen, – wir empfanden das als Leichenschändung. Aber auch die Sozialdemokraten erwiesen sich mehr an der Wiederherstellung ihrer großen Partei, ihrer Gliederungen, Besitztümer und erworbenen Rechte interessiert als an einer neuen Konzeption. Die CDU in Frankfurt war aufgrund dieser Erfahrung als dritte sozialistische Partei konzipiert worden, als Partei eines umwegigen Sozialismus der christlichen Bürger und Bauern. Die CDU entstand bei uns unter anderem als eine Folge dieses Versagens der beiden Arbeiterparteien. Die Lehre der Zeitgeschichte war nicht tief genug gegangen, und da die Antifaschisten nicht imstande waren, ihre eigenen Pflöcke in den Boden der Geschichte zu schlagen, neue Realitäten zu schaffen, so erwies sich der Besitzstand als stärker: wenige Jahre später konnte man von einer Epoche der Restauration sprechen, – im Zeichen Konrad Adenauers, freilich ein wenig, aber eben doch auch im Zeichen Kurt Schumachers und der Kommunisten.“¹¹

„Das Wort Sozialismus“

Im Kontext der Reflexionen und Bemühungen jener Monate und Jahre spielt eine semantische Frage eine Rolle, die Dirks klar erkannt hat (und die bisweilen noch heute eine durchaus negative Rolle spielt); er hat sie im Oktoberheft 1946 der FH unter dem Titel „Das Wort Sozialismus“ in einer Weise erörtert, die immer noch erhellend und bedenkenswert ist. Gerade weil es ihm um eine „Sache“ ging, nicht um ein Wort, hat er ein waches Gehör für jenen Klang des Wortes „Sozialismus“, der – ganz abgesehen von seiner mißbräuchlichen Verwendung in „Nationalsozialismus“ – für viele, namentlich Katholiken, abschreckend wirkt, bevor noch über die „Sache“ selbst nachgedacht worden ist. Ein Gemisch aus Vorurteilen und Unkenntnis ließ (und läßt da und dort, nicht nur in Deutschland, nach wie vor) die bloße Vokabel Sozialismus zu einem Bürger- und Christenschreck werden. Dirks weiß, daß vielen dieses Wort nach Materialismus und Atheismus schmeckt, ja mehr noch: „Andere verknüpfen mit ihm Vorstellungen einer Zukunft,

die sie schreckt: ihr geistiges Auge sieht im Sozialismus einen allmächtigen Staat, der Herr über den Wirtschaftsapparat und dadurch über jeden einzelnen geworden sein wird, die Herrschaft der durchorganisierten Mittelmäßigkeit, das Ende der Freiheit und der Persönlichkeit, eine fragwürdige Welt aus Beton, Glas, irdischem Glück, Zwang und Langeweile, eine Welt ohne Demut und Geheimnis. Andere meinen, es vertrage sich nicht mit der Reinheit eines selbständigen Denkens, wenn wir – und unter diesem ‚wir‘ sind je nach den Umständen die Katholiken, die Protestanten, die Christen, ihre Parteien zu verstehen – geistige Anleihen bei ‚dem anderen Lager‘ machten. Andere wiederum weisen auf die Schwierigkeit hin, das christliche Volk für das Wort Sozialismus zu erwärmen; es sei nun einmal schon durch mehrere Geschlechterfolgen hindurch gewohnt, darin eine Gefährdung des Glaubens zu sehen, und es mache auch in diesen Monaten neben manchen erfreulichen Erfahrungen mit einzelnen Vertretern etwa der SPD doch auch immer wieder Erfahrungen, welche die alte Vorsicht als berechtigt erscheinen ließen.“ (118 f.)

Nun erklärt Dirks zwar, daß er solche Bedenken ernst nimmt (119), aber er hält vor allem um der „geistigen Redlichkeit“ willen an dem Wort Sozialismus fest. Nach einer sprachphilosophischen Überlegung – „Der Mensch ist der Sprache gegenüber nicht völlig frei“ (119) – erläutert er den geschichtlichen Inhalt dieses Begriffs (nebenbei übrigens auch den positiven Sinn des Wortes „Genosse“ [120], und die unterschiedlichen Sinngebungen, die mit ihm verbunden wurden und zum Teil zu den Mißverständnissen Anlaß boten. Die Bemerkungen über die Sprache führen ihn aber weiter zu einer erneuten inhaltlichen Bestimmung seines Sozialismus-Verständnisses: „Sinn und Ziel des Sozialismus ist die Freiheit und Würde der Person *unter den Bedingungen der arbeitsteiligen Großwirtschaft*.“ (123) Und auch hier wieder spricht er nicht nur von der Abgrenzung gegenüber der faschistischen Diktatur, sondern auch gegenüber der „kapitalistischen Anarchie“ (124) – eine (immer noch) treffende Formulierung, die allerdings dem positiven Gehalt des Wortes Anarchie, der leider zu oft unterschlagen wird, abträglich ist. Abermals nennt Dirks „Plan“ und „Demokratie“ als das „Gemeinsame aller Sozialismen und Sozialisten“ (126), und er erkennt einen „Vorgang von erdumspannender Breite und geschichtlicher Tiefe“ (127), der in Richtung auf Sozialismus weist.

Aber wie schon erwähnt, weiß Dirks auch, daß sich bei „Sozialismus“ die Assoziationen atheistisch, materialistisch und marxistisch einstellen und viele, nicht ohne Grund, verunsichern. „Diese Belastungen sind nicht zu leugnen.“ (129) Um so mehr legt er alsdann Wert darauf, an die andersartigen Traditionen und Begründungsmöglichkeiten zu erinnern – in den außerdeutschen Sozialismen, von Kant und Fichte her und an die „christlichen Sozialisten“ auf katholischer Seite – er nennt hier z. B. Wilhelm Hohoff (1848–1923) und Theodor Steinbüchel (1888–1949), einen seiner Lehrer (er hatte die Dirks'sche Dissertation über Lukács gefördert). Abermals kommt Dirks auf diese Weise zu seinem breit angelegten Konzept, das er also „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ (134) nennt. Für ihn war (und blieb) es klar, daß das Christliche, ja das Neutestamentliche eine Weisung enthält, die zu den Armen führt und nicht zu den Reichen, so daß er von der „linken Liebespflicht“ sprechen kann (114). Trotz der hier notwendigen Warnung vor der vereinfachenden Identifizierung des Christseins mit einer einzigen parteipolitischen Position gelangt man, das wird inzwischen auch theologisch-exegetisch immer eindeutiger, tatsächlich als Christ zu der „Option für die Armen“, und damit steht Dirks, der sich auch der theologischen Problematik einer solchen Aussage bewußt ist, sehr früh schon auf einer Seite, die heute in der „Politischen Theologie“ von Johann B.

Metz sowie in der „Theologie der Befreiung“ konkret geworden ist – freilich nicht ohne die unvermeidlich damit verbundenen Konflikte. Was Dirks jedenfalls 1946 (aber gewiß auch vorher schon) weit vorausblickend dachte, hat er in einem in Klammern gesetzten Abschnitt so zusammengefaßt:

„Den Christen ins Ohr geflüstert: Wir möchten vermeiden, daß sich in der Weltgeschichte des Jahres 2500 bei der Beschreibung des um 1850 vorbereiteten, um 1950 sich durchsetzenden sozialistischen Zeitalters, welches das bürgerliche ablöst, die Fußnote findet: ‚Aus Gründen, die heute schwer verständlich sind, haben sich übrigens die Christen, die doch so wesentliche geistige, sachliche und persönliche Beiträge zum Ausbau der sozialistischen Ordnungen geleistet haben, in den ersten beiden Jahrhunderten des Wortes ‚sozialistisch‘ enthalten; sie mußten die kompliziertesten Umschreibungen wählen, um das Wort vermeiden zu können, auf dessen Nichtgebrauch sie sich merkwürdigerweise festgelegt hatten und das doch der Sache, die sie vertraten, so angemessen war.‘“ (138)

„Marxismus in christlicher Sicht“

Dirks gehörte nie zu jenen, die sich um die heißen Fragen herumdrücken. Deswegen stellt er sich, angesichts der zahlreichen Widerstände auf christlicher Seite, auch jenem Thema, das vielen als das Wesentlichste und Trennendste erschienen sein mag: Wie hat man als Christ den Marxismus zu beurteilen? Natürlich wird man dem Dirks'schen Aufsatz mit dem Titel „Marxismus in christlicher Sicht“, 1947 in den Frankfurter Heften erschienen, nicht gerecht, wenn man ihn von heute aus mit dem Instrumentarium der Marx-Forschung, von neuen Positionen der Theologie aus oder auch auf dem Hintergrund zahlreicher christlich-marxistischer Dialoge und Dialog-Versuche beurteilt. Liest man ihn aber im Zusammenhang der damaligen Bemühungen von Dirks um die Erneuerung sowohl des Sozialismus als auch des Christentums (und würde man ihn, was hier nicht möglich ist, mit anderen christlichen Stimmen jener Jahre aus dem In- und Ausland vergleichen), so zeigt sich erneut Dirks' Absicht und Fähigkeit, eine differenzierte und faire Einschätzung vorzutragen.

Als Christ, der nicht nur Kierkegaard gelesen hat, sondern sich auch von Theologen und Philosophen wie Karl Barth und Friedrich Gogarten, Romano Guardini, Ferdinand Ebner und Theodor Haecker beeinflussen ließ, teilt Dirks mit Marx die Kritik an einem Deutschen Idealismus, der zur „Ineinssetzung von Gott und Welt“ tendierte und die konkrete menschliche Existenz vernachlässigte (vgl. 144 f.). Demgegenüber (und wie bei Marx selbst richtet sich die Kritik vor allem gegen Hegel) ist für Dirks „Karl Marx . . . der erste, der von der proletarischen Existenz aus gedacht hat“ (141). Darin liegt für ihn eine besondere Nähe zum Christentum, auch wenn dies hinter aller Religionskritik oft unsichtbar bleibt.

Ja, Dirks zeigt, wie im Gegensatz zu einem vagen und vieldeutigen „Geist“-Begriff (vgl. 147 f.) die für Christen zunächst befremdlich klingenden Wörter „Materie“ und „Materialismus“ bei Marx eine Auslegung zulassen, die mit christlicher Geschichtsauffassung durchaus kompatibel ist. „Am meisten hat es die Christen gestört, daß Marx den Verlauf der Geschichte von dem bestimmt sein läßt, was man landläufig ‚das Materielle‘ nennt. Marx sagt sehr eindeutig, was er darunter versteht: es ist zunächst einmal keineswegs die Materie im physikalischen oder metaphysischen Sinne; *der Vulgärmarxismus, der die materialistische Metaphysik und Entwicklungsmechanik übernommen hat, ist marxistisch gesehen ein Rückfall in die bürgerliche undialektische Wissenschaft.* Was

Marx unter dem Materiellen versteht, sind die sogenannten Produktionsverhältnisse, und diese sind als Verhältnisse zwischen produzierenden Menschen verstanden.“ (149) Verbunden mit der Demaskierung vieler Lügen und Mystifikationen bedeutet der Marx-sche Ansatz für Dirks eine Kritik an der geschichtlichen Situation (des Bürgertums), die unverkennbar von „sittlichem Ernst“ inspiriert ist (vgl. 150 f.).

Andererseits hält Dirks Karl Marx vor, die personale Dimension des Menschen „nicht in ihrer ganzen Tiefe erfaßt“ zu haben (155) und auch die spezifisch religiöse und christliche Dimension von „Heil“ und „Schuld“ nicht zu kennen (152 f.). Auf diese anthropologischen Defizite bei Marx und im Marxismus ist bekanntlich immer wieder hingewiesen worden. Nach Dirks' (und vieler) Meinung stecken in Marx noch wirksame Restbestände der Hegelschen Präntention aufs Absolute; sie verwandeln sich, auf den Kopf gestellt, in eine Art totalitären Geschichtspantheismus (vgl. 156–160); immerhin, so meint Dirks, komme darin noch eine „religiöse Glut“ zum Ausdruck, deretwegen sich die Christen den Marxisten mehr verbunden fühlen könnten als den „Positivisten“ (158 f.).

Vor allem aber ergibt sich trotz der religiösen und metaphysischen Unterschiede eine Gemeinsamkeit aufgrund der Vorliebe Jesu für das Niedrige, für die Hungernden, Armen und Kranken. „Alle großen Christen“, so schreibt Dirks, hatten „ein Vorurteil für den Armen und Geschlagenen, für den kleinen Mann und seine Bedürfnisse und Nöte gehabt“ (154). Die Gemeinsamkeit mit den Marxisten wird deshalb konkret davon abhängen, ob man hier ehrlich kooperieren kann oder ob eine neue Unterdrückung entsteht.

Im Theoretischen indes ist für Dirks die Differenz unüberbrückbar, wenngleich er konzidiert, daß „in erster Linie“ die Christen selbst es sind, die den Marxisten den Zugang zum Christentum versperrt hätten (164 f.). Von seiner Überzeugung aus kann er schreiben: „In den Irrtum verfielen die Marxisten, die größere Schuld hatten die Christen.“ (166) Damals, 1947, war es wohl kaum möglich, die philosophisch-weltanschauliche Antithese weniger hart zu formulieren, als Dirks es tat: „Was ist die letzte unser Dasein bestimmende Wirklichkeit? An dieser Frage bestimmt sich der christlich-marxistische Gegensatz. Der Marxist antwortet: die sich dialektisch vollendende menschliche Gesellschaft. Wir antworten: der Vatergott, dessen Kinder wir sind. Das ist ein fundamentaler Gegensatz, dessen Folgen die breite Wirklichkeit beider Systeme durchdringen. Man braucht nur die Worte Sünde, Demut, Heiligkeit, Sakrament zu nennen, um anzudeuten, welche Welt der Seele es ist, die der Marxismus nicht einbegreift.“ (161) Heute könnte man hier, z. B. mit Hilfe der Theologie des unvergessenen Karl Rahner, zu einer anderen, konvergierenden Sicht mancherlei beitragen. Jedenfalls aber würde es sich lohnen, die theologischen Auffassungen von Dirks genauer zu untersuchen, der immerhin 1946/47, also lange vor der theologischen und kirchlich-konziliaren Erneuerung, bereits verborgene Affinitäten zu erkennen und praktische Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen vermochte, ohne die Unterschiede zu verharmlosen. Den Marxismus als kritisches Ferment gegenüber dem Bürgertum und der Welt des Reichtums, als Denken und politisch-soziales Engagement von der „proletarischen Existenz“ aus – das nahm Dirks für jeden wirklichen Sozialismus in Anspruch, und er (aber nicht nur er) könnte sich wohl auch heute einen Sozialismus ohne dieses Moment und diese Tradition nicht vorstellen. War er, ist er auch in dieser Beziehung (noch) ein Querdenker?

Kritik an der SPD

Dafür spricht vieles, nicht zuletzt die Kritik, die Dirks Ende der vierziger Jahre an der deutschen Sozialdemokratie übt. Es wäre nicht ehrlich, sie hier stillschweigend zu über-

gehen; ob sie nach Inhalt und Ton damals berechtigt war und sich heute erledigt hat, mögen andere entscheiden. Sie verdient indes immer noch Beachtung, und zwar zum Verständnis des Ansatzes von Dirks selbst ebenso wie zur Förderung einer stets notwendigen politisch-psychologischen, selbstkritischen Hellhörigkeit. Vor allem in der Abhandlung „Sozialisten außerhalb der Parteien“, die 1949 in der Zeitschrift „Das sozialistische Jahrhundert“ erschien, und in dem Aufsatz „Die Sozialdemokratie und der deutsche Nationalstaat“ (aus dem Dezemberheft der FH 1949) legt Dirks unmißverständlich dar, was ihm an der SPD nicht gefällt. Er spricht von der ganzen Wahrheit, die zwischen den beiden Halbwahrheiten des Revisionismus und Bolschewismus liege (vgl. 286), und wirft damit dem sozialdemokratischen Sozialismus, wie schon angedeutet, eine zu weit gehende Entfernung von jenem Marx vor, den er für unaufgebbar hält.

Aber anderes erweckt, vielleicht noch in höherem Maße, das Unbehagen von Dirks. Er berichtet, aber nicht ohne Zustimmung, von einem „spezifischen Mißtrauen“, das viele mit dem Sozialismus Sympathisierende verschiedenster Observanz dieser Partei entgegenbringen, „ein vielfältiges Mißtrauen, dessen gewöhnliche Äußerung heißt, sie sei eine überalterte, ‚verbonzte‘ und bürokratisierte Partei, ein Totalitarismus des Apparats“. (284) Viele meinten, sie sei zu sehr „die soziale Reformpartei des kleinen Mannes . . . und zuwenig eine Arbeiterpartei“, weder revolutionär noch sozialistisch, dem einen zu doktrinär, anderen dagegen zu theorie- und perspektivlos (284). Konkreter sind die Vorbehalte, die Dirks von der mangelnden Internationalität bzw. von „nationalem Sozialdemokratismus“ (300) sprechen lassen und die auch bei ihm auf den geschichtlichen Erfahrungen vor und nach dem Ersten Weltkrieg beruhen (vgl. 302–313). So plädiert Dirks folgerichtig auch hier wieder für einen „Sozialismus, welcher der Sache nach europäisch ist, nämlich frei und föderativ“ (315). „Föderativ“ – das bedeutet einerseits genossenschaftliche Organisationsformen in Wirtschaft und Gesellschaft gegen einen sich sozialistisch nennenden „Etatismus“ (vgl. 120 f.), andererseits die Absage an einen gewissen Zentralismus in der deutschen Sozialdemokratie selbst, so daß Dirks schreiben kann: „Daß die sozialistische Arbeiterbewegung zentralistisch denkt und daß gegen ihren Zentralismus weder Anarchisten noch Syndikalisten noch Föderalisten ein Gegengewicht bilden, mag mit dieser Bindung an die Idee des Staates der deutschen Einheit zusammenhängen.“ (303)

Die Dirks'sche Kritik richtet sich nicht zuletzt auch gegen eine Form sozialdemokratischer „Selbstgerechtigkeit“, die ihren Teil geschichtlich-politischer Schuld nicht eingestehen kann: diese Partei habe „immer alles richtig gemacht, von Karl Marx bis zu Kurt Schumacher. Sie ist für nichts Böses verantwortlich, vor allem weder für den Ausbruch der imperialistischen Kriege noch für den Sieg des Nationalsozialismus noch für die Macht des Kommunismus. Sie lag immer richtig und hat immer das Richtige getan. In Wahrheit ist sie in alle diese Dinge tief verstrickt. Wie könnte es auch anders sein?“ (311)

In einer kleinen Glosse mit dem Titel „Rechtfertigungen“ richtet Dirks im Mai 1950 diesen Vorwurf in scharfer Form direkt gegen Kurt Schumacher, dessen persönliche Integrität er selbstverständlich respektiert, von dem er aber sagt: „Es trifft sich schlecht, daß auf der Linken ein Mann für das deutsche Volk spricht, der persönlich gänzlich unschuldig ist und eine Partei führt, die niemals einen Fehler gemacht hat. Wäre er zufällig ein Christ, vielleicht erbarmte ihn das schuldigen Volkes, vielleicht spräche er dann eine andere Sprache, aber er ist nun einmal kein Christ. Er ist eine sehr respektable Erscheinung, er ist ein bedeutender Mann, verkleinern wir ihn nicht, weder moralisch, noch politisch! Aber in Unschuld verstockt.“ (324)

Dirks geht also mit der Partei, auf die er die meisten Hoffnungen gesetzt hat, nicht gerade nachsichtig um. Das darf man nicht übersehen, ungeachtet dessen, wie man seine Kritik von heute aus – innerhalb und außerhalb der Partei – beurteilen mag.

*

Noch vieles wäre anzuführen, um das Engagement dieses mutigen und freimütig schreibenden Mannes in jenen Jahren, die er bewußt als „Neubeginn“, nicht als Wiederaufbau des Alten wollte (184, vgl. 326 f.), zu schildern. Mit einem sympathischen Understatement bezeichnet sich Dirks auch heute gern als Journalist. Aber vieles, was er 1945–50, aber auch (wie man in Erwartung der nächsten Bände seiner „Gesammelten Schriften“ ankündigen darf) vorher und nachher zu sagen hatte, war nicht nur „in den Tag“ gesprochen. In vielem nahm er grundsätzliche Positionen des Godesberger Programms vorweg. Wie immer es mit seiner Rezeption innerhalb der deutschen Sozialdemokratie bestellt sein mag, es finden sich in diesen Texten von Dirks wichtige Ideen und Reflexionen, die „über den Tag hinaus“ (um diesen Buchtitel von Willy Brandt aufzunehmen) ihre Wirkung entfalten können, sobald man der Erinnerung Zeit widmet und sich nicht vom „Terror der Aktualität“ (Jean Améry) verderben läßt.

Es versteht sich natürlich, daß Aufmerksamkeit für Dirks, gerade auch in bezug auf die hier vorgestellte Phase seiner Publizistik, nicht nur der Partei des demokratischen Sozialismus, sondern im besonderen Maße den Christen, und das heißt hier speziell: den deutschen Katholiken, zu empfehlen ist. Angesichts der dominanten politisch-öffentlichen Identifizierung von Katholizismus und CDU/CSU werden Stimmen wie die von Walter Dirks leicht überhört, und es scheint auch, daß sie seltener werden.

Es ist, wie man weiß, nicht dasselbe, ein Konzept des wirklichen Sozialismus zu entwerfen und die praktische Politik, die an diesem Anspruch gemessen wird, jeweils mitzutragen. Dieser Schwierigkeit war und ist sich auch Dirks bewußt. Aber seine Loyalität – und das läßt sich nicht so leicht nachahmen – blieb offenbar immer größer als seine Kritik.

Anmerkungen

- 1 Walter Dirks, *Sozialismus oder Restauration. Politische Publizistik 1945–1950*, (Gesammelte Schriften Bd. 4, hrsg. v. F. Boll, U. Brückling u. K. Prümm). Mit einer Einleitung von U. Brückling. Ammann Verlag, Zürich 1987, 351 S. – Soeben erscheint als 5. Band: „Sagen was ist. Politische Publizistik 1950–1968“.
- 2 Vgl. des näheren B. Lowitsch, *Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung*. Wiesbaden/Frankfurt 1980.
- 3 Vgl. insbesondere G. Erb, *Ein Mann des anderen Deutschlands. Erinnerung an Eugen Kogon*, in: *Orientierung* (Zürich) 52 (1988) 102–104.
- 4 Vgl. U. Brückling in der Einleitung, a. a. O. 21.
- 5 R. Guardini, *Europa und das Christentum*, in: R. G., *Der Heilbringer in Mythos, Offenbarung und Politik* (1946). Mainz 1979 (Topos Taschenbuch 84), 79.
- 6 Vgl. U. Brückling, a. a. O., 17 f.; s. auch die Übersicht bei F. Vilmar, *Wirtschaftsdemokratie*, in: *Lexikon des Sozialismus*, hrsg. v. Th. Meyer u. a., Köln 1986, 713–715.
- 7 Vgl. U. Brückling, a. a. O., 14–16; zum „Kontext“ vgl. etwa S. Heimann, *Christlicher Sozialismus in der CDU*, in: *Lexikon des Sozialismus*, a. a. O., 113 f.
- 8 Diese Frage wurde zum Titel eines Dirks zum 80. Geburtstag gewidmeten Bandes, hrsg. v. F. Boll, M. Linz u. Th. Seiterich. München/Mainz 1980.
- 9 Vgl. U. Brückling, a. a. O., 30 f.
- 10 Die Thesen wurden zuerst etwa gleichzeitig veröffentlicht in: *Christen für den Sozialismus II. Dokumente (1945–1959)*, hrsg. v. W. Dirks, K. Schmidt u. M. Stankowski. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz (Urban-Taschenbücher 614) 1975, 42–44 sowie in der materialreichen publizistikwissenschaftlichen Dissertation von M. Stankowski, *Linkskatholizismus nach 1945. Die Presse oppositioneller Katholiken in der Auseinandersetzung für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft*. Köln o. J. (1975?), 74–76.
- 11 W. Dirks, *Gedächtnis und Erinnerung. 70 Jahre deutsche Zeitgeschichte. Eine Rede zum 8. Mai 1985*, Zürich (Ammann Verlag) 1985, 31 f.

Hans Peter Jäger Akademischer Prozentpunkt hinter dem Komma Offener Brief an Hermann Glaser, Kulturdezernent der Stadt Nürnberg

Dr. phil. Hans Peter Jäger, Jahrgang 1949, hat ein Studium der Geschichte und Politikwissenschaft absolviert, war Mitarbeiter eines MdB und in der Museumsarbeit tätig; Veröffentlichungen zur Kultur-, Geistes- und Regionalgeschichte.

Sehr geehrter Herr Glaser,

Auf diesem Weg möchte ich Ihnen nochmals danken dafür, daß Sie sich die Zeit genommen haben, mir in schwieriger beruflicher Lage in interessantem Gespräch zu raten. Ich hatte mich an Sie gewandt, weil ich erwartet hatte, von dem Kulturdezernenten einer großen Stadt Kompetentes über Berufsperspektiven für Geisteswissenschaftler im Bereich kommunaler Kulturpolitik zu hören. Aber natürlich auch, weil ich immer wieder aus Ihren Publikationen, in denen Sie praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen zu einem Reflexionsprozeß verbinden, für mich Aufschlußreiches hatte entnehmen können. Sie hatte bei unserem Gespräch interessiert, wie jemand ohne „Laufbahn“ unter gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sein Dasein fristet. Ich hoffe, ich habe einige Auskunft geben können.

Erlauben Sie, daß ich hier auf den einen oder anderen Punkt nochmals zu sprechen komme, einiges präzisiere, manches ergänze. Es sind persönliche Bemerkungen zu einem politischen Thema. Nehmen Sie sie als Symptom: Auch wenn ich meine Lage nicht typisch nennen mag, paradigmatisch scheint sie mir allemal. Und wenn zutrifft, was Sie angesichts von Arbeitslosigkeit und Steuerreform in nächster Zukunft für kommunale Kulturarbeit pessimistisch vorhersehen, dann ja wohl erst recht.

Sie wissen, ich habe Geschichte studiert und Politikwissenschaft. Nun bin ich ein akademischer Prozentpunkt irgendwo hinter dem Komma der Arbeitslosenquote. Allerdings könnte ich mich euphe-

mistisch auch „Freiberufler“ nennen. Dafür spricht, daß ich ohne Arbeit nicht bin, nur ohne Anstellung. Doch lege ich Wert darauf, nicht den Schönfärbern zuliebe aus der Arbeitslosenstatistik zu fallen. Denn ich habe meinen Status weder freiwillig gewählt, noch bringt er mir ein Einkommen, das diesen Namen verdiente. Setze ich meine Arbeitszeit zu meinem Kontostand in Relation, stehe ich vor einem skandalösen Ausbeutungsverhältnis. Noch viel zu oft nenne ich meine finanzielle Lage vornehm „prekär“, und von meiner Altersversorgung schweige ich dezent. Und doch ist das Materielle gegenwärtig – noch – nicht mein Hauptproblem. Bedrängender nämlich ist zu erleben, wie die Stellenlosen es sind, denen die gesellschaftlichen Verhältnisse Dialektik einpauken. Daß die Verhältnisse uns zum Tanzen, nein, zum Zappeln zwingen. Gerade wenn wir ihnen ihre eigene Melodie vorsingen.

Zwei Einflüsse waren für mich unter anderem von Bedeutung: die mit Hoffnung gepaarte Reformdisziplin des sozialdemokratischen Milieus, sowie das durch die Studentenbewegung vermittelte Pathos intellektueller Anstrengung. Beides zusammen ergibt ein Ethos, das über den ganzen Einsatz der Person der entfremdeten Arbeit schon hier und jetzt das Glück der erfüllten Tätigkeit entgegenstellen zu können glaubte. Bloß ist das so einfach nicht zu haben. Was als Lösung gedacht war, wird zum Problem. Nicht nur, weil es einfach grotesk wirkt, wenn ein Arbeitsloser was von seinem Arbeitsethos hermacht. Das entbehrt ja auch nicht der Komik.

Sicher, von Lohnarbeit frei zu sein, gibt Raum für das, was man für sich selbst als erfüllte Tätigkeit bestimmt. Ich gehöre zu den gewiß wenig zahlreichen Fällen, bei denen das „freigesetzt“ nicht ausschließlich zynische Unwahrheit ist. Insofern ist eingetreten, was erhofft war: beim Arbeiten kommt es mir manchmal so vor, als wäre mir schon wirklich möglich, „heute dies und morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“. In übertragenem Sinn, versteht sich. Aber leider ist da noch das Reich der Notwendigkeit. Und das erinnert mich jedesmal unsanft daran, daß mein persönlicher geschichtlicher Ort nicht dem fortgeschrittenen Zustand einer Gesellschaft nach, sondern dem archaischen vor der Arbeitsteilung gleicht. Die konventionelle Spezialisierung ebenso wie die Trennung von Arbeitszeit und Freizeit zu ignorieren, war persönlich als Tugend und gesellschaftlich als Utopie gedacht. Für mich ist

es jetzt blanke Notwendigkeit. Und doch bleibt bei solcher Arbeit eben auch noch ein identifikatorisches Moment, das über den Niedriglohn hinwegzutösten vermag. Und manchmal ist die Lust an der Erkenntnis ja wirklich größer als die Bestürzung über das Loch in der Hose. Armut ist relativ, jedenfalls solange sie eine gewisse Grenze nicht unterschreitet. Nur hält eine solche Ambivalenz in ständiger Sorge, drückender mit jedem Tag.

In der Bildungsanstalt par excellence, im humanistischen Gymnasium, hat man mir beizubringen versucht, an dem „Olympier“ Goethe nicht allein das Werk, sondern auch das gelungene Leben zu bewundern. Leben und Werk zu vorbildlicher Ganzheit verschlungen: Apotheose des Bildungsbürgers. Nun war das natürlich schon bei Herrn Goethe selbst Ideologie, von Studienräten neidvoll bewundernd weitergeträtscht. Aber soviel ist dann doch daran: daß es nämlich auch auf das Ganze ankommt.

Wenn mich einer nach meiner Berufsbezeichnung fragt, und sowas kommt ja oft genug vor, dann zögere ich noch jedesmal. Ich habe Politikwissenschaft studiert und als Politologe gearbeitet; ich habe Geschichte studiert und als Historiker gearbeitet; ich war angestellt, arbeitslos und freiberuflich tätig; ich habe unterrichtet, Bücher geschrieben und eine Rundfunksendung gemacht; ich habe Seminare geleitet, Vorträge gehalten und Museen konzipiert. Alles erfüllte Tätigkeiten ohne Langeweile und stumpfe Routine. Aber wie nennt man einen, dessen Berufslebens sich aus lauter solchen Teilen zusammensetzt? Mir fällt nur ein Wort ein: Dilettant – in der ursprünglichen und in der heutigen Bedeutung. Eine Berufsbezeichnung ist das nicht. Kommt es auf eine solche überhaupt an? Aber ergibt denn die Summe solcher Einzeltätigkeiten auch ein „Werk“ und alles in allem ein Leben? Auch wenn man nicht gleich „olympische“ Maßstäbe anlegt, sich bescheidener hält? Nüchterns habe ich so meine Zweifel. Und was für die Rückschau gilt, gilt mehr noch für die Zukunft: wie soll man unter solchen Bedingungen ein Leben planen? Es ist, als ob man die Zeit verstotterte.

Da gibt es dann auch noch eine räumliche Dimension: wer sich so über verschiedene Tätigkeiten alimenterien muß, tut das vielfach auch an wechselndem Ort. Ich komme viel rum. Aber je mehr man sich im Einzelfall darauf einläßt, desto beliebiger wird es in der Folge: es gibt keinen räumlichen Lebensmittelpunkt mehr. Man arbeitet nicht am Wohnort, und man wohnt nicht am Arbeitsort. Ein

Pendler noch hat mehr Konstanz. Die reale Heimat wird wie das Wort: ein Klischee mit sentimentaler Konnotation. Das gefühlvoll kaschierte Abziehbild einer Stadt tritt an die Stelle lebendiger Auseinandersetzung an und mit einem bestimmten Ort. Das gilt natürlich auch für die Lebensräume im übertragenen Sinne, die sozialen Orte, bis hin zur Familie. Das Resultat ist auch eine Art Selbständigkeit der Geschlechter, eine zeitgemäße Variante von Emanzipation.

Familienleben als Organisationsproblem: ohne genaue Terminplanung läuft gar nichts. Das Kind soll nicht nur einem Elternteil überlassen sein; und einer Arbeit nachgehen wollen auch beide. Im übrigen kämen wir mit einem Alleinverdiener schon gar nicht über die Runden. Aber war Emanzipation der Geschlechter nicht auch eine politische Forderung? Hatte das nicht eine private und eine gesellschaftliche Seite gleichermaßen? Und nun soll das große Wort nur noch für das kleine Glück stehen? Gerade gut genug, die Familie zu dem zu machen, was sie doch partout nicht mehr sein sollte: wirtschaftlicher Zweckverband, private Solidargemeinschaft gegen die Unbilden konjunktureller Turbulenzen und politischer Großwetterlagen.

Erfüllte Tätigkeit heißt eine Arbeit, mit der man sich identifizieren kann. Sie ist nicht immer spaßig, doch beständig durchtränkt von persönlichstem Interesse. Dann gibt es da aber auch noch eine inhaltliche Seite: man will verantworten können, was man tut. Wer seinen Lebensunterhalt bestreiten will, ist auf den „Markt“ angewiesen. Doch die Käufer oder Auftraggeber sind rar, und sie haben ihre Erwartungen, auch an Kopfarbeit. Häufig genug decken die sich nicht mit den Intentionen des Produzenten und Verkäufers. Doch der hat in aller Regel nicht die Wahl. Da ist dann zuweilen die Schere im Kopf einschneidender als die in der Hand wirklicher Zensoren. Doch wer Käufererwartungen zu oft und zu sehr enttäuscht, wird bald nichts mehr los, mag er sich auch auf „Wahrheit“ berufen. Natürlich ist das verschieden, nach Käufer und nach Medium, in dem geliefert wird. Papier ist auch hier eher geduldig. Die Bezahlung aber entsprechend miserabel. Wer vom Schreiben lebt, kann sich schmeicheln, daß er dort, wo manch anderer viel Geld fürs Gedrucktwerden zahlt, auch noch ein Honorar bekommt. Nur hat man davon kein Auskommen, vom Geschmeicheltsein nicht und noch weniger vom Honorar. Wer nach Zeilen oder Seiten bezahlt wird, muß sich auf Massenproduktion einstellen. Bei jeder Äußerung muß er sich überlegen, ob er nicht noch irgendwo da-

mit ein Honorar erlösen könnte. Selbstverständlich muß das nicht gleich Zeichen von Unwahrhaftigkeit und Unwahrheit sein. Und noch in jedem Beruf kriegst man seine Macken. Und doch scheint mir eine solche „déformation professionnelle“ besonders schwer erträglich für einen, der große Stücke auf seine geistige Unbestechlichkeit hält. Dazu weiß Gott nicht ohne Gefahr für die Sache.

Es gab einmal eine Zeit, in der es eine Karriere-Garantie bedeutete, von preußischem Adel, Reserve-Offizier und in Heidelberg promoviert zu sein. Und noch lange danach war ein Hochschul-Studium allein auch nicht von Pappe. Es ist ein fragwürdiger Fortschritt, nur die Ungerechtigkeiten weniger ungleich zu verteilen. Aber immerhin, es gibt nicht einen Grund, sich zurückzusehen. Was mich em-

pört, ist die Arbeitslosigkeit, nicht ihre akademische und nichtakademische Form. Selbstverständlich jedoch sind die Unterschiede beträchtlich, dem Erleben wie den subjektiven und den objektiven Lebensmöglichkeiten nach. Und deswegen fühle zum Beispiel ich mich privilegiert, trotz horrender materieller Lage. Es ist absurd. Die Widersprüche, die daraus entstehen, auszuhalten, ist nicht leicht und eine sehr persönliche Sache. Vieles wird bei anderen anders sein, trotz vergleichbarer Lage. Doch ich bin ein Teil des subjektiven Faktors – und der ist doch wohl eine objektive Größe.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Hans Peter Jäger

Theo Rasehorn Juristen als SPD-Politiker

Dr. jur. Theo Rasehorn, Jahrgang 1918, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D., von 1974 bis 1982 Bundesvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, ist Autor zahlreicher juristikkritischer Bücher und Schriften sowie Beiträgen zur Kulturosoziologie.

Das hier behandelte Thema hätte noch vor wenigen Jahren nur berufssoziologisches Interesse finden können. Inzwischen ergibt sich daraus ein Einstieg in die politische Kultur, ein aktueller Begriff, der seine Verbreitung einer Strömung verdankt, die von Kulturkritikern als postmoderne geschrieben wird. Der Aufstieg unseres Themas in die politische Kultur hinein hängt mit einem Wertewandel zusammen, wie es ihn jedenfalls auf den hier zu betrachtenden Sektor seit mehr als einem Jahrhundert nicht gegeben hat. Das hat zu einer Verschiebung, ja Verkehrung der Fronten auch in der Politik geführt.

Verkehrung der Fronten

Das soll an einigen Beispielen, auch zur Veranschaulichung der kommenden Ausführungen, aufgezeigt werden. Heute sind CDU/CSU zur Partei des wirtschaftlich-technischen – Fortschritts geworden,

bei der SPD zeigen sich wertkonservative Züge. Die Kirchen wenden sich von den „christlichen“ Parteien ab. Ihnen steht, was Ziele und Aufgaben angeht, die SPD näher. Diese Präferenz zeigte sich bei der evangelischen Kirche schon seit zwei Jahrzehnten, bei der katholischen erst seit der Wende. Bei dieser wird die Differenz im Hinblick auf die Schwangerschaftsunterbrechung gegenüber den Gemeinsamkeiten in der Arbeitsmarkt-, Randgruppen- und Ausländerpolitik wohl deshalb besonders herausgestellt, um die ein Jahrhundert alte Gegnerschaft zur SPD wenigstens nach außen hin nicht aufgeben zu müssen. Aber schon lange ist die SPD keine atheistische Partei mehr, deren Abgeordnete in den Reichstagen sich betont als Dissidenten bekannten. Die Kirchen wiederum sind „sozial“ geworden.

Die Verkehrung der Fronten hat noch eine besonders aparte Nuance bekommen: die kapitalistische CDU wird angeführt von dem Kleinbürgersohn Kohl, die sozialistische SPD von dem eher großbürgerlichen Professorenkind Vogel.

Die Verakademisierung der Arbeiterpartei

Unter den Politikern der SPD auf der Basis der Bundestagsabgeordneten gibt es immer weniger Arbeiter. Sie hatten im Reichstag die Mehrheit in der Fraktion. Dabei spielten – von heute aus wirkt es bizarr – in der Monarchie die Zigarrenmacher eine besondere Rolle. In der Weimarer Republik waren Setzer und Drucker in der SPD-Fraktion überrepräsen-

tiert. Aber auch schon damals war das Bild falsch, ein in den Reichstag gewählter Arbeiter habe seinen Blauleinen ausgezogen und sei vom Arbeitsplatz aus direkt in die Abgeordnetenbank gerückt. Aus den Kurzbiographien (Max Schwarz, „MdR“, 1965) geht hervor, daß die meisten Arbeiter vor ihrer Wahl Funktionäre der Partei oder der Gewerkschaften gewesen waren.

Wenn es heute unter den SPD-MdB's nach den Lebensläufen in Kürschners Volkshandbuch kaum noch Arbeiter gibt, so steht dies natürlich damit in Verbindung, daß sich der Anteil der (Hand-)Arbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung innerhalb von zwei Generationen auf 35 % halbiert hat. Entschieden stärker ist dies aber durch die oft beklagte Verkomplizierung des heutigen Lebens und vor allem der politischen Arbeit beeinflusst, die vom Politiker eine umfassende – akademische – Ausbildung verlangt. Nicht selten haben gerade SPD-Abgeordnete als Arbeiter begonnen, um dann auf dem zweiten Bildungsweg ein Studium anzuschließen.

Aber nicht nur bei der politischen Führung, sondern auch bei der Mitgliedschaft der SPD ist – wie allgemein bekannt ist und oft beklagt wird – der Arbeiter zu einer Minderheit geworden. Gleichwohl weiß sich die Partei den Interessen des Arbeiters und denen der in der Gesellschaft zu kurz gekommenen, dem „letzten“ Drittel der Gesellschaft, besonders verpflichtet. Die Verakademisierung der Führungsschicht braucht also nicht zu veränderten oder verworfenen Programmen zu führen. So ist es auf dem Nürnberger Parteitag 1986 zu Beschlüssen und Aussagen gekommen, die sich klar von denen der anderen Parteien unterscheiden.

Lebenswelt und sozio-kulturelles Milieu

Daß Herkunft und Ausbildung der Führungseliten aller Parteien sich angeglichen haben, darf keineswegs als Anzeichen gewertet werden, daß auch die Klassenunterschiede fortgefallen sind, wie konservative Gesellschaftstheoretiker behaupten. Allerdings sind die Grenzen undeutlicher geworden bzw. müssen anders gezogen werden. Die klare Einteilung nach Schichten – Ober-, Mittel- und Unterschicht – verliert an Bedeutung. Soziologen sprechen von Zentrum und Peripherie. Zum Zentrum können Facharbeiter als „Arbeitsplatzbesitzer“, zur Peripherie – neben den „klassischen“ Randgruppen – arbeitslose Akademiker gehören. Dieses Schema entspricht politisch dem von Peter Glotz geprägten Begriff der Zweidrittel-Gesellschaft.

In der Gesellschaft von heute gewinnen aber ge-

genüber den „harten“ Themen (Leistung, Einkommen, Macht, Fortschritt) „weiche“ wie Selbstverwirklichung, menschliche Beziehungen und Umwelt mehr an Bedeutung, wobei die „Lebenswelten“ in den einzelnen Milieus differieren. Dies hat 1984 das Sinus Institut Heidelberg im Auftrag der SPD untersucht. Es ging an sich um eine Wähleranalyse. Die Bedeutung ragt aber weit darüber hinaus, was bislang so recht noch nicht wahrgenommen worden ist. Die Untersuchung hält das Bild einer offenen Gesellschaft mit verschiedenen Milieukulturen fest. Sie bestehen nebeneinander, aber auch ineinander, sie sind also miteinander verwoben und bilden damit den kulturellen Reichtum unserer Gesellschaft.

Zu diesen Lebenswelten gehören auch Berufskulturen. Die Berufe werden damit nicht in ihrer funktionalen, sondern in ihrer kulturellen Bedeutung erfaßt. Was tragen sie zum politischen Leben, was tragen sie zum Leben eines Politikers bei, inwieweit ist er hierdurch geformt? Wie wirkt es sich bei der SPD aus, daß ihre Politiker nicht mehr wie in der Monarchie sich vorwiegend aus der Arbeiterschaft, sondern gleich den anderen Parteien aus der Mittelschicht mit einer oft akademischen Ausbildung rekrutieren? Diese Fragen könnten über eine Untersuchung der verschiedenen Professionen von Politikern beantwortet werden.

Wenn der Verfasser dabei die Juristen im Blickfeld hat, so deshalb, weil er zu diesen gehört. Dieser Ansatz muß sich auch im Hinblick auf die derzeitige organisatorische Führung der SPD aufdrängen. Sie ist „fest“ in den Händen von (Voll)Juristen: der Verwaltungsjurist Hans Jochen Vogel ist – als erster Jurist – Parteivorsitzender, die Gewerkschaftsjuristin Anke Fuchs ist Bundesgeschäftsführerin und der Justizjurist (Staatsanwalt) Hans-Ulrich Klose ist Schatzmeister.

Hier soll also untersucht werden, welchen Einfluß Juristen als SPD-Politiker in der langen Geschichte der Partei besaßen, wobei auch die Wechselwirkung dieser Politiker auf ihr juristisches Umfeld einzubeziehen ist. Natürlich kann dabei nur eine – wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügende – Grob-analyse erfolgen.

1. Juristen in der SPD-Reichstagsfraktion im Kaiserreich

Im dem knapp ein halbes Jahrhundert dauernden Kaiserreich waren nur 10 Reichstagsabgeordnete der SPD Juristen. Von 1871 an, nach dem Ausscheiden von *Johann Baptist v. Schweitzer*, einem Mitgründer der SPD, hat es 26 Jahre lang keinen Juri-

sten in der Reichstagsfraktion gegeben, bis dann 1897 der Rechtsanwalt *Hugo Haase* MdR wurde. 1917 war er einer der Initiatoren der Abspaltung USPD, gehörte für diese ab 10. 11. 1918 zum Rat der Volksbeauftragten und starb ein Jahr später an den Folgen eines Attentats. Nach der Reichstagswahl 1898 folgten ihm die Rechtsanwälte *Wolfgang Heine* und *Joseph Herzfeld*. Jener wurde der erste preußische Innenminister nach der Revolution 1918, dieser gelangte über die USPD zur KPD. Mit der Wahl von 1912 etablierte sich unter den 110 SPD-MdR schon eine Gruppe von 8 Juristen, eine Anzahl, die erst nach 1949 in der Bundesrepublik übertroffen wurde. Zu den drei bereits genannten kamen hinzu die Rechtsanwälte *Oskar Cohn*, *Ludwig Frank* (bereits seit 1907 MdR), *Otto Landsberg* und *Karl Liebknecht* sowie der Redakteur *Max Quarek*. Außer Karl Liebknecht mußte heute noch Otto Landsberg bekannt sein. Als Vertrauter von Friedrich Ebert gehörte er zu den fünf Mitgliedern des Rats der Volksbeauftragten und wurde im Februar 1919 der erste Reichsjustizminister.

Bezeichnend ist, daß unter den juristischen SPD-MdR nur die freien Berufe vertreten waren. Ein Sozialdemokrat konnte als „Reichsfeind“ in der Monarchie kein Beamter oder Richter werden. In der Regel wurde er nicht einmal zur Referendarausbildung zugelassen, was *Erich Kuttner*, ab 1919 der Justizsprecher der SPD im Preußischen Landtag, 1910 traf. Offensichtlich hatten sich die eben genannten Rechtsanwälte während ihrer Ausbildung noch nicht politisch betätigt. So heißt es dann auch in der kurzen Lebensbeschreibung des 1914 als Kriegsfreiwilliger gefallenen Ludwig Frank von S. Grunbaum (Heidelberg 1924) über den 1900 als Rechtsanwalt Zugelassenen: „Nun war der Augenblick da, wo er für seine politische Überzeugung in die Arena steigen sollte“ (S. 11), und so bekannte er sich seit 1903 „öffentlich zur SPD“.


Was hier weiter über seine politische und rechtspolitische Tätigkeit berichtet wird, mag typisch für den juristischen SPD-MdR gewesen sein. Frank gehörte mit Wilhelm Kolb zu den Architekten des „Großblocks“ in Baden. Schon 1909 wurde hier mit den Liberalen eine Regierungskoalition gebildet, gewissermaßen in Vorwegnahme der Koalition in Preußen von 1919 bis 1932. Frank galt als „Revisionsist“ und zog sich die Kritik von August Bebel zu. Im Reichstag nahm Frank auch zu Justizfragen Stellung und geißelte Urteile zur Klassenjustiz.

Zur gleichen Zeit, 1907, hielt Karl Liebknecht vor dem Reichsgericht das berühmte Plädoyer, das zum


klassischen Zitatenschatz eines jeden Rechtssoziologen gehört: „Unter Klassenjustiz verstehe ich die gesellschaftliche Erscheinung, daß das Richteramt nur von Angehörigen der herrschenden Klasse oder Klassen ausgeübt wird. Solche Richter vermögen, wenn sie über Angehörige anderer Bevölkerungsschichten zu befinden haben, naturgemäß nicht objektiv zu urteilen.“

So ist dann auch in den SPD-Parteiprogrammen im Kaiserreich (Eisenach 1869, Gotha 1871 und Erfurt 1891) immer wieder die Forderung nach einer Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung – Einführung von Geschworenen- und „Fachgewerbegerichten“ (heute: Arbeitsgerichte) – erhoben worden, mit Formeln wie „Rechtsprechung durch das Volk“, „Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter“, sowie „Unentgeltlichkeit der Rechtspflege“.

Die zunächst ohne Juristen tätige Reichstagsfraktion brachte auf dem Rechtssektor – natürlich vergeblich – Gesetzesentwürfe zur Gewerbeordnung, zum Arbeitsschutz, zur Versammlungsfreiheit und zum Wohnungswesen ein. Zu berücksichtigen ist noch, daß sich zwischen 1878 und 1890 das Bemühen der Reichstagsfraktion gegen das bestehende Verbot der Partei wenden mußte.



spw —
Die Zeitschrift
linker
Sozialdemokraten



Frieden — M. Kehler: Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf

Skandinavien — K. Kierberg/L. Olsen: Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark

Österreich — P. Peikert: »prima causa« Waldheim

SPD — Gewerkschaften

H. Klaus: Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht

K. Neumann/A. Wehr: Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

Frauen — M. Jansen: Zur Strategie der Frauenbewegung

Kultur — U. Vogel: Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt

D. Behn: »Ein akzeptabler Mann?« (zu einem Buch über Brecht und die Frauen)

spw-Vertrieb, Graefestr. 71, D-1000 Berlin (West) 61
Einzelpreis: 9,50 DM/70 Stk. - Jahresab. 28 (6 H. à 4 50 Stk.) - + Versand

Aus der Beschreibung des Lebens von Ludwig Frank und erst recht aus dem Wirken von Hugo Haase und Karl Liebknecht geht hervor, daß sich damals die Juristen in der Fraktion nicht als Rechtsexperten verstanden, sondern als Politiker mit einer juristischen Ausbildung, die nur „gelegentlich“ ihre Rechtskenntnisse zur Verfügung stellten. Auswirken mußte sich dabei auch, daß es für sie eine Rückkoppelung zur Juristenwelt nicht gab. Aus dieser, die bis auf eine linksliberale Minderheit vorwiegend konservativ eingestellt war, waren sie wegen ihrer SPD-Engagements „verbannt“. Die SPD-Juristen konnten also weder von ihrer Profession Anregung erfahren noch wandte sich diese mit Vorschlägen an sie.

2. Juristische SPD-Politiker in der Weimarer Republik

Die Novemberrevolution wirkte sich im Rechtsbereich eher gegenläufig aus; vor allem die Justiz verstand sich als Gegenkraft. Dennoch gewannen SPD-Juristen an Bedeutung; es befanden sich – geringfügig – mehr Juristen in der Reichstagsfraktion; es gab auch eine gewisse Rückkoppelung zur Juristenwelt. Während der ganzen Republik hat es 13 juristische SPD-MdR gegeben – von denen drei (Heine, Landsberg, Quarck) schon Abgeordnete im alten Reichstag waren. Die Wilhelminische Ära war allerdings fast viermal so lang wie die von Weimar.

Hier sind nur solche MdR als Juristen gezählt worden, deren Profession sich eindeutig aus der Dokumentation von Max Schwarz ergibt. Nicht berücksichtigt sich solche mit Berufsbezeichnungen wie Bürgermeister, Oberregierungsrat und Ministerialrat. Zwar war und ist bei solchen Berufen die juristische Ausbildung die Regel; aber es rückten schon damals Außenseiter in diese Stellungen, die sich in der Öffentlichkeit oder auch in der Partei hervorgetan hatten. Auch konnte ein Studium der Staatswissenschaften vorliegen wie bei Julius Leber, damals oft noch die gemeinsame Grundlage für die heutigen Professionen der Politologen und Volkswirte (Kurt Schumacher ist allerdings schon als Dr. rer. pol. aufgeführt).

Niemals hatten so viele Juristen zur Fraktion gehört wie in der letzten Legislaturperiode im Kaiserreich (8 von 110). Die meisten Juristen – 7 von 133 – gab es während der Weimarer Zeit in der kurzen VI. Legislaturperiode von Juli bis November 1932, 6 waren es in der Nationalversammlung 1919 (von 163) und in der V. Wahlperiode – 1930 bis 1932 – (von 133) und in der letzten ab November 1932 (von 121).

Von diesen Juristen sind die bekanntesten neben den schon genannten Heine und Landsberg (Reichsjustizminister 13. 2.–2. 10. 1919) *Prof. Gustav Radbruch* (Reichsjustizminister 13. 8.–3. 11. 1923), Rechtsanwalt *Paul Levi*, der als Vertrauter Rosa Luxemburgs die KPD mitgegründet und 1920/21 geführt hat, aber dann über die USPD 1922 zur SPD zurücklief, Rechtsanwalt *Prof. Hugo Sinzheimer*, der „Vater des Arbeitsrechts“, und *Wilhelm Hoegner* (ab 1924 MdR), der erste Ministerpräsident Bayerns nach dem Kriege. Er war als Erster Staatsanwalt der einzige Justizjurist in der Fraktion während des ganzen Bestehens des Reichstags (1871–1933).

Besonders anzuführen sind drei juristische SPD-MdR, die in Konzentrationslagern nach 1933 ermordet wurden: der Redakteur *Ernst Heilmann*, der Rechtsanwalt *Heinrich Otto Jasper*, sechs Jahre Ministerpräsident von Braunschweig, und der Rechtsanwalt *Ludwig Marum*, 1918/1919 badischer Justizminister.

Der Vollständigkeit halber sind noch zu benennen der Verwaltungsjurist *Hermann Brill*, der erste Nachkriegsministerpräsident von Thüringen und spätere hessische Staatssekretär, der Rechtsanwalt *Alwin Saenger* und der Justizrat *Friedrich Wilhelm Wagner*, ab 1962 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts. Brill und Wagner gehörten auch dem Bundestag an.

Welche sonderbaren Wege das Schicksal, besonders das politische, einschlagen kann, zeigt die Ernennung von Radbruch zum Justizminister 1923. Gewiß ist er der bedeutendste und kenntnisreichste Justizminister der Weimarer Zeit gewesen, dessen Reformideen, insbesondere auf dem Gebiet des Strafrechts, erst ab 1966 mit dem Bundesjustizminister Gustav Heinemann zum Zuge kamen. Aber der Newcomer, der frühere Freisinnige Radbruch ist erst 1919 der SPD beigetreten, wäre wohl bei der konservativen Personalpolitik der Partei nicht Justizminister geworden, wenn ein in der Partei längst bewährter Jurist der Fraktion angehört hätte. Radbruch war aber tatsächlich in der ersten Wahlperiode (1920–1924) der einzige Jurist in der Fraktion. Der juristische Experte und erste Justizminister Landsberg gehörte zwar von 1912 bis 1933 dem Reichstag an, nur nicht in der ersten Wahlperiode, weil er zu dieser Zeit Gesandter in Brüssel war.

Die Juristenwelt konnte nunmehr nicht mehr wie in der Monarchie SPD-Juristen „schneiden“, nachdem zwei von ihnen Reichsjustizminister geworden waren. Sie wurden aber nur geduldet. Die SPD selbst, ja die Republik wurde von dem größten Teil

der Juristen, insbesondere der Richter, bekämpft, wobei einzelne Urteile bis zur Rechtsbeugung gingen. Ein kleiner Teil der Juristen unterstützte aber die Republik und sammelte sich im Republikanischen Richterbund, vor allem solche, die mit der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei sympathisierten. Dieser Bund hatte aber nur etwa 500 Mitglieder, davon nur die Hälfte Richter, nicht einmal ein Zehntel des Mitgliedsbestandes des Deutschen Richterbundes, der konservativ geprägten Standesorganisation. Dennoch spielte der republikanische Richterbund wegen seiner Initiativen und vor allem wegen seines Organs „Die Justiz“ in der Rechtswelt der Weimarer Republik eine nicht unerhebliche Rolle.

Somit gab es ein Bindeglied zwischen den juristischen SPD-Politikern und der Juristenwelt, das es im Kaiserreich nicht gegeben hat. Jene fühlten sich ihr durchaus zugehörig und verfaßten auch rechtswissenschaftliche Beiträge; nicht nur die Professoren Radbruch und Sinzheimer, sondern auch MdR wie Brill, Heine, Hoegner, Landsberg, Levi, insbesondere in der Zeitschrift „Die Justiz“.

Ein wenig pointiert läßt sich konstatieren, daß sich diese MdR als Rechtsexperten verstanden, die ihren Sachverstand der Fraktion zur Verfügung stellten. Damit erlitten sie auch das Schicksal der Experten und hatten darum – mit Ausnahme Landsbergs – auf die allgemeine Politik und auf die Fraktion wenig Einfluß. Das mag ein Grund dafür gewesen sein, daß Sinzheimer schon alsbald resignierte und sich 1920 nicht mehr für den Reichstag aufstellen ließ. Anders empfand Radbruch, der sich in erster Linie als Wissenschaftler verstand, seine vier Jahre als MdR wohl als staatsbürgerliche Pflicht auf faßte und froh war, alsdann wieder auf seinen Lehrstuhl zurückzukehren.

Wohl aber nahmen die Juristen Einfluß auf die Rechtspflege-Passagen in den Parteiprogrammen von Görlitz (1921) und Heidelberg (1925). Gab es in den früheren Programmen, wie bereits ausgeführt, nur knappe, defensiv formulierte Merkposten, vor allem gegen die Klassenjustiz gerichtet, so wurden jetzt ausgewogene und auch die Rechtswelt ansprechende Programme aufgestellt. Im Görlitzer Programm heißt es zur „Rechtspflege“: „Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen die Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung

zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen. Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des Bildungsganges in sozialistischem Geist. Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.“ Noch eingehender – mit doppeltem Raum – die Thesen zur „Justiz“ im Heidelberger Programm.

3. Juristische SPD-Politiker in der Bundesrepublik

Waren die Unterschiede, was die Zahl der Juristen unter den SPD-Politikern und ihre Wirkung in der Fraktion und auf das juristische Umfeld zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik angeht, verhältnismäßig gering, so ergab sich für die Bonner Republik eine radikale Veränderung. Das ist nicht zuletzt auf den Wandel im juristischen Umfeld zurückzuführen. Zwar gehören noch immer Juristen und insbesondere Justizjuristen – Richter und Staatsanwälte – zum harten Kern des konservativen Bürgertums. Aber dieses hat, anders als in Weimar, seinen Frieden mit der Demokratie geschlossen. In diesem Klima gibt es auch Raum für linksliberal eingestellte Juristen, die mit der SPD sympathisieren. Dazu werden empirischen Untersuchungen zufolge etwa ein Drittel gehören – mit steigendem Anteil bei der jüngeren Generation – gegenüber nicht einmal einem Zehntel in der Weimarer Republik. Das Rekrutierungsfeld für juristische Parlamentarier ist damit weit größer.

Es würde darum auch zu weit führen, alle Juristen der SPD-Bundestagsfraktion von 1949 an aufzuführen. Es soll hier der Hinweis genügen, daß es allein in der 11. Wahlperiode nach dem Kürschner-Handbuch 29 Abgeordnete in der SPD-Fraktion mit juristischer Ausbildung und Beruf gibt. Das sind innerhalb von vier Jahren mehr als in den 62 Jahren des Reichstags (20). Dabei spielt es sicher keine entscheidende Rolle, daß die Fraktion mit 186 Abgeordneten stärker als im Reichstag mit 110–163 Mitgliedern ab 1912 ist. Es sind weiter mehr als dreimal so viele Juristen wie im Reichstag 1912, dem mit der stärksten Juristenzahl in der SPD-Fraktion. Bemerkenswert dürfte ferner sein, daß heute bei den juristischen Berufen der SPD-MdB nicht mehr wie früher die Rechtsanwälte eindeutig überwiegen. Nur noch neun haben diesen Beruf angegeben; sieben waren Justizjuristen – Richter und Staatsanwälte – gegenüber nur einem in der gesamten Reichstagsperiode.

Gegenüber Weimar hat sich auch wohl das Selbstverständnis der juristischen SPD-Politiker und damit auch ihre Einstellung zum juristischen Milieu geändert. Davon sind indes die ersten Jahre der Bonner Republik auszunehmen. Diese Adenauer-Ära war von Politikern geprägt, die schon die Weimarer Republik politisch und auch parlamentarisch erfahren haben, wozu auch Kurt Schumacher zählt. Für diese Politiker waren auch ihrem Selbstverständnis nach die Grundrechte lediglich Programmsätze wie sie als solche in der Weimarer Verfassung behandelt wurden und nicht geltendes Recht. Adolf Arndt beklagte deshalb das „unerfüllte Grundgesetz“.

Maßgebliche Juristen in der SPD wie *Adolf Arndt*, *Gustav Heinemann* und *Carlo Schmidt* standen noch in der Weimarer SPD-Juristentradition, obgleich sie erst nach dem Kriege der Partei beigetreten waren. Sie verstanden sich teilweise als Rechtsspezialisten, vor allem aber als Bindeglied und Mittler zur juristischen Welt. Sie schrieben in Rechtszeitschriften wissenschaftliche Beiträge zu juristischen Themen, so Heinemann zum Staatsschutz, mit dem er sich als Rechtsanwalt und Verteidiger beschäftigte hatte.

Vor allem Adolf Arndt übte auf die „juridical community“ einen großen Einfluß, insbesondere als Grundgesetzpädagoge, aus. Er hatte eine ständige Kolumne in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*, der auflagenstärksten Rechtszeitschrift. Sein großes Referat vor dem Deutschen Juristentag 1968 in Nürnberg „Strafrecht in einer offenen Gesellschaft“ war sein letztes Auftreten in der Öffentlichkeit. Dann brachte eine schwere Krankheit den eleganten Juristen zum Verstummen. Typisch auch, daß er als „Kronjurist der SPD“ bezeichnet wurde, ein Titel, den weder vorher noch nachher ein Jurist erhielt.

Dabei begann erst nach ihm die große Zeit der SPD-Rechtspolitik. Von 1966 bis 1982 hat die SPD den Bundesjustizminister gestellt. Eine so lange Zeit war noch keine Partei weder in Weimar noch in Bonn für die Gesetzgebung und damit für die Rechtsreformen zuständig. Es wurde die Zeit der Kodifikationen, wie es seit einem Jahrhundert in Deutschland nicht mehr gegeben hatte. Nur stichwortartig soll hier auf das neue Strafgesetzbuch, das Strafvollzugsgesetz, die Familienrechtsreform einschließlich des neuen Nichtehelehenrechts verwiesen werden. Im Zusammenhang mit unserem Thema muß es auffallen, daß von den fünf SPD-Justizministern dieser Zeit – *Gustav Heinemann*, *Horst Ehmke*, *Gerhard Jahn*, *Hans Jochen Vogel* und *Jürgen Schmude* – nur einer, Jahn, wie der be-

kannte Rechtsreformer Rudolf Wassermann in „Vorsorge für Gerechtigkeit“ (1985) schreibt, ein „spezieller Rechtspolitiker“ gewesen ist oder vielmehr war, denn inzwischen hat auch er sich von der Rechtspolitik zurückgezogen.

Das mag anzeigen, daß sich heute die juristischen SPD-Politiker nicht mehr wie in Weimar als juristische Experten der Fraktion, sondern wie in der Monarchie als Allround-Politiker, als „Generalisten“ verstehen. Natürlich wird der Rechtsausschuß mit Juristen besetzt. Aber die bekanntesten Juristen ziehen andere Ausschüsse vor. Ein typisches Beispiel hierfür ist der „Superjurist“ Horst Ehmke, der gleich Radbruch Lehrstuhlinhaber ist, allerdings nicht des Strafrechts, sondern des Staatsrechts. Ehmke verließ das Justizministerium, um Chef des Bundeskanzleramts in der Regierung Brandt zu werden. Er war ferner Forschungsminister in der Regierung Schmidt und ist jetzt Vorsitzender des für die Außenpolitik zuständigen SPD-Arbeitskreises. Während ein Gustav Radbruch befriedigt zu seinem Lehrstuhl zurückgekehrt war, würde eine solche Rückkehr heute wohl von Ehmke selbst wie auch von der Öffentlichkeit als Resignation empfunden.

Auch ein Rechtspolitiker, also ein Mitglied des Rechtsausschusses, findet nicht mehr wie in Weimar sein Umfeld im Rechtsbereich, von dem aus er auf die Rechtspolitik der Partei einwirkt, sondern als Politiker. Ein Parlamentarier ist ja heute zu einem zeitlich Überbeanspruchten und von Terminen und Papieren gehetzten Berufspolitiker geworden. Es ist ihm darum gar nicht möglich, als Jurist die Entwicklung der an Stoff immer mehr zunehmenden Rechtswissenschaft zu verfolgen. Allerdings publizieren auch heute SPD-Politiker in Rechtszeitschriften; aber nicht mehr als Mitglieder der juristischen Gemeinschaft im Rahmen wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Beiträge wirken – wie auch die von Rechtspolitikern anderer Parteien – als Verlautbarungen, die darum nicht dem Verfasser, sondern der Partei zugeschrieben werden.

Es ist darum nicht erstaunlich, daß trotz ganz erheblicher Zunahme der Juristen in der Fraktion die Rechtspolitik für das Programm der SPD an Bedeutung verloren hat. Schon im Godesberger Programm sind die Ausführungen zur Justiz nicht einmal halb so lang wie im Heidelberger Programm von 1925. Diese Kürzung gewinnt an Bedeutung, vergewissert man sich, daß der Umfang des Godesberger Programms das doppelte des Heidelberger beträgt. Ganz blaß und nichtssagend sind die Ausführungen zur Rechtspflege im Irseer Entwurf. Es muß indes

eingeklärt werden, daß nach Durchführung der Rechtsreformen und nach dem Wandel in der Einstellung der Juristen zur Demokratie nicht mehr wie in Heidelberg ein besonderer Bedarf für programmatische Äußerungen zur Rechtspflege besteht. Man sollte sie deshalb in dem neuen Parteiprogramm nur noch als Merkpösten erwähnen.

Überrepräsentation von Juristen in der Führung der SPD

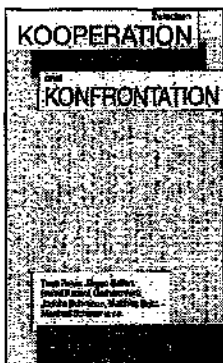
Je mehr sich die juristischen SPD-Politiker vom Experten zum Generalisten entwickelten, um so mehr stieg ihr Einfluß auf die Parteiführung. Hier ist ja schon glossiert worden, daß sich die Organisation über Vorsitzenden, Geschäftsführerin und Schatzmeister fest in den Händen von Juristen befindet. In der 10. Wahlperiode waren der Vorsitzende der Fraktion und fünf seiner acht Stellvertreter Juristen (Herta Däubler-Gmelin, Horst Ehmke, Alfred Emmerlich, Anke Fuchs, Jürgen Schmude, Wilfried Penner). In der neuen Wahlperiode sind Emmerlich und Fuchs durch Nichtjuristen ersetzt worden. Aber dafür sind ja, wie ausgeführt, Juristen in wichtige Parteiamter eingedrückt.

Diese Zusammenballung von Juristen an der Führungsspitze ist sicherlich zufällig, ihr gestiegener Einfluß ist es aber nicht. Natürlich haben Juristen in einer Zeit der Verrechtlichung der Gesellschaftsstrukturen einen Vorsprung gegenüber anderen Professionen. Das gilt auch im Hinblick auf die fortschreitende Bürokratisierung der Welt, dem sich auch die parlamentarische Arbeit wie die Parteioorganisation nicht entziehen kann. Ohnehin galt die SPD in Weimar wie in Bonn als am bürokratischsten und am effizientesten durchorganisiert, wobei allerdings inzwischen der Ruf der Effizienz verlorengegangen sein soll.

Die Bürokratie, die Verwaltung wird immer noch von Juristen geführt, wenn auch kein Juristenmonopol mehr besteht. Juristen mögen wohl besser als andere Professionen infolge der Einübung durch die Ausbildung in der objektiven Ermittlung von Sachverhalten und einer verinnerlichten Distanz die Organisation einer rein sachbezogenen Bürokratie zu beherrschen. Andererseits mag es an Bereitschaft zu Innovationen und an Einblick in menschliche und gesellschaftliche Zusammenhänge fehlen. Hier werden sie von den Sozialwissenschaften übertroffen. So war dann auch die sozialliberale Reformära die große Zeit der Sozialwissenschaftler. Heute meinen sie – nicht ganz zu Unrecht –, sie hätten sich übernommen, und lecken ihre Wunden.

Die heutige postmoderne Gesellschaftsströmung hat zu einem Prozeß der Konsolidierung von Strukturen geführt. Dafür bieten sich Juristen an. Das kann nur eine unzureichende Erklärung für den großen Einfluß von Politikern mit juristischer Ausbildung und Profession in der Führung der SPD sein. Aber eine befriedigende Erklärung wird es nicht geben; denn gewiß spielen hier zufällige Konstellationen eine gewichtige Rolle. In wenigen Jahren kann alles ganz anders aussehen. Man wird aber davon ausgehen können, daß auf längere Zeit Juristen unter den SPD-Politikern, die in der Monarchie und in Weimar nur am Rande standen, eine erhebliche Bedeutung haben werden.

So ist eine Entwicklung abgeschlossen, auf die der Lebenslauf von Bruno Kreisky ein Streiflicht wirft. Er habe, wie er in seinen Erinnerungen berichtet, Medizin studieren wollen. Mit Otto Bauer, dem legendären Führer der österreichischen Sozialdemokratie habe er ein Gespräch darüber geführt, inwieweit er mit diesem Beruf der Partei nützen könne. Bauer habe über den Bedarf der Partei an Akademikern gesprochen und geendet: „Wenn Sie mir gefolgt sind, müßten Sie Jura studieren. Die Partei braucht Juristen.“ So ist Kreisky Jurist geworden.



Haus der Gewerkschaftsjugend, Oberursel (Hg.)

ZWISCHEN KOOPERATION UND KONFRONTATION

Beiträge zur Geschichte von
Außerparlamentarischer Opposition und Gewerkschaften

1968, 180 S., 23 x 17 cm, mit Abbildungen, DM 28,00
ISBN 3-924800-75-8

Eine Diskussion über APO, Gewerkschaften und die Arbeiterklasse mit Matthias Böttcher, Bernd Rabehl, Manfred Scharrer, Jochen Schmler, Gerhard Wink, Theo Pirker und Jürgen Seibert.

SP
SP-Verlag
Schüren
Deutschhaus-
straße 31
3550 Marburg

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung

Reinhard Hildebrandt

Das Jahr voller Illusionen, Mißverständnisse und Ernüchterungen

Ein Rückblick auf die doppelten 750-Jahr-Feiern in Berlin

Dr. Reinhard Hildebrandt, Jahrgang 1940, ist Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; Veröffentlichungen u. a. „Kampf um Weltmacht – Berlin als Brennpunkt des Ost-West-Konflikts“, Opladen 1987.

Seit Anfang des Jahres 1987 rauschte der Jubiläumszug zum 750jährigen Bestehen Berlins durch die geteilte Stadt. Gleich am ersten Tag des Jahres stiegen die Gäste des Eröffnungskonzerts im Ost-Berliner Schauspielhaus zu, neben der DDR-Prominenz und Repräsentanten osteuropäischer Länder auch Vertreter der drei Westmächte und der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. Auf der nächsten Ost-Berliner Station, der Eröffnungsveranstaltung der evangelischen Kirche am 22. Februar, nahmen kurzzeitig die beiden Stadtoberhäupter von Berlin (-West) und (-Ost), Diepgen und Krack, im Zug Platz, ohne jedoch miteinander Tuchfühlung aufzunehmen. Nach Überqueren der innerstädtischen Grenze rangelten die viertausend Gäste des West-Berliner Festaktes zur Eröffnung der 750-Jahr-Feiern Berlins am 30. April um ihre Plätze, und Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl engagierten sich vorübergehend als Lokführer.

Gleich nach dem West-Berliner Erfahrungsaustausch deutscher und ausländischer Stadtoberhäupter am 15. und 16. Mai wechselte der Zug in den Ostteil der Stadt, um die Gäste des dortigen internationalen Treffens der Bürgermeister (1.–5. Juni) einsteigen zu lassen. In den nächsten Monaten fuhr der Zug noch mehrmals von einem zum anderen Teil Berlins, lud hier Gäste ein und dort aus, ließ Platzreservierungen verstreichen und unerwartet Dazustöbende mitreisen. So trafen sich am 21. Oktober doch noch Eberhard Diepgen und Erhard Krack bei der Ost-Berliner Abschlußveranstaltung „750 Jahre

Kirchen in Berlin“ zu einer kurzen Begrüßung, nachdem schon Monate vorher klar war, daß am offiziellen Staatsakt der DDR am 23. Oktober weder Diepgen noch Vertreter der Westalliierten sowie der Bundesregierung, wohl aber einige sozialdemokratische Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister aus dem Bundesgebiet teilnehmen würden.

Über weite Strecken des Jubiläumsjahres entstand der Eindruck, daß es letztlich zwei Jubiläumszüge gab, die in Konkurrenz fuhren, dem anderen immer eine Nasenlänge voraus. Jetzt hat der oder haben die Züge (seinen) ihren endgültigen Bestimmungsbahnhof erreicht; Zeit, Bilanz zu ziehen und Überlegungen über die Zukunft anzustellen.

Zu Anfang des Jahres ließ sich noch alles gut an. Diepgen erhielt von allen Seiten aufmunternde Worte für seinen Versuch, das friedliche Mit-, Neben- und Gegeneinander zweier Stadthälften Berlins im Jubiläumsjahr weiter voranzutreiben. Wenn selbst der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, Kornblum, trotz fortbestehender ideologischer Feindschaft und Großmachtrivalität die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in Berlin als „herzlich“ bezeichnete und Bundespräsident Richard von Weizsäcker darauf verwies, daß durch deutsches Verhalten der Status Berlins nicht geändert werden könne, war im Falle von zustimmenden Signalen Ost-Berlins mit Stolpersteinen für eine weitere Entkrampfung zwischen Berlin (-West) und (-Ost) kaum zu rechnen.

Warum sollte den Berlinern nicht recht sein, was den Amerikanern und Russen billig schien? Wohl kaum jemand würde den vor Ort lebenden Berlinern ein geringeres Maß an Einsicht in die vielschichtigen Ost-West-Beziehungen einräumen als den Hauptakteuren selbst. So forderte z. B. der FDP-Vorsitzende Rasch als Gegenleistung für die Respektierung der im Ostteil der Stadt geschaffenen Realitäten von der DDR, ihre Diskriminierungspolitik gegenüber der Einbindung West-Berlins in das Rechts- und Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik aufzugeben, und der SPD-Fraktionsvorsitzende Momper erwähnte sogar, daß der Hauptstadtkarakter von Berlin (Ost) als Realität zu akzeptieren sei.

Oder der CDU-Innensenator Wilhelm Kewenig publizierte in der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 20. 2. 1987 die Ergebnisse seiner Suche nach einem deutschlandpolitischen Konzept der 90er Jahre, das den „veränderten Rahmenbedingungen des ausgehenden Jahrhunderts“ angepaßt und zugleich Ersatz bieten sollte für die „bisher lediglich fortgeschriebene Entspannungspolitik der späten sechziger

Jahre". Kewenig unterstellte darin den Westalliierten weniger Flexibilität als der Sowjetunion im Umgang mit der Viermächteverantwortung und den Viermächterechten für Berlin und zog den Schluß, daß die Sowjetunion eine erfolgreichere Politik in der Behandlung ihres Teils von Berlin betrieben habe. Kewenig wörtlich: „Und obwohl sich – völkerrechtlich eindeutig – der Viermächte-Status Berlins unverändert auf die ganze Stadt bezieht, ist offensichtlich, daß dieser Status, ohne insgesamt in Frage gestellt werden zu können, doch in beiden Teilen der Stadt ein durchaus unterschiedliches Gesicht zeigt. Schon diese Beobachtung macht deutlich, daß der Gesamtstatus von Berlin wahrnehmbaren Veränderungen und Entwicklungen auch dann nicht entzogen ist, wenn die eigentlichen Herren dieses Status selbst scheinbar keinerlei Bewegung machen“.

Kewenig konstatierte, daß die drei westlichen Alliierten weder aus Nächstenliebe noch aus „spätkolonialer Machtentfaltung“ in Berlin anwesend seien, sondern in dieser Stadt gemeinsam mit den Deutschen ihre ureigenen europäischen und weltpolitischen Interessen verfolgten. Sie dienten den gemeinsamen Interessen am besten, wenn sie die schwierige, hohes diplomatisches Geschick und politische Einsicht fordernde Gratwanderung beherrschten, ihre Einmischung in die konkrete Politik und im Umgang mit den Berlinern auf ein Maß zu beschränken, das notwendig sei zur Absicherung ihrer eigenen Präsenz und zur Verfolgung der gemeinsamen Ziele des Westens.

Nach diesen kritischen Worten für den Westen fragte Kewenig: „Ist es eigentlich wirklich so unvereinbar mit dem Status von Berlin, daß Berlin keine volle Stimme im Bundesrat führt? Ist es eigentlich wirklich statusrechtlich ausgeschlossen, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten direkt gewählt werden? Ist es wirklich statusrechtlich fragwürdig, über die Verstärkung der Bundespräsenz in Berlin nach einer – langen – Zeit des Stillstandes wieder einmal nachzudenken?“ Statusrechtliche Bedenken könnten durchaus auch „politische Unwilligkeit“ verbergen. So neu und erfrischend aufmüpfig viele Passagen dieses Artikels auch waren, sie läuteten dennoch die Totenglocke für Dieppens Besuchsdiplomatie ein. Die Westmächte und die Sowjetunion sahen ihre gemeinsamen Interessen an der vollen Aufrechterhaltung des Viermächte-Abkommens von 1971/72 verletzt.

Von deutscher Seite wird scheinbar nicht immer klar genug erkannt, daß alle vier Siegermächte des II. Weltkrieges ein elementares Interesse am Abschluß

dieses Vertrages hatten. Mit ihm wurde ein Geschäft auf Gegenseitigkeit abgeschlossen. Eine Seite des Geschäfts wird von der Sowjetunion deutlich ausgesprochen. Für sie ist die Zusicherung der Westalliierten, daß Berlin (-West) auf unbestimmte Zeit nicht von der Bundesrepublik Deutschland regiert werden darf, der eigentliche Kern des Abkommens. Die Westalliierten hingegen betonten, daß West-Berlin niemals Teil der Bundesrepublik Deutschland war und deshalb auch nicht von ihr regiert werde. Das Viermächte-Abkommen müsse im Zusammenhang mit den anderen Vereinbarungen der Entspannungsperiode gesehen werden und erhalte erst dadurch seinen eigentlichen Stellenwert. Die Westmächte heben jedoch auch die Bestätigung ihres Anwesenheitsrechts in Berlin durch die Sowjetunion hervor. Offensichtlich messen sie diesem Umstand einige Bedeutung zu.

Aber warum sollte eine solche Bestätigung überhaupt notwendig gewesen sein? Es gab doch die gemeinschaftlich beschlossenen Verträge aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Reichten diese Verträge nicht aus, oder hatten sie ihre Gültigkeit für Berlin zwischenzeitlich eingebüßt? Gab es rechtliche Gründe, die es der Sowjetunion ermöglichten, das Anwesenheitsrecht der Westalliierten in Berlin in Frage zu stellen? Hatten nicht die Westmächte zur Zeit der Berlin-Blockade mit Hilfe der Luftbrücke und der Verlegung von 60, mit Atombomben bestückten B-29 von den USA nach Großbritannien dieses Recht verteidigt? War es nicht das große Verdienst J. F. Kennedys zur Zeit des Mauerbaus, mit den drei Essentials (Anwesenheitsrecht der Westalliierten, Zugangsrechte, Erhaltung der inneren Lebensfähigkeit der Stadt) lebensbedrohende sowjetische Forderungen zurückgewiesen zu haben?

Auf der Suche nach Erklärungen führt der Weg zurück zum Ende des II. Weltkrieges, als die Siegermächte aus ihrer gemeinsamen Verantwortung/Oberhoheit für Nachkriegsdeutschland heraus ihr Gestaltungsrecht unter dem Dach des Alliierten Kontrollrats zusammenfaßten und zugleich jede von ihnen unter Beachtung gewisser – allen gemeinsamen Gestaltungsinhalten – die spezielle Gestaltung ihrer Besatzungszone eigenverantwortlich vorantrieb. Eine solche Konstruktion übertrug jeder von ihnen auch ein bestimmtes Maß an Mitverantwortung und Mitspracherecht in den anderen Zonen.

Je eigenständiger sowie rücksichtsloser jedoch jede Siegermacht ihre eigene Besatzungszone entwickelte, desto mehr verletzte sie das Mitsprache-

recht der anderen und desto mehr unterhöhlte sie die Existenz des Alliierten Kontrollrats. In direkter Ableitung vom Alliierten Kontrollrat war die Alliierte Kommandantura für ganz Berlin gegründet worden, in der die gemeinsame Verwaltung Berlins zusammenlief. Verringerte sich der Vorrat an gemeinsamen Gestaltungsinhalten für ganz Deutschland, degenerierte auch die Alliierte Kommandantura zur leeren Hülse und die gemeinsame Verwaltung der vier Sektoren Berlins verflüchtigte sich zu einem Nichts. In der politischen Praxis entstand zwar als Gegenbewegung die eigenverantwortliche Gestaltung jedes Sektors durch die jeweilige Besatzungsmacht, aber rechtlich ließ sich das eigenmächtige Handeln nicht ohne weiteres aus der gemeinsamen Verwaltung Berlins ableiten; es war sogar in einem gewissen Widerspruch dazu entwickelt worden, bildete neues Recht, schon frühzeitig von jeder Seite ohne Abstimmung mit der anderen unter Umgehung der Alliierten Kommandantura zur Stärkung eigener Machtvollkommenheit im eigenen Sektor Berlins etabliert.

Die Luftsicherheitszentrale in Schöneberg, die gemeinsame Bewachung des Spandauer Kriegsverbrechergefängnisses, die bis zum heutigen Tage auf das Wiedererscheinen der Sowjetunion wartende Alliierte Kommandantura sowie die unter dem Dach der gemeinsamen Verwaltung Berlins beschlossenen Gesetze bzw. Befehle „überlebten“ als Fossilien eines vergangenen Rechtszustandes, was ihrer Gültigkeit aber keinen Abbruch tat.

Ost und West unterwarfen in der folgenden Zeit ihre jeweiligen Stadthälften ausschließlich dem eigenen Gestaltungswillen, und obwohl man sich ständig gegenseitig in die Geschäfte hineinredete, achtete jede Seite sorgfältig auf die Einhaltung der vorgegebenen territorialen Gestaltungsbereiche. Zur Zeit des Mauerbaus mußte die Berliner Bevölkerung beispielsweise akzeptieren lernen, daß die Garantiekündigungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs an der Sektorengrenze zu Ost-Berlin endeten.

Auf die Dauer war dieser Zustand bloßen gegenseitigen Zurkenntnisnehmens unterschiedlicher Gestaltungsrechte und -formen für die Westalliierten von Nachteil, da sie es in Berlin mit einem vom Westen getrennten Gebiet, einer politischen Insel, zu tun hatten. Die Sowjetunion dagegen schuf immer neue Fakten in der Einordnung Ost-Berlins in die umgebende DDR.

Als sich dann in der Entspannungsperiode Gelegenheit bot, „unter Berücksichtigung der bestehen-

den Lage im betreffenden Gebiet“ zu einer gegenseitigen Anerkennung der besonderen Gestaltungsrechte zu gelangen und das bis dahin eigenmächtige Handeln auf die Grundlage der „Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit“ (Viermächte-Abkommen 1972) zu stellen, wurde diese Chance von allen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, ergriffen. Dank der günstigen geographischen Lage Ost-Berlins zur DDR und eines gewandelten militärischen Kräfteverhältnisses zeigte die Sowjetunion nicht so viel Interesse an einer gegenseitigen Anerkennung der besonderen Gestaltungsrechte für Berlin. Hingegen war es ihr wichtig, von den drei Westmächten die Zusicherung zu erhalten, daß West-Berlin auch künftig nicht von der Bundesrepublik Deutschland regiert werden darf. Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit konnte daher nur zustande kommen, wenn die Westalliierten zu dieser Gegenleistung bereit waren. Die Sowjetunion blieb dann in der Ausgestaltung Ost-Berlins und seiner Anbindung an die DDR (integraler Bestandteil der DDR und Hauptstadt einerseits und weiterhin sowjetischer Sektor von Berlin andererseits) weitgehend frei, während die Westmächte zu definieren hatten, in welcher Weise West-Berlin Bindungen bzw. Verbindungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnehmen oder beibehalten konnte.

Betrachtet man auf diesem Hintergrund die Forderungen Kewenigs an die Westalliierten, wird deren Beunruhigung verständlich. Kewenig stellte eine Seite des Geschäfts auf Gegenseitigkeit mit der Sowjetunion in Frage. Lief die Besuchsdiplomatie Diepgens auf das gleiche Ergebnis hinaus, würden sie Einwände erheben und sie schließlich zum Scheitern bringen. Bereits vor einigen Jahren waren sie vom unangekündigten Treffen des damaligen Regierenden Berliner Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, mit Honecker in Berlin (Ost) überrascht worden. Sie wollten sich nicht noch einmal von den Ereignissen überrollen lassen.

Der amerikanische Gesandte in Berlin, Kornblum, sprach später von der „Ungeduld“ der Deutschen. (FAZ 1. 6. 87). Bemühungen der Deutschen, Kontakte zu knüpfen und Barrieren zu überwinden, könnten nur dann Erfolg haben, sagte Kornblum in einem RIAS-Interview, „wenn sie im Rahmen des Möglichen stattfinden und den bestehenden Rahmen nicht stören“. Kornblum betonte, daß dies ein Streitpunkt bei den gegenseitigen Einladungen von DDR-Staats- und Parteivorsitzendem Honecker

Über Stalins Schatten springen

Die Reformatoren des Sowjetstaates werden weiteren Erbballast aus der stalinistischen Epoche abwerfen müssen, wenn die Gewinnler und Advokaten des Kalten Krieges schachmatt gesetzt werden sollen. So darf von Entschlossenheit in der Kremelführung ausgegangen werden, eine politische Flurbereinigung im europäischen Nachbarbereich vorzunehmen, die auf den Abbruch des *Cordon Stalinaire* hinausläuft. Timing und Regie des Moskauer Maigipfels vor dem Allunions-Parteikongreß, dessen ideologisches Kernstück die „Zerstörung des Stalin-Mythos“ („Kommunist“) zu sein hatte, lagen exakt in diesem Trend. Es galt eine geschäftsmäßige Grundlage in den Beziehungen zwischen beiden Großmächten herzustellen, weil eben nur unter aktiver Beteiligung der USA die Liquidation des stalinistischen Systemkolonialismus in Mitteleuropa durchführbar ist. Von hier hat der Kalte Krieg seinen Ausgang genommen, als hinter einem Eisernen Vorhang die siegreiche Sowjetarmee Stalins Auftrag zu erfüllen hatte, fremden Bevölkerungen kommunistisch gleichgeschaltete Regime zu oktroyieren. Erst von einer allseitig akzeptablen Lösung für diese Ursprungsregion der Ost-West-Konfrontation kann ein mildes Dauerklima auf dieser Politikebene erwartet werden.

Die in Jalta vorvollzogene und später durch die staatliche Teilung deutschen Gebietes ergänzte neue Territorialordnung in Zentral- und Osteuropa war per se nicht auslösend für den West-Ost-Konflikt. Der territoriale Status quo ist wegen seiner relativen Ausgewogenheit durchaus erhaltenswert; seine Konsolidierung liegt im wohlverstandenen europäischen Interesse, ebenso wie in dem der auch-europäischen UdSSR und des mit dem Alten Kontinent verbundenen Amerika.

Nachdem eine Meinungsumfrage mit Hilfe eines französischen Instituts ergeben hatte, daß nur 13 Prozent der Sowjetbürger die politische Rolle Stalins positiv beurteilen, haben sich Historiker, Staats- und Völkerrechtler als Vordenker des „Gorbatschowismus“ („Economist“) der Aufgabe angenommen, die eigene Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit auf einen geordneten Rückzug aus der imperialistischen Außen- und überzogenen Sicherheitspolitik, wie vom Generalissimus des „Vaterländischen Krieges“ vorgegeben, einzustimmen. In sanktionierten Beiträgen wird Stalins „Paranoia“ alleinverantwortlich für den Ausbruch des Kalten Krieges gemacht.

In der Zeitschrift „Sowjetstaat und Recht“ wird

ein neues Völkerrechtsverständnis beschrieben: Der Begriff der „Friedlichen Koexistenz“, bisher lediglich auf das Verhältnis zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen bezogen, ist nünmehr „als von allen einzuhaltende Norm der zwischenstaatlichen Beziehungen“, also auch für Staaten mit gleicher Gesellschaftsordnung, verbindlich.

In der Literaturzeitung rechnet ein renommierter Geschichtswissenschaftler mit „den hegemonistischen Ambitionen des Stalinismus ab, die sich in unserer Außenpolitik festgesetzt haben“ und „besonders die politische Balance zwischen Ost und West gefährdet“ hätten. – Im Interview mit *Washington Post* hat Gorbatschow deutlicher als je zuvor das Ziel einer systempolitischen Abkoppelung von den kommunistisch gesteuerten Trabantenstaaten in Europa markiert. Als er zur Möglichkeit eines pluralistischen Systems in Polen befragt wurde, in dem die Kommunisten nicht mehr die führende Rolle spielen könnten, sagte er: „Wir anerkennen das Recht eines jeden Landes auf seine soziale Option, also auf eigene Wege in der gesellschaftlichen Entwicklung. Somit ist es Sache des polnischen Volkes zu entscheiden, was es für seine Weiterentwicklung benötigt, was es stärkt und ihm größeren Nutzen bringt...“

Dem Generalsekretär dürfte bewußt sein, daß eine volle Ausübung der Bürgerrechte, die pluralistischen Wandel nach dem Volkswillen in den bankrott gewirtschafteten Nachbarstaaten gestatten würde, kaum praktikierbar ist, solange diese zugleich Garnisonsländer sind – mit allein 400 000 Sowjetsoldaten in der DDR. Die bloße Präsenz der Roten Armee wirkt als Stützkorsett für die installierten Parteiregime und blockiert emanzipatorische Durchbrüche. Andererseits könnte schon eine Volkserhebung allen Umgestaltungsbestrebungen in der UdSSR – mit Einstieg in den Kreis einer modernen Welt – ein abruptes Ende bereiten. Um den Revolutionsprozeß in der sowjetischen Heimat vor solch bedrohlichem Explosivgemisch zu bewahren, könnte Gorbatschow Amerikaner und Europäer für den Plan zu gewinnen suchen, gemeinsam die territoriale Integrität sowie uneingeschränkte Souveränität im mittel-ost-europäischen Staatengürtel völkerrechtlich zu garantieren, um gleichzeitig die Streitkräfte hinter die eigenen Landesgrenzen zurückzunehmen.

Klaus Bloemer

und dem Regierenden Bürgermeister Diepgen gewesen sei, und es sei bekannt, „daß wir eine gewisse Skepsis hatten über Implikationen solcher Entwicklungen“. (Tagesspiegel 5. 6. 87).

Der französische Außenminister Jean-Bernard Raimond hatte bereits einige Zeit vorher behauptet, daß eine Schwächung des Viermächte-Status auch Berlin und Deutschland schwäche. Aber man wolle die Arbeit der Deutschen und des Bürgermeisters nicht erschweren. „Wir hoffen nur, daß die einen und die anderen den Status von Berlin nicht außer acht lassen.“ (Die Zeit 24. 4. 87). Diesem Interview war Ende März 1987 schon ein sowjetischer Hinweis an die amerikanische Regierung vorausgegangen, in dem die Sowjetunion ihren Unwillen über die gegenseitigen Einladungen von Honecker und Diepgen ausgesprochen hatte. (Frankfurter Rundschau 31. 3. 87). Nachdem das Kind bereits in den Brunnen gefallen war, faßte Diepgen seinen Eindruck über die Aktivitäten der vier in Berlin Verantwortung tragenden Mächte Ende April 1987 in dem Vorwurf zusammen, daß die drei westlichen Alliierten „in Kollaboration mit der Sowjetunion“ dafür gesorgt hätten, „daß der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker die von ihm ausgesprochene Einladung nach West-Berlin nicht annehmen konnte, um somit zu verhindern, daß er, Diepgen, der Einladung Honeckers zu einem DDR-Staatsakt in Ost-Berlin folge“. (J. Bölle in Tagesspiegel 29. 4. 87).

Das Interesse der Sowjetunion war bekannt. Sofern die Teilnahme des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers am West-Berliner Festakt als Einvernahme West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland ausgelegt werden konnte, stellte dies nach sowjetischer Auffassung eine Verletzung des Viermächte-Abkommens dar. In einem solchen Fall verbot sich die Zusage Honeckers. Die Westalliierten hingegen sahen in der Teilnahme Honeckers offensichtlich die Gefahr, daß dies als ein erster Schritt zur Festschreibung West-Berlins als selbständige Einheit ausgelegt werden könnte. War dieser Eindruck nicht zu vermeiden, würden sie einem beabsichtigten Besuch Honeckers unübersteigbare Barrieren entgegenstellen.

Selbst wenn ein ausgeklügeltes Arrangement eine solche Auslegung verbot, blieb immer noch die Frage offen, ob nicht die spätere Teilnahme Diepgens am Ost-Berliner Festakt östlicherseits dazu benutzt werden könnte, West-Berlin in die Richtung einer selbständigen Einheit zu schieben. Hatte Honecker erst einmal West-Berlin besucht, würde eine eventuell notwendig werdende spätere Absage Diep-

gens für den Fall einer Programmänderung propagandistisch zu Lasten des Westens ausgeschlachtet werden können.

Offensichtlich ist versucht worden, sowohl für die Teilnahme Honeckers an den West-Berliner Feierlichkeiten wie für die Anwesenheit Diepgens beim Ost-Berliner Staatsakt eine beide Seiten befriedigende Regelung zu treffen. Wegen des zeitlichen Auseinanderklaffens der beiden Festakte von mehreren Monaten bedurfte es zusätzlich eines gewissen Maßes an Vertrauen in die östliche Seite, daß sie zwischenzeitlich die gemeinsam vereinbarten Geschäftsgrundlagen einhielt. Aller Wahrscheinlichkeit nach war Diepgen bereit, Honecker dieses Vertrauen entgegenzubringen, während die Westalliierten vielleicht an der Vertrauenswürdigkeit Honeckers zweifelten.

Beides, das deutsch-deutsche Bemühen um eine beide Seiten befriedigende Regelung der gegenseitigen Besuche und das Vertrauen Diepgens in Honecker mögen jedoch den Westalliierten und der Sowjetunion auch Anlaß zur Sorge vor zu viel deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten bereitet haben. Eventuell entstand der Verdacht, daß die Deutschen versuchen könnten, ihre Geschäfte auch ohne die vier Mächte zu tätigen. Sofern die Gemeinsamkeit der vier ehemaligen Siegermächte darin bestehen sollte, die Deutschen beiderseits der Grenze uneinig zu halten, müßten sie eine Entwicklung stoppen, die das Einflußinstrument Berlin auf die Gestaltungsfreiheit der beiden deutschen Staaten schwächt. Falls diese Annahme berechtigt ist, müßten jene wiederum an einer Begrenzung dieses Vier-Mächte-Einflusses interessiert sein. Der feierliche Empfang Honeckers in Bonn – ursprünglich sollte der Besuch im kleineren Rahmen stattfinden – ließe sich durchaus als „Retourkutsche“ für erlittene unerwünschte Einflußnahme via Berlin interpretieren. Die alles Nachdenken blockierende Frage Henry Kissingers auf der Tagung des Berliner Aspen-Instituts Ende Oktober 1987, „Was tun Sie, wenn die Amerikaner abziehen?“ (Tagesspiegel 2. 12. 87), könnte erst dann als unerwünschte Einschüchterung zurückgewiesen werden, wenn die äußere Sicherheit von West-Berlin auf andere Weise als bisher garantiert ist. Denkbar wäre ein zunehmendes Geflecht von vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten, in das West-Berlin vollständig eingebettet ist. Dieses Geflecht müßte ein Ausmaß erreichen, daß es der DDR geraten erscheinen läßt, die äußere Sicherheit der Stadt nicht in Frage zu stellen.

Auf dem beschwerlichen Weg in diese Richtung

ist sicherlich nicht zu erwarten, daß die DDR als Gegenleistung für die förmliche Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR die Entwicklung West-Berlins zum elften Bundesland der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert. Zu dieser Frage hat sich Otto Reinhold, Direktor der DDR-Akademie für Gesellschaftswissenschaften, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ bereits geäußert: „Was hätten wir davon, wenn Sie noch zusätzlich anerkennen, daß Berlin die Hauptstadt der DDR ist? Real ist das so. Es wäre sicher ein schlechter Tausch, wenn wir dafür anerkennen würden, daß West-Berlin ein Teil der Bundesrepublik ist.“ (Zeit 20. 11. 87). Nach der Meinung Reinholds würde eine solche Anerkennung „zu einer politischen Destabilisierung führen“, an der niemand ein Interesse haben könne. Aus der Sicht der DDR müßte nämlich umgekehrt ebenso klar sein, daß die Existenz der DDR von der Bundesrepublik Deutschland auch dann nicht in Frage gestellt wird, wenn weder die beiden Supermächte noch die West- und Osteuropäer solchen Bestrebungen Zügel anlegen. Solange noch der Anschein solcher Bestrebungen existiert, wird ihr die gegenwärtige Lage vorteilhafter erscheinen. Ein

künftiges Geschäft auf Gegenseitigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten könnte also darin bestehen, daß die DDR West-Berlin und die Bundesrepublik Deutschland die DDR nicht in Frage stellen.

In jüngster Zeit gibt es unübersehbare Anzeichen für den ernsthaften Versuch, zwischen West-Berlin und der DDR zu weiteren Vereinbarungen zu gelangen, ohne daß die Statusfrage angesprochen wird. Es sollen praktische Regelungen, beispielsweise im Umweltschutz, für das „Ballungsgebiet Groß-Berlin“ gefunden werden; die Sektorenstadt lediglich verstanden als „Ballung von Menschen, Produktionsstätten, zivilisatorischen und kulturellen Einrichtungen auf engem Raum“ (Tagesspiegel 5. 12. 87). Auf diesem Wege ließe sich das Vertragsgeflecht enger zurren. Zusammen mit den laufenden Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über verbesserte Beziehungen zueinander ergibt sich hieraus eine durchaus zukunftssträchtige Perspektive. Die zweifellos nach der gescheiterten Besuchsdiplomatie Diepgens eingetretene Ernüchterung über das geringe Ausmaß an deutschen Handlungsmöglichkeiten hätte damit doch noch eine positive Wendung erfahren.

Thomas Darimont/Rolf Praml Chemiepolitik nach Sandoz

Dr. Thomas Darimont, geb. 1954, Chemiker und Politologe, und Rolf Praml, geb. 1948, Ministerialrat, Jurist, sind Mitarbeiter des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit.

Vor anderthalb Jahren, in der Nacht zum 2. November 1986, brannte in Basel eine Lagerhalle der Chemiefabrik Sandoz aus. Über 30 Tonnen zum Teil hochgiftiger Chemikalien gelangten in den Rhein und sorgten für den ökologischen Tod des Oberflusses. Der chemische GAU in Basel war keine Jahrhundertkatastrophe, sondern die Realisierung eines ganz gewöhnlichen Risikos. Aber fast tatenlos ist die Bundesregierung inzwischen wieder zur politischen Tagesordnung übergegangen. Dabei könnte allein die konsequente Anwendung des bestehenden

chemiepolitischen Instrumentariums zumindest zur Eindämmung der gravierendsten Risiken der Chemie führen.

Die Häufung von Störfällen in der chemischen Industrie nach dem Sandoz-Unfall hat einer breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht, daß das Chemieland Bundesrepublik mit unvermeidbar hohen Risiken für Menschen und Umwelt aufwartet, die dringend abgebaut werden müssen. Dabei kann es aber nicht nur darauf ankommen, Störfällen und Unfällen in der Produktion besser vorzubeugen und ihre Bekämpfung effektiver zu gestalten. Ebenso große Bedeutung muß der Eindämmung der alltäglichen Risiken eingeräumt werden, die bei der *betriebsüblichen* Herstellung, der *zugelassenen* Lagerung, dem *ordnungsgemäßen* Transport und der *bestimmungsgemäßen* Anwendung gefährlicher Chemikalien auftreten.

Weil die Risikopotentiale der Chemie auch durch verbesserte staatliche Kontrollen und durch härtere Auflagen beim Umgang mit gefährlichen Stoffen nie vollständig beherrschbar sein werden, muß die Umstellung auf risikoarme, umwelt- und gesundheits-

verträgliche Produkte und Produktionsweisen absoluten Vorrang in der Chemiepolitik haben. In der umweltpolitischen Diskussion wird heute vielfach der Eindruck erweckt, als müßten erst neue Gesetze geschaffen werden, bevor eine vorsorgende Chemiepolitik möglich ist. Richtig ist daran, daß wichtige gesetzliche Vorschriften des Chemikalienrechts verbessert werden müssen. Aber schon das vorhandene gesetzliche Instrumentarium würde eine andere Chemiepolitik mit klaren Vorgaben an die Industrie durchaus erlauben, die schon mittelfristig dazu führen könnten, daß ein großer Teil der heute vorhandenen gefährlichen Stoffe nicht mehr hergestellt, gelagert und vertrieben wird. Dies wäre zweifellos der wirkungsvollste Beitrag zur vorbeugenden Bekämpfung von Katastrophen durch die immer weiterwachsende Produktion und Anwendung von Chemikalien. Weil diese Umstellung der Chemie aber selbst bei entsprechendem politischem Willen kurzfristig nicht zu erreichen ist, und weil auch nach dieser Umstellung immer noch erhebliche Risiko- und Gefahrenpotentiale verbleiben werden, ist neben einer vorsorgenden Chemiepolitik auch die umgehende Verbesserung der Anlagensicherheit in der chemischen Industrie und eine erhebliche Verringerung der sonstigen Gefahren im Umgang mit Chemikalien notwendig.

Chemikaliengesetz

Das Chemikaliengesetz des Bundes soll das zentrale Instrument zum Schutz von Mensch und Umwelt vor dem Gefährdungspotential der chemischen Industrie darstellen. Seit nunmehr acht Jahren bietet dieses Gesetz die Möglichkeit, gefährliche Stoffe zu verbieten oder zumindest den Umgang mit ihnen einzuschränken. Leider hat die Bundesregierung, die allein über die Instrumente des Chemikalienrechts verfügen kann, bisher erst in einem einzigen Fall die Notwendigkeit für eine Verbotsverordnung gesehen. Hierbei handelt es sich um einen Stoff, der in der Bundesrepublik seit Jahren nicht mehr hergestellt wird: das Holzschutzmittel Pentachlorphenol. Selbst hochgefährliche Stoffe wie PCB oder Asbest sind nach wie vor nicht verboten, weil die Industrie sich zu freiwilligen Beschränkungen bereit erklärt hat. Hier ist offensichtlich eine Tabuschränke errichtet worden: Den Anfängen soll gewehrt werden, denen eine Verbotsflut folgen könnte – diese Befürchtungen hegen offenbar die Vertreter der chemischen Industrie und für diese Befürchtung haben sie auch einigen Grund.

Von den ca. 100 000 auf dem Markt befindlichen

Chemikalien hat die Bundesregierung selbst schon ein paar hundert Stoffe als besonders gefährlich eingestuft:

- 57 Stoffe gelten nach der Gefahrstoffverordnung (Anhang II) als krebserzeugend;
- 161 Stoffe gelten nach der Gefahrstoffverordnung (Anhang VI) als sehr giftig;
- 93 Stoffe gelten nach dem Katalog wassergefährdender Stoffe (WGK 3) als stark wassergefährdend.

Wenn auch nicht alle diese Stoffe völlig verboten werden können, so böte das Chemikaliengesetz doch die Möglichkeit, den Umgang und die Produktion dieser heute schon als unzweifelhaft gefährlich bekannten Stoffe wenigstens auf geschlossene Anlagen zu beschränken, bei denen ein Freisetzen der Giftstoffe in die Umwelt verhindert wird.

Ein weiteres zentrales Instrument des Chemikaliengesetzes, von dem die Bundesregierung bisher keinen Gebrauch gemacht hat, ist der Altstoffparagraph (§ 4 Abs. 6 ChemG). Danach sind alle Stoffe, die schon vor 1982 vermarktet wurden, nachzumelden, wenn es „tatsächliche Anhaltspunkte“ für ihre Gefährlichkeit gibt. Zumindest für die oben genannten Chemikalien mit ihrem bekannten Gefährdungspotential hätte die Nachmeldspflicht schon lange durchgesetzt werden müssen.

Um jedoch die Mehrzahl der auf dem Markt befindlichen Stoffe innerhalb eines überschaubaren Zeitraums muß durch eine Novellierung des Altstoffparagraphen folgendes „Listenmodell“ eingeführt werden:

- Die Hersteller und Einführer aller Altstoffe müssen der Anmeldestelle die Produktions- bzw. die Einfuhrmenge des Stoffes sowie dessen chemische Bezeichnung mitteilen. Die Anmeldestelle könnte dann die Erstellung eines Literaturgutachtens zur Human- und Ökotoxikologie des Stoffes verlangen, wenn ihr keine hinreichenden eigenen Erkenntnisse vorliegen, ob der Stoff gefährlich ist.
- Auf der Grundlage dieser Mitteilungen erstellen die Bewertungsstellen eine Altstoffdatei, welche die Stoffe in eine schwarze (gefährlich), graue (nicht abschließend bewertbar) und weiße (ungefährlich) Liste einteilt. Stoffe der schwarzen Liste werden mittelfristig verboten oder ihr Gefährdungspotential wird durch einschneidende Umgangsbeschränkungen stark verringert. Stoffe der grauen Liste werden dem Nachmeldeverfahren unterworfen und näher untersucht. Stoffe der weißen Liste werden bis zum Vorliegen anderweitiger Erkenntnisse nicht reglementiert.

Pflanzenschutzgesetz

Nach dem neuen Pflanzenschutzgesetz sind alle hierzulande verwendeten Pestizide zulassungspflichtig. Allerdings sind ca. 90 % der auf dem Markt befindlichen Wirkstoffe bereits vor dem Inkrafttreten neuer Zulassungsrichtlinien Anfang der 80er Jahre geprüft worden. Es ist deshalb unerlässlich, sämtliche in der Bundesrepublik zugelassenen Pestizide mit den neuesten zur Verfügung stehenden Untersuchungsverfahren systematisch auf ihre öko- und humantoxikologischen Wirkungen zu untersuchen. Auf der Grundlage dieser Tests müssen dann alle Wirkstoffe verboten werden, bei denen Gesundheitsbeeinträchtigungen von Anwendern oder Verbrauchern oder nachhaltige Beeinträchtigungen des Naturhaushalts nicht ausgeschlossen werden können. Dabei kann es auch nicht allein auf die „bestimmungsgemäße“ Anwendung der Pflanzenschutzmittel ankommen; maßgebend muß vielmehr der „vorherrschbare“ Gebrauch sein. Nur so ist auszuschließen, daß Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zwar auf dem geduldeten Papier der Beipackzettel, nicht aber in der Wirklichkeit ausgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, ein ungeheures Defizit aufzuarbeiten, das sich beim Erlass der Trinkwasserverordnung gezeigt hat: Für gut 2/3 der heute eingesetzten Wirkstoffe gibt es derzeit noch nicht einmal geeignete analytische Verfahren, um sie in der Umwelt nachzuweisen. Wie soll aber die schleichende chemische Verseuchung der Ackerböden und weiterer Grundwasserreserven gestoppt werden, wenn noch nicht einmal erfaßt werden kann, welcher Chemikalienzoo sich da tummelt?

Sandoz hat noch eine weitere Schwachstelle des geltenden Chemikalienrechts deutlich gemacht: Mehrere Tonnen hochgiftiger, quecksilberhaltiger Schädlingsbekämpfungsmittel wurden als Folge des Brandes in den Rhein geschwemmt. Derartige Pflanzenschutzmittel dürfen in der EG aber nicht angewandt werden; sie wurden bei Sandoz – wie möglicherweise auch in bundesdeutschen Chemie-Unternehmen – offensichtlich für den Export in die Dritte Welt hergestellt. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Bundesregierung von der Ermächtigung des neuen Pflanzenschutzgesetzes Gebrauch macht und die Ausfuhr nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel untersagt. Dadurch würden nicht nur unnötige Risiken in deutschen Chemikalienfabriken und -lagern verringert, sondern auch ein Stück Umweltschutz für unterentwickelte Länder praktiziert: Was unseren Zulassungskriterien für Agrargifte nicht ent-

spricht, sollte auch den Menschen in Afrika, Asien und Südamerika nicht zugemutet werden.

Neben einer konsequenten Anwendung der neuen Vorschrift ist jetzt schon die Notwendigkeit einer Novellierung des gerade erst in Kraft getretenen Pflanzenschutzgesetzes mit folgenden Schwerpunkten erkennbar:

- Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln müssen zur Rücknahme der Restmengen an Pflanzenschutzmitteln verpflichtet werden;

Die *Gefahrstoffverordnung* (Bundesgesetzblatt 1986 I, S. 1470) ist seit dem 1. Oktober 1986 in Kraft. Sie faßt die *Arbeitsstoffverordnung* und die bisher zersplitterten giftrechtlichen Vorschriften von Bund und Ländern zusammen. Darüber hinaus soll „die Umwelt vor stoffbedingten Schädigungen“ (§ 1 GefStoffV) geschützt werden. Als Instrumente sieht die Verordnung vor allem eine Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen vor. So beinhaltet der *Anhang VI* der Gefahrstoffverordnung eine Liste von ca. 1 100 Stoffen, die aufgrund ihrer Eigenschaften (z. B. Giftigkeit, Explosionsgefahr usw.) kennzeichnungspflichtig sind. Im *Anhang II* sind 57 Gefahrstoffe als krebserzeugend ausgewiesen, für die unterschiedliche Schutzvorschriften von der Anzeige des Umgangs bis zum Umgangsverbot (wenn die „Verwendung nicht erforderlich ist“) gelten.

Der *Katalog wassergefährdender Stoffe* (Gemeinsames Ministerialblatt 1985, Nr. 11, S. 175 ff.) faßt ca. 600 Stoffe zusammen. Sie sind insbesondere aufgrund von vier Testverfahren (Säugetiertoxizität, Bakterientoxizität, Fischtoxizität und Abbauverhalten) in vier Wassergefährdungsklassen (WGK) eingeteilt:

- WGK 3: stark wassergefährdende Stoffe
- WGK 2: wassergefährdende Stoffe
- WGK 1: schwach wassergefährdende Stoffe
- WGK 0: im allgemeinen nicht wassergefährdende Stoffe.

Diese Liste besitzt keinen legislativen Rahmen. Das Bundesumweltministerium hat über seinen Beirat „Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe“ eine Kommission eingesetzt, die diese Liste aufgestellt hat und fortschreibt. Der Katalog wassergefährdender Stoffe soll beim Vollzug wasserrechtlicher Vorschriften Berücksichtigung finden.

- allen Pflanzenschutzmitteln muß künftig ein Stoffdatenblatt des Herstellers mit den wesentlichen human- und ökotoxikologischen Daten beigelegt werden;
- die Regelzulassungsdauer für Pflanzenschutzmittel muß von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt werden;
- das Pflanzenschutzgesetz muß um Vorschriften ergänzt werden, welche die Sicherheit der Lagerung, des Transports und der Verpackung von Pflanzenschutzmitteln entsprechend ihrem jeweiligen Gefahrenpotential gewährleisten.

Störfallverordnung

Um Betriebsstörungen und Unfällen mit katastrophalen Folgen vorzubeugen, ist nach den Erfahrungen von Seveso für eine bestimmte Gruppe von Industrieanlagen die Störfallverordnung geschaffen worden. Danach müssen die Betreiber gefährlicher Anlagen u. a. eine Sicherheitsanalyse erstellen und besondere Vorkehrungen zur Abwehr von Störfällen und zur Begrenzung von Störfallfolgen treffen.

Schon der Geltungsbereich der Verordnung wurde aber viel zu stark eingeschränkt. So wäre ein Chemikalienlager wie bei Sandoz gar nicht unter die Störfallverordnung gefallen. Dies hängt vor allem mit der Tatsache zusammen, daß der Umgang selbst mit größten Mengen höchst gefährlicher Stoffe noch nicht automatisch dazu führt, daß eine Anlage unter die Störfallverordnung fällt. Es muß vielmehr noch hinzukommen, daß es sich um einen besonderen Anlagentyp handelt, obwohl Brände, Überschwemmungen und dgl. natürlich überall möglich sind, und die Gefahrstoffe dann auf jeden Fall in die Umwelt gelangen, ganz gleich, in welcher Art von Anlage sie sich vorher befunden haben.

Die Bundesregierung hat zwar eine Novellierung der Störfallverordnung beschlossen (Bundesratsdrucksache 585/87). Trotz der Erfahrungen von Sandoz enthält die Novelle aber nach wie vor schwerwiegende Defizite:

- Die Verordnung muß für *alle* Anlagen gelten, in denen mit größeren Mengen von Gefahrstoffen umgegangen wird.
- Die Stoffliste der Verordnung (bisher ca. 140 Stoffe) muß um *alle* Stoffe ergänzt werden, die nach anderen Rechtsvorschriften als sehr giftig, giftig, explosionsgefährlich, brandfördernd, hoch- oder leicht entzündlich, krebserzeugend, fruchtschädigend, erbgutverändernd oder stark wassergefährdend eingestuft sind.
- Auch der Begriff des Störfalles ist bisher unzureichend definiert: Als Störfall sollte künftig nicht

nur ein Ereignis gelten, bei dem in der Nachbarschaft der Anlage Menschen oder wertvolle Sachen gefährdet werden. Auch erhebliche Gefahren für die Beschäftigten der Anlage und für den Naturhaushalt sind als Störfälle einzustufen.

- Die Sicherheitsanforderungen an Störfallanlagen müssen erhöht werden. Dies betrifft insbesondere die Pflicht, ausreichende Vorkehrungen zum Schutz des Naturhaushalts vor Gefahrstoffen im Störfall oder bei dessen Bekämpfung zu treffen und auf Anforderung der Brandschutzdienststellen besondere Einrichtungen zur Gefahrenabwehr im Betrieb vorzuhalten.
- Die Betriebsräte müssen bei der Erstellung der Sicherheitsanalyse und bei der Bestellung des Störfallbeauftragten beteiligt werden, damit eine ausreichende Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Arbeitnehmer gewährleistet ist.
- Alle nachbarschaftsrelevanten Teile der Sicherheitsanalyse müssen veröffentlicht werden, und zwar auch für Altanlagen, die vor Inkrafttreten der Störfallverordnung genehmigt worden sind. Eine entsprechende Überarbeitung der Störfallverordnung hatte die frühere hessische Landesregierung im Bundesrat eingebracht (BR-Drucks. 105/87).

Haftungsrecht

Angeichts der großen Schäden, die durch Störfälle in der chemischen Industrie entstehen können, ist eine verschuldensunabhängige zivilrechtliche Haftung der Betreiber von umweltgefährdenden Anlagen notwendig, wie es sie für Kraftfahrzeuge und Arzneimittel heute schon gibt. Diese Haftung muß nicht nur alle Schäden abdecken, die infolge des Anlagenbetriebs für Leben und Gesundheit von Menschen sowie für fremde Sachgüter entstehen können, sondern auch in Geld nicht bewertbare Schäden am Naturhaushalt, deren Ausgleich oder Beseitigung große Kosten für die Allgemeinheit mit sich bringt.

Bei Schäden, die im Einwirkungsbereich einer Anlage durch Schadstoffe entstehen, die in der Anlage verwendet werden, muß die Beweislast umgekehrt werden: Bis zum Beweis des Gegenteils sollte eine gesetzliche Vermutung dafür geschaffen werden, daß solche typischen Schäden auf den Betrieb der Anlage zurückzuführen sind.

Zur Sicherung der Ansprüche, die infolge dieser verschuldensunabhängigen Haftung entstehen, ist die Einführung einer Pflichtversicherung für alle gefährlichen Anlagen unabdingbar. Diese Pflichtversicherung muß risikoorientierte Mindestdeckungs-

summen vorschreiben, so daß auch ein wirtschaftlicher Anreiz existiert, die Anlagensicherheit auf ein möglichst hohes Niveau zu bringen.

Zu den Einzelheiten eines neuen Umweltschutzrechts sei ebenfalls auf einen Gesetzentwurf der früheren hessischen Landesregierung hingewiesen (BR-Drucks. 100/87).

Als Fazit ist festzuhalten: Die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze kann schon zu einer deutlichen Verringerung des Risikos der chemischen Industrie führen. Darüber hinaus ist eine bessere rechtliche Vorsorge gegen katastrophale Störfälle in der Chemie notwendig; sie ist aber nur ein erster Schritt auf dem Weg in eine neue, risikoarme Chemiepolitik. Der Weg zu einer menschen- und naturverträglichen Chemie ist weit, und er ist mit Schlaglöchern übersät, die nur durch massive Anstrengungen bei der Forschung und Entwicklung eingegeben werden können. Eines sollte den Verantwortlichen in der chemischen Industrie klar sein: Es gibt heute noch einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Forderungen, aus der industriellen Chemie auszusteigen. Man muß sich aber fragen, wieviele Ereignisse von Sandoz-Format dieser Konsens noch überstehen würde. Es liegt im ureigensten Interesse der chemischen Industrie, bei ihren immensen Ausgaben für Forschung und Entwicklung dem Aspekt der Umweltverträglichkeit von Einsatzstoffen, Verfahren und Produkten einen weit höheren Stellenwert einzuräumen als bisher. Nur dann wird sie massive staatliche Reglementierungen vermeiden und die Vertrauensverluste in der Bevölkerung wiedergutmachen können. In der deutschen Chemie gibt es bei vielen Beschäftigten den Willen und das Wissen für eine Chemie-Wende. Es wäre schade, wenn dieses Potential im Grabenkampf gegen eine vernünftige staatliche Chemiepolitik verendet würde.

Über den katastrophalen Umweltfolgen von Sandoz wurde zudem vielfach vergessen, daß die Gefahren der chemischen Produktion zuerst und vor allem die Beschäftigten und Nachbarn der Betriebe bedrohen, in denen gefährliche Chemikalien hergestellt oder verwendet werden. Eine wichtige Konsequenz muß deshalb auch die wesentliche Verbesserung der Information der Öffentlichkeit und der Belegschaft über Gefahrenpotentiale von gefährlichen Chemikalien in der Umgebung sein. Schon die Kenntnis einer breiten Öffentlichkeit von den potentiellen chemischen Bomben in unmittelbarer Nähe würde vermutlich vielerorts die Verhältnisse erheblich verbessern helfen.

Michael Müller Das Prinzip Gestaltung Die chemiepolitische Konzeption der SPD

Michael Müller, Jahrgang 1948, ist als SPD-MdB der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt und Energie und u. a. Sprecher in chemiepolitischer Fragen. Zugleich ist er beratendes Mitglied in der Programmkommission beim SPD-Parteivorstand.

I.

Am 1. November 1986 brannte in Muttenz bei Basel die Schweizerhalle 954 des Chemiekonzerns Sandoz aus. Mehr als 1 000 t z. T. hochgiftiger Agrochemikalien flossen in die Kanalisation und den Rhein. Im Fluß wurde das Ökosystem großräumig zerstört, noch heute werden erst längerfristige Schadenswirkungen bekannt. Der Rhein ist der wichtigste Trinkwasserspender Mitteleuropas. Fast 20 Millionen Menschen sind direkt oder indirekt von der Wasserversorgung aus dem Rhein abhängig. Zugleich ballt sich an diesem Fluß die weltweit größte Konzentration der chemischen Industrie.

Sandoz hat das Bewußtsein der Öffentlichkeit über das Risikopotential nichtnuklearer Industrieanlagen nachhaltig verändert. Die Brandkatastrophe hat quasi „stichflammenartig“ bewußt gemacht, mit welchen Gefahren die Produktion, Lagerung, Anwendung und Entsorgung chemischer Erzeugnisse verbunden sind. Zudem wurden allein vom 9. November bis zum 2. Dezember 1986 am Rhein und an den Rhein-Nebenflüssen 11 weitere Störfälle registriert. Nicht nur das spektakuläre Ereignis von Basel, sondern – vielleicht zu und seit diesem Zeitpunkt noch nachhaltiger – die Erkenntnis von der Alltäglichkeit der Probleme und Vergiftungen hat das öffentliche Interesse auf das Gefährdungspotential Chemie gelenkt.

Die Problematik kann dabei nicht auf die chemische Industrie verengt werden. Die Gefahrenpotentiale gehen weit über diese Branche hinaus, da eine Vielzahl von Industriezweigen chemische Produkte einsetzt. Dabei ist sicherlich richtig: Manches Risiko ist durch den breiten und öffentlich zugänglichen Wissenszuwachs – insbesondere durch verbesserte Analysemethoden – über technische Probleme erst in den letzten Jahren bewußt geworden. Wie kaum

ein anderer Wirtschaftsbereich ist die chemische Industrie ins Zentrum öffentlicher Kontroversen gerückt – sie findet eine fast ebenso große Aufmerksamkeit wie die Atomindustrie. Ihre Akzeptanz in der Bevölkerung ist gesunken. Die Chemieindustrie hat sich im Bewußtsein vieler Menschen vom Wohltäter zu einem Hauptverursacher für Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung gewandelt. Die andere Seite eines „Janus-Kopfes“ (Bayer-Vorstand H.J. Strenger) wurde sichtbar mit der Diskussion über Pestizide, über das Risikopotential chemischer Großanlagen, über alte und neue Chemieabfälle, mit den Gefahren durch Schadstoffe in den Nahrungsmitteln und nicht zuletzt den Gesundheitsgefährdungen.

Mit Verharmlosungen, mit bunten Selbstdarstellungsbroschüren kann eine rationale Neubewertung der Chancen und Risiken der chemischen Produkte ebenso wenig erreicht werden wie mit lähmenden Horrorgemälden oder einer kurzatmigen Jagd aus den jeweiligen „Schadstoff des Monats“. Das bedeutet vor allem Politik, also mehr und intelligentere politische Rahmensetzungen:

- eine längerfristig und systematisch angelegte und vorsorgend ausgerichtete Bewertung des speziellen stofflichen Gefährdungspotentials,
- eine umfassende Abwägung der Chancen und Risiken der Chemieproduktion und
- eine konsequente Strategie zur Intensivierung ökologischer Innovationen in den Industriebereichen, die mit Chemikalien umgehen.

Für diese Zielsetzungen hat sich in der Umweltdiskussion der Begriff „Chemiepolitik“ herausgebildet. Er wurde zuerst 1983 vom Arbeitskreis „Umweltchemikalien“ im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in die öffentliche Diskussion eingeführt. Chemiepolitik wird als Antwort auf die zunehmende Chemisierung im täglichen Leben, in der Arbeitswelt und in der Umwelt verstanden. Die Chemisierung reicht vom intensiven Einsatz von Reinigungsmitteln, Holzschutzmitteln und Handwerkerchemikalien aller Art über die für den Normalverbraucher nicht mehr überschaubare Flut von Chemikalien als Hilfsmittel im Bausektor bis hin zu der breiten Palette der Agrochemikalien.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem ist die früher kaum bedachte Entstehung von Neben- und Folgeprodukten – auch bei den häufig eingesetzten Massenchemikalien. Die langfristigen, quasi schleichen den Wirkungen und die kaum vorherzusehenden Synergismen und Kumulationseffekte – auch mit anderen, nichtstofflichen Faktoren – lassen das Auf-

treten von Vergiftungen häufiger und die Komplexität der Gefährdungen unüberschaubar werden.

Und nicht zuletzt sind es die drängenden Entsorgungsprobleme – Stichwort: Geschätzte 50 000 Altlasten, von denen 3 bis 5 000 als chemische Zeitbomben Böden und Grundwasserströme gefährden – die einer chemiepolitischen Regelung bedürfen.

Chemiepolitik ist ein eigenständiger Politikbereich, der in denselben Rang gestellt werden muß wie die Energie- oder die Verkehrspolitik. Chemiepolitik hat zur Aufgabe, die drei großen Problembe-

- das Störfallrisiko,
- die Sonderabfallproblematik und
- die Produktpalette

umwelt- und gesundheitsverträglich zu regeln.

Chemiepolitik zielt auf eine stoffbezogene Beurteilung der Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit (z. B. Gesundheitsvorsorge, Arbeitsschutz, Umweltverträglichkeit und Rohstoffschonung). Dies macht eine übergreifende Betrachtung aller Problembe-
reiche und ein umweltpolitisches Gesamtkonzept notwendig. Chemiepolitik ist nicht nur Umweltpolitik im engeren Sinn, sondern berührt weitere zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen. Chemiepolitik ist eine wichtige Voraussetzung, um die Akzeptanz der Industriegesellschaft zu sichern:

a) In einer hochentwickelten Industriegesellschaft kann das Auseinanderklaffen zwischen den unternehmensbezogenen Rentabilitätsrechnungen und der volkswirtschaftlichen Schadensbilanz nicht mehr mit einer insgesamt positiven Produktivitätsdynamik legitimiert werden, die der ständigen Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen dienen kann. Die Zahlen über die jährlichen Kosten und die Umweltschäden sind erschreckend: Für Luftverschmutzung, Gewässerverunreinigung, Bodenzerstörung und Lärmschäden summieren sie sich auf über 100 Milliarden DM. Nicht berücksichtigt sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Kosten. Insgesamt sinkt bei diesen Wachstumsschäden der volkswirtschaftliche Grenznutzen.

Bei chemischen Produkten können Nutzen und unerwünschte Eigenschaften nicht mehr getrennt behandelt werden. Die SPD hat deshalb in ihrem Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik den Begriff des sozialen und volkswirtschaftlichen Nettonutzens als ein wesentliches Kriterium für eine vorsorgende Chemiepolitik genannt. Eine systematische Abwägung von Nutzen und Schaden eines Stoffes oder Prozesses und der Vergleich mit möglichen Ersatzstoffen oder an-

deren Entwicklungsvarianten – einschließlich einer Null-Variante – ergeben danach die Bestimmung des sozialen Nettonutzens.

b) Eng mit dieser Betrachtung verbunden ist die Neubestimmung des technischen Fortschritts. Der traditionelle Fortschrittsgedanke ist mit der Entstehung der modernen Wissenschaften und einem raschen technischen und ökonomischen Wachstum verbunden. Dieser „Modernisierungsprozeß“ setzt mehr und mehr Destruktivkräfte frei. Das Industriesystem läßt sich in Abwandlung eines Bildes von Rolf Peter Sieferle mit einem Motorrad vergleichen:

- Die Balance des Motorradfahrers ist nur so lange sicher, solange die Maschine läuft;
- die Motorräder aber werden stärker, woraus sich das Problem der Beherrschbarkeit ergibt.

Technik steht im Schnittpunkt eines gesellschaftlichen Umbruchs, der nicht nur zu technisch-ökonomischen Strukturveränderungen, sondern auch zu einem soziokulturellen Wandel führt. Der Mythos, daß technischer Fortschritt zu gesellschaftlichem Fortschritt wird, eine Auffassung, die nicht zuletzt durch eine vulgarisierte Variante des in der Marx'schen Theorie begründeten Geschichtsdeterminismus gespeist wurde, ist nachhaltig erschüttert.

Es ist falsch, diese veränderte Einstellung als Technikverneinung oder Technikfeindlichkeit zu denunzieren. In den letzten Jahren ist die Erkenntnis gewachsen, daß Technik nicht neutral, sondern interessenbestimmt und redundant ist, d. h., daß je nach gesellschaftlicher Beeinflussung unterschiedliche Entwicklungspfade möglich sind. Die Chemiepolitik geht von dieser Erkenntnis aus. Natürlich wird die Technikentwicklung bislang vor allem von ökonomischen Interessen bestimmt, dennoch ist sie insgesamt ein sozialbestimmter Prozeß, der Gestaltungsspielräume eröffnet.

c) Zukunftsoptimismus ist ein Schlüsselbegriff für die innere Stabilität und Motivation einer komplexen Industriegesellschaft. Das bisherige Zukunftsverständnis gründete sich auf den Glauben an eine quasi lineare Selbstbewegung der Menschheit nach „vorn“. Mit dieser Sicherheit ist es heute mehr und mehr vorbei. In der Vergangenheit war der Zukunftsglaube eng mit der Entfaltung von Technik und der Vermehrung von ökonomischem Reichtum verknüpft – vor allem, um soziale Probleme zu lösen. In einer hochentwickelten, im Grundsatz reichen Industriegesellschaft (in deren Poren sich allerdings zugleich auch neue Armut zeigt) stellt sich diese Perspektive anders: Im Mittelpunkt politischer Zukunftskonzepte muß neben der sozialen

Frage gleichrangig die Beherrschung der vielfältigen, vernetzten Gefährdungspotentiale stehen, die Technik und Wissenschaft entfaltet haben.

Damit verliert das Wachstum der ökonomischen Reichtumsproduktion als Zentrum der gesellschaftlichen Dynamik seine überragende Bedeutung und seine bindende Kraft für soziale Übereinkünfte. Mit Hochrüstung und ökologischer Zerstörung sind elementare Verunsicherungen ins Bewußtsein der Menschen zurückgekehrt. Für ein neues, breit akzeptiertes Fortschrittsverständnis ist entscheidend, ob es – wie schon einmal beim Ausbau des Sozialstaates – erneut gelingt, Mechanismen zu finden, mit deren Hilfe Gefahren begrenzt und schließlich über technische und soziale Institutionen gesundheits- und umweltverträglich reguliert werden können. Technische und soziale Innovation sind dafür als untrennbare Einheit zu sehen. Chemiepolitik trägt dazu bei, der Gesellschaft wieder Sicherheit zu geben. Zukunft wird tendenziell als ein offener „Möglichkeitsraum“ gestaltbar.

II.

Die Chemieindustrie hat in vielen Bereichen einen unverzichtbaren Anteil an der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, sie ist ein Motor wirtschaftlicher Innovationen und hat in beträchtlichem Umfang Arbeitsplätze geschaffen. Als Arzneimittelhersteller, Produzent von Düngemitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln, als kunststoffherzeugende Industrie und Faserhersteller wurde die Chemieindustrie zu einem wichtigen Lieferanten für Wohlstand, Leistungsfähigkeit und Gesundheit.

Die Chemieindustrie ist eine der führenden Wirtschaftsbranchen mit einer überdurchschnittlichen Produktivität, einem Gesamtumsatz von rund 140 Milliarden DM 1986, einem Anteil von 8 % am Bruttosozialprodukt und von über 3,5 % an der gesamten Beschäftigtenzahl. Die Expansion und Stärke dieser Branche wird daran deutlich, daß sich bei einer abnehmenden Zahl von Betrieben der Umsatz von 1950 bis 1985 mehr als verzehnfacht hat. Zugleich gab es ein enormes Größenwachstum der Anlagen – häufig das Zehn- bis Dreißigfache gegenüber dem Stand von vor 30 Jahren. Dies brachte eine gewaltige Vergrößerung des Inventars hochgiftiger und krebserzeugender Stoffe sowie leicht entzündlicher, explosiver Gase und Flüssigkeiten mit sich.

Mit anderen Worten: Trotz erheblicher Anstrengungen auf dem Gebiet der Betriebssicherheit und beim Umwelt- und Gesundheitsschutz – nicht zuletzt haben sich hierfür auch die Leistungen der Un-

ternehmen ständig erhöht – ist das Gefahrenpotential moderner chemischer Industrieanlagen sowohl im Hinblick auf die Standorte, die meist in unmittelbarer Nähe dichter Besiedlungen liegen, als auch im Hinblick auf die Produktionskreisläufe und die Produktpalette beträchtlich gestiegen. Hinzu kommt ein großes Vollzugsdefizit der öffentlichen Hand bei der Überwachung und Ausschöpfung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Chemische Produkte sind ein wichtiger Bestandteil unseres täglichen Lebens. Gerade deshalb ist es unverzichtbar, die Chancen und Risiken rational und unter qualitativen Kriterien abzuwägen. Dazu gehören soziale, ökologische und ökonomische Zielsetzungen. Diese Grundhaltung schließt eine Verharmlosung des stofflichen Gefährdungspotentials von vornherein aus. Es gibt zu denken, daß Professor Lührs vom Umweltbundesamt die trotz großem Wissenszuwachs immer noch geringen Kenntnisse der rund 100 000 chemischen Altstoffe (von denen allerdings nur ein Teil im Einsatz ist) mit ihren über 10 Millionen literaturmäßig erfaßten Synergismen und Kumulationswirkungen eindrucksvoll charakterisiert: „Wir wissen, daß wir eigentlich nichts wissen.“ Eine Verharmlosung ist falsch, ebenso kurzatmige Hektik oder ein symbolischer Aktionismus. Notwendig sind verlässliche Rahmendaten für einen Umbau. Dagegen ist es ein Irrweg, von einer alternativen „Gegenchemie“ zu träumen, die nicht auf die Umgestaltung der vorhandenen Industriestrukturen ausgerichtet ist. Es gibt in einer komplexen Industriegesellschaft nicht den Luxus ökologischer Schutzinseln, auf die sich der aufgeklärte Zeitbürger zurückziehen könnte. Chemiepolitik kann kein Alibi und keine Spielwiese sein, sie zielt auf den umweltverträglichen Umbau, sie konzentriert den politischen Ansatz „Arbeit und Umwelt“.

Die Chemieindustrie stellt zu Recht immer wieder ihre große Innovationsfähigkeit heraus. Diese Innovationsfähigkeit gilt es zu nutzen. Die Gestaltbarkeit einer entwickelten Industriegesellschaft ist die Chance für ihre Akzeptanz und Umweltverträglichkeit. Diese Gestaltungsfähigkeit muß die Politik ermöglichen. Dazu gehören viele Instrumente – natürlich auch Verbote, z. T. sogar sehr rasche Verbote und eine drastische Begrenzung des Einsatzes giftiger Stoffe. Bei einem schwerwiegenden Verdacht hat der Verzicht auf den Einsatz gefährlicher Techniken zum vorsorgenden Schutz von Umwelt und Gesundheit Vorrang.

Für eine ökologische Gestaltungspolitik sprechen ökonomische Gründe. Die These von DGB und IG

Chemie ist richtig: Auf Dauer sind nur umweltverträgliche Arbeitsplätze auch sichere Arbeitsplätze. Diese Einsicht gewinnt auch in der Industrie an Boden. Erst jüngst hat Hans-Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, betont, daß umweltschonende Produkte längerfristig die besseren Marktchancen haben. Ebenso Professor Herwig Hulpke, Leiter der Umweltschutzabteilung der Bayer AG, der in etwa meint: Es sei ein für alle Umweltmedien umfassender, übergreifender Umweltschutz notwendig. Der Umweltschutz dürfe künftig nicht mehr erst am Ende der Pipeline ansetzen, sondern müsse von vornherein zu einem integralen Bestandteil der Produktion werden. Nur dieser Umweltschutz sei auf Dauer sinnvoll. Hulpke nennt dies „Umweltschutz der neuen Generation“.

Die ökologische Umgestaltung der Chemieindustrie ist ein wichtiger Testfall, ob die Industriegesellschaft zur Erneuerung fähig ist und wie dabei ökonomische Effizienz, die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze und die Anpassung an ökologische Kreisläufe zusammenzubringen sind. Damit wird die zentrale Zukunftsfrage mitentschieden, ob unsere Gesellschaft mit neu erkannten überall vorkommenden Gefahren vernünftig umgehen kann und diese Gefahren zu berechenbaren Risiken macht.

III.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit 1986 zwei umfangreiche Anträge zur Chemiepolitik in den Bundestag eingebracht:

- Im März 1986 das „Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik“, das die SPD in enger Abstimmung mit der IG Chemie entwickelt hat. Dazu wurden umfangreichere Anhörungen auch mit der chemischen Industrie und den Umweltverbänden durchgeführt.
- Im August 1987 wurde auf der Basis einer im Bundestag gescheiterten Initiative der SPD-regierten Bundesländer ein Antrag zur „Vorsorge gegen Schadensfälle in der chemischen Industrie“ eingebracht.

Beide sich ergänzende Anträge verbinden das mittel- und langfristige Ziel der umweltgerechten, stoffbezogenen Umgestaltung der Industriegesellschaft mit einer Politik kurzfristiger Schadensvermeidung. Schwerpunkte sind:

- 1.) Das *Chemikaliengesetz* ist unter Einbeziehung der fast 100 000 in ihren Langzeitwirkungen zu etwa 95 % unbekannten Altstoffe zu aktualisieren und neu zu bewerten. Innerhalb eines Jahres soll dafür ein Programm vorgelegt werden, das bestimmt, wie

und in welchem Zeitraum die Altstoffproblematik gelöst werden kann. Dieses Programm muß auch eine Überprüfung chemischer Zwischenprodukte umfassen, um den Arbeitsschutz zu verbessern. Innerhalb von 6 Jahren müssen die Altstoffe systematisch aufgearbeitet werden. Für gefährliche Stoffe sind im Einzelfall definierte, zeitlich abgestufte Pläne zur Substitution zu erarbeiten, damit Betriebs- und Produktionsumstellungen koordiniert möglich sind.

2.) Die *Gefahrstoffverordnung* muß weiterentwickelt und verbindlicher gemacht werden, damit die Gesundheitsrisiken von gefährlichen Stoffen in einem erweiterten Umfang erfaßt werden. Neben den Gesundheitsrisiken sind auch die Verbraucher- und Umweltgefährdungen zu definieren und kontinuierlich durch entsprechende Verordnungen zu verringern. Die Störfallverordnung ist der EG-weit geltenden Seveso-Richtlinie anzupassen.

3.) Die Gefahr aus *Chemikalien im Haushalt* und insbesondere bei der Innenraumbelastung erfordern eine technische Anleitung Innenraum sowie eine generelle Kennzeichnungspflicht von Haushaltsprodukten.

4.) Der *Gesundheitsschutz* ist durch eine Zurückdrängung gefährlicher und überflüssiger Zusatzstoffe bei der Lebensmittelherstellung zu verbessern.

5.) Die Beteiligung der Beschäftigten bei der Gestaltung der *Arbeits- und Produktionsbedingungen* ist durch ein generelles Mitbestimmungsrecht im Betriebsverfassungsgesetz bei Fragen der betrieblichen Gestaltung von Arbeit und Technik zu erweitern.

6.) Das zivilrechtliche *Schadensersatzrecht* ist durch die Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung und die Erleichterung des Kausalitätsnachweises zugunsten des Geschädigten umzugestalten, um bei Umwelt- und Gesundheitsschäden durch chemische Produkte und Verfahren einen größeren rechtlichen Schutz zu erreichen.

7.) Zur Dynamisierung der Anlagensicherheit auf den möglichen optimalen Stand der Technik sind die Betriebsgenehmigungen nicht mehr unbegrenzt zu erteilen, sondern zeitlich zu befristen.

IV.

Das Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik der SPD ist ein Schritt, um von der nachträglichen Umweltreparatur zu einer verantwortlich gestalteten ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft zu kommen. Hierin liegt ein wichtiger Ansatz für eine neue Phase ökologischer und ökonomischer Reformen. Und dies heißt:

- Die *Technikentwicklung* – auch ihre Entwicklung und Anwendung im Chemiebereich – folgt nicht einer unabhängigen Sachlogik, ist also nicht eindeutig determiniert. Sie wird zwar in erster Linie von ökonomischen Interessen bestimmt, zugleich fließen aber auch andere Interessen und kulturelle Werturteile ein. Letztlich ist Technik damit ein tendenziell offener Prozeß, für den die Politik eine qualitative Rahmengestaltung setzen muß. Die Entwicklung des Sozialstaates zeigt, daß in der Industriegesellschaft Spielräume für Gestaltung vorhanden sind. Dieses Prinzip Gestaltung muß konsequent zur Durchsetzung umweltpolitischer Ziele eingesetzt werden.
- Chemiepolitik heißt nicht Technikfeindlichkeit, sondern die konkrete Fähigkeit, in Staat und Gesellschaft, in Wissenschaft und Unternehmen die Entwicklung von Technik nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, sondern auch nach ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Zielen zu gestalten. Die Chemieindustrie ist ein Sektor, auf dem Gestaltungswürdigkeit einer hoch entwickelten Industriegesellschaft in ihre Gestaltungsfähigkeit umzumünzen ist – dies heißt, von der blinden Technikgläubigkeit wegzukommen zu einem vernunftgemäßen Umgang mit Technik.
- Eine gesundheits- und umweltverträgliche Chemiepolitik verlangt in erster Linie nicht mehr staatliche Bürokratie und Kontrolle. Die erheblichen Vollzugsdefizite sind zwar nicht zu beschönigen, aber Chemiepolitik meint in erster Linie einen Zuwachs an intelligenter öffentlicher Rahmensetzung und staatlicher Gestaltungsfähigkeit, um die wirtschaftliche und technische Entwicklung in Richtung auf ökologische Erneuerung zu lenken. Notwendige Instrumente sind zum Beispiel ökologisch steuernde Abgaben, ein neues Haftungsrecht, eine Befristung von Genehmigungen, die Umkehrung der Beweislast und Umweltverträglichkeitsprüfungen.
- Für eine komplexe Industriegesellschaft ist der traditionelle Streit um mehr Markt oder mehr Staat unsinnig geworden. Der Markt ist aus sich heraus unfähig, die Umwelt- und Beschäftigungsprobleme zu lösen; der Staat ist bei einer umfassenden Lenkung und Steuerung organisatorisch überfordert. Der ideologische Gegensatz von Verstaatlichung auf der einen und Privatisierung auf der anderen Seite ist historisch überholt. Die Politik der Deregulierung ist unfähig, den Anforderungen einer ökologischen Politik gerecht zu

werden. Die moderne Industrie kann auf einen handlungsfähigen, demokratischen Staat ebenso wenig verzichten wie auf die dezentrale Innovationsfähigkeit von Betrieben, in denen erweiterte Formen der Mitbestimmung gelten müssen. Beides, dezentrale Selbstverantwortung und staatliche Rahmenseetzungen, gehören zusammen. Dazu gehören auch Kooperationsformen zwischen Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft. Dies kann aber kein Verzicht auf eindeutige Rechtssetzungsakte bedeuten, wie dies mit der Politik der Bundesregierung angelegt ist. Umweltprobleme durch „freiwillige Vereinbarungen“ zu regeln. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans hat recht mit seinem übertragbaren Vergleich, daß die Festsetzung der Steuersätze nicht den Millionären überlassen werden darf.

- Überfällig ist eine Erweiterung der Rechte für Beschäftigte und Gewerkschaften in den betrieblichen und wissenschaftlichen Entscheidungspro-

zessen. Das Prinzip Gestaltung erfordert vor allem den Ausbau der Mitbestimmung und die Erweiterung von Demokratie. Dabei ist nicht nur die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb auf gesamtwirtschaftlicher Ebene notwendig, sondern ebenso die Einbeziehung von Umweltverbänden und Wissenschaftlern, die keine betriebsabhängigen Interessen vertreten.

- Chemiepoltik verfolgt ein neues Fortschrittsverständnis. Der bisherige ständige Zwang zur ökonomischen Reichtumsproduktion ist aus der Geschichte der Industriegesellschaft erklärbar, und er war für die Beseitigung des sozialen Elends und zur Entwicklung der Gesellschaft unverzichtbar. Diese Wachstumspolitik kann nicht im Zentrum gesellschaftlicher Prozesse stehen. Im Gegenteil: eine hochentwickelte Gesellschaft hat die Option und die Chance der Gestaltung, um ökologische, soziale, ökonomische und demokratische Zielsetzungen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gleichberechtigt zu integrieren.

Helmut Heinze Von der ökologischen Debatte zur Naturfrömmigkeit Tendenzen der literarischen Naturdiskussion der 80er Jahre

Helmut Heinze, Jahrgang 1960, ist Student der Germanistik, Philosophie und Geschichte an der Gesamthochschule Siegen.

„Bubbly Creek ist ein Arm des Chicago River und bildet die Südgrenze des Schlachthofbezirks. Abwässer aus dem Fabrikgelände, das sich über eine Quadratmeile erstreckt, fließen in ihn hinein, so daß er in Wirklichkeit eine große, offene, bis zu dreißig Meter breite Kloake ist. Ein langer Nebenarm endet blind,

und dort hält sich der Unrat ewig. Die hineingeleiteten Fette und Chemikalien machen alle möglichen eigenartigen Verwandlungen durch, und daher hat der Flußarm seinen Namen: er ist ständig in Bewegung, als ob Riesenfische darin nach Nahrung suchten oder Seeungeheuer sich in seinen Tiefen tummelten. Blasen von Kohlensäuregas steigen an die Oberfläche, zerplatzen und bilden Ringe bis zu einem Meter Durchmesser. Hier und dort haben Fett und Unrat eine feste Kruste gebildet, und das Rinnsal steht aus wie ein Lavaström.“¹

Das ist kein Text aus den letzten Jahren. Dieser kurze Ausschnitt aus Upton Sinclairs sozialkritischem Roman „Der Dschungel“ zeigt, daß selbst die literarische Schilderung einer verdreckten Umwelt und einer öden Industrielandschaft nicht erst ein Phänomen der letzten Jahrzehnte ist. Berichte über unerträgliche, hygienisch katastrophale Lebensbedingungen in den städtischen Zentren gibt es, seit im großen Stile industriell produziert wird². Und wenn selbst im industriell rückständigen Deutschland eine literarische Aufmerksamkeit gegenüber Umweltproblemen sich bis ins späte 19. Jahrhundert zurück verfolgen läßt – man denke etwa an die Erzählung „Pfisters Mühle“ von Wilhelm Raabe – dann han-

delt es sich bei dem philosophischen oder ästhetischen Entwurf einer Natur als utopischem Gegenbild zur Zivilisation noch weniger um eine Erscheinung des 20. Jahrhunderts oder gar erst der letzten Jahrzehnte. Dieses Naturbild reicht wenigstens bis ins 18. Jahrhundert zurück – Stichwort: Rousseau.

Beides ist auch für die Naturdiskussion der 70er und 80er Jahre kennzeichnend: die Zerstörung der Umwelt als Thema und ein zivilisationskritisches Naturbild als Grundmotiv. So gesehen wäre an der Naturdiskussion der letzten 15 bis 20 Jahre nichts wirklich Neues zu finden – wenn man nicht auch den breiteren gesellschaftlichen und politischen Kontext berücksichtigt, innerhalb dessen das intellektuelle Zeitgespräch über Natur stattfindet und mit welchem es in eine wechselseitige Beziehung tritt.

*

Kein Zweifel, Umwelt und Natur haben in den letzten 15 oder 20 Jahren eine enorme Aufwertung erfahren. Wie weit diese Entwicklung mit einer tatsächlich neuen Qualität der Umweltzerstörung zusammenhängt oder wie weit sie auf einer Ausweitung des Kreises der Betroffenen auf die Mittelschicht beruht – Enzensberger vermutet, daß „weniger die ökologische Verelendung, die bereits seit Menschenzeiten herrscht, als deren Verallgemeinerung“ die Propheten der ökologischen Bewegung mit Schrecken erfüllte³ – ob also das objektive oder das subjektive Moment mehr wiegt, das kann hier dahingestellt bleiben. Mehr als diese globalen Voraussetzungen interessieren die spezifischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik der letzten Jahre und ihr Einfluß auf die Naturdiskussion.

Hier lassen sich zwei markante Wendepunkte festmachen: Nicht zufällig im Jahr 1973 erscheint die Nummer 33 der Zeitschrift „Das Kursbuch“ zum Thema „Ökologie und Politik“, und ebenso wenig zufällig kam 10 Jahre später, nämlich 1983, eine weitere Nummer des Kursbuchs heraus, das sich mit einem umweltpolitischen Thema beschäftigte – allerdings mit einer bemerkenswerten Akzentverschiebung: Diesmal widmete sich das Kursbuch nicht unmittelbar der Umweltpolitik, sondern jenen, die sich ihrerseits mit Umweltpolitik befassen: den „Grünen“. Die Akzentverschiebung ist so symptomatisch wie die beiden Erscheinungsjahre selbst: Die Jahre 1973 und 1983 können in der Tat als Wendepunkte sowohl der politischen Entwicklung als auch der Umwelt- und Naturdiskussion betrachtet werden.

Das politische Klima im ersten Jahrzehnt nach '73

war geprägt durch eine ganze Reihe von Entwicklungen und Ereignissen: 1. Einer allgemeinen Ernüchterung hinsichtlich gesellschaftspolitischer Reformen – sinnfällig repräsentiert durch das Ende der Kanzlerschaft Willy Brandts und den Beginn der „Ära Schmidt“. 2. Durch eine forcierte Kernenergie-Politik – besonders nach dem ersten Ölpreisschock von 1974. Und 3. war es die Zeit des Widerstandes der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke. Am Anfang dieser Phase prägte der Widerstand der Bauern und Winzer am Kaiserstuhl das Bild der Umweltbewegung, in den späten 70ern dann waren die Bürgerinitiativen zu einem überregional agierenden ökologischen Protestpotential angewachsen – zur Zeit der Auseinandersetzungen um Brockdorf und Gorleben.

In dieser Zeitphase des ökologischen Protestes erschienen viele der bekannten Sachbücher wie die „Berichte des Club of Rome“ (1972), „Ein Planet wird geplündert“ von Herbert Gruhl (1975) und „Der Atomstaat“ von Robert Jungk (1977), um nur einige zu nennen. Aber es war auch die Zeit der Umwelt- und Naturgedichte von Arnfried Astel bis Jürgen Theobaldy, von Jürgen Becker bis Jörg Zink und die Zeit der Protestsongs von André Weckmann und Walter Mossmann, die beide das Erscheinungsbild des Widerstandes gegen Wyhl stark geprägt haben⁴. Und nicht zuletzt war das Jahrzehnt von '73 bis '78 die Zeit der Lieder, die auf den Demonstrationen gesungen wurden.

Für weite Teile der theoretischen und literarischen Beiträge zur Naturdiskussion jener Zeit kann gesagt werden: Sie befaßten sich mit lokalen bis globalen ökologischen Problemfeldern, machten aufmerksam, warnten und mahnten bzw. dienten dem emotionalen Zusammenhalt der ökologischen Protestbewegung. Die Beiträge standen in einer relativ engen funktionalen Beziehung zum politischen Protest.

Das nächste Jahrzehnt von 1978 bis '83 ist eine Phase des Überganges, sowohl im Hinblick auf politische Entwicklungen wie auch im Hinblick auf Tendenzen in der Naturdiskussion. Politisch auffallend ist die Umorganisation der Bürgerinitiativbewegung zu einer schlagkräftigen politischen Umwelt-Partei. 1978 vereinbarten einige Gruppierungen die Bildung einer gemeinsamen Partei; 1980 konstituierten sich die „Grünen“ als bundesweite Partei, und 1983 schließlich gelingt den „Grünen“ der Einzug in die wichtigste politische Institution, in den Bundestag. Der Aufstieg des ökologischen Protestes von einer Bürgerinitiativbewegung zu einer mächtigen und

in- und außerparlamentarisch agierenden politischen Kraft geht allerdings einher mit einem Funktionsverlust der Bürgerinitiativen als Träger des ökologischen Engagements. Diese zwiespältige Entwicklung – politischer Aufstieg der Umweltpartei auf der einen und Bedeutungsverlust der Basis auf der anderen Seite – findet ihren Abschluß mit der Bundestagswahl im März 83. Von nun an ist der ökologische Protest voll als Partei etabliert – aber in einer politischen Landschaft, die mit ihrer liberal-konservativen Mehrheit auf absehbare Zeit wirklich durchgreifende umweltpolitische Reformen kaum erwarten läßt.

Dieser politischen Entwicklung entspricht in der Naturdiskussion eine Ablösung von der engen Bindung an den politischen Protest. Das heißt, die Beiträge werden allgemeiner, weniger tagespolitisch, die Beiträge werden spekulativer, schweifen weiter aus und – schweifen weiter ab. Der politische Bedeutungsverlust der Naturdiskussion in einer Zeit, in der Umweltfragen trotz aller Beschwörung der Einheit von „Bewegung“ und Partei letztlich doch in die Ferne der Parlamente und Parteigremien gerückt sind, schlägt sich nieder in einer Reihe von äußeren Tendenzen und inneren Diskrepanzen in den theoretischen und literarischen Beiträgen, die von nun an das Bild der Naturdiskussion prägen. Ich möchte nur fünf dieser Tendenzen und Diskrepanzen herausgreifen und sie kurz beschreiben:

Die Tendenz zur sekundären Aufarbeitung

Seit Anfang der 80er Jahre läßt sich verstärkt ein Interesse an einer sekundären Aufarbeitung der literarischen und theoretischen Naturdiskussion beobachten. So erscheint 1981 die erste Anthologie deutschsprachiger Ökolyrik⁵, so erscheint 1981 eine Sammlung literaturwissenschaftlicher Arbeiten zum literarischen Naturbild mit dem bezeichnenden Titel „Natur und Natürlichkeit: Stationen des Grüns in der deutschen Literatur“⁶, so erscheinen in den 80er Jahren weitere literaturwissenschaftliche Arbeiten, die nicht bloß als Phänomene eines im Wissenschaftsbetrieb immer zu beobachtenden Verwertungsprozesses neuer Themen und Stoffe verstanden werden können. Zumindest die Autoren selbst streichen stets den Bezug zur aktuellen Naturdiskussion heraus. Silvia Volckmann z. B. beansprucht in „Zeit der Kirschen“, einer Untersuchung über das Naturbild bei Jürgen Becker, Sarah Kirsch, Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger, ausdrücklich eine hohe politische Bedeutung ihrer Abhandlung; sie leitet ihre Arbeit mit einem Referat über

Umweltprobleme ein und schlägt dann den Bogen zur literaturwissenschaftlichen Analyse mit der Behauptung: „Das ‚Gespräch über Bäume‘ führt gradlinig in die Weltpolitik hinein.“⁷

Die Tendenz zum Abstrakt-Metaphysischen

Die Naturdiskussion der 80er Jahre ist gekennzeichnet von einem Trend weg vom Konkret-Empirischen hin zum Abstrakt-Metaphysischen. Im Zentrum der Sachbuchliteratur der 70er Jahre standen noch – trotz mancher apokalyptischen Untertöne – eher konkrete Umweltprobleme. Dagegen rücken in den 80er Jahren verstärkt Überlegungen nach einem „neuen Bewußtsein“, nach einer neuen geistigen Haltung in den Mittelpunkt. Dazu ein kleines Beispiel unter vielen: 1972 erscheint das „Überlebensprogramm“ des Systembiologen Frederic Vester⁸. Trotz des fast apokalyptisch klingenden Titels handelt es sich im wesentlichen um einen Abriss über so materielle Dinge wie Abfälle, Abwasser, Abgase, Stäube, Straß und Lärm, Boden, Nahrung usw. Erst im letzten Kapitel widmet Vester sich der Forderung nach Einführung kybernetischer Denkweisen⁹. 1980 dagegen, in „Neuland des Denkens“¹⁰ geht es ihm in der Hauptsache um die Propagierung einer neuen geistigen Haltung, eines „vernetzten Denkens“, das eine Synthese sein soll aus „linearem europäischen“ und „kreisförmigem asiatischen“ Denken. Die eingeforderte neue geistige Haltung avanciert bei Vester zu einer ökologischen Schicksalsfrage: „Wer auch immer sie als erster bewerkstelligt, dürfte damit für seine zukünftige Überlebensfähigkeit jedenfalls die sicherste Grundlage gelegt haben.“¹¹

Die Tendenz zur Vermischung

In der Naturdiskussion der 80er Jahre findet man eine verstärkte Tendenz zur Vermischung von argumentierenden und ästhetischen Schreibweisen. Solche Texte sind nicht Fisch und nicht Fleisch, ihnen fehlt sowohl die Kraft des Arguments als auch die besondere Qualität eines durchgeformten ästhetischen Textes. Dafür zwei Beispiele:

Gertrud Hödlers Mythensammlung „Die Bäume des Lebens“ kann weder als wissenschaftlicher Beitrag gelten, denn sie behandelt ihr Material nicht historisch-kritisch, noch als ästhetisch zu rezipierenden Text, denn die Autorin erhebt durchaus den Anspruch, ihren Lesern Argumente zu bieten, wenn auch, wie sie im Vorwort schreibt: „Laienargumente, jenseits der Zahlen und Schadstoffwerte etwas Anschauliches, das man begreifen kann und fühlen.“¹²

Ein weiteres Beispiel: Maren-Grisenbachs „Philosophie der Grünen“. Diese „Philosophie der Grünen“ ist ihrem Anspruch nach eigentlich ein diskursiver Text, ein „gedankliches Fundament“. Aber: an entscheidenden Knotenpunkten treten an die Stelle von Argumenten und Belegen Illustrationen, Metaphern oder auch einfach nur suggestive Formeln und Schlagworte. So trägt ein Kapitel den Titel „Ganzheit-Zusammenhang-Einheit“. Wir scheinen uns an einem zentralen Punkt innerhalb der „Philosophie der Grünen“ zu befinden, denn: „Mit diesen drei Begriffen, diesen drei Vorstellungen steht und fällt der Sinn von Ökologie.“ Nun folgt aber nicht, wie man erwarten könnte, eine Explikation dieser drei Begriffe. Sie kann nicht erfolgen, weil es sich gar nicht um drei verschiedene Konzepte handelt, sondern nur um eine einzige Vorstellung, eine höchst vage zudem. „Ganzheit“, „Zusammenhang“, „Einheit“: das sind eher kreisende Beschwörungsformeln; zu ihnen gesellen sich weitere emotionalisierende Schlagworte wie „Zusammenhang von Körper und Geist“, die „große Vernetzung“, das „Verzahntein“, das „Ganzheitsdenken“, die „Gesamtschau“. Dann Weisheiten, denen man schwer widersprechen kann, wie „Ein lebendiger Leib bleibt nicht heil beim Zerschnittenwerden.“¹³

Die Diskrepanz zwischen Wissenschaftskepsis und Wissenschaftsgläubigkeit

In vielen Beiträgen zur Naturdiskussion zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Skepsis gegenüber den als mechanistisch, monokausal verschrienen Wissenschaften auf der einen Seite und einer unkritischen Gläubigkeit gegenüber der Ökologie als Wissenschaft auf der anderen Seite. So wenig dabei der pauschale Vorwurf gegen die etablierten Wissenschaften berechtigt ist, blind für die großen Zusammenhänge des Lebens zu sein, so wenig begründet ist der euphorische Glaube an die Ökologie als Universallehre. Gegenüber der Ökologie bzw. dem, was unter Ökologie verstanden wird, schweigt die sonst so lautstark geäußerte Skepsis. Ich zitiere noch einmal aus der „Philosophie der Grünen“: „Ökologie als Grundlage für das Handeln der Politik! Und da es eine wissenschaftliche Grundlage ist, exakt beweisbar, nachprüfbar, genau der abendländischen, rationalen Wissenschaft genügend dürfte sich niemand drumherumdrehen. (...) Das ist nicht Glauben, Überzeugung, Gesellschaftsentwurf sondern Wissen.“¹⁴

Die Folge aus dieser euphorischen Bewertung der Ökologie ist nicht, was sie sein soll: eine Erweiterung

des Blickfeldes auf die Totalität natürlicher und gesellschaftlicher Prozesse, sondern eine Verengung auf einen bornierten Biologismus, methodisch ahistorisch und unkritisch, politisch naiv.

Stichwort „Biologismus“. Ich zitiere aus „Neuland des Denkens“ von Frederic Vester: „Die Gesetzmäßigkeiten, die z. B. der großen Bedeutung des Schwemmlandes von Louisiana, der berühmten ‚Swamps‘, (...) für die gesamten umliegenden Regionen und deren Bewässerung, Fruchtbarkeit und ökologische Stabilität zugrunde liegen, sind die gleichen, welche wieder im kleinen die Unentbehrlichkeit der Alligatoren für das Funktionieren der ‚Swamps‘ erklären. Und nichts unterscheidet sie im Prinzip von den Gesetzmäßigkeiten, denen auch das Funktionieren oder Nichtfunktionieren eines Industriegebietes gehorcht.“¹⁵ Eine große Formel für biologische wie soziologische Prozesse!

Stichwort „politische Naivität“: Vesters systembiologischer Ansatz versagt vor der konkreten Analyse von ökonomischen Prozessen: Phänomene wie Wirtschaftswachstum sind für ihn nichts als Folgen eines überflüssigen wie falschen Ethos. „Nur der völlige Phantasieangel der auf ihr Wachstums-ethos eingeschworenen Apparatschiks unserer Wirtschaft konnte daher die wiederholten Appelle zur Abkehr vom steten Wachstum ... so gründlich mißverstehen.“¹⁶ Ein falsches Ethos bzw. Phantasielosigkeit als alleinige Ursache ökologischer und ökonomischer Krisen!

Die Diskrepanz zwischen Gefühlskult und spiritualistischem Naturbild

Es gibt eine Diskrepanz zwischen der Forderung nach einer Aufwertung der Sinne und der Gefühle gegenüber der Vernunft einerseits und einem stark spiritualistisch gefärbten Natur- und Menschenbild andererseits. Entgegen dem ersten Anschein geht es häufig nicht um die konkret-sinnliche Erfahrung von Schönheit. Das vielzitierte „Gespräch über Bäume“ ist in diesem Sinne eigentlich keines. Denn die konkrete, mit den Sinnen erfahrbare Natur wird reduziert auf die Funktion eines Symbols für das große Unsichtbare hinter diesem Symbol. Dieses spiritualistische Naturbild findet sich in theoretischen wie literarischen Texten. Vor allem aber ist das Verschwinden des sensuellen Momentes hinter dem spirituellen typisch für die vielen, künstlerisch eher dürftigen Gedichte über Bäume, die seit dem Jahr des Baumes 1984 erschienen sind. Ein Beispiel nur unter vielen: Das Gedicht einer jungen Autorin in einer Anthologie:

Der Baum

Widerstandsfähig, stark
unbetrübt in seinem Dasein
ragt er majestätisch in das noch
Ungeahnte empor.
Beharrlich auf dieses Jetzt fixiert –
besteht er den Anfechtungen der Zeit
er gewinnt dadurch Standhaftigkeit und Stabilität.
Verwurzelt in sich selbst,
den Boden Natur
steht er und trägt gewissenhaft
sein Schicksal
das sich LEBEN nennt.¹⁷

Metaphysische Thematik, abgegriffene Symbolik, kitschiges Pathos und sprachliche Unbeholfenheit sind für viele solcher Gedichte kennzeichnend. Bemerkenswert an ihnen ist nicht, daß sie überhaupt geschrieben, wohl aber, daß sie publiziert und verkauft werden.

*

Drei Dinge bleiben noch nachzutragen: Erstens ist der Katalog der Tendenzen nicht vollständig; genannt werden mußte vor allem noch der Eklektizismus im methodischen Verfahren und die latent reaktionäre Tendenz in gesellschaftspolitischen Fragen. Zweitens: Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als träfen die aufgezählten Tendenzen und Diskrepanzen auf alle Texte gleichermaßen zu. Drittens: Es gibt auch bemerkenswerte theoretische und ästhetische Entgegnungen gegen die hier als typisch für die Naturdiskussion der 80er Jahre vorgestellten Richtungen. Ich möchte hier nur die Prosazählung von Elfriede Jelinek mit dem schönen Titel „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr“ aus dem Jahr 1985 nennen, eine Polemik gegen alle einfachen, idyllisierenden Naturbilder mit den spezifischen Mitteln eines literarischen Textes.

„Das Ende der Natur ist nahe“, klingt es in manchem literarischen oder theoretischen Text; nahe scheint mir mit Blick auf die neueren Tendenzen und Diskrepanzen eher das Ende dieser Art von Naturdiskussion. Da aber mit dem Ende der Debatte nicht auch die Probleme verschwinden, muß das Thema Umwelt und Natur im Gespräch bleiben, und zwar nicht im postmodern verspielten. Dabei gilt mehr denn je, was Hans Jonas in „Prinzip Verantwortung“ in den späten 70er Jahren gefordert hat: „Was dem Thema einigermaßen gerecht werden soll, muß dem Stahl und nicht der Watte gleichen. Von der Watte guter Gesinnung und untadeliger Absicht, der Bekundung, daß man auf Seiten der Engel

steht und gegen die Sünde ist, für Gedeihen und gegen Verderben, gibt es in der ethischen Reflexion unserer Tage genug.“¹⁸ ... und in den 80er Jahren viel zu viel, wäre zu ergänzen.

Anmerkungen

- 1) Upton Sinclair, *Der Dschungel*, übers. Ingeborg Gronke, Berlin: Aufbau-Verl., 1974.
- 2) Hans Magnus Enzensberger, „Zur Kritik der politischen Ökologie.“ *Kursbuch* 33 (1973): 1–42.
- 3) Enzensberger 9.
- 4) Vgl. die Gedichte in: Peter Cornelius Mayer-Tasch (Hg.), *Im Gewitter der Geraden: Deutsche Ökolyrik 1950–1980*. München: C.H. Beck, 1981; und das Kapitel über ökologische Lyrik in: Frank Dietzsch, *Zeitgenössische Lyrik im Gesellschaftsprozess: Versuch einer Rekonstruktion des Zusammenhanges politischer und literarischer Bewegungen*. Frankfurt/Main, Bern, New York: Lang, 1983: 357 ff.
- 5) *Im Gewitter der Geraden*. Hg. Mayer-Tasch.
- 6) Reinhold Grimm/Jost Hermand (Hg.), *Natur und Natürlichkeit: Stationen des Grünen in der deutschen Literatur*. Königstein/Taunus: Athenäum, 1981.
- 7) Silvia Volkmann, *Zeit der Kirchen? Das Naturbild in der deutschen Gegenwartsliteratur*. Jürgen Becker, Sarah Kirsch, Wolf Biermann, Hans Magnus Enzensberger. Königstein/Ta.: Forum Academicum in d. Vlg.-gruppe Athenäum, Hain u. Scrip-tor, 1982.
- 8) Frederic Vester, *Das Überlebensprogramm*. München: Kindler, 1972.
- 9) Vester 1972, 207.
- 10) Frederic Vester, *Neuland des Denkens: Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1980.
- 11) Vester 1980, 53.
- 12) Gertrud Hübner, *Die Blume des Lebens: Baumsymbole in den Kulturen der Menschheit*. Stuttgart: DVA, 1983: 8.
- 13) Manoa Maren-Grisenbach, *Philosophie der Grünen*. München: Olzog, 1982: 35.
- 14) Maren-Grisenbach 32.
- 15) Vester 1980, 67.
- 16) Vester 1980, 454–55.
- 17) Ulrike Weißhaupt, „Der Baum“ in: Aleke Thuja (Hg.), *Bäume sind Gedichte, die die Erde in den Himmel schreibt: Gedichte und Bilder*. Göttingen: Bert Schlander, 1985: 8.
- 18) Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt: Insel, 1979: 10.

Christel Möller/Wolfgang Jüttner

Aktuelle und strukturelle Probleme der Umweltkontrolle

Das Beispiel Niedersachsen

Dr. Christel Möller, geb. 1951, Studium der Agrarökonomie, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover.

Wolfgang Jüttner, geb. 1948, Soziologe MA, langjährige hauptberufliche Tätigkeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und der Erwachsenenbildung, seit 1986 Mitglied des Niedersächsischen Landtages.

In der Umweltpolitik tut sich was!?

Der unvoreingenommene Beobachter der umweltpolitischen Szenerie in der Bundesrepublik kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der Umweltpolitik ungeheure Bewegung steckt und die politisch Verantwortlichen mit aller Kraft an der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt arbeiten. Die Überwindung der ökologischen Krise scheint nur noch eine Frage der Zeit. Jeder „Skandal des Monats“ reaktiviert den Eifer, neue und schärfere Gesetze oder Verordnungen zu schaffen, um Wiederholungen des jeweiligen Umweltsündenfalls auszuschließen. Alte Dogmen fallen, und dies gar auf der konservativen Seite. Die freiwillige Selbstkontrolle der Chemieindustrie steht seit Sandoz zur Disposition. Die sozialdemokratische Zauberformel der „Verstaatlichung“ ist seit der transnuklearen Schieberei der Riegel, den ein Altparteienkonsens der vorgeblich vorhandenen „Eigenkontrolle“ der Betreiber vorschieben will. Deutet sich hier nicht die Ablösung der kleinlichen parteipolitischen Auseinandersetzung um die „richtige“ Auslegung des umweltpolitischen Evangelismus an? Wird Umweltminister Töpfer durch den Zwang der Verhältnisse zum Martin Luther der umweltpolitischen Dogmen der CDU?

Wer noch an dieser These zweifelt, möge sich einmal den Aktivitätenkatalog der Bundesregierung aus dem letzten Jahr ansehen. Der Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

an die Umweltministerkonferenz weist für den Zeitraum Mai bis November 1987 allein für umweltrechtliche Änderungsvorhaben 22 Verordnungen in unterschiedlichen Bearbeitungsstadien aus.¹

Nicht in diese beeindruckende Liste aufgenommen wurden freiwillige Abkommen mit der Industrie zur Selbstbeschränkung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, von CKW's in Wasch- und Reinigungsmitteln u. ä.

Die Dynamik der weiteren Verrechtlichung von Umweltpolitik zeigt sich auch auf Landesebene. Durch zwei Verordnungen wurden 1987 die Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht neu geregelt. Gegenwärtig befinden sich mit der Novelle zum Naturschutzgesetz, der Novellierung des Wasser- und des Abfallrechts die drei wichtigsten landespolitischen Regelungsbereiche quasi parallel in der politisch-parlamentarischen und damit auch mindestens teilöffentlichen Beratung.

Dieser eindrucksvolle Aktivitätsnachweis läßt vermuten, daß sich die Phase der Institutionalisierung von Umweltpolitik nunmehr ihrem Ende zuneigt und beginnt, Früchte auf die Handlungsebene zu tragen. Zwar gehört Niedersachsen eher zu den „Spätzündern“ – ein Umweltministerium wurde erst Mitte 1986 eingerichtet – aber die Dynamik der umweltpolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit hat dieses neue Ministerium von Beginn an überrollt. Indikator ist beispielsweise die Tatsache, daß bislang jede Landtagsitzung seit Beginn der Legislaturperiode mindestens zur Hälfte von umweltpolitischen Themen bestimmt wurde. Niedersächsisches Naturschutzgesetz, Niedersächsisches Wassergesetz, Niedersächsisches Abfallgesetz, Giftmüllpolitik, darunter: Vermeidung von Sonderabfällen, neue Beseitigungskapazitäten wie Hochtemperaturverbrennung, Salzkavernen oder Deponien, Altlasten Münchenhagen und Hoheneggelsen, Entsorgung von Atomtüll in Schacht Konrad oder Gorleben. Transnuklear in Esensham oder Stade, Buschhaus, Boden- und Grundwasserschutz in Regionen mit intensiver Landwirtschaft – Stichworte, die verständlich machen, warum manche Abgeordnete unter dem Andrang umweltpolitischer Themen und Anträge stöhnen: „Gibt es eigentlich keine anderen Politikbereiche mehr?“ Offensichtlich gehören die Zeiten, in denen Umweltansprüche mit dem Argument der „extremen und überzogenen Forderungen“ diskriminiert werden konnten, auch in Niedersachsen der Vergangenheit an. Bodo Baars² ist zuzustimmen: die Umweltkrise hat die bürgerlichen Wohnquartiere erreicht.

Aber geht es der Umwelt dadurch besser, daß alle von ihr reden?

In der Umweltpolitik tut sich nichts!

„Viele Gesetze leiden darunter, daß sie zwar gut gemeint sind, aber nicht umgesetzt werden.“ Diese Passage aus einem Interview mit dem niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers bringt das Problem auf den Punkt. Einige Vorkommnisse des Jahres 1987 mögen dies illustrieren: in Georgsmarienhütte wurden PCB-haltige Altöle zur Stützfeuerwerk verwandt. In Obernkirchen diente ein kleiner Bahnhof zum Verschieben von Sonderabfällen. Im Falle der Zwischenlagerung Tschernobyl-kontaminierter Molke verlegte sich das Umweltministerium selbst auf die bislang nur von Wirtschaftskriminellen praktizierte Vorgehensweise der Begriffshuberei: um dem Einspruch des örtlich zuständigen Landkreises zu entgehen, wurde die Molke kurzerhand zum „derzeit nicht verwertbaren Wirtschaftsgut“ umdefiniert, damit weder Kriterien des Abfallgesetzes noch der Strahlenschutzverordnung zutrafen. Altöle fanden sich auch in der Verbrennung verschiedener Zuckerfabriken. In Buschhaus wurden die festgelegten Entschwefelungsgrenzwerte monatelang überschritten, obwohl zuvor der Ministerpräsident selbst eine mit öffentlichen Mitteln subventionierte, als Pilotprojekt hochgelobte Entschwefelungsanlage eingeweiht hatte...

Gemeinsam ist diesen Beispielen ein eklatantes Versagen der staatlichen Überwachung und der Kontrolle umweltrechtlicher Vorgaben. Die Einschätzung des Ministers stimmt und die angeführten Vorkommnisse dürften nur die öffentlich gewordene Spitze des Eisbergs sein.

Verräterisch jedoch für den Zustand der Umweltpolitik, wer die Problemanalyse formuliert: Ist es nicht der Umweltminister selbst, der für die Exekution umweltrechtlicher Normen verantwortlich ist? Über den Zustand der niedersächsischen Umweltverwaltung mußte er nur zu gut Bescheid wissen: Ein von der niedersächsischen Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten³ beschreibt die vorhandene Misere deutlich genug. 155 000 Betriebe gibt es in Niedersachsen, in denen mehr als 2 Mill. Beschäftigte ihrer täglichen Arbeit nachgehen. Zu deren Schutz ist neben der betrieblichen Interessenvertretung insbesondere die staatliche Gewerbeaufsichtsverwaltung da. Den großen Katalog der bestehenden Arbeitsschutz- und Umweltschutzregelungen zu kontrollieren und zu überwachen ist Aufgabe von knapp 300 technischen Bediensteten. Sie sind

darüber hinaus in zahllose Genehmigungsverfahren einbezogen. 952 Zuständigkeiten wurden ermittelt, die durch die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht bearbeitet werden sollen. Allein auf Grundlage des Immissionsschutzgesetzes sollen 13 Verordnungen umgesetzt werden, von denen einige gerade novelliert worden sind, andere sich im Änderungsverfahren befinden. Da sich mit einer Verordnungsnovellierung i. d. R. nicht nur Grenzwerte und die Anzahl der zu überwachenden Stoffe ändern, sondern auch der Geltungsbereich im Bezug auf Anlagentypen, wächst der Aufgabenbereich beständig. Und die Inflationierung von Bestimmungen hält an.

Demgegenüber ist der Personalbestand in den niedersächsischen Gewerbeaufsichtsämtern seit vielen Jahren praktisch konstant geblieben. Der vorhandene Personal-Fehlbestand ist gewaltig. So ergibt eine Bedarfsanalyse auf Grundlage der Arbeitszeitaufzeichnungen des Gutachtens einen Fehlbestand von 510 Stellen. Dabei wurden relativ konservative Schätzdaten zugrunde gelegt: Eine Überwachungshäufigkeit von einmal pro Jahr, eine durchschnittliche Bearbeitungszeit je Fall von 5 Stunden (einschl. Wegezeit) und ein Anteil zu überwachender Betriebe im umweltsensiblen Bereich von 20 %. Auch wurden lediglich 7 abzudeckende Aufgabenbereiche in die Berechnung einbezogen. Neue Verordnungen zum Bundesimmissionsschutzgesetz, die Störfallverordnung, die Gefahrstoffverordnung, die medizinische Geräteverordnung und die 1986 neu an die Gewerbeaufsichtsverwaltung herangetragene Aufgabe der „Abfallerzeugerüberwachung“ wurden in dieser Abschätzung überhaupt nicht berücksichtigt.

Neben dem immensen personellen Fehlbestand prägen auch Organisationsformen und infrastrukturelle Ausstattung eine Gewerbeaufsichtsverwaltung, die eher an vorindustrielle Strukturen angepaßt ist als an Anforderungen, die aus einer modernen Industriegesellschaft resultieren. So gibt es nicht einmal ein aussagefähiges Betriebskataster, die anfangs genannten 155 000 Betriebe basieren auf einer Schätzung. Daß Immissionsschutz-Genehmigungsverfahren 16 Jahre dauern, wie im Falle der Firma Pohlmann in Vechta, ist für den Eingeweihten nicht überraschend. Solange „Organisation“ in der Gewerbeaufsichtsverwaltung darin besteht, das Gedächtnis des Bearbeiters als einzige Informationsquelle über den Verfahrensstand eines Vorgangs zu nutzen, ist – angesichts der Überlastung des technischen Fachpersonals – nichts anderes zu erwarten. EDV-Einsatz ist in der Gewerbeaufsicht unbekannt, sie wird seit 1987 (Textverarbeitung) gerade eingeführt.

Ähnlich sieht es mit den Möglichkeiten für Mitarbeiter aus, sich Informationen zu juristischen Fragestellungen, Fragen zur Verfahrenstechnik oder zu Umweltschutzfragen zu beschaffen. Weder gibt es eine systematische Mitarbeiterfortbildung, noch einen zentralen Informationspool, auf den diese zurückgreifen könnten. Das Gutachten bescheinigt der Organisation der Gewerbeaufsichtsverwaltung mangelnde interne Informationsverarbeitung und lediglich auf Zufälligkeiten beruhende amtsexterne Kommunikationsbeziehungen. Die Organisation verläßt sich auf das Engagement ihrer Mitarbeiter – Strukturen, die dieses Engagement stützen könnten, gibt es nicht. Statt dessen prägen überwiegend „fremdinitiierte“ Aufgaben den Alltag eines Gewerbeaufsichtsmitarbeiters, Anforderungen, die durch andere Behörden verursacht werden und eine Mitzeichnung der Gewerbeaufsicht bei der Bauleitplanung, bei Genehmigungsverfahren u. ä. verlangen. Nur etwa 20 % der Fachaufgaben sind durch Eigeninitiative geprägt. So ergibt dann auch eine Auswertung der Arbeitszeitaufnahmen des Gutachtens, daß für die Überwachung von Immissionschutzaufgaben rechnerisch 17 Minuten je Kopf und Woche zur Verfügung stehen. Eine branchenbezogene Analyse zeigt, daß für die chemische Industrie in Niedersachsen 20 bis 25 Minuten pro Kopf und Arbeitskraft aufgewendet werden können – dem stellt das Gutachten einen Aufwand je Fall von durchschnittlich 263 Minuten (Ist-Zeit) gegenüber. Für andere Branchen ergibt sich ein ähnliches Bild: Für Betriebe des Maschinenbaus sind etwa 10 – 12 Minuten pro Woche und Arbeitskraft vorhanden und für holzverarbeitende Betriebe 16 – 28 Minuten pro Woche und Arbeitskraft. In diesen Zeiten sind sowohl Außen- und Innen-Dienstaufgaben einschließlich sämtlicher Anforderungen abzuleisten, die durch Dritte verursacht werden. Vergewagt man sich, daß die vierte Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz den Geltungsbereich von 30 Anlagetypen 1985 auf 80 Anlagetypen 1986 erweitert hat, kann man sich die Intensität der Überwachungsarbeit denken. Auf diesem Hintergrund ist auch die Verbitterung der Mitarbeiter der niedersächsischen Gewerbeaufsicht verständlich, werden sie doch immer mehr zum Prügelknaben der offiziellen Umweltpolitik. Es muß für sie wie Hohn klingen, wenn ihr oberster Dienstherr – in Kenntnis der Tatsache, daß die Sparbeschlüsse der niedersächsischen Landesregierung keine Verbesserung der finanziellen und personellen Situation der Gewerbeaufsicht in den kommenden Jahren erwarten läßt, – sich über

„mangelnde Umsetzung von Umweltgesetzen“ beklagt.

Umweltpolitik als PR-Strategie

Was ist von einem Umweltminister zu halten, der aus seiner Rolle heraustritt und sich selbst aus der Sicht des „Normalbürgers“ kritisiert? Hat er etwas zu verbergen? Ist vielleicht zu verhindern, daß der Öffentlichkeit ins Bewußtsein tritt, das der „Skandal des Monats“ nicht Störfall, sondern Regelfall der Umweltpolitik darstellt? Ist zu verbergen, daß kontinuierliche Arbeit in der Umweltverwaltung gar nicht stattfinden kann? Täuscht nicht gerade der Aktionismus der Umweltpolitik darüber hinweg, daß für den Sachverhalt, der die Öffentlichkeit gerade erregt, zwar sämtliche Ressourcen mobilisiert werden, sie aber gleichzeitig von alten Sachverhalten abgezogen werden? Wobei der Definition dessen, was „alt“ oder „neu“ ist, nicht sachlich begründete Fakten zugrundeliegen, sondern die Aufmerksamkeit der Medien darüber entscheidet. Unfreiwillig beleuchtete der niedersächsische Umweltminister auch dieses Problem mit einem Stoßseufzer nach einer „umweltpolitischen Eingreiftruppe“ beim jüngsten Skandal um Buschhaus. Schon die Wortwahl läßt erkennen, daß von dem umweltrechtlichen Leitbild einer „Eingriffsverwaltung“ real nichts vorhanden sein kann. Faktische Umweltpolitik ist Medienfeuerwehr und dient lediglich der Aufrechterhaltung einer Fiktion. Der Fiktion nämlich, daß staatliche Handlungskompetenz zur Bewältigung der Umweltprobleme gegeben sei. Das Illusionstheater verläuft dabei immer nach dem selben Muster: Wird ein Umweltskandal bekannt, wird erstens erklärt, daß die Umgebung nicht gefährdet sei, zweitens werden vor Ort zusätzliche Messungen und Kontrollen angekündigt, drittens wird öffentlich eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen erwogen mit der Begründung, daß man „tief enttäuscht sei“ über den Vertrauensmißbrauch seitens der Verantwortlichen und daß man jetzt härter durchgreifen müsse. Das härtere Durchgreifen manifestiert sich dann in Papier. „Vertrauensbildende Maßnahmen“ für die betroffene Bevölkerung, deren Mißtrauen durch immer neue Ereignisse genährt wird, runden das Programm ab. Die faktische Umweltpolitik in Niedersachsen ist ein Papiertiger – im Wortsinne.

Mehr Finanzen, mehr Personal – ist das Vollzugsdefizit dadurch lösbar?

Das bisher Gesagte läßt hoffen, daß das umweltpolitische Vollzugsdefizit zu beseitigen sei. Es gelte

lediglich, die Lücke zwischen politisch Gewolltem und rechtlich Fixiertem zu schließen – durch personelle und finanzielle Verstärkung des Vollzugs. Diese Hoffnung trägt. Natürlich gibt es hier ein weites Aufgabenfeld, und eine Verstärkung des Vollzugs schließt nicht aus, daß hiermit zur Durchsetzung umweltpolitischer Ansprüche ein entscheidender Beitrag geleistet werden kann. Das umweltpolitische Heil in der Schließung der eklatanten Lücke zwischen politischen Absichten und faktischer Umsetzung zu suchen, hieße aber, daß Problem wieder einmal auf eindimensionale Rechtfertigungszusammenhänge zu reduzieren – ähnlich, wie man es noch zuvor auf fehlende rechtliche Grundlagen zurückgeführt hat. Mangelnde Lösungskapazität des Vollzugs für Umweltprobleme hat ihre Ursache auch in strukturellen Begrenzungen einer Eingriffsverwaltung:

1) Banal ist die Feststellung, daß auch normkonformes Verhalten von Umweltnutzern ökologische Risiken produziert. Der politische Prozeß der Normanpassung ist gegenüber dem der Produktion ökologischer Risiken durch technische Entwicklungen vergleichsweise schwerfällig und überdies strukturell reaktiv.

2) Des weiteren sei ein Hinweis auf Ergebnisse der empirischen Verwaltungsforschung erlaubt: Sie hat schon früh gezeigt, daß die Vorstellung, gesetzliche Vorgaben würden qua staatlichem Gewaltmonopol lediglich „exekutiert“, völlig realitätsfern ist. Statt dessen prägen kooperative und auf Konsens angelegte Strategien die Vollzugswirklichkeit. Zwischen Genehmigungsbehörde und Antragsteller findet ein Aushandlungsprozeß um das realisierbare Optimum statt. Wie Hucke/Uhlmann 1980 feststellten, stehen Genehmigungsverfahren in der Vollzugswirklichkeit am Ende des Entscheidungsprozesses. „Genehmigungsentscheidungen lagen daher nicht selten inhaltlich hinter den Anforderungen zurück, die von Rechts wegen ergehen könnten, konzidieren ... aufschiebende Fristen, oder enthalten andere Momente des Entgegenkommens gegenüber industriellen Adressaten ...“⁵

Schilderungen der Vollzugsrealität durch Betroffene machen immer wieder deutlich, daß die politischen Kompromisse, die dem Inkraftsetzen von Verordnungen vorangehen müßten, in welcher Weise geltendes Recht im Umweltsektor angewandt wird, auf die Ebene von Vollzugs- und Kontrollinstanzen verlagert werden. Der den technischen Beamten in der Gewerbeaufsicht eingeräumte Ermessensspielraum, der einer perfekten Verrechtlichung sinnvollerweise einen Riegel verschieben soll und

Praxisnähe im Verfahren berücksichtigt sehen will, ist ein zwiespältiges Ding. Zum einen entlastet es die politische Ebene, weil ja vorgeblich nur noch in der Sache entschieden wird, zum zweiten schließt er die Öffentlichkeit weitgehend aus. Der gesellschaftliche Konflikt um einzelne Genehmigungstatbestände wird letztlich auf dem Rücken des technischen Beamten ausgetragen und die informellen Einflußnahmen entziehen sich der gesellschaftlichen Kontrolle.

So gerät Kontrolle fast ausschließlich zu Beratung, ist das Repertoire staatlicher Interventionen und Auflagen letztlich ohne jeden Biß, weil die politische Rückendeckung sich nur auf das Prinzip, aber praktisch nie auf die Anwendung bezieht. Das Auseinandergleiten von Ansprüchen der Politik und der Notwendigkeit, die Ämter der Anspruchshaltung entsprechend auszugestalten (Weiterbildung, Eingruppierung, Personalentwicklung, technische Ausstattung, politische Rückendeckung) begünstigt die Entmotivierung der Beschäftigten in der Umweltverwaltung. Die permanente Überforderung, der sie ausgeliefert sind, besteht nicht nur in Arbeitsüberlastung. Sie besteht wesentlich in der Definition ihrer Rolle als Politikersatz: Ein Mitarbeiter, der die Alternative „Arbeitsplätze oder Immissionsschutz“ entscheiden muß, kann rational nur einen Weg wählen – die „Ärger-Minimierungsstrategie“. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, in die Umweltschutz eingebettet ist, schlagen so bis in die letzte Vollzugsinstanz durch. Nicht-Öffentlichkeit ist eine der Bedingungen, die die Politik als Entlastungsstrategie zur Konfliktvermeidung schafft.

3) Verhandlungsmacht und Kontrollpotential der Umweltverantwortung leiden darüber hinaus unter einem strukturell bedingten Informationsdefizit. Die unbestimmten Rechtsbegriffe, Bestandteil vieler Umweltgesetze, verdeutlichen diese Situation: „Stand der Technik“, „Wirtschaftlich zumutbar“, „Reststoffe nicht vermeidbar“, sind nur dann mit Inhalt zu füllen, wenn die Kontrollinstanz über mindestens den gleichen Informationsstand verfügt wie die zu kontrollierende Seite. Bekanntermaßen ist dies nicht der Fall. „Betriebsgeheimnis“ ist nur ein Stichwort zur Beleuchtung des Problems. Aber es ist darüber hinaus zu bezweifeln, ob der Anspruch „mindestens gleiches Informationsniveau“ jemals einzulösen sein wird. Die Definition dieser Normen obliegt strukturell der Gegenseite: hier werden technische Innovationen entwickelt, ökonomische Strategien implementiert, über Investitionen entschieden. Die Kontrollinstanz kann nur reagieren – so sie denn von diesen Entwicklungen weiß.⁶

4) Darüber hinaus ist Kontrolle per Definition reaktiv. Sie setzt Meßinstrumentarien und organisierte Informationsflüsse voraus, kann aber bei Normüberschreitungen nur *diese* abstellen, nicht den möglicherweise verursachten Umweltschaden rückgängig machen. Und schon die Voraussetzung verdeutlicht die Sisyphusaufgabe: Verhalten dezentraler Entscheidungsträger soll durch eine zentrale Kontrollinstanz beeinflusst werden. Im Fall BImSchG-Anlagen ja noch einigermaßen vorstellbar, auch vielleicht bei Kläranlagen. Aber bei Landwirten? Oder bei Indirekt-Einleitern? Je mehr der Versuch der Verhaltenskontrolle an den Umweltnutzer selbst heranrückt, um so deutlicher wird, daß tatsächliche Kontrolle von Umweltvorgaben auch von einer noch so komplexen und gut ausgestatteten Umweltverwaltung nicht geleistet werden kann. Reale Situationen stützen die These: Umweltgesetze sind für die Verwaltung in erster Linie Haftungsregelungen: Wenn einer erwischt wird, muß klar sein, wer zahlt.⁷

Wirksame Durchsetzung von Umweltpolitik erfordert andere institutionelle Strategien

Die der vorhandenen Umweltverwaltung – gut oder schlecht ausgestattet – eigentümliche reaktive Handlungsebene kommt nicht von ungefähr: sie resultiert aus einer spezifischen Sichtweise von Umweltproblemen.⁸ „Umwelt“ wird in medialen Kategorien definiert, sie besteht aus „Wasser“, „Boden“, „Luft“. Die Wirkungen auf diese Medien werden in Form von „Schäden“ beschrieben. Die mit einer solchen Definition verknüpften medialen Handlungsebenen beziehen sich dementsprechend auf „Schutz“ und „Schadensbeseitigung“: Wasserschutz, Bodenschutz, Luftreinhaltung usw.

Es ist bezeichnend, daß in der Begrifflichkeit von Umweltpolitik das Wort „Nutzung“ nicht vorkommt, obwohl gerade hier die Hebel einer „Schadensverhinderungspolitik“ sitzen. Über die Formen der *Umweltnutzung* wird weder in der Umweltpolitik noch in der Umweltverwaltung entschieden. Das gilt insbesondere dann, wenn es nicht um *einzelne* Umweltnutzungen geht, die als solche „schädlich“ sind, sondern wenn es um die Beurteilung vielfältiger Ansprüche an Umweltgüter geht, die nicht in ihrem jeweiligen Ausmaß, sondern in der Summe der Nutzungen zu Umweltschäden kumulieren. „Schäden insofern“, als sie die Regenerationsfähigkeit des Systems Umwelt überfordern. Die mediale Definition, die institutionellen Problemlösungsstrukturen zugrundeliegt, produziert das heutige Dilemma der Umweltpolitik: In der Regel wird ein Problem nur

von einem Medium in das andere verschoben. So heißt Luftreinhaltung vermehrter Anfall von Filterstäuben, bessere Kläranlagen mehr und giftigere Klärschlämme, Bodenschutz erschöpft sich in Sanierung. Die Möglichkeiten, in Nutzungen einzugreifen, beschränkt sich auf Verhinderung der Überschreitung medial definierter Grenzwerte. Der querschnittsorientierte Ansatz, Nutzungen in der Summe aufeinander abzustimmen, scheitert häufig genug an der institutionellen Arbeitsteilung: Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik etc. wird woanders gemacht.

Umweltpolitik wird auch bei größtem finanziellen und personellen Einsatz weiterhin Reparaturpolitik bleiben, wenn nicht Charakteristika einer Umweltvorsorgepolitik *institutionell abgebildet* werden. Dazu gehören integrative und auf dem Vorsorgeprinzip beruhende Steuerungsinstrumentarien, die zum Entscheidungsparameter des *Umweltnutzers* selbst werden, weil sie dessen ureigenste Interessen berühren. Ökonomische Anreize wie Gefährdungshaftung mit Beweislastumkehr und Versicherungspflicht oder Steuern für hohen Umweltverbrauch könnten der ineffizienten Verrechtlichung des Umweltproblems entgegenwirken.

Im Bereich der staatlichen Umweltverwaltung ist auf eine ressortvernetzende Strategie besonderer Wert zu legen: Intermedial ausgerichtete koordinierende Organisationsstrukturen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die Umwelthanliegen in die Fachabteilungen integriert, sind in der gegenwärtigen Situation wichtiger als der Ausbau des Kontrollapparates. Nicht zuletzt sind auch ökonomische Anreize in der Verwaltung zu etablieren: Die Einbeziehung von „Umweltnutzungskosten“ in Form von ökologischen Bilanzen oder ökologischer Haushaltsführung könnten ein wirksamer Entscheidungsparameter sein. Insbesondere in letzterem Bereich besteht jedoch gegenwärtig ein großer Forschungs- und Entwicklungsbedarf. Die Bilanzierung von vermiedenen öffentlichen Kosten aufgrund von Umweltschutzmaßnahmen gegenüber öffentlichen Kosten der Schadensbeseitigung könnte die Verhandlungsposition von Umweltschützern zu Umweltnutzern entscheidend verändern. Die Möglichkeit einer Integration einer solchen Bilanz in die kameralistische Haushaltsführung ist jedoch heute weitgehend ungeklärt.

Eines ist jedoch klar: Angesichts der Haushaltslage z. B. des Landes Niedersachsen (ähnliches dürfte auch für andere Bundesländer gelten) führt eine Politik, die *ausschließlich* auf den Ausbau der

Umweltverwaltung im Bereich der Kontrolle setzt, nur weiter in die schon beschriebene Sackgasse: Eine – wie auch immer parteipolitisch – geführte Exekutive steht vor dem Dilemma, entweder die Begrenzungen der eigenen Handlungsfähigkeit öffentlich zugestehen zu müssen oder vorhandene Umweltakande zu legitimieren. Der bisherige Ansatz, Umweltpolitik zu exekutieren, wird weder strukturell den Problemen gerecht, noch bietet er Aussicht auf eine effiziente Strategie. Eine „neue“ Umweltverwaltung muß Organisationsstrukturen und deren Steuerungs- und Regelungsmechanismen zur Disposition stellen. Inwieweit eine auf bürokratischen Prinzipien beruhende, Disziplinarität und Linie betonende Organisationsstruktur der Querschnittsaufgabe „Umwelt“ überhaupt gerecht werden kann, ist eine offene Frage – Experimente sind nötig.

Anmerkungen

- 1 – Der Entwurf einer Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen befindet sich in der Ressortabstimmung.
 - Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Benzinbleigesetzes soll im Januar 1988 in Kraft treten.
 - Eine erste Verordnung zur Änderung der Dritten Verordnung zur Durchführung eines Bundesimmissionschutzgesetzes (3. BImSchG) wurde beschlossen, die eine Herabsetzung des Schwefelbleiungsgehaltes im leichten Heizöl und Dieselkraftstoff vorsieht.
 - Ein Gesetzentwurf zum Schutz der Ozonschicht befindet sich in der Ressortabstimmung.
 - Eine „erste Arbeitliste“ mit 585 Altstoffen auf Grundlage des Chemikaliengesetzes wurde im Oktober 1987 vorgelegt.
 - Eine Pentachlorophenolverordnung wird in Kürze dem Bundesrat zugeleitet.
 - Eine erste Änderungsverordnung zur Gefahrstoffverordnung wurde verabschiedet.
 - Der Entwurf einer Schadstoffhöchstengenenverordnung wurde vorgelegt.
 - Eine Neufassung der Rasenmäherlärmmverordnung (8. BImSchV) trat im Juli 1987 in Kraft.
 - Ein Entwurf der Baumaschinenlärmmverordnung (15. BImSchV) wurde vorgelegt.
 - Ein Entwurf zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung (Motorlärmm) wurde vorgelegt.
 - Eine Verordnung über die Bestimmung der Herkunftsbereichs von Abwasser trat im Juli 1987 in Kraft.
 - Der Entwurf einer Verordnung über die Beschriftung der Ver-

packungen von Wasch- und Reinigungsmitteln befindet sich in der BG-Abstimmung.

- Eine Verwaltungsvorschrift betr. Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwässern durch Gemeinden wurde dem Bundesrat zugeleitet.
 - Eine Verwaltungsvorschrift betr. Wäsche von Abgasen aus Feuerungsanlagen wurde im September vom Bundesrat verabschiedet.
 - Eine Neufassung der Altölverordnung ist seit Oktober 1987 in Kraft.
 - Ein Konzept zur Umsetzung von § 14 AbfG wurde vorgelegt.
 - Der erste Teilentwurf einer TA-Abfall wurde zur Abstimmung vorgelegt.
 - Eine Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung trat im Juli 1987 in Kraft.
 - Eine Pflanzenschutzmittelverordnung trat ebenfalls im Juli 1987 in Kraft.
 - Ein Entwurf zu einer Pflanzenschutzanwendungsverordnung befindet sich in der Ressortabstimmung und soll voraussichtlich im Frühjahr 1988 in Kraft treten.
- Der Entwurf zu einem Umweltstatistikgesetz befindet sich in der Ressortabstimmung.

2 Die neue Gesellschaft/Praktiker Hefts 12/86, S. 1126.

3 Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des gesamten Instanzenzuges der Gewerbeaufsichtsverwaltung, Untersuchung im Auftrage der Nds. Landesregierung, Mummert und Partner, August 1986.

4 zitiert nach Wolff, R., Leviathan (3) 1987, S. 364.

5 Wolff, R., a.a.O.

6 So stieß etwa der Vorschlag der Nds. SPD, eine „Datei zum Stand der Technik“ zur Abfallvermeidung als Bestandteil des AbfG festzuschreiben, auf massive Vorbehalte seitens des Volkes, obwohl mit der Definition als „gesetzlicher Aufgabe“ auch Stellenforderungen zu begründen gewesen wären. Gründe für diese Ablehnung bestanden darin, daß bezweifelt wurde, ob entsprechende Informationen erhältlich seien, so wie darin, daß man nicht wußte, wie diese Datei ständig auf aktuellem Stand zu halten sei.

7 Am Beispiel der kommunalen Abwasseranlagen ist dies besonders deutlich. Seitdem in Niedersachsen die Kommunen abwasserbeseitigungspflichtig sind, üfern die Absehnisse, die Bedingungen und Grenzwerte für das Einleiten in das kommunale Abwasser system regeln, regelrecht aus, bis hin zu Grenzwerten für chlorierte Kohlenwasserstoffe. Jedem der Beteiligten – außer vielleicht den Gründern – ist klar, daß keine Gemeinde auch nur ansatzweise über die Kontrollkapazitäten verfügt, die Einhaltung der Einleitungsbedingungen sicherzustellen. Nur wenn die Kläranlage umkippt, und die Gefahr besteht, daß die Gemeinde ihren Rabatt bei der Abwasserabgabe verliert oder gar der Gemeindefaktor eine Strafanzeige nach § 324 StGB zu gegenwärtigen hat, muß ein Rückgriff auf den Verursacher gewährleistet sein.

8 Nicht berücksichtigt wird in dieser Argumentation die historische Entwicklung des Umweltrechts aus dem Polizeirecht, dem die Auffassung zugrundeliegt, nur „Ordnungstörer“ verursachten Umweltprobleme, normadäquates Verhalten dagegen nicht (vgl. dazu R. Wolff, Leviathan (3) 1987).

Jochen Graw Dschungel Chemikalienrecht

Dr. Jochen Graw, Jahrgang 1953, ist Diplom-Biochemiker; er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Münchner Forschungsinstitut. Veröffentlichungen u. a. „Das neue Chemikaliengesetz – nur ein Alibi?“ (FH 2/1981); „Das Chemikaliengesetz“ (Nachr. Chem. Tech. Lab. 30, 1982, 378–387); „Chemikalienrecht“ (in: Handbuch des Umweltschutzes, Landsburg, 1983, neu bearbeitet 1988).

Seveso-Bhopal-Basel: Drei Städtenamen, die zum Synonym wurden für die Risiken der Chemie. Diese Risiken sind aber nicht erst seit kurzem bekannt; Chemieunfälle gab es schon lange – kleine Störfälle, die niemand bemerkte, schleichende Vergiftungen, die zu langsamem Sterben führten, oder größere Unfälle mit katastrophalen Folgen. Die Geschichte der Chemie kann auch als Geschichte ihrer Störfälle geschrieben werden¹⁾.

Seit es Unfälle in der Chemieindustrie gibt, so lange gibt es auch Versuche, durch gesetzliche Regelungen dieses Risiko für Arbeitnehmer und Anwohner zu mindern. Die Entwicklung läuft fast immer nach einem ähnlichen Schema: die schädliche Wirkung eines Stoffes wird mehr oder weniger zufällig erkannt, die Grenzwerte für den Umgang werden gesenkt – bis zum nächsten Störfall. Als ein erster Ansatz kann die Gewerbeordnung (GewO) von 1869 gewertet werden²⁾. Etwa 110 Jahre nach dem Inkrafttreten der Gewerbeordnung schien dieser Prozeß mit der Verabschiedung des Chemikaliengesetzes (ChemG) an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen zu sein. Ein zusammenhängendes, vorausschauendes Vorgehen gegen schädliche Folgen der Chemie ist aber trotz vieler Bemühungen nicht vorhanden. Alles bleibt Stückwerk, ist nur Reaktion auf aktuelle Probleme. Dieses Stückwerk wird besonders deutlich, wenn man sich die Vielzahl der Gesetze und Verordnungen betrachtet, die den Umgang mit Chemikalien regeln.

Medienspezifische Regelungen

Die medienspezifischen Regelungen betreffen den Schutz von Wasser, Boden und Luft vor gefährlichen Stoffen. Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG³⁾) bestimmt im wesentlichen, daß die Benutzung von

Gewässern einer Erlaubnis oder Bewilligung bedarf. Das WHG regelt die Pflicht, Abwasser nach den Regeln der Technik so zu beseitigen, daß das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Dies wird in 46 verschiedenen Verwaltungsvorschriften präzisiert, die auf einzelne Produktionsbedingungen zugeschnitten sind. Anlagen, in denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, dürfen nicht zu einer Verunreinigung der Gewässer führen und müssen daher dem Stand der Technik entsprechen. Unter einem Genehmigungsvorbehalt steht dabei nur der Transport wassergefährdender Stoffe in Rohrleitungen, wenn die Leitungen das Werksgelände verlassen; die werkseitige Genehmigung fällt in den Bereich der GewO. Für andere Anlagen muß die Eignung festgestellt werden.

Wassergefährdende Stoffe sind alle Stoffe, die geeignet sind, nachhaltig die Beschaffenheit von Gewässern nachteilig zu verändern. Entsprechend seinen Eigenschaften wird der Stoff einer der vier Wassergefährdungsklassen zugeteilt. Zur Bewertung werden die Giftigkeit, das Abbauverhalten sowie Langzeitwirkungen und physikalisch-chemische Merkmale herangezogen. Die vorgeschriebenen Tests und Bewertungskriterien sind nicht identisch mit denen, die das ChemG vorsieht. Die Stoffe sind in einem Katalog aufgelistet, der vom Bundesinnenministerium 1985 bekannt gegeben und vom Bundesumweltministerium 1987 fortgeschrieben wurde.

Das Abwasserabgabengesetz (AbwAG) von 1976 versucht erstmalig, ökonomische Lenkungsmechanismen in das Umweltrecht einzuführen. Entsprechend der Schädlichkeit des Abwassers muß eine höhere Abgabe gezahlt werden. Eine Schadeinheit wird nach allgemeinen Parametern (z. B. „oxidierbare Stoffe“) sowie über die Konzentration von Quecksilber und Cadmium bestimmt. Ab 1989 werden dabei auch organische Halogenverbindungen sowie Chrom, Nickel, Blei und Kupfer berücksichtigt. Die Definition der „Schadeinheit“ entspricht nicht den Kriterien für wassergefährdende Stoffe.

Das Wasch- und Reinigungsmittel-Gesetz (WRMG) regelt, daß diese Mittel biologisch abbaubar und bestimmte Höchstmengen an Phosphaten nicht überschreiten sollen. Entsprechend kann auch das Inverkehrbringen einzelner Stoffe beschränkt oder verboten werden; die Einzelheiten werden in den entsprechenden Verordnungen geregelt. Das WRMG ist das einzige Gesetz aus dem Bereich des Gewässerschutzes, das ausdrücklich auf die Anwendung des ChemG für diese Stoffe hinweist.

Im Bereich des Bodenschutzes muß der Stoffein-

trag aus verschiedenen Bereichen menschlicher Tätigkeit betrachtet werden: über die Luft (Industrie, Verkehr und Haushalte), durch Abfallbeseitigung sowie durch die Landwirtschaft. Bodenschutz existiert als eigenständiges und gut umschriebenes Regelwerk bisher nicht. Das Bundeskabinett hat im Dezember 1987 einen Maßnahmenkatalog⁶⁾ verabschiedet, der eine erste Zusammenfassung bestehender und notwendiger neuer Maßnahmen zum Bodenschutz versucht. Einen „vorrangigen Erörterungsbedarf“ sieht das Bundeskabinett aber nur bei der Entwicklung von Grenzwerten, um den Eintrag von Stoffen (direkt oder über Luft und Wasser) zu vermindern. Der Weg dahin bleibt offen.

Die Einwirkung von Schadstoffen aus der Luft wird im wesentlichen im Bundesimmissionsschutz-Gesetz (BImSchG) geregelt, das aber wegen seines überwiegenden Bezugs auf die belastenden Anlagen unter den „anlagenbezogenen Regelungen“ diskutiert werden soll. Die bisherige gesetzliche Regelung des Bodenschutzes umfaßt weiterhin Bereiche aus der Land- und Forstwirtschaft sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Unter stoffrechtlichen Gesichtspunkten sind hier vor allem das Düngemittel- und Pflanzenschutz-Gesetz wichtig.

Allein die Abfallwirtschaft ist relativ präzise geregelt. Das *Abfallgesetz* (AbfG) sieht die Verpflichtung zur Abfallvermeidung sowie zur „Entsorgung“ des Abfalls in entsprechenden Anlagen vor. Das AbfG schreibt allgemein nur das Verfahren vor, nach dem diese Anlagen geplant und errichtet werden können. In der Verordnung zur Bestimmung von Abfällen wird an einzelne Stoffgruppen, die dort abschließend aufgeführt sind, besondere Anforderungen gestellt.

Im Bereich des Bodenschutzes gibt es keine Kategorie, die dem Begriff des „wassergefährdenden Stoffes“ aus dem Gewässerschutz vergleichbar wäre. Die Klärschlammverordnung enthält Höchstwerte für Schwermetalle, um das Ausbringen zu hoch belasteten Klärschlämmen auf landwirtschaftlichen Flächen zu verbieten bzw. nur unter Auflagen zu gestatten. Die Altöl-Verordnung (ab 1. 7. 88) regelt das Einsammeln und die Aufarbeitung von Altölen, insbesondere wegen der möglichen Verunreinigung mit polychlorierten Biphenylen (PCBs).

Anlagenbezogene Regelungen

Eine Genehmigungspflicht für das Herstellen, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen, die geeignet sind, Umweltbelastungen herbeizuführen, enthält das *BImSchG*; genehmigungspflichtige Anlagen sind abschließend aufgeführt. Eine Genehmigung

muß erteilt werden, wenn die entsprechenden Auflagen (z. B. Höchstmengen für den Ausstoß von Schadstoffen) erfüllt sind und die Anlagen entsprechend dem „Stand der Technik“ ausgerüstet sind. Das *BImSchG* wird ergänzt durch 5 Verwaltungsvorschriften und 15 Durchführungsverordnungen, die z. T. mit eigenen Verwaltungsvorschriften versehen sind. Eine der wichtigsten Verwaltungsvorschriften ist sicherlich die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft), die Grenzwerte für die Emissionen bzw. Immissionen bestimmter Schadstoffe (insbesondere Schwefel- und Stickoxide, gasförmige Chlor- und Fluorverbindungen, Stäube) enthält.

Die 15 Durchführungsverordnungen (VO) decken sehr unterschiedliche Bereiche ab (z. B. Rasenmäherlärm, Nr. 8; Emissionen von leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen, Nr. 2) und kollidieren z. T. auch mit dem *ChemG* (Nr. 10). Die Störfall-VO (12. VO zur Durchführung des *BImSchG*) ist nach der Serie der Unfälle am Rhein im Herbst 1986 Gegenstand intensiver politischer Diskussionen geworden, die im Frühjahr 1988 vorläufig abgeschlossen wurden. Die novellierte Störfall-VO sieht vor, daß Betreiber genehmigungspflichtiger Anlagen, in denen mit gefährlichen Stoffen umgegangen wird, eine Sicherheitsanalyse vorlegen müssen. Darin muß angegeben werden, welche Maßnahmen zur Vorsorge gegen Störfälle und für den Störfall selbst getroffen oder vorgesehen sind. Der Betreiber einer solchen Anlage hat die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um Störfälle zu verhindern und die Auswirkungen auf die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört auch eine ständige Überwachung der Anlage in sicherheitstechnischer Hinsicht. Ein Störfall muß der zuständigen Behörde unverzüglich mitgeteilt werden. Die Art der Anlagen und die gefährlichen Stoffe, auf die die Störfall-VO anzuwenden ist, sind in den Anhängen abschließend aufgeführt. Allerdings bleiben die Kriterien unklar, nach denen aus den über 100 000 chemischen Stoffen 319 Stoffe oder Stoffgruppe als gefährlich im Sinne der Störfall-VO klassifiziert werden. Ein direkter Bezug zu den entsprechenden Gefährlichkeitsmerkmalen des *ChemG* besteht nicht. Interessant ist, daß mit der Novellierung der Störfall-VO erstmals auch mögliche Unfälle bei der industriellen Anwendung der Gentechnologie in den Blick genommen werden.

Ein zweites wichtiges, anlagenbezogenes Regelwerk ist die *Gewerbe-Ordnung* (GewO), insbesondere diejenigen Vorschriften, die die Überwachung

oder Genehmigung von Anlagen betreffen. Dabei ist festgelegt, daß gefährliche Anlagen vor der Errichtung einer Erlaubnis und während des Betriebs einer besonderen Überwachung bedürfen. Solche Anlagen sind in der GewO abschließend aufgelistet; dazu gehören u. a. Dampfkesselanlagen, Anlagen zum Abfüllen von Gasen oder brennbaren Flüssigkeiten, Azetylenanlagen und Kalziumkarbidlager. Die Eingriffsmöglichkeiten der Gewerbeaufsichtsbehörden gehen bis zu einer möglichen Stilllegung der Anlage. Das Nähere regeln entsprechende Verordnungen, die aber eine sehr lange Liste von Ausnahmeregelungen enthalten: „Diese Verordnung gilt nicht für die Deutsche Bundespost, Seeschiffe, Unternehmen des Bergwesens, Entwicklung und Erprobung“ etc. (so z. B. in der Druckbehälter-VO, der Acetylen-VO, der VO über elektrische Anlagen in explosionsgefährdenden Räumen, oder in der VO über brennbare Flüssigkeiten).

Die Beförderung gefährlicher Güter wird in einem eigenen Gesetz behandelt, wobei der innerbetriebliche Transport ebenso ausgenommen ist wie der Transport durch die Bundespost und Bergbahnen. Für jedes Verkehrssystem (Straße, Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Seeschiffe – aber nicht für Flugzeuge) gibt es eine eigene Verordnung mit ihrer entsprechenden Ausnahmeregelung. Diese Verordnungen beschränken sich im wesentlichen auf baubezogene Maßnahmen sowie eine Kennzeichnung der entsprechenden gefährlichen Stoffe. Der Begriff des „gefährlichen Stoffes“ ist in diesem Gesetz vollkommen unabhängig von den entsprechenden Gefährlichkeitsmerkmalen des ChemG definiert. Der Transport gefährlicher Güter ist aber trotz aller Versuche des Gesetzgebers schwer kontrollierbar und unübersichtlich, wie die Irrfahrt der Seveso-Fässer und die Unfälle mit Tankfahrzeugen gezeigt haben. Dies wird auch im „Umweltgutachten 1987“ des Sachverständigenrates für Umweltfragen deutlich. Obwohl etwa 16 % des gesamten Gütertransports auf die Beförderung gefährlicher Güter entfallen, liegen keine Informationen über die zeitliche Entwicklung des Transportgutaufkommens bzw. der Veränderung seiner Struktur vor. Der Sachverständigenrat fordert daher zu Recht einen Abbau der Mängel im Informationssystem⁵⁾ (Tz. 2068 ff.).

Stoffbezogene Regelungen

Das *Chemikaliengesetz* (ChemG) wurde in der Endphase der sozialliberalen Koalition verabschiedet und trat 1980 als Ergebnis einer EG-weiten Neuregelung in Kraft. Obwohl das ChemG immer wie-

der als zentrales Regelwerk für chemische Stoffe angesehen wird, ist es doch nur eine *Ergänzung* des bisherigen Stoffrechts, d. h. es gilt nicht für chemische Stoffe, deren Umgang in anderen Gesetzen geregelt ist. Es sieht wesentlich eine Anmeldepflicht für *neue* Stoffe vor, die für den Hersteller in Abhängigkeit von der Produktionsmenge mit verschiedenen intensiven Untersuchungen verbunden ist. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen stellen die Grundlage für die Kennzeichnung des Stoffes dar (z. B. als giftig, krebserzeugend, o. ä.). Als Anmeldestelle arbeitet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz, die zum Geschäftsbereich des Bundesarbeitsministeriums gehört; die Fachaufsicht wird aber vom Bundesumweltministerium ausgeübt. Als Bewertungsstellen werden außerdem noch das Umweltbundesamt sowie das Bundesgesundheitsamt tätig; die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft sowie die Bundesanstalt für Materialprüfung können an dem Anmeldeverfahren beteiligt werden.

Alte Stoffe (d. h. Stoffe, die vor dem 18. 9. 1981 in Verkehr gebracht wurden) müssen nur gemeldet, nicht aber untersucht werden. Das europäische Altstoffinventar umfaßt derzeit über 100 000 Stoffe⁶⁾. Wieviele und welche dieser Altstoffe *nachträglich* und in welchem Umfang untersucht werden, ist derzeit Gegenstand wissenschaftlicher, politischer und ökonomischer Diskussionen (die Kosten für die Grundprüfung eines Stoffes wurden 1981 mit 65–96 000 DM veranschlagt⁷⁾).

Der Begriff „gefährlicher Stoff“ wird im ChemG genau definiert, indem 14 Gefährlichkeitsmerkmale angegeben werden sowie als weiteres Kriterium eine allgemeine Umweltgefährdung. Als gefährlich muß demnach ein Stoff angesehen werden, wenn eines dieser 15 Merkmale zutrifft. Diese Gefährlichkeitsmerkmale werden in einer entsprechenden Verordnung zusammen mit dem dazu gehörenden Meßverfahren definiert.

Das ChemG wird durch eine Reihe weiterer Verordnungen ergänzt. Eine der wichtigsten ist die Gefahrstoff-VO. Sie enthält u. a. Anwendungsverbote bzw. -einschränkungen für einzelne Stoffe (Ammoniumnitrat, Asbest, Bleiverbindungen, Dioxine, Formaldehyd, Tetrachlorkohlenstoff, Pentachloräthan und Pentachlorphenol). Sie enthält darüber hinaus die – abschließende – Auflistung von 1492 als gefährlich eingestuften Stoffen. Für die Konzentration am Arbeitsplatz gelten darüber hinaus die „Maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen“ sowie die „Technischen Richtkonzentrationen“, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft jährlich neu er-

arbeitet werden; sie sind Bestandteil der Gefahrstoff-Verordnung.

Das *Düngemittelgesetz* gilt für Stoffe, die das Wachstum von Nutzpflanzen fördern sollen. Sie dürfen nur verkauft werden, wenn sie einem zugelassenen Düngemitteltyp entsprechen. Das *Futtermittelgesetz* regelt den Umgang mit Stoffen, die an Tiere verfüttert oder dem Futter beigemischt werden. Die zugelassenen Futtermittel werden in der Futtermittel-VO aufgeführt. Beide Gesetze werden durch jeweils eine eigene Verordnung ergänzt, die die Entnahme der Proben und die notwendigen Analyseverfahren genau vorschreiben.

Das *Pflanzenschutzgesetz* gilt für den Schutz von Pflanzen vor Schadorganismen. Die dazu verwendeten Pflanzenschutzmittel bedürfen der Zulassung durch die Biologische Bundesanstalt, die zum Geschäftsbereich des Bundeslandwirtschaftsministeriums gehört. Der Zulassungsantrag muß u. a. Angaben enthalten über die möglichen Gefahren, sowie über Verfahren zur sachgemäßen Beseitigung oder Neutralisierung. Die Zulassung wird erteilt, wenn das Pflanzenschutzmittel wirksam ist und keine nicht vertretbaren Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen und den Naturhaushalt hat. Die Zulassung endet i. d. R. nach 10 Jahren; sie kann verlängert oder verkürzt werden. Pflanzenschutzmittel, die für die Ausfuhr bestimmt sind, bedürfen keiner Zulassung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat darüber hinaus die Möglichkeit, bestimmte Pflanzenschutzmittel zu verbieten, ihre Verwendung einzuschränken oder von einer Genehmigung abhängig zu machen.

Das *Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz* (LMBG) erscheint als zentrales Regelungs-werk für den Gehalt von Nahrungsmitteln an chemischen Stoffen. Die Ausgestaltung des LMBG fällt in den Bereich des Bundesgesundheitsministeriums. Das LMBG geht von dem Grundsatz aus, daß Lebensmittel die Gesundheit nicht schädigen dürfen. Dazu kann es die Verwendung bestimmter Herstellungsverfahren vorschreiben, bestimmte Stoffe verbieten oder beschränken. Zusatzstoffe, die der Nahrung zugesetzt werden dürfen, sind in der Zusatzstoff-Verkehrs-VO abschließend aufgeführt. Es ist demnach z. B. auch verboten, Lebensmittel zu verkaufen, wenn die darin enthaltenen Pflanzenschutzmittel oder Tierarzneimittel bestimmte Höchstmengen überschreiten. Das LMBG wird von einer Reihe weiterer Verordnungen ergänzt (z. B. Verordnung über Stoffe mit pharmakologischer Wirkung, Vinylchlorid-Bedarfsgegenstände-VO, Trinkwasser-

aufbereitungs-VO, Trinkwasser-VO, Schadstoff-Höchstmengen-VO).

Das *Sprengstoff-Gesetz* gilt für den Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen, die von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung geprüft und vom Bundesinnenministerium zugelassen werden. Die Bundesanstalt gehört allerdings in den Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums; das Bundesinnenministerium wird von einem eigenen Sachverständigenausschuß beraten.

Einzelstoffrechtliche Regelungen finden sich darüber hinaus im DDT-Gesetz und im Benzin-Blei-Gesetz. Das *DDT-Gesetz* verbietet Herstellung, Ein- oder Ausfuhr, Erwerb, Anwendung und Inverkehrbringen von DDT – aber das Bundesgesundheitsamt kann in Einzelfällen Ausnahmen zulassen. Das *Benzin-Blei-Gesetz* regelt die Höchstmenge an Blei, die im Benzin enthalten sein darf. In zwei Schritten wurde der Bleigehalt ab 1972 reduziert; ab 1988 wird kein bleihaltiges Normalbenzin verkauft.

Ansätze einer vorausschauenden Chemiepolitik

Es wird bei der Übersicht über die verschiedenen Regelungswerke für chemische Stoffe deutlich, daß mindestens drei verschiedene Steuerungsmechanismen angewendet werden: während das ChemG ein Anmeldeverfahren kennt und der neue Stoff von seiten des Herstellers nach bestimmten Kriterien untersucht werden muß, sehen die anderen stoffbezogenen Gesetze ein Zulassungsverfahren vor, das je nach dem Einsatzbereich der Chemikalie verschieden angelegt ist. Als drittes Instrument steht eine Einschränkung im Umgang oder das Verbot bestimmter Stoffe zur Verfügung, wovon jedoch nur sehr zögernd Gebrauch gemacht wird. Die nach dem Anwendungsbereich und dem primär betroffenen Medium jeweils verschiedenartigen Regelungen sind ein wesentlicher Kritikpunkt des bisherigen Chemikalienrechts. Chemikalien breiten sich in Ökosystemen aus und können sich in Nahrungsketten anreichern. Ein gutes Beispiel für die ubiquitäre Verbreitung und Anreicherung von Umwelchemikalien in Nahrungsketten sind die schon erwähnten PCBs, die als Kühlmittel, Hydraulikflüssigkeiten, Transformatorenöle etc. verwendet werden¹⁾. Im Meerwasser können sie inzwischen in einer Konzentration von etwa 1–3 ng/l nachgewiesen werden; Meeresräuger enthalten aber 160 mg/kg; eine etwa 100-Millionen-fache Anreicherung²⁾ (Tz. 84). Futtermittel sind inzwischen mit etwa 8 µg PCB/kg Trockenmasse belastet, die Rohmilch mit etwa 65 µg/kg Fett. Frauenmilch enthält 779 µg PCB/kg Fett.

Auch DDT ist in der Frauenmilch in nicht unerheblichen Mengen nachweisbar; die Konzentrationen sind in der BRD im Mittel jedoch seit einigen Jahren rückläufig, was auf das bundesrepublikanische Verbot von DDT zurückgeführt werden kann. Die PCBs nehmen im Gegensatz dazu nicht ab³⁾ (Tz. 1279 ff.).

Diese Anreicherung bestimmter chemischer Stoffe liegt in den Eigenschaften dieser Stoffe begründet und in ihrem Stoffwechsel in den verschiedenen Organismen. Es macht deutlich, daß ein Regelungsvorhaben, das auf einzelne Anwendungsgebiete oder einzelne Medien abstellt, diesen stofflichen Eigenschaften nicht gerecht werden kann. Von einem „bestimmungsgemäßen Gebrauch“, wie er in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen immer wieder genannt wird, kann im Umgang mit Chemikalien nicht ausgegangen werden: chemische Stoffe entziehen sich per se einer derartigen Festlegung.

Die Verengung des Blickwinkels auf eine Form des Umgangs mit einem chemischen Stoff vergift darüber hinaus seine Herstellung, die „Entsorgung“ sowie mögliche Störfälle während des „bestimmungsgemäßen Gebrauchs“. Daher wird jede gesetzliche Regelung, die nur auf den Anwendungsbezug abstellt, dem Chemikalienproblem nicht gerecht. Vielmehr sind durchgängige, stoffbezogene Regelungen notwendig, die insbesondere auch die Charakterisierung, Kennzeichnung und Klassifizierung der über 100 000 verschiedenen Stoffe regeln müssen. Dem wird auch das SPD-„Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik“⁴⁾ nur im Ansatz gerecht, wenn es die isolierte medienbezogene Betrachtungsweise der Umweltpolitik kritisiert und eine verstärkte stoffbezogene Gesamtbeurteilung fordert. Auch der Antrag aus der laufenden Legislaturperiode „Vorsorge gegen Schadensfälle in der chemischen Industrie“¹⁰⁾ enthält nur eine Fülle von Änderungsvorschlägen im Detail zu den einzelnen Gesetzen. Bis heute fehlt jedoch ein Konzept, wie die verschiedenen bestehenden Regelungen so angeglichen werden können, daß sie dem

Grundanliegen, wie es das ChemG beispielhaft formuliert, Rechnung tragen können. Es kann nicht angehen, daß der Begriff „gefährliche Eigenschaften“ je nach Betrachtungsweise (d. h. medien-, anlagen- oder produktbezogen) verschieden gebraucht wird. Die Vielzahl von Beratungsgremien sowie die unterschiedliche Zuständigkeit einzelner Ministerien muß ohne Rücksicht auf gewachsene Kompetenzverteilungen hinter einer einheitlichen Entscheidungsinstanz zurücktreten, wobei es unerheblich ist, ob diese beim Gesundheits- oder Umweltministerium liegt. Das ChemG darf nicht länger nur Lückenbüsser sein, sondern muß vielmehr das allgemeine Regelwerk darstellen, das für spezifische Anwendungen von Chemikalien höchstens ergänzt zu werden braucht (z. B. Wirkungsnachweise). Erst wenn das Chemikalienrecht derart vom Kopf auf die Füße gestellt ist, kann ansatzweise von einem vernünftigen Umgang mit gefährlichen Stoffen gesprochen werden.

Anmerkungen

- 1) Walleischek, H., Graw, J.: Öko-Lexikon: Stichworte und Zusammenhänge. Verlag C.H. Beck, München, 1988
- 2) Wey, K.-G.: Umweltpolitik in Deutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1982
- 3) Alle Gesetze und Verordnungen zitiert nach Klopfer, M.: Umweltschutz-Textsammlung des Umweltrechts der Bundesrepublik Deutschland. Verlag C.H. Beck, 8. Erg. Lieferung, 1987
- 4) Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Dez. 1987: Maßnahmen zum Bodenschutz
- 5) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Umweltgutachten 1987, Bundestagsdrucksache 11/1568
- 6) Umweltbundesamt: Jahresbericht 1986
- 7) Uppenbrink, M., Bräcker, N., Schottelius, D., Schmidt-Bleek, F.: Chemikaliengesetz. Kommentar und Vorschriftenammlung zum gesparten Chemikalienrecht. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 4. Erg. Lieferung 1987
- 8) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Umweltgutachten 1978, Bundestagsdrucksache 8/1938
- 9) SPD-Bundestagsfraktion: Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik, Bundestagsdrucksache 10/51 81
- 10) SPD-Bundestagsfraktion: Vorsorge gegen Schadensfälle in der chemischen Industrie, Bundestagsdrucksache 11/714

Kritik

Drei Leben

Ota Šik, „Prager Frühlingserwachen“, Erinnerungen, Verlag Busse + Seewald, Herford 1988, 383 S., DM 42,-

Der Autor des „Dritten Wegs“, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, veröffentlichte zum 20. Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei durch die fünf Warschauer-Pakt-Staaten seine Erinnerungen. Ota Šik war maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung des Reformkonzepts 1968, insbesondere seines ökonomischen Teils. Es war der Versuch einer Symbiose zwischen Plan und Markt im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft.

Nur wenige Theoretiker erhalten in ihrem Leben die Chance, ihre Konzepte in der Praxis zu realisieren: Ota Šik bekam sie – als er Anfang 1968 in der Funktion des Stellvertretenden Ministerpräsidenten die Hauptverantwortung für die Durchführung der Wirtschaftsreform in der ČSSR übernommen hatte.

Ota Šik gehörte zu den radikalen Repräsentanten der Reformpolitik 1968, die in der Demokratisierung der Gesellschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform sahen. Es wirkt schon peinlich, daß einige Ideologen in der ČSSR und auch in der Sowjetunion versuchen, die Parallele in den Grundproblemen der Reformpolitik Gorbatschows und Dubčeks zu leugnen, auch wenn spezifische Unterschiede natürlich vorhanden sind. Die Neubewertung der tschechoslowakischen Reform 1968 liegt im Interesse der Glaubwürdigkeit Gorbatschows. Man kann doch nicht im Ernst die Perestrojka und Glasnost als die radikale Reform und den tschechoslowakischen Versuch 1968 als die Konterrevolution charakterisieren.

In dem vorliegenden Buch können wir die „drei Leben“ von Ota Šik mit-

verfolgen. Die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, die auch zum materiellen Elend der Familie Šik geführt hatte, der Aufstieg des Faschismus und die schwierige internationale Lage führten ihn in die kommunistische Jugendbewegung. Nach der Zerschlagung der ČSR und dem Verbot der KPTsch schloß sich Ota Šik der illegalen antifaschistischen Bewegung an. 1941 wurde er von der Gestapo verhaftet und ins KZ Mauthausen deportiert; nur mit großem Glück hat er diese erschütternden viereinhalb Jahre überlebt. Hier traf er einige politische Häftlinge, die später eine wichtige Rolle spielen sollten, u. a. Antonín Novotný – der Erste Sekretär der KPTsch und Staatspräsident nach Gottwalds Tod 1953.

Nach dem Krieg begann sein zweites Leben: Ota Šik hat sich für das Studium der Ökonomie entschieden und landete früh im Parteiparat der KPTsch in Prag. Nach einer kurzen, relativ erfolgreichen Nachkriegsetappe 1945 bis 1947 – die Zeit der „spezifischen Wege zum Sozialismus“ – begann eine traurige Periode in der Geschichte der Tschechoslowakei. Die KP hat durch einen Staatsstreich die ganze Macht an sich gerissen und in Kooperation mit Moskau die Sowjetisierung des Landes eingeleitet. Der überzeugte Kommunist beobachtete im ZK-Apparat, im Machtzentrum, die Widersprüche zwischen der Theorie/Ideologie und der politischen Praxis. Die Stalin-Ära mit ihren Schaulustprozessen und brutalen sozio-ökonomischen Umgestaltungen hatte alle ursprünglichen sozialistischen Werte diskreditiert. Dies hatte dann Chruschtschow 1956 als die Deformationen des Sozialismus deklariert. Der Weg von einem gläubigen Marxisten zu einem renommierten Wirtschaftswissenschaftler an der Spitze des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften in Prag war schwierig und kompliziert. Diese Erfahrungen, selbstkritisch geschildert, könnten für die junge Generation besonders aufschlußreich sein. Als Mitglied des ZK der KPTsch und Regierungsmitglied hatte Ota Šik Anteil an den wichtigsten politischen Entscheidungen in der Reformzeit. Seine Schilderung dieser

Etappe ergänzt bedeutend unsere Kenntnisse sowohl über die Politik der Dubček-Führung als auch über die politisch-militärischen Entscheidungen in Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Sofia. Die Charakterisierung der Hauptakteure dieser Zeit ist wichtig auch für die Gegenwart – einige Politiker, die mit der Reform 1968 kokettierten, gehörten in Wirklichkeit zu der fünften, prosowjetischen Kolonne. So auch der neue Parteichef, Husáks Nachfolger Miloš Jakeš.

Nach der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings, als die „Normalisatoren“ und Neostalinisten fast alles aus der Reformzeit wieder rückgängig gemacht hatten, begann Ota Šik im Schweizer Exil sein drittes Leben. Da entstanden seine wichtigsten ökonomischen Werke, es ist die fruchtbarste Zeit in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit mit internationaler Anerkennung. Ein besonders begabter Pädagoge erhielt auch die Möglichkeit, an den Hochschulen in Basel, Zürich, St. Gallen zu lehren.

Man kann allen, die sich fürs Zeitgeschehen interessieren, das Buch von Ota Šik empfehlen.

Rudolf Künstlinger

Spanien als weiterwirkendes soziales Lehrbeispiel

Reiner Tassdorff:
Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg.

Isa-Verlag, Frankfurt 1987, 575 S., DM 69,-

Patrick v. zur Mühlen:
Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939.

Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 372 S., DM 16,80

Gleich mit den ersten Sätzen des Vorworts der Dissertationsarbeit von Reiner Tassdorff zum spanischen Bürgerkrieg sieht sich der Leser mit der Feststellung konfrontiert, daß der lei-

denschaftliche Kampf um Spanien in seiner überragenden historischen Bedeutung auch nach 50 Jahren stark nachwirke. „Von allen Ereignissen des 20. Jahrhunderts ist der Spanische Bürgerkrieg vielleicht das, worüber am meisten geschrieben wurde und wird. Er zog das Engagement vieler Menschen an, weil es für sie ein Kampf war, um den Untergang der Menschen in die Barbarei, den der Siegeslauf des Faschismus in den dreißiger Jahren verkörperte, aufzuhalten.“

In der Tat ist trotz der Distanz von 50 Jahren, und nicht nur bei Menschen mit wachem geschichtlichen Bewußtsein – besonders aus einer Reihe von europäischen Ländern und erst recht bei den Nachfahren der damals im Ringen um Spanien Handelnden – eine Art weiter vermittelter „historischer Erinnerung“ dafür vorhanden, daß im Kampf um die strategische Beherrschung der „Schlüsselposition Spanien“ sowohl für die angreifenden Kräfte aus dem Lager der Hitler, Mussolini und Franco als auch für die zur Verteidigung herbeieilenden antifaschistischen Freiwilligen galt, daß sie nur als Vollstrecker einer zwanghaften und schicksalschweren „Alternative“ handeln konnten: So oder so, Tod im Kampf oder endlich ein Leben ohne die gesteigerte Gefahr des Untergangs in einem faschistisch beherrschten Europa!

Dieser Grundstimmung bei den ausländischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg entspricht ein anderer bedeutender Buchtitel, der jener Zeit ohne wirkliche Alternative gewidmet ist. Während Patrick v. zur Mühlen Buch als eine Spezialstudie konzipiert ist, wie die Militanz der deutschen antifaschistischen Linken insgesamt und in ihrer Differenzierung sich in der Zeit des spanischen Bürgerkriegs verhalten hat, bringt die umfassende Dokumentationsarbeit von Reiner Tosstorff tatsächlich eine gründliche Übersicht, wie die unterschiedlichen Richtungen und Formationen in der spanischen Bürgerkriegszeit auftraten und welche bedeutenden Wandlungen ihre politischen Positionen mehr und mehr widerspiegeln.

Der formale Beginn des spanischen Bürgerkrieges am 18. Juli 1936 wirkte

seinerzeit im Lande und in der authorisierenden Weltöffentlichkeit als eine von langer Hand vorbereitete militärisch-politische Offensivaktion der Armee, die unter Führung ihrer meisten Generale und Offiziere und verbündet mit speziellen Kräften aus Hitler-Deutschland und Italien unter Mussolini – ebenso wie mit den militanten Kräften der feudalen, nationalistischen und klerikalen Reaktion aus vielen Landesteilen Spaniens – gegen die damals amtierende kraftlose republikanische Regierung offenbar „leichtes Spiel“ haben dürfte. Doch das Kalkül der verbündeten faschistischen und reaktionären Stäbe ging nicht auf, da der todesmutige Widerstand der spanischen Volksmassen durch drei Jahre hindurch anhielt. . .

Selbst zur Beendigung dieses beispiellosen Widerstandskampfes der spanischen Volksmassen taten sich die Kanzleien und Diplomaten sämtlicher interessierter Mächte zu der einzigartigen gemeinsamen Vereinbarung zusammen, den spanischen Widerstandskämpfern einen geschlossenen Rückzug über die Grenzen zu gewähren, auch als Formationen. Sonst hätten sie den politischen Preis zu zahlen gehabt, beim Ausbruch des anstehenden 2. Weltkrieges sicher dann mit militärischen Widerstandsnestern im halbbesiegten spanischen „Hinterland“ zu tun zu haben.

Bereits in den allerersten Anfängen geriet der Aufmarschplan der schwerbewaffneten Armeekräfte diesmal durcheinander. Besonders die kampferprobten Arbeitermassen in den beiden hauptstädtischen Zentren Madrid und Barcelona stellten sich todesmutig den motorisierten Truppenteilen entgegen und versperrten mit einer mobilen Menschenmauer den heranrollenden Panzern, Truppenwagen und Geschützen den Weg – in einigen Fällen sogar bei der Ausfahrt vor den Kasernen.

Ohne jede Anleitung, vielmehr als spontane Abwehrreaktion der Arbeitermassen zuerst in Madrid und Barcelona, und insgesamt als entschlossener Willensausdruck großer Teile des spanischen Volkes gegen den überfallartigen und konzentrierten Einsatz von schwerem und rollendem Waffenma-

terial seitens der überlegenen Kräfte der aufständischen Militärs, ist so im direkten Kampf auf der Straße von den Volksmassen eine wirksame „Antwort“ gefunden und erprobt worden. Im Grunde handelt es sich dabei im Ansatz um ein Zusammenwirken von Elementen eines guerillamäßigen, sehr wendigen Kampfstils und einem stromartigen gleichzeitigen „Überfluten“ von Zufahrtsstraßen oder des Zugangs zu unmittelbar umkämpften militärischen Zentren – besonders von Kasernen und anderen militärischen Anlagen – durch spontane militante Kampfgruppen aus der hauptstädtischen Arbeiterschaft.

Statt eines von den Militärs erhofften leichten Sieges – etwa nach der Art des seinerzeitigen blutigen „Blitzkriegs“ gegen die bewaffneten asturischen Bergarbeiter im Oktober 1930, als der General Francisco Franco im ausdrücklichen Auftrag einer schwachen klerikal-reaktionären Madrider Zentralregierung an der Spitze einer militärischen Kolonne und Strafexpedition Asturien niederschlug und anschließend blutig „säuberte“ – löste der Militäraufstand vom Juli 1936 einen dreijährigen entsetzlichen Bürgerkrieg aus.

Das gründlich dokumentierte Buch von Reiner Tosstorff enthält überdies eine spezielle Studie, wie die Tragödie des spanischen Bürgerkrieges im Lager der divergierenden linken Kräfte zugleich einen „fruchtbaren“ Boden abgab – sowohl in wie außerhalb Spaniens – für einen unerbittlich geführten internen Bruderkrieg. Insofern enthält dieses Buch viel mehr als der Buchtitel verspricht.

Denn trotz des Hintergrunds der zersetzten stalinistischen Kampfmethoden und Machenschaften, denen die unterschiedlichen Formationen im linken Lager ausgesetzt waren und denen sie ihrerseits zu begegnen suchten – was in der Auswirkung nicht unwesentlich zur inneren Stärkung der offensiven Kräfte des franquistischen Lagers beitrug – hat letztlich selbst die Niederlage im spanischen Bürgerkrieg in der Arbeiterbewegung eine Reihe bleibender positiver Erfahrungen nicht ausgelöscht. Das gilt speziell für die bis zum Ende beibehaltene kämp-

ferische Haltung. Trotz aller Widersprüche bleibt ebenso unvergessen, daß im spanischen Bürgerkrieg aus der internationalistischen Losung eine Praxis der internationalistischen Tat entstand.

Entsprechend dem formulierten Hauptthema des Buches kreist die Dissertationsarbeit Reiner Tosstorff für die Universität Bochum zwar zentral um die Entstehung und um das mehrjährige politische Wirken der POUM – der „Partei der marxistischen Arbeitereinheit“ in Spanien – und so um ihre politische Rolle im spanischen Bürgerkrieg, aber auch um ihr schließliches organisatorisches Ende im Verlauf der langen Verfolgungs- und Exiljahre. Doch enthält dieses Buch zugleich ein quellenmäßig belegtes, umfassendes Kompendium zur Geschichte und politischen Rolle der verschiedenen anderen politischen Formationen der spanischen Arbeiterbewegung, darunter insbesondere Daten zu den selbstbewußten katalanisch-nationalrevolutionären Ausgangspositionen der Aktivisten von der „iberischen Anarchistischen Föderation“ (F. A. I.) und der großen C. N. T., einer verwurzelten anarcho-syndikalistischen Massenbewegung zwischen Bakunin und modernen sozialistischen Freiheitsidealen.

Auch der besondere deutsche Beitrag zum spanischen Bürgerkrieg wird vermerkt. Auf Seiten Francos und der aufständischen Generäle war bekanntlich Hitler durch die eilige Entsendung der „Legion Condor“ und einer entsprechenden Bomberflotte der Luftwaffe führend engagiert. Die deutschen antifaschistischen Freiwilligen, die von überall her nach Spanien eilten, haben ihrerseits sowohl bei der Formierung der „Internationalen Brigaden“ und anderer Freiwilligen-Kampfverbände und besonders bei der erfolgreichen Verteidigung von Madrid und anderer Schlüsselpositionen unvergeßliche kämpferische Leistungen vollbracht.

Besonders unter den Wirkungen des Eingreifens der „Internationalen Brigaden“ verbreitete sich in aller Welt das schiefe politische Bild, als hätten die KP-Leute ihren monopolartigen Führungsanspruch im spanischen

Bürgerkrieg durch die zunehmende Eroberung von Leitungspositionen bereits fast verwirklicht gehabt. Begünstigt wurde letztlich dieser falsche Eindruck dadurch, daß die KP-Leute aus den verschiedenen Ländern sich in der Haltung und im Auftreten an die Gebote einer einheitlichen und strikten Parteidisziplin hielten, so als seien sie stets – mit oder ohne Uniform – vor allem Parteisoldaten im gleichen Schritt und Tritt.

In allen anderen Formationen im linken spanischen Lager war demgegenüber eine differenzierte Ausrichtung auf Positionen maßgebend, die weniger mit Disziplin und Gehorsam, doch viel mit gruppenmäßigen und speziellen geistig-politischen Orientierungen und auch mit spezifischen personalpolitischen Bindungen zu tun hatte. Angesichts der Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen im nichtkommunistischen Bereich der damaligen spanischen Linken und der zumeist bei ihnen vorhandenen Neigung sowohl zu Abspaltungen als auch zu zeitweiligen taktischen Vereinbarungen und Absprachen, war in diesem Teil der spanischen Linken das Vorherrschen eines diffusen politischen Gesamtbildes vorherrschend.

Reiner Tosstorff schließt seine detaillierte geschichtliche Darstellung mit der Feststellung ab, daß die POUM in der Endphase der Franco-Herrschaft sich dazu durchgerungen habe, etappenweise den Weg der organisatorischen Selbstauflösung zu gehen und zu einem Bestandteil der zur Sozialistischen Internationale gehörenden P. S. O. E. zu werden, die ihrerseits noch im 19. Jahrhundert entstanden war. Zusammenfassend wird festgestellt, daß die POUM damit nicht nur ein historisch bedeutsames Kapitel der spanischen Arbeiterbewegung abgeschlossen hat, sondern zugleich Schritt hielt mit der vergleichbaren Entwicklung bei praktisch allen Gruppierungen des internationalen Linksozialismus der dreißiger Jahre.

Die Gründe für das Scheitern der POUM als einer revolutionär-sozialistischen Partei, die von allen anderen vergleichbaren Parteien nicht nur über den größten Masseneinfluß verfügte, sondern als einzige auch eine revolu-

tionäre Situation durchmachte, waren vielschichtig. Es wirkten sich für die POUM nicht nur die Dramatik der außenpolitischen Kräfteverhältnisse und die abrupt sich verändernden weltpolitischen „Konjunkturen“ aus – sondern unter anderem auch die bei der Gründung in ihr selbst angelegten Widersprüche.

Max Diamant

Gescheiterte Rebellen

Theodor Bergmann:
Gegen den Strom. Die Geschichte der kommunistischen Partei-Opposition.
VSA-Verlag, Hamburg 1987, 497 S., DM 38,-

Einem neuen Buch zur Geschichte der Arbeiterbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg mit dem programmatischen Titel „Gegen den Strom“ steht das Motto voran: „Give flowers to the rebels failed“ (Gebt Blumen den unterlegenen Rebellen). Das läßt Gegengeschichte vermuten, eine neue Interpretation historischer Zusammenhänge – Parteilichkeit vielleicht, oder gar Verfälschung? Das Buch selbst wird solch vorschnelle Überlegungen gründlich widerlegen. Geschichte wird weder von großen Männern, noch von großen Organisationen „gemacht“. Gerade die ungewöhnliche Perspektive dieses Buches von Theodor Bergmann, eines aktiv beteiligten Zeitzeugen, richtet den Blick des zeitgeschichtlich interessierten Lesers auf das Wirken, die Diskussionen, Erfolge, aber auch Enttäuschungen einer der kleinen Gruppen der Arbeiterbewegung. Bergmann schärft so das Augenmerk auf die Möglichkeiten und verpaßten Chancen der Arbeiterbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg.

Im Zentrum des Werkes stehen die Aktivitäten der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (im folgenden abgekürzt: KPO). Die Darstellung reicht von der Gründung 1928 – zehn Jahre nach der Gründung der KPD – bis zur faktischen Auflösung im Sommer 1939. An der Gründung

Ende 1928 waren zahlreiche ehemals führende Funktionäre der KPD maßgeblich beteiligt, die seit 1924 – im Prozeß der Uniformierung und Stalinisierung der KPD – immer mehr an den Rand der Partei gedrängt worden waren. So der frühere KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler, der Theoretiker August Thalheimer, die Gewerkschaftler Jakob Walcher und August Enderle. Sie waren als sogenannte „Rechte“ verfehmt worden, weil sie sich kompromißlos innerhalb und dann auch außerhalb der KPD für die Einheitsfront aller Arbeiter und ihrer Organisationen einsetzten. Für dieses Ziel bekämpften sie scharf die verhängnisvolle „Theorie“ vom Sozialfaschismus der Sozialdemokratie, setzten sich für die Einheit der freien Gewerkschaften (ADGB) ein und forderten unermüdlich die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie in der kommunistischen Bewegung, als deren integralen Bestandteil sich die Oppositionellen weiterhin sahen.

Als Kommunisten standen die KPO-Mitglieder auch in der Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten, deren Koalitions- und Tolerierungspolitik einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Diese war jedoch nie denunziatorisch, persönlich diffamierend oder unwahrhaftig. Insbesondere bemühte sich die KPO, wie Bergmann zeigt, zu einem angemessenen Verhältnis zwischen politischem Meinungsstreit und der Sorge um einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterschaft zu finden.

Nur wenige in Deutschland haben – bevor es zu spät war – erkannt, welche Gefahr seitens der scheinbar unauffällig anwachsenden faschistischen Massenbewegung drohte. Die oppositionellen Kommunisten waren die ersten, die warnend ihre Stimme erhoben und konsequent, oft mit letztem Einsatz auf Massenveranstaltungen der Parteien, auf Gewerkschaftskongressen, in ihrer Presse und mit offenen Briefen für eine breite antifaschistische Einheitsfront wirkten. Ihr Engagement blieb am Ende erfolglos. Die großen und scheinbar starken Organisationen der Arbeiterbewegung machten es sich leicht und ignorierten die Appelle. Bergmann hat hier einige

nachdenklich stimmende Beispiele zusammengetragen.

Über den Widerstandskampf der KPO ist bislang noch wenig bekannt geworden. Das vorliegende Buch kann hier eine Lücke schließen. Gemessen an der geringen Mitgliederzahl (3 000 bis 6 000) waren die Leistungen der Gruppe überdurchschnittlich. Es gelang, trotz zahlreicher schmerzlicher Verluste durch den Terror der Gestapo, die Organisation intakt zu halten. Emigrierte KPO-Mitglieder arbeiteten unter schwierigsten Bedingungen in zahlreichen Ländern. So kämpften Emigranten der KPO im spanischen Bürgerkrieg, in der französischen Resistance oder in der Roten Armee Mao Tse Tung.

Noch bis Mitte der dreißiger Jahre betrachteten sich die Oppositionellen als Teil der Kommunistischen Internationale, obwohl sie deren Praxis immer wieder scharf verurteilt hatten. Gegenüber der Sowjetunion nahmen sie eine grundsätzlich solidarische, wenn auch nicht blind heroisierende Haltung ein. Erst nachdem die Sowjetunion im spanischen Bürgerkrieg eine zwielichtige Rolle gespielt hatte und der Terror in Sowjetrußland immer weitere Kreise zog, brach die KPO mit der Stalinschen Führung.

Hervorzuheben wäre noch, daß es Bergmann gelingt, ein plastisches Bild der alltäglichen Kleinarbeit, der Erfolge und Schwierigkeiten, auch der oftmals existenzbedrohenden Nöte des einzelnen zu entwerfen. Die über 200 akkurat zusammengestellten Einzelbiographien im Anhang lassen ein Stück der politischen und sehr persönlichen Geschichte dieses Teils der Arbeiterbewegung erstehen.

Dennoch bleibt am Ende die Frage: Lohnt die Beschäftigung mit einer kleinen Gruppe, die ihre wesentlichen Ziele nicht erreicht hat? Mir scheint das kein sinnvolles Kriterium zu sein. Die Niederlage 1933 war allgemein. Die großen Organisationen standen ebenso vor dem Scherbenhaufen ihres politischen Wollens wie die kleinen, die sich bis zuletzt bemüht hatten, durch gemeinsame Aktionen die Katastrophe abzuwehren. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der KPO und dem Buch Bergmanns bietet

jedenfalls eine gute Gelegenheit, Aspekte der Entwicklung der Arbeiterbewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, die auch heute noch nachdenkenswert sind, kennenzulernen.

Matthias Wonde

Weimarer Krisenjahre

Ihr Selbstverständnis gewinnt die Bundesrepublik aus der Distanzierung zum Nationalsozialismus und aus dem Vergleich mit der „Weimarer Republik“. Die Bonner Demokratie ist entstanden auf den Trümmern des „Dritten Reiches“ und mit den diese barbarische Zeit überdauernden demokratischen Prämissen der Republik von 1918. In den immer wiederkehrenden und zu jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit vorgetragenen Bekenntnissen, daß „Bonn nicht Weimar sei“, schwingt ja diese historische Erinnerung auch als eine Befürchtung stets mit: es könnten vielleicht doch Parallelen zwischen der Schwäche der Weimarer und derjenigen der Bonner Republik existieren, die in ähnlich katastrophale Ereignisse wie diejenigen vom Januar 1933 münden könnten. Und wenn schon auf der politischen Ebene schwerlich Analogien zu finden sind, dann wird häufig nach gesellschaftlichen Parallelen gesucht: Arbeitslosigkeit, Entfremdungsphänomene, Zukunftsängste usw. Während im Sog der vielen Gedenktage an historische Daten aus der Zeit des Nationalsozialismus und zuletzt vor allem des „Historikerstreits“ eine Reihe von neuen Untersuchungen und Reflexionen über die Zeit von 1933 – 1945 veröffentlicht worden sind, hat das Interesse an der Weimarer Republik ein wenig nachgelassen. Nach der Erinnerungsarbeit im Gefolge der Studentenbewegung von „68“ über verschüttete Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung im ersten Drittel dieses Jahrhunderts und der Beschäftigung mit den Werken von Theoretikern im Umkreis der Weimarer Arbeiterparteien, versickert diese Portalepoche der jüngeren deutschen Ge-

schichte nach und nach in die spezialisierte Archivforschung. Diese, für jede professionelle Geschichtsforschung unumgängliche Kärnerarbeit ist auch für den öffentlichen Umgang mit Geschichte wichtig, aber wenn sie sich im Detail verliert, verliert sie auch allzu leicht den Faden zu dem übergreifenden „epochalen Kontext“. Die berechtigte Kritik an den partikularistischen Gefahren der Forschungsarbeiten im Umkreis regionaler *Geschichtswerkstätten* wäre noch überzeugender, wenn sie auf notwendige Selbstkritik nicht verzichtet.

Da verdient eine Studie besondere Aufmerksamkeit, mit der sich ein Autor vornimmt, die Dynamiken und Krisen einer ganzen historischen Epoche, der *Weimarer Republik*, nachzuzeichnen. In der verdienstvollen, von Hans-Ulrich Wehler herausgegebenen „Neuen Historischen Bibliothek“ hat der Essener Hochschullehrer Detlev J.K. Peukert eine Geschichte der Weimarer Republik verfaßt, deren Untertitel bereits den Grundtenor der Arbeit andeutet:

*Detlev J.K. Peukert:
Die Weimarer Republik. Krisenjahre
der klassischen Moderne
Suhrkamp Verlag, Frankfurt am
Main, 1987, 313 S., DM 18,-*

Der Sozialhistoriker Peukert interpretiert die Weimarer Republik nicht als eine, durch die Daten 1918 und 1933 klar eingrenzende Epoche, sondern im Kontext eines durch politische Ereignisgeschichte alleine nicht ausreichend genau erfassen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, von dessen Turbulenzen die gesamte Weimarer Gesellschaft erfaßt wurde. „In den Jahren zwischen Erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise setzte sich die klassische Moderne auf breiter Front durch, entfaltete ihre Widersprüche und stürzte in ihre tiefste Krise. Weimar spielte uns in kurzer Zeit und in rasantem Tempo die faszinierenden und die fatalen Möglichkeiten unserer modernen Welt vor.“ Unter dieser Perspektive sei es, so Peukert, leichter, unterschiedliche Phänomene der Weimarer

Republik vereinheitlichend zu diskutieren. Die Interpretation der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen jener Zeit ist in dieser Studie mehrdimensional angelegt. „Um die Epoche der Weimarer Republik angemessen zu verstehen, muß daher eine politik- und verfassungsgeschichtliche Interpretation, wie sie den gängigen Periodisierungen... zugrunde liegt, um eine sozialgeschichtliche Betrachtung säkularer Kontinuitätslinien und epochenspezifischer Konstellationen erweitert werden.“

Gerade in diesem Ansatz liegt auch die besondere Originalität der vorliegenden Untersuchung. Die politischen Verwicklungen während und seit den Gründungsjahren der Republik werden nicht kurzschlüssig aus gesellschaftlichen Prozessen abgeleitet, aber immer interpretiert in bezug auf diese. So waren nach Peukert die Weimarer Parteien auf je eigene Weise auf die sich aus der industriegesellschaftlichen Modernität resultierenden Probleme bezogen. Die Nationalsozialisten etwa rekrutierten Mitglieder und Sympathisanten aus dem großen Reservoir der entwurzelten Kreise der Arbeiterschaft und des nach Orientierungen suchenden Mittelstandes. „Hier vereinten sich Irritationen über die rapide Modernisierung mit sozialem Protest der jungen Generation“ gegen die verknöcherte Welt der „Alten“. Klagen über wachsende Bindungslosigkeit mit rebellischem Aufsprengen überlieferter Bindungen, Aufstand der Provinz gegen die Metropole mit einer Nivellierung hergebrachter regionaler Eigenarten in der nationalen Sammlungsbewegung.“

Anders begründet, aber in den Konsequenzen fatal ähnlich, war die Distanz zum „Weimarer System“ bei den Nazis und den konservativen Eliten in Militär, Wirtschaft und Teilen der bürgerlichen Parteien. „Die historische Schuld der alten Eliten im Deutschland der Jahre von 1930 bis 1933 liegt darin, sich angesichts dieser Alternative zunächst gegen die Demokratie und dann, als die autoritäre Wende keinen Ausweg bot, für Hitler entschieden zu haben.“ Nicht als Schuld, jedoch als Schwäche sieht Peukert

die unter den Linken vorherrschende ökonomistische Interpretation des wachsenden Nationalsozialismus. Allerdings gab es unter den sozialistischen Intellektuellen auch scharfsichtige Analytiker, die – ohne im politischen Alltag ihrer wahlkampfgeletzten Großorganisation viel Gehör zu finden – das neue Phänomen des Nationalsozialismus ernst nahmen und zu noch heute fruchtbaren Urteilen kamen.“

Detlev Peukert ist es mit seiner Studie gelungen, eine didaktisch gut verwendbare Einführung in die Geschichte der Weimarer Republik und zugleich eine sehr eigenständige Interpretation der für die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert so wichtigen Jahre zwischen Proklamation und Niedergang der ersten demokratischen Republik vorzulegen.

Carl-Wilhelm Macke

Politische Kultur in einem „schwierigen Vaterland“

Obwohl der Begriff „Politische Kultur“ erst Mitte der fünfziger Jahre in Amerika geprägt worden ist, ist er heute auch bei uns schon fast in aller Munde. Seine Verwendung hat inflationäre Ausmaße angenommen. Berücksichtigt man seine häufige Verwendung in Wissenschaft, politischer Publizistik, öffentlichen Debatten und privaten Diskussionen, so muß man den Eindruck gewinnen, daß es sich bei ihm inzwischen um einen „Schlüsselbegriff“ der politischen Sprache handelt. Doch konjunkturelle Mode- und Schlagwörter haben zuweilen den Nachteil der fehlenden inhaltlichen Präzision. Hinzu kommt, daß sie auch oft Verschiedenartiges und Unterschiedliches zum Ausdruck bringen. Ein Beispiel dafür ist auch der Terminus „Politische Kultur“.

Während er in unserer Alltagssprache meist wertend in dem Sinne Verwendung findet, daß ein „Mangel“ an politischer Kultur (obrigkeitsstaatliche historische Tradition), ein „Ver-

fall“ der politischen Sitten (politische Affären und Skandale) oder des politischen Stils (Wahlkampfentgleisungen) beklagt wird, wird in der Politikwissenschaft versucht, in ihm die „subjektiven“ Dimensionen der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme zu sehen. Politische Kultur bezeichnet in diesem Verständnis die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte einer sozialen und politischen Einheit (z. B. der Bundesrepublik Deutschland), die den politischen Prozeß regulieren. Weitgehend an diesem analytischen Begriff orientieren sich auch die Autoren, die in dem von Berg-Schlösser und Schissler herausgegebenen Sammelband darum bemüht sind, aus unterschiedlichen Perspektiven zu einer Verdichtung und Anreicherung des Verständnisses der subjektiven Grundlagen bundesrepublikanischer Politik zu gelangen.

Berg-Schlösser, Dirk/Schlissler, Jakob (Hrsg.):

Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung (Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, Bd. 18); Westdeutscher Verlag, Opladen 1987, 484 S., DM 68,—.

Das Buch ist als Zwischenbilanz zu verstehen. Es soll einen Überblick in die Vielschichtigkeit und Komplexität der Erforschung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik vermitteln, die seit Mitte der siebziger Jahre besonders intensiv vorangetrieben worden ist. Wenn auch die eher theoretischen Beiträge über Forschungsstand, Methoden, Konzepte und Entwicklung der wissenschaftlichen Politischen Kulturforschung und einige Fallstudien eher dem Anspruchsniveau und dem Problemhorizont des fachlich Interessierten entsprechen dürften, so werden doch auch Themen aufgegriffen, die den Bedürfnissen breiterer Leserschichten entgegenkommen. Das Buch enthält fast vierzig Einzelbeiträge, die auch auf Aspekte historischer Politischer Kultur in Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus eingehen. For-

schungsskizzen über regionale und lokale Strukturen politischer Kultur (z. B. Saarland, Bayern oder Frankfurt) stehen neben Studien, die die spezifischen Eigenschaften und Identifikationschancen in politischen Milieus (z. B. Katholizismus) und neuen sozialen Bewegungen untersuchen. Der nationalstaatlichen Diskontinuität in Deutschland wird in dem Kapitel zur „nationalen Identität“ Rechnung getragen. Es verdeutlicht, daß die wieder stärker zu beobachtende Suche nach einem eigenen historischen Selbstverständnis in der Bundesrepublik nicht im Widerspruch zur festen Bindung an Westeuropa stehen muß. Zu begrüßen ist, daß in diesem Zusammenhang in drei Beiträgen auch auf die Situation im zweiten deutschen Staat eingegangen wird. Diese Studien lenken den Blick auf Konturen eines wachsenden „DDR-Bewußtseins“ und lassen erkennen, daß ihre Eigenstaatlichkeit inzwischen nicht nur von einer Mehrheit in der Bundesrepublik respektiert wird. Die abschließenden Beiträge aus der empirischen Politischen Kulturforschung, die mit Daten über Einstellungen der Legitimität und dem Akzeptanzniveau des politischen Gemeinwesens nachspüren, können insgesamt die These bestätigen, daß die parlamentarisch-demokratische Staatsform in der Bevölkerung der Bundesrepublik auf „festen Füßen“ steht.

Beleuchtet dieser Sammelband zahlreiche Mosaiksteine eines facettenreichen Bildes politischer Kultur in der Bundesrepublik, so wird in der Untersuchung von Gabriel das Thema „Wertwandel“ in den Mittelpunkt gestellt.

Gabriel, Oscar W.: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 76); Westdeutscher Verlag, Opladen 1987, 386 S., DM 54,—.

Vor dem Hintergrund steigender Partizipationsbereitschaft in Bürgerinitiativen und anderen sozialen Bewegungen, einer in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Staats-, Par-

teien- und Politikverdrossenheit und einer teilweise unterstellten Legitimationskrise des politischen Systems ist wiederholt von Sozialwissenschaftlern das Modell der „Stillen Revolution“ des Amerikaners R. Inglehart als Erklärungsansatz für diese Entwicklungen vorgeschlagen worden. In Grundzügen besagt es, daß langfristiger Wohlstand tendenziell eine (zumindest generationsspezifische) Verschiebung von einem überwältigenden Vorrang wirtschaftlicher und materieller Sicherheit in Richtung auf eine größere Betonung nichtmaterieller Ziele begünstigt. Untersiegt wird, daß ein Wertwandelsschub von traditionell-konservativen Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu fortschrittlich-gesellschaftskritischen Freiheits- und Entfaltungswerten direkte und unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität des politischen Ordnungssystems hat. Es wird davon ausgegangen, daß besonders bei der Nachkriegsjugend „materielle“ Werte wie Leistung, Hierarchie, Gehorsam, Disziplin, Macht-orientierung und Karrierestreben zugunsten nicht-materieller Selbstverwirklichungswerte wie Partizipation, Solidarität, Lebensqualität, Selbstbestimmung, Kreativität, Persönlichkeitserweiterung an Bedeutung als Orientierungsgrößen verlieren.

Diese Annahme wird nun von Gabriel erstmals anhand umfangreicher empirischer Daten für die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren überprüft. Dabei gelingt es ihm nachzuweisen, daß die Folgen der Wertverschiebung bisher in ihren (unterstellten stabilitätsgefährdenden) Auswirkungen überschätzt wurden. Träger postmaterialistischer Werthaltungen sind zwar besonders häufig politisch aktiv, gut informiert und handlungsbereit. Doch es ist nicht festzustellen, daß ein breites und entfremdetes Unruhe- und Protestpotential entstanden ist, das sich aufgrund politischer Unzufriedenheit generell politischer Unterstützung verweigert. Auch Gabriel kommt zu dem Schluß, daß trotz unverkennbarer Wertwandelsschübe die Bürger der Bundesrepublik der parlamentarisch-demokratischen Grundstruktur ihres Gemeinwesens positiv gegenüber eingestellt sind. Da

das Interesse und das Wissen über politische Zusammenhänge im Laufe der Nachkriegszeit deutlich angestiegen ist, ist die Bundesrepublik vielmehr wie andere westliche Demokratien auf dem Weg, ihre „Staatsbürgerkultur“ zu festigen. So sehr dieses Ergebnis die Kritiker einer mangelnden politischen Kultur in der Bundesrepublik auf den ersten Blick beruhigen könnte, so bleibt letztlich doch noch eine methodische Nachfrage.

Untersucht werden nämlich in der Arbeit „nur“ persönliche Einstellungen, subjektive Haltungen und kollektive Wertorientierungen. Aspekte des politischen Verhaltens bleiben hingegen weitgehend ausgeklammert. Ob jedoch bei einer Berücksichtigung von Faktoren wie der sinkenden Wahlbeteiligung, der Zunahme der Wählerstimmen für rechtsradikale Splittergruppen (z. B. in Bremen) und der teilweise wieder erkennbaren Reaktivierung des alten innenpolitischen Freund-Feind-Denkens sowie durch eine eingehendere Analyse von politischen Problemfeldern (Asylrecht, Behandlung ausländischer Mitbürger, Toleranzbereitschaft das Ergebnis in der Substanz nicht hätte differenzierter ausfallen müssen, ist für den Rezensenten keine Frage von sekundärer Bedeutung. *Hans-Josef Legrand*

Schlechte Koordination?

Seitdem mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages im Dezember 1987 bei der nuklearen Abrüstung einiges in Bewegung geraten ist, gewinnt die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung zunehmend an öffentlichem Interesse. Tatsächlich finden in Wien, am Rande der KSZE-Folgekonferenz, Mandatsverhandlungen für eine Konferenz zur konventionellen Rüstungskontrolle (KRK) statt. Dies ist allerdings nicht der erste, sondern schon der zweite Anlauf für konventionelle Abrüstung in Europa. Der erste, die MBFR-Verhandlungen, bei denen es seit 1973 hauptsächlich um Truppenreduzierungen ging, war erfolglos. Dennoch lohnt es, gerade weil

konventionelle Rüstungskontrolle in Europa immer dringlicher wird, einmal der Frage nachzugehen, unter welchen Bedingungen der erste Versuch – die MBFR-Verhandlungen – initiiert wurde, und welche Rolle die Bundesrepublik dabei spielte. Martin Müller tut dies vor allem unter drei Aspekten:

- der Frage nach dem Verhältnis zwischen politischer Führung und Ministerialbürokratie im politischen Entscheidungsprozeß in Bonn;
- der Analyse der im nationalen Entscheidungssystem sowie im Bündnis vertretenen Ziele und die verschiedenen Versuche, aus ihnen eine Handlungsoption für die MBFR-Verhandlungen zu entwickeln;
- und schließlich der Beantwortung der Frage, ob die Bundesrepublik den ihr im NATO-Bündnis zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum nutzte, um ihre MBFR-Ziele und Vorschläge durchzusetzen.

Martin Müller

Politik und Bürokratie: Die MBFR-Politik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1967 und 1973, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1988, DM 29,-

Wie aus dem Titel des Buches schon hervorgeht, liegt Müller vor allem an einer Untersuchung des Verhältnisses zwischen Politik und Bürokratie. Dabei geht er nicht mehr – wie Max Weber dies noch tat – von einer Dominanz der politischen Führung gegenüber der Bürokratie aus. Er widerspricht aber auch von vorneherein der These von der Selbststeuerung der Ministerialbürokratie. Vielmehr geht er von einem Wechselverhältnis zwischen beiden aus, das er anhand der bundesdeutschen Vorbereitungen für die MBFR-Verhandlungen untersucht.

Müller kommt zu dem Ergebnis, daß der bundesdeutsche MBFR-Ansatz, der vornehmlich auf Entspannung und Rüstungskontrolle abstellte, gegenüber dem amerikanischen MBFR-Verständnis, das auf der Optimierung der eigenen militärischen Sicherheit beruhte, scheiterte. Die Ursache dafür sieht Müller hauptsächlich in einem politischen Steuerungsdefizit

im bundesdeutschen Entscheidungssystem: Die politische Führung zeigte sich nicht in der Lage, der amerikanischen Politik einen eigenständig entwickelten Ansatz gegenüberzustellen. Dies hing zum einen damit zusammen, daß der damalige Kanzler Willy Brandt der MBFR-Politik keinen Vorrang einräumte; sondern sich hauptsächlich auf die Ostpolitik konzentrierte. Das traf auch für Außenminister Scheel zu. Lediglich Verteidigungsminister Schmidt gab verschiedene Anregungen zur Fortsetzung der MBFR-Politik. Zum anderen existierte ein chronisches Defizit an personellen Ressourcen. So bestand das für MBFR zuständige Referat 221 im Auswärtigen Amt nur aus einem Referenten, seinem Stellvertreter sowie einem Hilfsreferenten.

Müller meint, diese Defizite im „Management der Sicherheitspolitik“ der sozialliberalen Koalition als ursächlich für das Scheitern der bundesdeutschen MBFR-Politik herausdestillieren zu können. Er gibt allerdings zu, daß die Frage nach dem Handlungsspielraum gegenüber den USA letztlich offenbleiben muß.

Auch wenn manche Kritik Müllers am bürokratischen Entscheidungsprozeß hinsichtlich MBFR der sozialliberalen Koalition zutreffen mag, so ist dieser Punkt doch hervorzuheben. Andere Untersuchungen, wie etwa die von Ingo Peters über die bundesdeutsche KVAE-Politik, bei der es Anfang der achtziger Jahre um Vertrauensbildende Maßnahmen ging, zeigen, daß es die Bundesrepublik auch dann schwer hat, sich gegenüber amerikanischen Interessen durchzusetzen, wenn sie ihre Politik gut koordiniert. Insofern ist Müllers Scheitern an die Adresse der sozialliberalen Koalition stark zu relativieren.

Interessant für die heutige Debatte ist jedoch, daß schon damals Fortschritte bei der konventionellen Rüstungskontrolle mit Argumenten blockiert wurden, die auch heute wieder eine Rolle spielen, wie der vor allem von Militärs vorgetragenen Forderung, die östliche Seite sollte gegenüber dem Westen stark asymmetrisch abrüsten. Dies sollte nachdenklich stimmen. *Oliver Thranert*